



Nr. 110, Juni 2017

Feminisierung der Lohnarbeit

Wichterich - **Neoliberale Erwerbsmärkte, „Womonomics“ und Geschlechterverhältnisse**/Schumm-Garling - **Ungleiche Bezahlung von Frauen/Tügel - Arbeitskämpfe in frauendominierten Berufsfeldern**/Leisewitz - **Feminisierung der Lohnarbeit - historische Trends und Widersprüche**

Postkapitalismus

Goldschmidt - **Große Transformation und/oder Große Erzählung (Varianten des ‚Postkapitalismus‘ IV)**

1917 - 2017

Kebir - **Gramsci - Revolution im Osten, im Süden und im Westen**/Hedeler - **Oktoberrevolution - periphere Revolution? Leitrevolution?**

Marx-Engels-Forschung

Fülberth - **Engels, Revolution, Krieg/Schwarz - Zu Pecks Film „Der junge Karl Marx“**

Weitere Beiträge

Schneidemesser/Widon/Kilroy - **Streikmonitor: Arbeitskonflikte 2016**/Notz - **Familienpolitik der AfD**/Krämer - **Digitale Ökonomie**

Sowie: Berichte, Buchbesprechungen

Deutschsprachiges Werk nun komplett

Mit Band 7, der 152 Dokumente aus der Zeit von 1907 bis 1918 enthält, wird die Vervollständigung der »Gesammelten Werke« durch sämtliche seit den 1970er Jahren bis heute aufgefundenen und identifizierten Reden und Schriften Rosa Luxemburgs in deutscher Sprache abgeschlossen. Der Band enthält fast zur Hälfte handschriftliche Texte, die größtenteils undatierte Fragmente sind. Mittelbar oder unmittelbar stehen sie in engem Zusammenhang mit ihrem Hauptwerk, der »Akkumulation des Kapitals«.



Rosa Luxemburg **Gesammelte Werke**

Band 7/1 und 7/2, hrsg. von Annelies Laschitza
und Eckhard Müller, 1.248 Seiten, geb. mit Schutz-
umschlag, je Band 49,90 Euro
Bd. 7/1: ISBN 978-3-320-02332-4
Bd. 7/2: ISBN 978-3-320-02333-1

Rosa Luxemburg **Gesammelte Werke**

Band 1 bis 7 (Band 1 und 7 in
zwei Teilbänden)
Hrsg. von Günter Radczun (†) und
Annelies Laschitza (Band 1 bis 5); Annelies
Laschitza und Eckhard Müller (Band 6 und 7)
geb. mit Schutzumschlag
Gesamt-ISBN 978-3-320-00761-4
je Band 49,90 Euro

dietz berlin

dietzberlin.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
28. Jahrgang
Heft 110 (Juni 2017)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris,
Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt,
Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler,
Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach,
Harald Werner

Redaktion:

Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch,
David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

5 Editorial

Feminisierung der Lohnarbeit

- Christa Wichterich*
8 Neoliberale Erwerbsmärkte, „Womenomics“ und Geschlechterverhältnisse
Eine Perspektive feministischer internationaler politischer Ökonomie
- Ursula Schumm-Garling*
19 Ungleiche Bezahlung von Frauen – aktuelle Aspekte
- Nelli Tügel*
36 Arbeitskämpfe in frauendominierten Berufsfeldern: Das Beispiel Krankenhausstreik
- André Leisewitz*
45 Feminisierung der Lohnarbeit – historische Trends und Widersprüche
-

Postkapitalismus

- Werner Goldschmidt*
63 Große Transformation und/oder Große Erzählung
Varianten des ‚Postkapitalismus‘ – Literaturbericht, Teil IV
-

1917 – 2017

- Sabine Kebir*
83 Antonio Gramsci – Die Revolution im Osten, im Süden und im Westen
- Wladislaw Hedeler*
93 Oktoberrevolution – periphere Revolution? Leitrevolution?
-

Marx-Engels-Forschung

- Georg Fülberth*
105 Engels, Revolution, Krieg

Winfried Schwarz

115 Karl Marx 1843-1848.

Zum historischen Hintergrund von Raoul Pecks Film „Der junge Karl Marx“

Weitere Beiträge

Lea Schneidemesser/ Jannik Widon/ Juri Kilroy

129 Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2016

Gisela Notz

144 Die Familienpolitik der AfD – Geschichte und Aktualität

Ralf Krämer

151 Wertschöpfung und Mehrwertaneignung in der digitalen Ökonomie

Zur Kritik an Christian Fuchs' Theorie des „produktiven Konsums“

Berichte

Holger Czitrich-Stahl

161 100 Jahre Spaltung der deutschen Sozialdemokratie

Berlin, 16./17. Februar 2017

Günter Benser

163 Echo der russischen Revolution

Berlin, 23. Februar 2017

Thomas Altmeyer

165 50 Jahre Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945

Frankfurt/M., 25. Februar 2017

Daniel Menning

166 Prekarisierung Unbound?

Berlin, 2. bis 3. März 2017

Hannes Fellner

169 Zwei Veranstaltungen zum 90. Geburtstag von Hans Heinz Holz

Berlin, 25. Februar 2017, und Darmstadt, 3. bis 4. März 2017

Axel Amberger

172 Bloch und Lukács: Die russische Revolution als philosophisches Schlüsselereignis

Berlin, 11. März 2017

Jonathan Riedl

175 „1917-2017. Die Oktoberrevolution, das 20. Jahrhundert und wir“

Frankfurt/M., 13. bis 17. März 2017

Steffen Stolzenberger
179 150 Jahre Das Kapital. Das Kapital in der Kritik
 Oldenburg, 24. bis 25. März 2017

Reiner Diederich
181 Ungleichheit und Kapitalkriminalität
 Frankfurt/M., 1. April 2017

184 Buchbesprechungen

Abgeschlossen: Rosa Luxemburg, Werk-Ausgabe (Hartmut Henicke zu Annelies Laschitzka/Eckhard Müller [Hrsg.]
 Totalitarismustheorie oder Revolution (Holger Czitrich-Stahl zu Orlando Figes)
 Honecker, anders (Georg Fülberth zu Martin Sabrow)
 Bürokratie der Vernichtung (Gerd Wiegel zu Robert Cohen)
 Ihre Kultur – und unsere (Elisabeth Abendroth zu Luciana Castellina)
 Aufgaben und Einsichten eines DDR-Kombinatsdirektors (Jörg Roesler zu H. J. Lauck)
 Fortschritt und Wachstum (Jörg Goldberg zu Helmut Knolle)
 Heterodoxer Ökonom (Karl Unger zu Michael Hudson)
 Moderne Legende (Dieter Boris zu Michael Hartmann)
 Zum inneren Verfall der USA (Detlef Bimboes zu George Packer)
 Familienideologie in der Kritik (Rainer Holze zu Gisela Notz)
 Hat guter Journalismus eine Zukunft? (Gert Hautsch zu Steinbrecher/Rager [Hrsg.]
 Rückkehr nach Kaiserslautern (Jürgen Reusch zu Christian Baron)

4 Impressum

222 Autorinnen und Autoren

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt, Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Wemer.

Redaktion: Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HELADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406. e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 31.04.2017

Beilagenhinweis: Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage des Verlags Westfälisches Dampfboot, Münster

Editorial

Aktuell spielen – nicht zuletzt im Vorfeld der Bundestagswahlen und der vielfältigen Versuche, das Feld der „sozialen Gerechtigkeit“ zu besetzen – Fragen der Frauendiskriminierung durch den alltäglichen Kapitalismus eine prominente Rolle. Es geht um „Gender pay gap“, Teilzeitfalle, Benachteiligung bei Renten, die Verbesserung der öffentlichen Kinderbetreuung, also Konflikte zwischen Lohnarbeit, Kapital und Staat im Zusammenhang mit der sich ausweitenden Frauenerwerbstätigkeit. Bereiche mit hoher Frauenbeschäftigung sind in den letzten Jahren zu Brennpunkten gewerkschaftlicher und betrieblicher Auseinandersetzungen geworden. Zu erinnern ist an die Arbeitskämpfe 2015 im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste oder 2016 im Krankenhausbereich. „Feminisierung der Lohnarbeit“ ist Schwerpunkt dieses Heftes.

Christa Wichterich untersucht die Widerspruchskonstellationen in den „Womonomics“, der kapitalistischen Verwertung weiblicher Arbeitskraft im globalen Maßstab. Zuwächse an Erwerbsbeteiligung in manchen Weltregionen werden konterkariert durch Rückgänge in anderen, die angebliche „Frauenfreundlichkeit des neoliberalen Kapitalismus“ geht mit einer Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen einher. Die Ausbeutung von Frauen ist das Geschäftsmodell bei der Kommerzialisierung von „Sorge-Arbeit“ im internationalen Erziehungs- und Pflegesektor. Die „paradoxe Integration“ von Frauen in die Erwerbsmärkte, so Wichterich, verstärkt die „Widersprüche in den ökonomischen und Geschlechterverhältnissen“. Dass und wie Erwerbsarbeit von Frauen im Kapitalismus stets geprägt ist von Lohndiskriminierung und damit zusammenhängenden weiteren wirtschaftlich-sozialen Diskriminierungen erläutert *Ursula Schumm-Garling* mit Bezug auf die Wirklichkeit der Bundesrepublik. Frauen sind in wachsendem Maße berufstätig, erleben Erwerbsarbeit aber als Teilzeitfalle, die direkt in die Altersarmut münden kann. Die Ablösung der Alleinernährer-Familie seit den 1970er Jahren hat für die allermeisten Frauen keine eigenständige ökonomische Existenzsicherung ermöglicht, sondern zu einem Zweiverdiener-Modell mit zählbaren Einschränkungen, Brüchen und Konfliktfeldern geführt. *Nelli Tügel* behandelt soziale Protestbewegungen und Streiks in frauendominierten Berufsfeldern am Beispiel der von ver.di initiierten Krankenhausstreiks der letzten Jahre. Auslöser ist hier die Verquickung von Lohndiskriminierung und extrem belastenden Arbeitsbedingungen, verbunden mit neuen partizipativen Organisationsformen im Dienstleistungsbereich, hier vor allem in den Gesundheits- und Sozialberufen mit hohem Frauenanteil. *André Leisewitz* geht historischen Trends der Feminisierung der Lohnarbeit und ihren Widersprüchen nach. These ist, dass die auch heute gegebene Grundstruktur der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung und Diskriminierung der Frauen sich im Übergang von vorkapitalistischen Formen der Arbeit zur kapitalistischen Lohnarbeit herausbildet. Eine Übersicht über Entwicklungstrends der weiblichen Erwerbs- und Lohnarbeit seit Anfang des 19. Jahrhunderts zeigt ein Stagnieren der weiblichen Erwerbsquote bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts; seit den siebziger

Jahren steigt sie, vornehmlich als Teilzeitarbeit. Die Gründe für die lange Stagnation und den Anstieg in den letzten 40 Jahren werden diskutiert.

Postkapitalismus: Werner Goldschmidt befasst sich im vierten Teil seines Berichts über aktuelle kapitalismuskritische Literatur mit Beiträgen zur Transformationsfrage, die vor allem im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden sind. Deren Stärke wird u.a. in ihrem Potential gesehen, die unterschiedlichen progressiven Kräfte zu vereinen. Allerdings werde die „Hegemoniefähigkeit“ der herrschenden Klassen unterschätzt. Ergänzt wird diese kritische Sichtung der Transformationsliteratur durch Bezüge auf hierzulande wenig bekannte US-amerikanische Autoren des „soziologischen Marxismus“, für die die Entwicklung von Kapitalismus und Marxismus eng verbunden ist. Der Autor kündigt einen Schlussteil dieser Serie für Z 111 an.

1917 – 2017: Die Rezeption der Oktoberrevolution durch Antonio Gramsci ist Thema von *Sabine Kebir*. Gramsci begreift den Oktober auch als antikoloniale Revolution, die nicht nur das vom Westen abhängige Russland, sondern das gesamte imperialistische Weltssystem betrifft. Mit dem Aufstieg des Faschismus, den sich daraus ergebenden Fragen antifaschistischer Bündnispolitik und dem Ausbleiben der Revolution im Westen konfrontiert, analysiert Gramsci die unterschiedlichen Bedingungen revolutionärer Politik im Westen und im Osten. Er macht sie vor allem an der unterschiedlichen Ausprägung von Staat und Zivilgesellschaft fest. *Wladislaw Hedeler* analysiert, ausgehend von Manfred Kossoks Konzept der „peripheren Revolution“, den Verlauf der russischen Revolution des Jahres 1917 und stellt fest, dass für die Akteure selbst der Sturz des Zarismus im Februar, nicht der Oktober, der wichtigste Einschnitt gewesen sei. Auch wenn es der russischen Revolution nicht gelang, eine Weltrevolution auszulösen, so habe sie aber doch die nachholende Entwicklung im peripher-kapitalistischen Umfeld entscheidend stimuliert und insofern durchaus als „Leitrevolution“ gewirkt.

Marx-Engels-Forschung: Den gegenwärtigen Tendenzen einer Enthistorisierung des Marxismus hält *Georg Fülberth* in seinem Beitrag über „Engels, Revolution und Krieg“ dessen Genese im Kontext von Industrieller Revolution, politischer Revolution und Kriegserfahrung entgegen. Fülberth behandelt Engels' sich im Laufe der Jahre verändernde Bewertung und Analyse der modernen Kriege. Mit Blick auf das 19. Jahrhundert sei für ihn Krieg noch als Motor der Revolution denkbar gewesen. Der späte Engels habe – die Schrecken des ersten Weltkrieges antizipierend – die soziale Revolution als Notwendigkeit verstanden, um dem Krieg als „schrecklichster aller Möglichkeiten“ zuvorzukommen.

Raoul Pecks Film „Der junge Marx“ setzt die biographische und theoretische Entwicklung von Marx und Engels in den 1840er Jahren in Szene. Für den historisch und theoretisch interessierten Zuschauer nimmt *Winfried Schwarz* eine hilfreiche Einordnung von Schlüsselszenen des Films vor. Neben die Skizze der je-

weiligen Szene stellt er den biographisch/historischen Hintergrund von Personen, Handlungsorten und Organisationen und erläutert den Zusammenhang von Theorie- Entwicklung und im Film gezeigten politischen Auseinandersetzungen.

Weitere Beiträge: Die halbjährliche Berichterstattung zu Streiks und Arbeitskonflikten in der Bundesrepublik auf der Grundlage des an der Universität Jena angesiedelten „Streikmonitor“ hat in Z inzwischen einen festen Platz. Das methodisch Verfahren war vor einem Jahr in Z 106 vorgestellt worden, der erste Halbjahresbericht erschien in Z 108. Im vorliegenden Heft geben *Lea Schneidmesser*, *Jannik Widon* und *Juri Kilroy* eine Übersicht zu den Arbeitskonflikten 2016. Gegenüber dem streikintensiven Jahr 2015 ist die Zahl der Streiks 2016 auf etwa ein Viertel zurückgegangen bei etwa gleich großer Zahl an Streikbeteiligten. „Ähnlich wie in den Jahren 2008, 2012 und 2013 verteilt sich eine große Zahl von Beteiligten auf viele Konflikte mit kurzer Dauer.“ Die Konflikte werden nach Organisationsbereichen, Themen, Regionen und Branchen analysiert. Die AutorInnen stellen fest, dass gerade in Sektoren, in denen der Staat sich zurückgezogen hat (u.a. Deutsche Bahn, Lufthansa), durch die Privatisierung neue Konfliktpotenziale aufgebaut wurden, die zu Arbeitskämpfen geführt haben.

Gisela Notz stellt das Familienbild der AfD in die Tradition rechter, konservativer und reaktionärer Vorstellungen zur Familie und zur Rolle der Frau in der Familie. Demographie und Geschlechterhierarchien sind zentrale Themen der AfD; sie befeuert damit einen konservativen Kulturkampf, der viel zu selten ins Zentrum der Auseinandersetzung mit ihr gestellt werde.

Ralf Krämer geht auf Christian Fuchs' Kritik am Buch von Paul Mason in Z 107 ein. Während er – mit Fuchs – betont, dass auch in der „Informationsökonomie“ die Arbeit und deren Ausbeutung grundlegendes Merkmal des Kapitalismus bleiben, wendet er sich gegen den Begriff der „Prosumtion“, in dem Konsum und produktive Arbeit verschmelzen. Es sei scharf zu unterscheiden zwischen warenproduzierender Arbeit einerseits und dem Konsum von Waren andererseits. Die beim digitalen Konsum entstehenden Daten erhielten erst dann eine Warenform, wenn diese von großen Unternehmen (unter erheblichem Arbeitsaufwand) aufbereitet und genutzt würden. Die Verwertung dieser Daten wird als Hauptprofitquelle des Internetkapitals i.S. einer Informationsrente interpretiert.

Neun Autoren haben Berichte zu Tagungen der Linken beige-steuert. Sie betreffen historische Themen (Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, Russische Revolution), Prekarisierung, kriminelles Kapital, marxistische Philosophen, 150 Jahre *Das Kapital*. Geschichte der Linken, Ökonomie, Herrschende Klasse, Aspekte der Ideologie u.a.m. sind Themen der Buchbesprechungen.

Z 111 (September 2017) wird als Schwerpunktthema „150 Jahre *Das Kapital* und die Gegenwart“ behandeln.

Christa Wichterich

Neoliberale Erwerbsmärkte, „Womenomics“ und Geschlechterverhältnisse

Eine Perspektive feministischer internationaler politischer Ökonomie

Ob es um die Hausarbeitsdebatte ging oder die Diskussion über Entgeltgleichheit, um den Streit über die geringe Zahl von Frauen in Führungspositionen oder um die Anerkennung von Sexarbeit als Beruf: immer zielten linke Feministinnen darauf, die marxistische Geschlechterblindheit zu beseitigen, die Rede vom Haupt- und Nebenwiderspruch zu knacken und die soziale Ungleichheitskategorie Geschlecht als eine konstitutive Bedingung des Kapitalismus sichtbar und verhandelbar zu machen. Im Fokus des Forschungsinteresses standen aus feministisch-ökonomischer Perspektive zum einen die bizarre Allianz zwischen neoliberalen und feministischen Zielorientierungen (vgl. Fraser 2009), zum anderen die neuen Subjektivitäten, die Frauen in transnationalen Wertschöpfungs- und Sorgeketten entwickelten.

Erzählung Nr. 1: Engels und Emanzipation durch Lohnarbeit

Als seit den 1980er Jahren die Beschäftigungszahlen von Frauen weltweit stiegen, schien das Engelssche Diktum von der Emanzipation durch Integration in die Lohnerwerbsmärkte Realität zu werden. Junge Frauen vom Land, in Nordafrika, Ost- und Südostasien sowie in Zentralamerika fanden in der Exportproduktion von Textilien, Schuhen und IT-Elementen Job und Einkommen. „Befreit“ wurden sie damit aus oft ärmlichen patriarchalen Subsistenzbedingungen in der Landwirtschaft und integriert in die städtisch moderne Lohnarbeits- und Geldökonomie, die sie industriellen Zwangsverhältnissen von Produktivität, Konkurrenz und Fremdbestimmung unterwarf. So entstanden vergeschlechtlichte Produktionssysteme, später transnationale Wertschöpfungsketten genannt. Sie beruhen auf einem großen Pool weiblicher Arbeitskräfte, deren komparativer Vorteil es ist, preiswert, geschickt und gewerkschaftlich nicht organisiert zu sein. Diese Entwicklung ging mit der evolutionären Vorstellung von Modernisierung einher, der zufolge zunehmende Erwerbsarbeit von Frauen ein weltweit kontinuierlicher Trend der Geschlechtergleichheit sei und damit auch die Emanzipationschancen kontinuierlich erhöhen werde.

Allerdings ist die Feminisierung der Beschäftigung in den unterschiedlichen Weltregionen sehr ungleichzeitig: Während die Erwerbsquote von Frauen in Lateinamerika und der Karibik zwischen 1990 und 2015 von 40 auf 54 Prozent anstieg (UN Women 2015: 75ff), war sie in anderen Regionen bereits wieder rückläufig. Im selben Zeitraum ging sie in Ostasien von 68 auf 62 Prozent zurück, in Osteuropa von 54 auf 50 Prozent und weltweit von 52,4 auf 49,6 Prozent (ILO 2016). In diese Statistiken gehen allerdings nur formale

Arbeitsverhältnisse ein, nicht die Erwerbsarbeit im informellen Sektor, von der Kleinbäuerin bis zur Straßenhändlerin, von der Hausangestellten bis zur Sexarbeiterin.

Feministische Wissenschaftlerinnen diskutierten die möglichen Emanzipationsgewinne unter den Bedingungen von Ausbeutung und Informalisierung, z.B. in der Boombranche Bekleidungsindustrie. Bilanz: Der Zuwachs an Frauenjobs, der große Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und die Produktivitätssteigerungen setzen sich nicht in existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und soziale Sicherheit um. Am schlechtesten sind Löhne und Arbeitsbedingungen in informellen Werkstätten und unregulierten Sweatshops wie in Rana Plaza in Bangladesh. Das 2013 eingestürzte Fabrik- und Geschäftsgebäude mit 1126 Toten und 2500 Schwerverletzten ist zur tragischen Metapher für die strukturelle Gewalt dieses transnationalen Produktionsregimes geworden. Der Kollaps von Rana Plaza war die systemische Folge einer auf Wachstum und Kostensenkung orientierten transnationalen Industrie, in der Risiken und Schäden an das untere Ende der Wertschöpfungskette verschoben werden. Zu diesen Produktionsverhältnissen gehört auch, dass Organisierungsversuche der Arbeiter*innen und Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne gewaltsam unterdrückt werden.

Erzählung Nr. 2: Die Frauenfreundlichkeit des neoliberalen Kapitalismus

2010 fragte die bekannte US-amerikanische Kolumnistin Hannah Rosin: „Könnte es sein, dass die moderne, post-industrielle Ökonomie frauenfreundlich und nicht männerfreundlich ist?“ (zit. n. Radhakrishnan/Solari 2015:784). Der Hintergrund war die Finanzkrise von 2008/09, in der US-Statistiken erstmals mehr erwerbstätige Frauen als Männer verzeichneten. Das, so Rosin, würde das Ende des männlichen Familienernährers, eine Rollenumkehrung und ein „gescheitertes Patriarchat“ anzeigen. Diese Lesart von Geschlechterverhältnissen steht ebenfalls in der Tradition des Empowerments von Frauen durch Erwerbsarbeit und Geldeinkommen.

Erstmals galten Frauen als Krisengewinnerinnen, weil die Krise im globalen Norden vor allem negative Auswirkungen auf Männerjobs hatte, während im globalen Süden wie bei früheren Krisen Frauen stärker betroffen waren. Den allgemeinen Rahmen für Verschiebungen in der Beschäftigung bildeten einerseits die Deindustrialisierung in vielen Ländern, weniger Arbeitsplätze in der zunehmend industrialisierten Landwirtschaft und der Boom der Dienstleistungsbranchen, wo über 60 Prozent aller erwerbstätigen Frauen Beschäftigung fanden. In diesem Kontext sank in den vergangenen 20 Jahren weltweit die männliche Erwerbsquote von 80 auf 76 Prozent (ILO 2016). Andererseits ging die Feminisierung der Beschäftigung bereits seit den 1990er Jahren im Tandem mit der Durchsetzung der neoliberalen Prinzipien von Deregulierung und Flexibilisierung auf den Erwerbsmärkten einher. Flexibilisierung bringt Beschäftigung und schön Arbeitmarktstatistiken.

Deregulierung von Märkten wie auch Flexibilisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen sollen die Inklusion, die Öffnung von Marktsegmenten für bisher Exkludierte und Marginalisierte, Arme, Indigene, informell Arbeitende und Subsistenzwirtschaftler*innen erleichtern. Diese neue Seite des Neoliberalismus, der „inklusive Liberalismus“ (Porter/Craig 2004), resultierte für Frauen darin, dass sie weltweit betrachtet überwiegend informell, teilzeitig und geringfügig erwerbstätig sind, häufig auch als mitarbeitende Familienangehörige. In der EU machen Frauen 75 Prozent der geringentlohten und teils sozial ungeschützten Teilzeit- und Gelegenheitsbeschäftigten aus.

Gerade der Sektorservice ist hochgradig flexibel, informell und entlang von Leih-, Gelegenheits- und Unterauftragsarbeit organisiert. Entsprechend prekär ist die Lohnarbeit. Zwar hat sich die Beschäftigung in Dienstleistungen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich als krisenfester erwiesen als die am Bau und bei Banken. Allerdings sind die Jobs von Frauen in der Verwaltung und sozialen Sektoren durch krisenbedingte Austeritätspolitiken, das Schrumpfen des öffentlichen Sektors und durch Privatisierung bedroht. Die anlaufende Industrie 4.0-Welle von Automatisierung und Digitalisierung rationalisiert noch mehr Jobs weg. Frauen wird dies allerdings als neuer Horizont für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben angepriesen, durch noch mehr zeitliche und räumliche Flexibilisierung z.B. durch Crowd-Arbeit.

Neben der strukturellen „Frauenfreundlichkeit“ durch Flexibilisierung und Dienstleistungsorientierung propagierten in der Krise viele multilaterale Institutionen wie die Weltbank, das Weltwirtschaftsforum in Davos, die Vereinten Nationen und die EU Gleichstellungsmaßnahmen als Strategie, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu maximieren. Das Phantasma, dass Frauen als Humankapital bisher „untergenutzt“ waren und nun zwecks Produktivitätssteigerung besser genutzt werden sollten, hatte die Weltbank bereits 2007 in ihrem *Gender Action Plan* mit dem Konzept von Frauempowerment durch Marktinklusion aufgenommen. Dabei ging es ihr nicht um Frauenrechte. Vielmehr macht sie mit der flotten Definition von Geschlechtergleichheit als „smart economics“ und von Frauen als neuen fitten Marktsubjekten Effizienz, Wachstum und Rentabilität zu universellen Maßstäben für Empowerment (World Bank 2007). Das Ganze wird als Win-win-Situation und Chancenzuwachs für die Frauen gepriesen. In der Krise gewann die Weltbank mit dieser Wachstumsorientierung entwicklungs- und genderpolitische Hegemonie gegenüber menschenrechtlichen und feministischen Zielsetzungen (vgl. World Bank 2011).

Diese Offensive der Frauenfreundlichkeit wird durch Großkonzerne unterstützt, von Coca Cola bis Exxon, die in Partnerschaft mit UN-Institutionen Förderprogramme für Frauen und immer häufiger auch für Mädchen auflegen. Goldman Sachs will 100.00 Frauen mit „Womonomics“-Training und Krediten für Business fit machen. Die Nike Stiftung propagiert mit einer Kampagne „Girl Effect“ und Walt Disney mit „Pink Princess“ Investitionen in Mädchen, die als „emerging markets“ und zukünftige Unternehmerinnen ihres Selbst die Wirtschaft antreiben sollen (Calkin 2015; Murphy 2012).

Erzählung Nr. 3: Lücken schließen, aufholen, gleichziehen

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten werden mit dem Begriff *Gap* – Gefälle oder Kluft – bezeichnet. Eine Kluft in Beschäftigung und Jobqualität, das Lohn- und Pensionsgefälle, die Ungleichverteilung von Care-Arbeit und Führungspositionen, ungleiche Zugangschancen zu Ressourcen und Technologien umreißen die Unterschiede zwischen Frauen und Männern auf den Erwerbsmärkten. Im Zentrum stehen die Beschäftigungskluft zwischen Männern und Frauen von weltweit 26 Prozent (unverändert seit 20 Jahren) und die Lohnkluft im Welt-durchschnitt von 23 Prozent. Wo sich die Lohnkluft verringert hat, sind nicht zwangsläufig steigende Frauenlöhne die Ursache, sondern manchmal auch sinkende Männerlöhne. Japan, Südkorea und Russland gelten als Länder mit dem höchsten geschlechtsspezifischen Lohngefälle von weit über 30 Prozent. Laut Hochrechnungen der International Labour Organization (ILO 2016) wird der *gender pay gap* bei Fortschritten im derzeitigen Tempo erst in 75 Jahren geschlossen. In der EU besteht ein alarmierendes Rentengefälle von 39 Prozent mit einem hohen Armutrisiko von Frauen im Alter. Da auch Erwerbstätigkeit von Männern diskontinuierlicher wird und männliche Jugendliche derzeit am meisten von Erwerbslosigkeit betroffen sind, werden in Zukunft auch die Rentensprüche von Männern sinken. Dadurch kann eine Angleichung erfolgen.

Die Klüfte resultieren auch aus einer geschlechtsspezifischen Segmentierung der Märkte, wonach bestimmte Berufe und Bereiche jeweils als weiblich oder männlich gelten, was in die Bewertung und Lohnbildung eingeht. Bemerkenswert ist, dass die Gehaltsunterschiede in hochqualifizierten und hochdotierten Jobs größer sind als in unteren Lohngruppen.

Obwohl sich das Gefälle in Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen zugunsten von Mädchen und jungen Frauen verändert hat, übersetzt sich dies nicht geradlinig in Erfolge auf dem Erwerbsmarkt und im Beruf. Die Erwerbsarbeit von Frauen ist – wie die ILO sagt – von unten durch einen „klebrigen Boden“ mit prekären Jobs und schlecht bezahlter Arbeit beschränkt und von oben durch eine „Glasdecke“, die Frauen am Aufstieg in die Führungsetagen hindert. Knapp die Hälfte aller Beschäftigung weltweit stuft die ILO als prekär ein, d.h. ohne existenzsichernde Bezahlung und ohne soziale Sicherheit. Weltweit gehören Frauen überproportional zu den „working poor“, denjenigen, die trotz Erwerbsarbeit arm bleiben.

In den westlichen Ländern lag in den vergangenen Jahren ein Gleichstellungsfokus auf Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen. Weltweit hat sich die Zahl weiblicher Führungskräfte nur unwesentlich auf 23 Prozent erhöht, in den Fortune 500 gelisteten Unternehmen waren es 2016 nur 10,9 Prozent, und nur 13 der 500 Konzerne haben eine Direktorin an ihrer Spitze. Interessant ist, dass die reichen Länder des Nordens unter dem Durchschnitt liegen mit Japan und Deutschland auf abgeschlagenen Rängen, weit hinter z.B. der Türkei. Russland führt die Statistik mit 43 Prozent an, gefolgt von China sowie anderen osteuropäischen und südostasiatischen Ländern. Ein politischer Meilenstein war die Einführung einer Frauenquote von 40 Prozent für börsennotierte Unternehmen in Norwegen. Meist wehren sich Unternehmen

gegen verpflichtende Regelungen und versprechen Besserung auf freiwilliger Basis, was bekanntlich folgenlos bleibt.

Neben der klassen- und geschlechtsspezifischen Einkommenskluft besteht auch zwischen migrantischer und einheimischer Bevölkerung ein Lohngefälle. Zudem gibt es meist deutliche Nachteile für Mütter im Erwerbsleben und beim Einkommen im Vergleich zu Nicht-Müttern, am stärksten im familistischen Polen. Und dies, obwohl viele EU-Länder politische Maßnahmen zur Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Müttern und Alleinerziehenden einführten, denn die EU verfolgt zur Förderung von Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit ein neoliberales Erwachsenen-Erwerbsmodell: jede/r Erwachsene soll erwerbstätig sein.

Auch im Weltentwicklungsbericht 2012 zu Geschlechtergleichheit standen *gender gaps* im Fokus, denn in der Business-Logik der Weltbank müssen Gaps beseitigt werden, weil sie als Wachstumshindernisse wirken. Der Fokus auf Gaps ist wie ein Tunnelblick auf Ungleichheitsverhältnisse, herausgelöst aus ökonomischen Rahmenbedingungen und aus lokal und kulturell sehr unterschiedlichen Geschlechterordnungen. In der Gap/Ungleichheitsperspektive sind Frauen die Defizitären, die Diskriminierten und Opfer. Verwundbarkeit durch Armut bzw. mangelnde Widerstandskraft gegen Armut wird geschlechtsspezifisch zugeschrieben und wenig klassenspezifisch konnotiert. Zwar macht die Analyse von *gender gaps* – wie stets von Frauenbewegungen gefordert – Geschlechterungleichheiten und Exklusion von Frauen sichtbar. Doch die Beseitigung der Geschlechterungleichheiten beim Marktzugang ist höchst ambivalent, ja paradox. So will die Weltbank Kleinbäuerinnen allüberall durch den Zugang zu modernen Agro-Inputs wie Chemiedünger und Industriesaatgut empowern und dadurch ihre Erträge steigern. Tatsächlich war es ein herkömmlicher Machtbereich von Bäuerinnen, ihr eigenes Saatgut zu vermehren, zu tauschen, mit ihm Ernährungssouveränität zu bewahren und kein hybrides Konzernsaatgut teuer auf dem Markt kaufen zu müssen. Statt den kleinbäuerlichen Beitrag von Frauen zur Ernährungssicherung zu würdigen und durch Fördermaßnahmen zu verbessern, dient diese Form von Gleichstellung dem agrarwirtschaftlichen Strukturwandel hin zur konzerngesteuerten industrialisierten Landwirtschaft.

Erzählung Nr. 4: Sorgeextraktivismus und Anerkennung

In allen internationalen Gleichstellungsprogrammen von der Weltbank bis zur ILO taucht nach jahrelanger kritischer Intervention von Feministinnen in Fortführung der so genannten Hausarbeitsdebatte Care – Sorgearbeit und Sorgeökonomie – als eine bedeutende ökonomische Größe auf. Ohne Care-Arbeit, also das Sich-Sorgen um, Versorgen und Erhalten von Mensch und Natur, ist keine soziale Reproduktion von Gesellschaften und kein Funktionieren der Märkte möglich. Ein Grundwiderspruch kapitalistischer Akkumulation besteht jedoch darin, dass Expansion und Wachstum die lebendigen Ressourcen im Menschen und in der Natur übernutzt und zerstört. Deswegen sind Krisensituationen sozialer Reproduktion ein Dauerzustand (Klinger 2013).

Perfiderweise setzen der Markt und auch die Politik Sorgearbeit als unendlich dehnbare, „natürliche“ weibliche Fähigkeiten voraus. Die Sorgeökonomie ist sowohl Ressource und Energiequelle für die Märkte, sie wird aber gleichzeitig auch zur Externalisierung und Individualisierung sozialer Kosten und Risiken benutzt. In Krisensituationen, bei Sozialabbau und Austeritätspolitiken greifen Staaten verstärkt auf un- und unterbezahlte Sorgearbeit zurück, um Reproduktionskosten aus dem wohlfahrtsstaatlichen Portfolio zu verschieben und soziale, ökonomische und ökologische Probleme kostengünstig zu managen (Elson 2002).

Care-Arbeit wird zunehmend als Lohnarbeit geleistet, aber gering bewertet und schlecht entlohnt. Bezahlung garantiert also keine Aufwertung. Ökonomisierung von Sorgearbeit bedeutet, dass die Marktlogik von Effizienz, Rationalisierung und Konkurrenz auf bisher marktferne private, ja intime Sektoren übergreift und sich die Sorgelogik von Sich-Kümmern, Sozialbeziehung und eigenem Tempo unterwirft, Beispiel: Module in der Altenpflege. Feministische Ökonominen betrachten die kontinuierliche Nutzung und Ausbeutung von Sorgearbeit – kurz „Sorgeextraktivismus“ (Wichterich 2016) – als zentralen Funktionsmechanismus des globalisierten neoliberalen Kapitalismus und als systemische Herrschaftsstruktur kapitalistischer Wirtschaftsweise (Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015).

Zwar versuchen eine Reihe von EU-Ländern, vor allem skandinavische Länder, durch Optionen wie eine (bezahlte) Vaterschaftszeit oder eine familistische Pflegeversicherung Männer in die Verantwortung für die Kinderbetreuung und Altenpflege einzubeziehen. Dies nehmen allerdings bisher nur relativ wenige Männer wahr. Das sogenannte Vereinbarkeitsproblem bleibt privat und überwiegend weiblich und wird selten politisch durch öffentliche Einrichtungen gelöst.

Anstelle der von Feministinnen geforderten neuen Sorgearbeitsteilung mit Männern kam es zu einer Arbeitsteilung zwischen Frauen aus verschiedenen Klassen, Ethnien und Weltregionen. In der Krise sozialer Reproduktion bei gleichzeitig zunehmender Erwerbstätigkeit mittelständischer, gut qualifizierter Frauen in den Metropolen überbrücken migrantische Hausangestellte, Kinderfrauen, Altenbetreuer*innen, Putzkräfte und Krankenpfleger*innen aus dem globalen Süden Versorgungslücken im globalen Norden. Transnationale Sorgeketten ziehen Sorgkapazitäten aus ärmeren in wohlhabendere Haushalte, von ärmeren in wohlhabende Länder ab (*care drain*). Dadurch wird eine Krisensituation von Deutschland nach Polen und weiter in die Ukraine verlagert, wenn eine polnische Altenpflegerin ihre Care-Aufgaben an eine Ukrainerin gegen geringe Bezahlung übergibt, die dann wiederum bei sich zu Hause eine Lücke hinterlässt (Hochschild 2000). Die Frauen entwickeln Subjektivitäten von transnationaler Mutterschaft.

Der nationale und transnationale Sorgeextraktivismus, der zentral für Krisenlösungen ist, bleibt unter dem Radar der politischen Ökonomie, während Ressourcenextraktivismus eine bedeutende polit-ökonomische Kategorie ist, vor allem seit linke Regierungen in Lateinamerika den Raubbau an den Bodenschätzen in der Krise forcierten, um mit den Erlösen Sozialprogramme finanzieren zu können.

Sorgearbeit setzt die Frage der Anerkennung auf die politische Agenda. Rund um den Globus beklagen Frauen, dass unbezahlte Haus-, Familien- und Gemeindearbeit zu wenig gewertschätzt und entsprechend als Lohnarbeit miserebel bezahlt wird. Überall streiten Hausangestellte dafür, als „vollwertige“ Arbeiterinnen anerkannt zu werden, denn nur dann haben sie Anspruch auf Arbeitsrechte, soziale Sicherung und Organisierung. Selbstorganisiert erkämpften sie mit einer internationalen Kampagne 2011 bei der ILO eine eigene Konvention Nr. 189 für „würdige Arbeit“.

Genau den Mangel an Wertschätzung und an Qualität artikulierten in den vergangenen Jahren viele Streiks und Proteste im personennahen Dienstleistungsbereich. Die KiTa-Beschäftigten in Deutschland demonstrierten nicht nur für höhere Löhne, sondern für mehr Anerkennung ihrer Arbeit (vgl. Kutlu 2015, Winker 2015). Altenpfleger*innen forderten mehr Wertschätzung und eine Aufweichung der Pflegemodule, Pflegepersonal und Ärzt*innen in der Charité in Berlin sind so überlastet, dass sie keine Qualitätsbetreuung mehr gewährleisten können. Diese Kämpfe zeigen, dass die Bedingungen des neoliberalen Marktes qualitätsvolle Sorgearbeit im Wachstumssektor Pflege, Betreuung und personennahe Dienstleistung unmöglich machen. Sie verweisen aber auch darauf, dass im Kontext der Sorgeökonomie neue Bündnisse zwischen Beschäftigten und Patient*innen/Konsument*innen möglich werden.

Während die Weltbank (2011) die unbezahlte Sorgearbeit von Frauen primär als „fehlallokierte“ Zeit- und Arbeitsbelastung und als Einschränkung für bezahlte Beschäftigung betrachtet, ist aus feministisch-ökonomischer Perspektive die Care-Arbeit und ihre intrinsische Logik des Sorgens, der Achtsamkeit und Kooperation ein Ansatzpunkt, um das Wirtschaften insgesamt aus der Perspektive des Versorgens und der Lebensqualität her neu zu denken. Dazu muss angesichts der Perspektive, dass immer weniger produktivistische Lohnarbeit gebraucht wird, die soziale, ökonomische und ökologische Bedeutung von Care mit dem Zielhorizont eines ‚guten Lebens für alle‘ politisiert werden.

Erzählung Nr. 5: Dann sollen sie doch Kuchen essen und Unternehmen gründen

Mikrokredite sind in den letzten beiden Jahrzehnten als geschlechtsspezifisch zugeschnittenes Instrument der finanziellen Marktinklusioin eingesetzt worden, das armen Frauen Einkommensmöglichkeiten und Armutmanagement verspricht. Entsprechend dem Modell der Grameen Bank des Nobelpreisträgers Mohammad Yunus in Bangladesh wurde die finanzielle Inklusion zwillingshaft verkoppelt mit Erwerbsarbeit und dem Empowerment von Frauen.

Die Kleinkredite werden in Südasien fast nur Frauen angeboten, weil sie – im Unterschied zu Männern – eine hohe Rückzahlungsmoral von über 90 Prozent bewiesen haben. Auf Basis dieser Sicherheit haben sich im globalen Süden kommerzielle Mikrofinanzinstitutionen entwickelt, die armen Frauen oder Frauengruppen Mikrokredite mit Zinssätzen von über 30 Prozent an der Haustür anbieten. Sie verdrängen herkömmliche Spar- und Darlehenssysteme –

Tontine, Merry-go-round, revolving fund, sanghams –, die die Frauen in vielen Ländern in Nachbarschaftshilfe selbst organisiert haben, und auch NGO-finanzierte Selbsthilfegruppen, die durch Sparen und Kreditvergabe den Frauen ein Startkapital für eine „einkommenschaffende Tätigkeit“ als Selbstbeschäftigte, Kleinstunternehmerin oder Mini-Kooperative bereitstellten.

Wird der Kredit investiert, erfüllt sich die Hoffnung nicht unbedingt, ein lokales Kleinunternehmertum aufbauen zu können, wie es der peruanische Ökonom Hernando de Soto bereits in den 1980er Jahren als Kapitalismus von unten propagiert hatte (Soto 1992). Natürlich gibt es einzelne Erfolgsgeschichten. Doch wo Frauen Eier verkaufen, einen Essensstand betreiben, Heilkräuter sammeln, einen Friseursalon eröffnen usw. führt dies häufig wegen des Nachahmeffekts zu einem Überangebot und einem Verdrängungswettbewerb auf den lokalen Märkten, nicht aber zu einer dauerhaften Existenzsicherung (Raza 2014).

Yunus entwickelte in Bangladesh soziale Business-Projekte mit transnationalen Konzernen wie Nokia, Danone, Adidas, Otto und BASF. Die Frauen finanzierten mit den Krediten einen Kleinhandel im Dorf mit Joghurt, Turnschuhen und Telefonzeit. Das Danone-Projekt zielte auf die Verdrängung der haushaltlichen und dörflichen Selbstversorgungsökonomie, denn in Bangladesh stellt jede Frau zu Hause eigenen Joghurt her.

Auch in Indien fungieren die Frauen mit kleinen Franchisegeschäften auf dem Land als Vorhut der konzerndominierten städtischen Konsumökonomie. Sie betreiben Markterschließung für die Unternehmen, übernehmen Absatzrisiken und führen den freien Wettbewerb mit den dörflichen Produzent*innen ein. In Südindien bietet eine Kreditgruppe in ihrem Mini-Supermarkt als Einstieg in den modernen Konsum nur sauber verpackte Konzernprodukte an, nehmen jedoch die Gewürze, Öle und Heilmittel, die die Dorffrauen nebenan herstellen, nicht ins Sortiment auf, weil sie nicht „richtig“ verpackt seien. So drängen die Kreditnehmerinnen die lokale Ökonomie ins Abseits und werten deren Frauenarbeit als nicht marktfähig ab. Ungleichheiten und Interessenunterschiede zwischen den Frauen nehmen zu.

Die Mehrheit der Frauen nutzt die Kredite allerdings nicht für produktive, sondern für konsumtive Zwecke. Oft wurden als erstes Schulden zurückgezahlt, die die Familie oder der Mann beim lokalen Geldverleiher, der Wucherszinsen von über 50 Prozent verlangt, hatte. Häufige Verwendungszwecke sind auch medizinische Kosten für eine Operation und Medikamente oder die Ausrichtung von Hochzeiten sowie Mitgiftzahlungen in Südasien. Die Armen substituieren mit den Krediten auch den Rückgang staatlicher Subventionen sowie geringere Einkommen auf dem Land und finanzieren ihre soziale Reproduktion auf einem höheren Konsumniveau. Milford Bateman (2010) nennt Mikrofinanzierung deshalb den „zerstörerischen Aufstieg des lokalen Neoliberalismus“, der die Armen in die Lage versetzt, die Armut eigeninitiativ und unternehmerisch besser zu managen.

Das Überangebot von Krediten im Dorf durch mehrere kommerzielle Anbieter beförderte viele Frauen in eine Verschuldungsspirale: Angetrieben durch die

wöchentliche Zinseintreibung der Mikrofinanzagenten nahmen sie mehrere Kredite von mehreren Anbietern auf, um alle Rückzahlungen prompt leisten zu können. Hinter der hohen Rückzahlungsquote wie auch hinter dem zunehmenden Cash-Flow und Konsum in den Dörfern verbirgt sich jedoch eine zunehmend hohe Verschuldung. In Indien kam es zu einem Crash des Mikrofinanzsystems, als die Frauen nicht mehr zurückzahlen konnten. Zwar fühlen sich die Frauen aufgewertet, dass sie so viel Geld wie nie zuvor in die Familie einbringen. Doch Empowerment durch die Feminisierung der Kreditnahme und kleinunternehmerische Tätigkeit ist höchst fremdbestimmt und riskant.

Die Finanzkreisläufe binden arme Frauen in den Dörfern und Slums des globalen Südens über eine Kredit- und Verschuldungskette in die globalen Finanzmärkte ein. Der Kredit als Instrument für soziale Ziele der Armutsreduktion und des Frauenempowerments verschränkt die soziale Reproduktion der Armen auf der Alltagsebene mit der Reproduktion der globalen Finanzindustrie (Wichterich 2015).

Neue Geschlechterverträge

Nicht nur im Westen sondern auch im globalen Süden sind Genderrollen und -regime seit den 1980er Jahren im Zuge des jüngsten Schubs von Globalisierungen in Bewegung geraten. Doch Marktinklusioin und Lohnarbeit von Frauen entwickeln sich nicht eindeutig, linear und global in Richtung auf mehr Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, sondern in einem Spektrum zwischen emanzipatorischen, neoliberalen und (neo-)konservativen Werten oft in paradoxer und widersprüchlicher Weise. Dabei entstehen auch eigenständige, teils gegenläufige Dynamiken vergeschlechtlichter Subjektivitäten, von Geschlechterordnungen und Alltagspraktiken.

Für Frauen eröffnen sich Handlungsräume, in denen sie – innerhalb marktformiger Herrschaftsbedingungen – Strategien der Aneignung, Existenzsicherung und Reproduktion verfolgen können. Die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung zwischen Unterwerfung und Wahlfreiheit schreibt sich in den Alltagsverstand, die arbeits- und lebensweltlichen Praktiken und die Subjektivitäten ein. Erwerbsarbeit bedeutet oft ein Empowerment und eine Aufwertung gegenüber Männern durch Angleichung von Rechten und Chancen, andererseits aber eine Anpassung an die männliche Norm des „homo oeconomicus“, des Produktivismus und Industrialismus. Während sich so Geschlechterpraktiken z.B. des Wettbewerbs und der Karrieren teilweise angleichen, nehmen die Ungleichheiten unter Frauen wie auch unter Männern zu.

Marktfunktional werden sie nun weniger als schwache, sondern als starke neoliberale Subjekte, als Produktivkraft, konzipiert, die aktiv die Armut managen oder reduzieren können, verantwortlich als Unternehmerinnen ihres Selbst auf den Märkten agieren und widerständig gegen Verwundbarkeiten sind (McRobbie 2010). Vermittelt über Mechanismen der Marktinklusioin und des neoliberalen Liberalismus vollzieht sich ein ökonomischer Strukturwandel hin zu mehr Kommodifizierung, Industrialisierung und Rationalisierung. An-

dererseits werden geschlechtsspezifische Subjektivitäten neu geformt und es findet eine Pluralisierung von Lebenspraktiken statt. Dazu gehören vielerorts auch ein Rechtsbewusstsein sowie Potentiale für Widerstand und Kämpfe. Die insgesamt „paradoxe Integration“ von Frauen in Erwerbsmärkte (Wichterich 2009) vervielfältigt nicht nur Identitäten, sondern auch Widersprüche in den ökonomischen und Geschlechterverhältnissen.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte/Birgit Riegraf/Susanne Völker (2015): *Feministische Kapitalismuskritik*, Münster
- Bateman, Milford (2010): *Why Doesn't Microcredit Work? The Destructive Rise of Local Neoliberalism*. London.
- Calkin, Sydney (2015): *Feminism, Interrupted? Gender and Development in the Age of 'Smart Economics.'* *Progress in Development Studies* 15(4), 295-307.
- Elson, Diane (2002): *International Financial Architecture: A View from the Kitchen*, in: *femina politica*, 1/2002, 26-38
- Fraser, Nancy (2009): *Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8, 43-57.
- Hochschild, Arlie (2000): *Global Care Chains and Emotional Surplus Value*, in: Giddens, Tony/Hutton, Will (Hrsg.): *On the Edge. Globalization and the New Millennium*, London, 137-179
- ILO (2016): *Women at Work. Trends 2016*, Geneva
- Klinger, Cornelia (2013): *Krise war immer. Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilungen in sozialphilosophischer und kapitalismuskritischer Perspektive*, In: Appelt, Erna/ Aulenbacher, Brigitte/ Wetterer Angelika (Hrsg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster. 82-105
- Kutlu, Yalcin (2015). *Kampf um Anerkennung. Die Sozial- und Erziehungsdienste im Streik*. In: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung* 103 (September 2015), 126-140
- McRobbie (2010): *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*, Wiesbaden
- Murphy, Michelle (2012): *Gender, Justice, and Neoliberal Transformations*, in: *S&F online*, Issue 11.1-11.2, <http://sfonline.barnard.edu/gender-justice-and-neoliberal-transformations/the-girl-mergers-of-feminism-and-finance-in-neoliberal-times/>
- Porter, Doug/Craig, David (2004): *The Third way and the Third world: poverty reduction and social inclusion in the rise of inclusive liberalism*, in: *Review of International Political Economy* 11(2): 387-423
- Radhakrishnan, Smitha/ Solari, Cinzia (2015): *Empowered Women, Failed Patriarchs: Neoliberalism and Global Gender Anxieties*. In: *Sociology Compass* 9/9 (2015), 784-802
- Raza, Werner (2014): *Lokale wirtschaftliche Entwicklung dank Mikrofinanz: Fehlanzeige*, in: Klas, Gerhard/ Philip Mader (Hg.) (2014): *Rendite machen und Gutes tun? Frankfurt*. 83-93.

- The World Bank (2007): Gender and Equality as Smart Economics. Action Plan 2007-2011. Washington.
- The World Bank (2011): World Development Report 2012. Gender Equality and Development. Washington
- UN Women (2016): Progress of the Worlds' Women 2015-2016. Transforming Economies, Realizing Rights, New York
- Wichterich, Christa (2009): gleich, gleicher, ungleich, Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Königstein/Taunus
- Wichterich, Christa (2015): Armutmanagement, Rendite und Geschlecht, Von zuverlässigen armen Frauen und finanzieller Inklusion, in: Peripherie 140, 469-491
- Wichterich, Christa (2016): Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, In: Brand, Ulrich/Schwenken, Helen/Wullweber, Joscha (Hrsg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft, Hamburg, 54-72
- Winker, Gabriele (2015): Überforderte Eltern zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit. Neoliberale Familienkonstruktionen ohne Zukunft. In: Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung 103 (September 2015), 141-149



Forum Wissenschaft 1/2017

Populismus

Warnsignal für die Demokratie?

- ◆ Dirk Jörke / Veith Selk: Populismus verstehen
- ◆ Christina Kaindl: In die Mitte des Handgemenges
- ◆ Andreas Kemper: »Kampf um die Sprache gewinnen«
- ◆ Michael Paetau: Bitcoin und die »Blockchain-Economy«

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Ungleiche Bezahlung von Frauen – aktuelle Aspekte

Will man es optimistisch sehen, kann man feststellen, Frauen hätten in den vergangenen hundertfünfzig Jahren viel erreicht. 1844 kam es in Schlesien zu einem maßgeblich von Frauen getragenen und organisierten Streik für höhere Löhne und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. 1858 streikten in New York Frauen für gleichen Lohn und gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen. Diese Forderungen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Zeiten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschlossen sozialistische Frauen in Kopenhagen, einen internationalen Frauentag einzuführen – als Symbol für die internationale Solidarität der Frauen. Ihre wichtigsten Forderungen bezogen sich auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht, auf humane Existenzbedingungen und auf den Kampf gegen die Kriegsgefahren. Wie wir heute wissen, haben sich die Frauen mit alledem keineswegs durchgesetzt.

In der Weimarer Republik gab es Berührungspunkte der verschiedenen Richtungen der Frauenbewegung. Sie waren sich einig in der Forderung nach dem Recht auf Erwerbsarbeit und nach Kinder-, Jugend- und Arbeitsschutz. Die Revolution von 1918/19 und die Gründung der Republik hatte endlich das Frauenwahlrecht gebracht.

Der Faschismus jedoch war ein großer Rückschlag. Die Frauen verloren das passive Wahlrecht, sie wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen, und nur zehn Prozent der Studierenden durften weiblich sein. Die Kampagne der Nazis gegen das „Doppelverdienertum“ bewirkte, dass Frauen ihren Arbeitsplatz verloren und damit den Arbeitsmarkt „entlasteten“. Erst im Verlaufe des Krieges wurden sie in der Rüstungsindustrie zu miserablen Arbeitsbedingungen und Billiglöhnen wieder beschäftigt. Dies widersprach zwar der faschistischen Ideologie und ihrer Glorifizierung der Mutterrolle, wurde aber kurzerhand zum Dienst am Vaterland deklariert.

Fortschritte und Konflikte in den siebziger Jahren

Heute ist die formale Gleichheit der Frauen weitgehend durchgesetzt. Allerdings wurde erst 1977 das Entscheidungsrecht des Ehemannes über alle Fragen des Ehe- und Familienlebens einschließlich der Erwerbstätigkeit der Ehefrauen abgeschafft. Bis dahin hatte der Mann das Recht, ein von der Frau eingegangenes Arbeitsverhältnis auch gegen ihren erklärten Willen zu kündigen. In der Realität förderte der bundesrepublikanische Sozialstaat die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, beispielsweise durch das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Familienversicherung (s.a. IMSF 1978, S. 155ff.; IMSF 1985, S. 238ff.).

In den 1970er Jahren entbrannte der Konflikt um gleichen Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit in den Betrieben (ebd. 1978, S. 78ff.; ebd. 1985, S. 146ff.). Im Durchschnitt verdienten Arbeiterinnen damals 27,4 Prozent weni-

ger als ihre männlichen Kollegen, bei den Angestellten betrug die Differenz zwischen den Geschlechtern sogar 35,6 Prozent (IG Medien 1981, S. 5).

Die auch damals schon über ein Jahrhundert alte Forderung nach fairer Bezahlung wurde von der Industriegewerkschaft Druck und Papier und insbesondere ihrem Hauptvorstandsmitglied Gisela Kessler aufgegriffen und führte zu vielfältigen Aktivitäten. Sie gipfelten in der letztinstanzlichen Klage von 29 Beschäftigten gegen die Heinze-Fotolabor-Betriebe vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel am 6. September 1981. Die „Heinze-Frauen“ gewannen diesen Prozess und feierten ihn als einen wichtigen Schritt der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung und als Ermutigung für weitere Auseinandersetzungen, obwohl ihnen bewusst war, dass dieser Skandal mit dem Sieg noch nicht bereinigt war.

Lohndiskriminierung besteht weiterhin

Die Daten zeigen, dass Frauen in Deutschland auch noch heute im Durchschnitt zirka 21 Prozent weniger Einkommen erzielen als Männer. Der „Gender Pay Gap“ ist in Deutschland – im Vergleich zum europäischen Durchschnitt – besonders groß. Nach Deutschland folgen nur noch die Tschechische Republik mit 22,1 Prozent, Österreich mit 22,9 Prozent und Estland mit 28,3 Prozent.¹

Kunst, Unterhaltung, Erholung	33,0
Freie wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	28,9
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	26,9
Sonstige Dienstleistungen	23,0
Gastgewerbe	13,8
Erziehung, Unterricht	12,2
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	7,2

Quelle: WSI-Genderdatenportal, www.boeckler.de/52850.html

Schauen wir für Deutschland genauer hin, ergibt sich ein je nach Branchen, Betriebsgröße und Berufen differenziertes Bild (Tabelle 1). Sehr hohe geschlechtsspezifische Verdienstabstände mit mehr als 25 Prozent finden sich in folgenden Wirtschaftszweigen: Kunst/Unterhaltung/Erholung, Freiberufliche/Solo-Selbstständige, in wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie bei Versicherungs- und Finanzdienstleistern. Es gibt jedoch auch Branchen, in denen die Lücke nicht ganz so

¹ www.frauenlohnspiegel.de.

groß ist, z. B. im öffentlichen Dienst. Hier liegt ihre Benachteiligung eher in den geringeren Aufstiegschancen (DGB 2011).²

Die Einkommensdifferenzen setzten sich bei Sonderzahlungen fort. Fast 57 Prozent der Männer haben nach eigenen Angaben eine Sonderzahlung in Form eines Weihnachtsgeldes erhalten, Frauen dagegen nur zu 51 Prozent. Urlaubsgeld erhielten 51 Prozent der Männer, Frauen dagegen nur zu 38 Prozent. Männer erhielten zu 20 Prozent eine Gewinnbeteiligung, Frauen dagegen zu 10 Prozent.³

Viele weitere Diskriminierungen⁴

Nahezu 48 Prozent der Männer haben angegeben, im letzten Jahr habe ihnen ihr Arbeitgeber eine Weiterbildung finanziert, bei den Frauen waren es mit 43 Prozent etwas weniger. Frauen gaben jedoch öfter an, eine Weiterbildung selbst finanziert zu haben, nämlich zu 20 Prozent gegenüber 17 Prozent der Männer. Rund 18 Prozent der Frauen, aber knapp 27 Prozent der Männer sagten, sie seien in dem Betrieb, in dem sie arbeiten, befördert worden.

Frauen mit einem Hochschulabschluss haben seltener eine Führungsposition inne. Nur 43 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss haben Führungs- und Personalverantwortung gegenüber 59 Prozent der Männer und sie verdienen in der Regel 1.000 Euro weniger.

Berufserfahrung zahlt sich bei Frauen nicht aus. So beträgt der durchschnittliche Lohnabstand im Vergleich zu den Männern bei einem bis fünf Berufstätigkeitsjahren im Durchschnitt 22 Prozent und bei 30 und mehr Jahren 29,5 Prozent. Berufserfahrung wird also nicht nur nicht honoriert, sondern bestraft. Erhebliche Lohnunterschiede sind nach Haipeter (2017) auch darauf zurückzuführen, dass die Frauen bei Spitzeneinkommen durchschnittlich weit unter denen der Männer liegen. Dafür werden zwei Gründe genannt: Frauen seien in Spitzenjobs selten vertreten oder sie würden in vergleichbaren Spitzenjobs weniger verdienen.

Langfristige Folgen

Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt, dass die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern insgesamt – auf die Lebensarbeitszeit bezogen – noch deutlich höher liegen (Bach 2014). In der Studie werden die Daten der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik aus dem Jahr 2007 – neuere Daten liegen nicht vor – getrennt nach Geschlechtern analysiert. Erfasst werden hier die gesamten Gewinn-, Arbeits- und Vermögenseinkommen. Danach erreichen Frauen durchschnittlich 49 Prozent des Pro-Kopf-Bruttojahreseinkommens von Männern. Das lie-

² S. a. Heribert Prantl: Warum Frauen so selten geeignet sind, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. 7. 2014.

³ www.frauenlohnspiegel.de.

⁴ Daten nach WSI-Genderdatenportal, https://www.boeckler.de/wsi_38957.htm.

ge daran, dass die Frauen in den Einkommensgruppen mit bis zu 25.000 Euro Bruttojahreseinkommen deutlich die Mehrheit ausmachen. So erzielten doppelt so viele Männer wie Frauen ein Bruttojahreseinkommen von bis zu 40.000 Euro im Jahr. Ein Bruttojahreseinkommen von über 75.000 Euro erzielten nur noch 20 Prozent Frauen und in der obersten Klasse von Jahreseinkommen von 500.000 Euro befinden sich nur noch 16 Prozent Frauen. Die wichtigste Einkommensquelle sind die Arbeitseinkommen (Löhne und Gehälter). Werden diese separat betrachtet, so zeigt sich: Beim durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommen erzielen Frauen 61 Prozent des Arbeitseinkommens der Männer – das ist eine Lücke von 39 Prozent. Da die Minijoblöhne in dieser Steuerstatistik nicht erfasst werden, dürfte die Lücke sogar noch größer sein. Denn es arbeiten überwiegend Frauen in diesen schlecht bezahlten Jobs.

Bei verheirateten Frauen führt dies zu noch größeren Benachteiligungen: Verantwortlich dafür ist das Ehegattensplitting. Weil die Frauen in der Regel die niedrigeren Einkommen haben, ist ihr Steuersatz dann höher, wenn durch das Splittingverfahren das höhere Einkommen ihrer Männer teilweise bei ihnen angerechnet wird. In einer neuen Untersuchung des DIW plädieren Bach u.a. (2017) dafür, das Ehegattensplitting zugunsten einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag abzuschaffen. Der Staat könne so 15 Milliarden Euro Mehreinnahmen erzielen, und die Arbeitsbereitschaft von verheirateten Frauen würde spürbar steigen. Damit würde den aktuellen Herausforderungen am besten Rechnung getragen.

Gender Pension Gap

Es liegt auf der Hand, dass die vielfältigen Formen der Diskriminierung von Frauen in der Erwerbsarbeit längerfristig auch zu ihrer Benachteiligung bei den Renten führen müssen. Ihre Renten sind zumeist niedriger als die der Männer. So ist ihre durchschnittliche Altersrente (2015) mit 634,06 Euro um 421,75 Euro geringer als die der Männer (1055,82 Euro). Darüber hinaus müssen Hunderttausende von Frauen im Alter von über 65 Jahren mit der Grundsicherung auskommen.

Dieses Problem verschweigt auch nicht das Gutachten zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im März 2017 vorgelegt hat. Dort werden die Daten zum „Gender Pay Gap“ ergänzt durch Zahlen zum „Gender Pension Gap“. „Ein guter Indikator für die ungleiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Bewertung der Leistungen von Frauen und Männern über den Lebensverlauf hinweg ist der Gender Pension Gap“, heißt es dort (Zweiter Gleichstellungsbericht 2017, hier S. 38). Demnach bezogen Frauen im Jahre 2015 in Deutschland um 53 Prozent geringere Alterssicherungsleistungen als Männer.

„Die große Rentenlücke wird auch im europäischen Vergleich deutlich“, heißt es dort weiter. „Der „Gender Gap in Pensions in the EU“ der EIGE (2015), der auf einer anderen Datenbasis beruht, betrug 2012 im europäischen Durch-

schnitt 38 Prozent, für Deutschland dagegen 45 Prozent. Dies war der schlechteste Wert unter allen berücksichtigten EU-Ländern.“

Scheinlösung Mütterrente

Die von der großen Koalition und vielen Medien hochgelobte Mütterrente sollte für diesen „Gender Pension Gap“ einen gewissen Ausgleich schaffen. Sie trat am 1. Juli 2014 in Kraft und war auf Betreiben der CDU/CSU in den Koalitionsvertrag der großen Koalition aufgenommen worden. Mit ihr soll ein zusätzliches Jahr Kindererziehungszeit bei Müttern (und auch Vätern) für die vor 1992 geborenen Kinder rentenrechtlich anerkannt werden – also nun zwei Jahre statt einem.

Die Mütterrente kompensiert jedoch nicht einmal annähernd die harten Auswirkungen der Unterhaltsreform, die 2008 mit dem neuen Unterhaltsrecht in Kraft trat. Mit dieser Maßnahme war die so genannte naheheilige Eigenverantwortung eingeführt worden. Ein lebenslanger Anspruch für Geschiedene auf Versorgung wurde abgeschafft. Das Fatale an dieser „Reform“: Sie reicht weit zurück und gilt für alle Ehen, die nach 1977 geschieden wurden. Und betrifft damit diejenigen Frauen, die glaubten, alles richtig gemacht zu haben, weil sie sich aus dem Berufsleben zurückgezogen hatten, um ihre Kinder zu betreuen.

Die Mütterrente war gedacht, um Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren worden sind, anzuerkennen und Frauen vor Armut im Alter zu schützen. Dazu reicht allerdings eine Bruttorentenerhöhung um einen Entgeltpunkt (also von 28,61 Euro im Westen und 26,39 Euro im Osten) kaum aus. Diese Erhöhung wird zudem auf die Grundsicherung angerechnet. Das bedeutet faktisch, dass die Frauen dieser Generation für ihre Erziehungsarbeit bestraft werden.

Problemfall Flexi-Rente

Am 1. Januar 2017 trat ein erster Teil des Renten-„Reform“-Pakets in Kraft, das unter dem Namen Flexi-Rente bekannt geworden ist. Die Initiative dazu ging aus von den Wirtschaftsverbänden und den ihnen besonders nahe stehenden Kräften in der CDU/CSU-Fraktion, vor allem der Mittelstandsvereinigung. Das Projekt war als Gegengewicht gegen die von Union und Wirtschaftsverbänden ungeliebte „Rente mit 63“ gedacht und sollte für Beschäftigte, die die Regelaltersgrenze erreicht hatten, eine Weiterarbeit attraktiv machen. Weitere Teile des Pakets treten zum 1. Juli 2017 in Kraft.

Vordergründig wird der so geschaffene vermeintlich flexible Einstieg in die Rente als Anreiz verkauft, die Rente durch längeres Arbeiten zu verbessern. Die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen lassen jedoch darauf schließen, dass längeres Arbeiten für viele Rentner, und hier insbesondere viele Frauen, aufgrund von niedriger Renten zu einer bitteren Notwendigkeit werden wird. Wenn jenseits der Regelarbeitszeit weiter gearbeitet wird, entfallen die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung. Erwerbsarbeit von Rentnern und Rentnerinnen wird also billiger.

Das Vorhaben wurde vor allem von Gewerkschaften und Sozialverbänden kritisiert. Denn es handle sich vorrangig nicht wirklich um flexible und sozial abgesicherte Übergänge in die Rente, sondern schlicht darum, für Unternehmen billige Möglichkeiten zu schaffen, um Beschäftigten nach dem Erreichen der Altersgrenze weiter zu beschäftigen, damit sie ihre zu knappe Rente aufbessern können. Der DGB hatte stattdessen vorgeschlagen, eine Teil(alters-)Rente schon ab dem 60. Lebensjahr zu ermöglichen, um wirkliche flexible und soziale abgesicherte Ausstiege aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen. Denn in der Tat besteht die Gefahr, dass eine weitere Zone prekärer Arbeit geschaffen wird und Ältere gegen Jüngere ausgespielt werden. Das würde wiederum vor allem Frauen treffen.

Von der Teilzeitfalle in die Altersarmut

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen ist zwischen 1991 und 2014 von 57,0 Prozent auf 69,3 Prozent gestiegen (Tabelle 2). In dieser Zeit hat sich der Abstand zwischen den Quoten von Männern und Frauen deutlich verringert – von 21 auf etwa 9 Prozent.

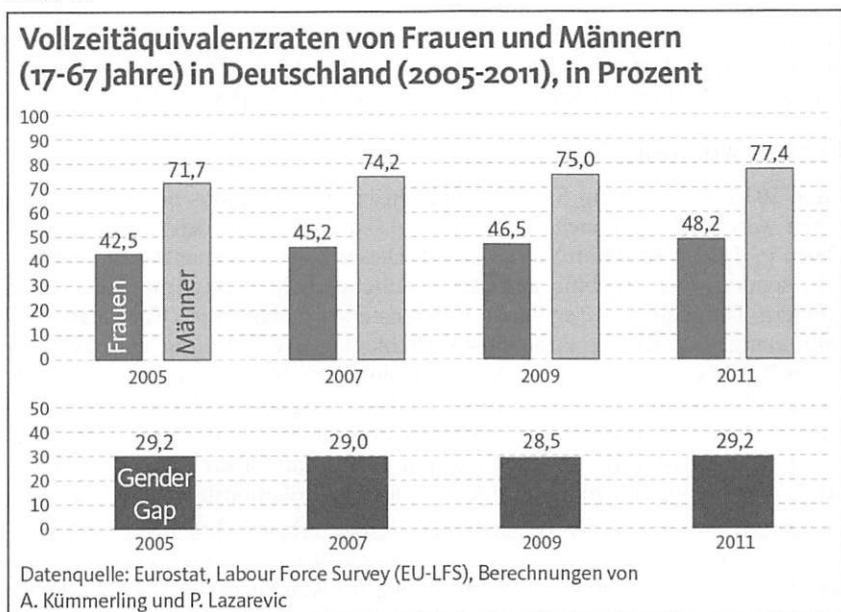
	Frauen	Männer
1991	57,0	78,4
1995	55,6	73,9
2001	58,8	72,7
2005	59,5	71,2
2009	65,1	75,3
2011	67,7	77,3
2013	68,8	77,7
2014	69,3	77,8

Quelle: WSI Genderdatenportal, <https://www.boeckler.de/53509.htm>

Der Gender Gap ist jedoch unverändert hoch geblieben: Das Gros der erwerbstätigen Frauen arbeitet in Teilzeitjobs. Wie groß diese Lücke ist, wird deutlich, wenn die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern in Vollzeitäquivalente umgerechnet wird. Das zeigt die nachfolgende Abbildung 1, die die Vollzeitäquivalenzraten (VZÄR) berechnet. Im Genderdatenportal des WSI heißt es dazu: „Im Jahr 2011 liegt die VZÄR der 17- bis 67-jährigen Männer bei rund 77 Prozent; d.h. ihr durchschnittliches Arbeitszeitvolumen entspricht rund 77 Prozent einer Vollzeitstelle. Die VZÄR der gleichaltrigen Frauen liegt hingegen bei nur

48 Prozent; d.h. ihr durchschnittliches Arbeitszeitvolumen entspricht 48 Prozent einer Vollzeitstelle. Damit beläuft sich der Gender Gap der VZÄR auf 29 Prozentpunkte. Der Zeitvergleich für Deutschland zeigt, dass die VZÄR zwischen 2005 und 2011 sowohl bei Männern als auch bei Frauen ansteigen. Wegen des ähnlichen Anstiegs bleibt der Gender Gap jedoch fast konstant: In allen hier verglichenen Jahren liegt er bei rund 29 Prozentpunkten.⁵

Abb. 1:



Quelle: WSI Genderdatenportal

Derzeit arbeitet fast jede zweite erwerbstätige Frau in Teilzeit. Gegenwärtig sind 6,3 Millionen Frauen in sozialversicherungspflichtigen Teilzeitsjobs beschäftigt. Das ist ein Zuwachs von 2,5 Millionen innerhalb der letzten 13 Jahre. Die Quote der Vollzeitbeschäftigten unter den erwerbstätigen Frauen sank in dieser Zeit von 55 Prozent auf 40 Prozent. Damit steigt auch der Anteil der von Armut bedrohten erwerbstätigen Frauen. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts betrug die Armutsgefährdung von Frauen 2015 16,3 Prozent, besonders betroffen sind junge Frauen zwischen 18 und unter 25 Jahren mit 26,5 Prozent und Alleinerziehende. Mehr als 700.000 berufstätige Frauen stocken ihr Einkommen mit Hartz IV auf. Teilzeit wird auch deswegen für Frauen zur Falle, weil es gegenwärtig noch immer nicht möglich ist, von einer Teilzeitbe-

⁵ WSI Genderdatenportal; <https://www.boeckler.de/64812.htm>.

schäftigung (wieder) in eine angemessene Vollzeitbeschäftigung zu wechseln. Schon heute arbeiten 1,1 Millionen Frauen unfreiwillig in Teilzeit.⁶

Im ersten Halbjahr 2017 entbrannte eine heftige Debatte über ein (in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenes) Vorhaben des Bundesarbeitsministeriums, das Teilzeit- und Befristungsgesetz um einen Passus zu ergänzen, der es Beschäftigten ermöglichen sollte, auf Wunsch von der Teilzeit in die Vollzeit zurückzukehren. Dieses Rückkehrrecht sollte in Betrieben ab 15 Beschäftigten gelten. Wirtschaftsverbände und große Teile der CDU/CSU-Fraktion opponierten heftig dagegen und sahen den Untergang der mittelständischen Wirtschaft herannahen. Da sich der Koalitionsausschuss im März dieses Jahres nicht auf einen Kompromiss einigen konnte, wurde das Projekt auf Eis gelegt. Es hat in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode keine Aussicht mehr auf Verabschiedung.

Fehlentwicklung Minijobs

Ende 2014 waren knapp 5 Millionen Menschen in Minijobs beschäftigt, von ihnen waren 3,2 Millionen weiblich⁷ (vgl. zu diesen und den nachfolgenden Daten in diesem Abschnitt: DGB 2015). Dieser hohe Frauenanteil ist kein Zufall, sondern das Ergebnis gezielter staatlicher Fehlanreize, die Frauen mit Kindern Tätigkeiten in regulären Vollzeitstellen erschweren (Ehегattensplitting, mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten usw.). Häufig wird behauptet, es handele sich bei den Minijobberinnen um nicht oder nur gering qualifizierte Arbeitskräfte. Dies wird in der DGB-Untersuchung klar widerlegt. Danach verfügen 51 Prozent der Befragten über einen qualifizierten bzw. über einen akademischen Berufsabschluss, nur 13 Prozent haben keine abgeschlossene Ausbildung, und von 36 Prozent ist das Qualifikationsniveau unbekannt.

Dieser großen Gruppe der Beschäftigten werden arbeitsrechtliche Ansprüche – häufig sogar der Mindestlohn – vorenthalten, tarifliche und arbeitsrechtliche Ansprüche wie Weiterbildung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Chance auf eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entfallen ebenfalls. Statt einer Brückenfunktion entsteht aus einer Kombination von gezielten sozial- und steuerrechtlichen Maßnahmen ein „Klebeeffekt“ an diese Jobs.

Paradigmenwechsel seit den 1970er Jahren

Ein kurzer historische Rückblick an dieser Stelle zeigt: Seit den 1970er Jahren kam es zu einem deutlichen Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit (siehe dazu den Beitrag von André Leisewitz in diesem Heft). Diese Zunahme ging einher mit einer zählebig weiterbestehenden Diskriminierung der Frauen – sowohl hinsichtlich des Entgelts als auch hinsichtlich weiterer sozialer Aspekte. Im Grunde vollzog sich in diesen Jahren ein bis heute spürbarer Paradigmenwechsel: Es war der Abschied vom tradierten Alleinernährer-Familienmodell

⁶ WSI Genderdatenportal 2017, https://www.boeckler.de/wsi_38957.htm.

⁷ Der DGB stützt sich dabei vor allem auf Daten der Bundesagentur für Arbeit.

der Adenauer-Ära und der frühen Bundesrepublik hin zu einem Zwei-Verdiener-Modell (mit Einschränkungen), das den Frauen erstmals das Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung zuerkannte und dem reale ökonomische und sozialkulturelle Veränderungen und Reformbedarfe zugrunde lagen. In sozialdemokratischen Konzepten der späten 1960er und frühen 1970er Jahre zu mehr Gleichstellung gab es echte Fortschritte – allerdings auch stets begrenzt und von Rückfällen bedroht.

Dieses für die BRD neue Modell überwand bestehende Diskriminierungen der Frauen nicht wirklich. Insofern waren die tatsächlichen Reformansätze der damaligen (kurzen) sozialliberalen Ära immer inkonsequent und danach auch zunehmend überformt von stärker werdenden neoliberalen Deregulierungs- und Flexibilisierungsstrategien. Dies vor allem seit dem Beginn der CDU/CSU/FDP-Koalition seit 1982 und auch unter der rot-grünen Koalition von Schröder usw. Die sich modernisierende kapitalistische Wirtschaft benötigte in immer stärkerem Maße auch die Arbeitskraft der Frauen, verwies sie jedoch weiterhin – wie die Daten zeigen – in minderbezahlte und dann auch zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Zugleich wurde den Frauen nach wie vor die Hauptlast der Reproduktionsarbeit aufgebürdet. Unter den wechselnden Regierungskoalitionen wechselten lediglich die Akzente, mit denen die verschiedenen Seiten dieser Medaille betont wurden. Dabei ging es stets auch darum, in welchem Maß und in welcher Kombination die immer mehr anwachsenden Bedarfe der Reproduktionsarbeit familiär (also durch die Frauen) erledigt oder staatlich bedient und finanziert werden sollten.

Sorge-Arbeit

„Arbeit“ im Kapitalismus ist überwiegend Lohnarbeit – sieht man einmal davon ab, dass rund 10 Prozent der Erwerbstätigen Selbstständige sind. Bezahlte Arbeit ist diejenige, für die es auf dem Arbeitsmarkt eine Nachfrage gibt. Dieser eingeschränkte Blick auf die Arbeit wird zu Recht kritisiert. Denn neben der bezahlten Erwerbsarbeit gibt es in erheblichem Umfang Sorge- und Hausarbeit, die im Wesentlichen von Frauen erbracht wird – sowohl bezahlt als auch unbezahlt. Das war in Wissenschaft und Politik lange Zeit ein blinder Fleck. Noch 1985 stellte eine Studie des IMSF fest, es handele sich hier um ein von der amtlichen Statistik überhaupt nicht untersuchtes Gebiet: „Neue Untersuchungen zur Hausarbeit liegen nicht vor.“ (IMSF 1985, S. 210ff., hier S. 213)

2001 betrug das Gesamtvolumen aller unbezahlten Arbeiten in Deutschland 96 Mrd. Stunden und war damit nahezu doppelt so umfangreich wie die Erwerbsarbeit mit 56 Mrd. Stunden (Statistisches Bundesamt 2003). Eine von der Erwerbsarbeit isolierte Betrachtung der Reproduktionsarbeit verstellt mithin den Blick auf die Wirklichkeit. Beide Sphären sind eng miteinander verbunden. Sorge-Arbeit – bezahlt wie unbezahlt – muss geleistet werden, um bezahlte Produktionsarbeit überhaupt zu ermöglichen. Insbesondere die überwiegend von Frauen unentgeltlich verrichtete Haus- und Sorge-Arbeit reduziert die Kosten der Arbeitskraft. Sorge-Arbeit ist damit allerdings auch Vor-

aussetzung dafür, dass Frauen weiterhin in dauerhafter ökonomischer Abhängigkeit von ihren Partnern leben.

Angesichts der Kürzungen im Sozialbereich und der wachsenden Bedeutung marktwirtschaftlicher Kriterien im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsbereich verschlechtern sich in diesen Branchen die ohnehin schlechten Arbeitsbedingungen weiter. Personalmangel und getaktete Zeit in der Pflege führen zu einer chronischen Überlastung der Beschäftigten. Nancy Fraser kommentiert diesen Sachverhalt als eine tiefsitzende sozialreproduktive „Krisentendenz“ oder als Widersprüchlichkeit in sich: „Einerseits handelt es sich bei der sozialen Reproduktion um eine zentrale Bedingung fortwährender Kapitalakkumulation. Doch andererseits tendiert die Ausrichtung des Kapitalismus auf unbegrenzte Akkumulation dazu, genau jene Prozesse sozialer Reproduktion zu destabilisieren.“ (Fraser 2017, S. 106) Dieser Widerspruch liege der Krise der Sorge-Arbeit zugrunde.

Geringe Wertschätzung der Arbeit von Frauen

Durchschnittlich und auf das Jahr bezogen arbeiten Frauen bis in den März hinein – bis zum „Equal Pay Day“ – praktisch ohne Entgelt, wenn man ihre Löhne mit denen ihrer männlichen Kollegen vergleicht. (2017 war der Equal Pay Day der 18. März.) Ein wesentlicher Faktor für die Lohnlücke ist die Bewertung der Arbeit. Das betrifft in hohem Maße auch die Sorge-Arbeit. Maßgebliche Anforderungen an die Sorge-Arbeit werden ausgeblendet und die tatsächliche Leistung wird nicht angemessen honoriert.

Sarah Lillemeier (2017) hat den Comparable Worth (CW)-Index entwickelt, mit dessen Hilfe sich die Arbeitsanforderungen und -belastungen in „Frauen-“ und „Männerberufen“ geschlechtsneutral vergleichen lassen. Bei den bisher entwickelten Arbeitsbewertungsverfahren, so die Autorin, seien häufig psychosoziale Faktoren vernachlässigt worden. So werde beispielsweise Verantwortung mit Führungsverantwortung gleichgesetzt und nicht als Verantwortung für das Wohlergehen anderer Menschen verstanden. Der CW-Ansatz basiert auf der „Devaluationshypothese“, die davon ausgeht, dass Frauen generell einen geringeren gesellschaftlichen Status genießen als Männer. Die geringere Wertschätzung, verbunden mit dem Stereotyp, dass „Frauenarbeit leichte Arbeit“ sei, wirke sich auch auf die Arbeitsbewertung und damit auf die Bezahlung aus.

Katrin Auspurg, Thomas Hinz und Carsten Sauer (2017) stellen die provozierende Frage, ob Diskriminierung womöglich gesellschaftlich erwünscht ist. In ihrer Untersuchung stellen sie fest, dass die Befragten anfangs durchweg vollmundig erklärten, das Geschlecht solle bei der Bezahlung keine Rolle spielen. Um subtilere Einstellungen zu ermitteln, fragten sie nach und griffen auf Fallstudien zurück, die von den Befragten bewertet wurden. Im Ergebnis wurden die Gehälter, die für Frauen als angemessen und „gerecht“ betrachtet wurden, acht Prozent niedriger angesetzt als diejenigen für die Männer.

Zudem wurde oftmals assoziiert, Frauen seien weniger leistungsfähig und für den Arbeitgeber ein höheres Risiko, weil sie häufiger Familienauszeiten nähmen, z.B.

weil sie schwanger würden oder die Kinder erkrankten. Ihre Orientierung sei nicht ausschließlich auf die Arbeit fokussiert. Diese praktisch wirksame Unterstellung wird von Auspurg u. a. als statistische Diskriminierung bezeichnet.

Sie verweisen zudem auf einen dritten Gesichtspunkt: Offenbar spiegele sich in Gerechtigkeitsvorstellungen die vorherrschende Ungleichheit wider. Weil Frauen in der Regel weniger verdienen, seien sie auch tatsächlich weniger wert. Es werde der fatale Schluss gezogen, dass weniger bezahlt würde, weil die Kompetenz von Frauen geringer sei.

Die in der Studie von der überwiegenden Mehrheit der Befragten geäußerte Meinung, das Geschlecht dürfe für die Bezahlung keine Rolle spielen, muss angesichts dieser Befunde in Zweifel gezogen werden. Hoffnung gäbe es, weil die Jüngeren die Geschlechtergleichheit schon verinnerlicht hätten und sie nicht nur behaupteten.

Politische Initiativen für mehr Gleichstellung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) startete in den letzten Jahren Initiativen, die den Anspruch erhoben, mehr partnerschaftliche Arbeitsteilung in den Familien zu fördern.

Im schon erwähnten Gutachten zum zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung wird nachgewiesen, dass Frauen 52,4 Prozent ihrer täglichen Arbeitszeit unentgeltlich für die Erziehung von Kindern, für die Pflege von Angehörigen, für Hausarbeit und für Ehrenämter aufwenden. Sie verrichten durchschnittlich 87 Minuten mehr Care-Arbeit als die Männer und wenden damit anderthalb Mal so viel Zeit für diese Arbeiten auf als die Männer. „Mütter verrichten in dieser Konstellation täglich 2 Stunden und 30 Minuten mehr Care-Arbeit als Väter, so dass der gesamte Gender Care Gap für Personen in Paarhaushalten mit Kindern 83,3 Prozent beträgt.“ (Zweiter Gleichstellungsbericht 2017, S. 39)

Dieser „Gender Care Gap“ wird als Zeichen ungleicher Verwirklichungschancen von Männern und Frauen bewertet. Um Gleichstellung zu erreichen, wird in dem Gutachten verlangt, Erwerbs- und Sorge-Arbeit zusammen zu denken. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit, Pflege, Kinderbetreuung und Hausarbeit müssen geändert werden. Der Bericht unterbreitet eine Reihe konkreter Vorschläge, um beispielsweise die professionelle Sorge-Arbeit aufzuwerten und besser zu bezahlen. Eine gleichstellungsorientierte Gestaltung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit soll auch Männer motivieren, verstärkt private Sorge-Arbeit zu leisten.

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, der Einführung des Basiselterngeldes (2007) und dem Elterngeld Plus (2015), verbunden mit einem Partnerschaftsbonus, wurden erste Voraussetzungen geschaffen, um in Ansätzen eine partnerschaftliche Arbeitsteilung und eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen zu fördern. Eine lebensphasenspezifische Arbeitszeitverkürzung in der Eltern- oder Pflegezeit sowie für Weiterbildung und Ehrenamt ist geplant. So soll die Elterngeld Plus-Regelung zu einer Familienarbeitszeit ausgeweitet

werden. Eltern sollen 300 Euro pro Monat für zwei Jahre erhalten, wenn sie ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche reduzieren.⁸ Dies wäre ein erster Schritt zu einer kurzen Vollzeit für alle. Allerdings bleiben die Realisierungschancen für diese Vorschläge gegen Ende der Legislaturperiode offen.

Ein zögernder Schritt nach vorne

Nach langem Ringen einigte sich die Große Koalition Anfang des Jahres auf ein Gesetz zu mehr Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern. Darin ist vorgesehen, dass in Firmen mit mehr als 200 Beschäftigten eine Auskunftspflicht darüber besteht, wie hoch die Einkommen von Kollegen und Kolleginnen in vergleichbaren Positionen sind. Aus Datenschutzgründen sollen nur Durchschnittsgehälter genannt werden. Außerdem sollen die Firmen bei zukünftigen Stellenausschreibungen verpflichtet werden, ein Mindestgehalt anzugeben. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen regelmäßig einen Bericht zum Thema Lohngleichheit vorlegen. Mit diesem Gesetz würden 14 Millionen abhängig Beschäftigte per Rechtsanspruch die Höhe ihres Gehalts mit den anderen im Betrieb gezahlten Gehältern vergleichen können. Im Konfliktfall muss der Arbeitgeber darlegen, dass gerecht bezahlt wird. Die Beweislast kehrt sich damit um.

Ursprünglich sollte diese Auskunftspflicht in Betrieben ab sechs Beschäftigten gelten. Das war allerdings mit der CDU/CSU nicht zu machen. In der beschlossenen Form erreicht es daher nur etwa ein Drittel der Erwerbstätigen. Die Arbeitgeberverbände hätten das Vorhaben am liebsten komplett verhindert. So kam gegen diese massiven Widerstände nur ein Kompromiss zustande. Das Gesetz wurde daher z. B. von den Gewerkschaften als ein erster Schritt in die richtige Richtung bewertet, der jedoch bei weitem nicht ausreicht.

Die meisten Frauen arbeiten in kleineren Betrieben. Ihnen wird das Gesetz wenig nützen. Ungleiche Bezahlung ist keine individuelle, sondern eine kollektive Benachteiligung. Deswegen wäre es notwendig, auch kollektiven Rechtsschutz zu gewähren. Außerdem müssten die Arbeitgeber verpflichtet werden, ihre Bezahlpraxis regelmäßig mit zertifizierten Verfahren überprüfen zu lassen. Freiwilligkeit hilft nach allen Erfahrungen nicht weiter. Dagegen würde eine stärkere Festlegung auf die Tarifbindung deutlichere Verbesserungen bringen. In Betrieben mit starken Mitbestimmungsstrukturen und Tarifverträgen ist die Bezahlung schon heute deutlich gerechter.

Es sind immer nur kleine Schritte auf dem Weg zu einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung. Aber wie schwierig es ist, mehr Gerechtigkeit herzustellen, wird deutlich, wenn auch die Sicht der Unternehmerverbände mit einbezogen wird.

Die Sicht der Unternehmer

In einer Analyse des von den Arbeitgebern finanzierten Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) wird behauptet, die Unterschiede beim Gehalt ergäben sich we-

⁸ Pressemeldung des BfFSFJ vom 1. 8. 2016.

sentlich aus individuellen Entscheidungen der Frauen. Und seien im Übrigen auch gar nicht so groß wie zumeist behauptet. „Die Annahme, bei der Lohnlücke handele es sich um Diskriminierung durch die Unternehmen, ist unsachgemäß“, erklärte der IW-Direktor Michael Hüther.⁹ Er vertrat die Auffassung, die unterschiedliche Lohnhöhe von Frauen und Männern sei im Wesentlichen eine Folge von Beschäftigung in bestimmten Branchen oder werde von der Betriebsgröße bestimmt. Es habe sich gezeigt, dass Frauen in Hochlohnbranchen unterrepräsentiert seien und tendenziell in kleineren Betrieben arbeiteten. So seien gut drei Viertel aller Stellen in den – eher niedrig entlohnten – Bereichen Erziehung und Unterricht sowie im Gesundheits- und Sozialwesen von Frauen besetzt. In dem – eher hoch entlohnten – verarbeitenden Gewerbe seien jedoch weniger als drei von zehn Beschäftigten weiblich. Zudem nähmen Frauen seltener Führungsaufgaben wahr und arbeiteten häufiger in Teilzeit als Männer. „Die Entscheidungen über Karriere sind jedoch rein privat.“ Damit wird nahegelegt, Frauen seien selber schuld, wenn sie weniger verdienen. Eine gesetzliche Regelung zur Lohngerechtigkeit sei demnach überflüssig, wirtschaftlich schädlich und störe den Betriebsfrieden. Was aus frauenpolitischer Sicht skandalisiert wird, wird von den Arbeitgebern zu einem Argument erhoben, das genau diese Diskriminierung rechtfertigt.

Ungleichheit als strukturelles Problem

Tatsächlich sind Berufswahl und die Wahl des Arbeitsplatzes und der Art der Tätigkeit zumeist keineswegs eine beliebige persönliche Entscheidung. Die Ungleichheit in Beruf und Karriere „ist strukturell bedingt und keineswegs nur mit unterschiedlichen, frei gewählten Präferenzen von Frauen und Männern zu erklären. Wer das behauptet – wie das IW – übersieht den Einfluss, den gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf individuelle Entscheidungen ausüben“ (Streidl 2017, S. 14). Frauen nehmen Auszeiten zur Kinderbetreuung, weil Männer das größere Einkommen haben und ihr Betrieb ihnen eine längere Elternzeit ungenügend gewährt. Später übernehmen Frauen weniger gut bezahlte Teilzeitjobs, die häufig nicht in den oberen Karriereleitern angesiedelt sind. Noch später müssen sie mit geringeren Rentenerwartungen zurechtkommen. Solche Entscheidungen werden also nicht völlig frei getroffen, sondern sind gesellschaftlich bedingt. Insofern befinden wir uns „noch immer in der Steinzeit“, kritisiert Marcel Fratzscher, Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).¹⁰

Kleine Schritte zu partnerschaftlicher Erwerbs- und Familienarbeit

In einer Untersuchung des WZB werden die betrieblichen Voraussetzungen einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit unter-

⁹ Pressemeldungen des IW, 20. 6. 2016 und 18. 2. 2017; www.iwkoeln.de.

¹⁰ Zeit online, 13. 1. 2017.

sucht (Bernhardt u.a. 2016): Demnach richten sich die Wünsche junger Eltern darauf, die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern zu überwinden oder wenigstens weiter abzuschwächen. Gerade bei den Vätern klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. Während 83 Prozent der befragten Männer keine oder höchstens zwei Monate Elternzeit genommen haben, hätte sich mehr als die Hälfte (52 Prozent) mindestens drei Monate Elternzeit gewünscht. 35 Prozent der Mütter und 42 Prozent der Väter plädieren für annähernd gleiche Wochenarbeitszeiten. Mehr als die Hälfte der befragten Mütter (52 Prozent) und Väter (56 Prozent) geben an, ihre Arbeitszeit aus finanziellen Gründen nicht reduzieren zu können. Außerdem verhindern betriebliche Gründe eine Arbeitszeitreduktion. Knapp jeder zweite Vater (46 Prozent) und knapp jede dritte Mutter (30 Prozent) haben derzeit keine passende Stelle mit einer geringeren Stundenzahl in Aussicht. 36 Prozent der Väter geben an, dass Teilzeit in ihrem Betrieb für Männer unüblich sei, 34 Prozent sagen, dass die Vorgesetzten dagegen seien.

Diese Ergebnisse zeigen, dass noch immer viele Hindernisse zu überwinden sind und Veränderungen nur gegen Widerstände mühsam und in kleinen Schritten erreicht werden. Eine im Februar 2017 veröffentlichte OECD-Studie zeigt, dass Frauen in Deutschland im europäischen Vergleich nach wie vor am wenigsten zum Haushaltseinkommen beitragen. Frauen in Deutschland arbeiten demnach häufiger in Teilzeit als in anderen Ländern, wenn auch in vielen Fällen unfreiwillig. Zwar investiere der Staat deutlich mehr als früher in die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, dennoch bleibe Deutschland Schlusslicht. Im jetzigen Deutschland hält sich die Diskriminierung von Frauen, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, besonders beharrlich.

Aber auch hier muss differenziert werden: Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern wollen nach Erkenntnissen von Allmendinger und Haarbrücke (2013, hier S. 50) auch nach der Geburt von Kindern schneller wieder in den Beruf zurück als die Frauen im Westen. Sie sind mit den aktuellen Rahmenbedingungen unzufriedener und sprechen öfter von einem Versagen der Politik. „Etwas überspitzt ausgedrückt: Ostdeutsche Frauen fordern ein wesentlich höheres Engagement vom Staat, westdeutsche Frauen sehen eher die Männer in der Pflicht.“

Die externe Kinderbetreuung war in der DDR weitgehend akzeptiert. Diese Auffassung hat sich in Ostdeutschland bis heute stärker erhalten. Auch für Mütter war die Vollzeiterwerbstätigkeit normal, so dass die Frauen meistens nach Ablauf des Babyjahres wieder arbeiten gingen. Ab 1986 erhielten sie während der einjährigen Babypause den vollen Lohnausgleich. Die Kinderbetreuung war kostenlos, bis auf einen geringen Betrag für die Verpflegung.

Gegen Ende der DDR konnte dort die „modernisierte Versorgung“ als überwunden betrachtet werden. Die Erwerbsquote der Frauen betrug 91 Prozent. Elke Holst und Anna Wieber titeln ihren Beitrag im DIW-Wochenbericht: „Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn“. (Holst, Wieber, 2014, S. 967) Allerdings weisen sie darauf hin, dass die Veränderungen nach

der Wende erhebliche Auswirkungen auf die Lebensformen von Paarhaushalten mit Kindern hatten: „Das modernisierte Ernährermodell (Vater Vollzeit/Mutter Teilzeit) hat in beiden Teilen Deutschlands zugenommen, im Osten auf Kosten des Egalitätsmodells mit zwei Vollzeitbeschäftigten – in Westdeutschland auf Kosten des Alleinernährermodells.“

Fazit

Resümieren wir die Anstrengungen und Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen, so müssen wir feststellen, dass Frauen auch heute noch um Anerkennung und Wertschätzung ringen müssen. In der letzten Zeit werden sogar die Kräfte stärker, die darauf sinnen, den Rückwärtsgang einzulegen. Das hat viel mit der Renaissance rechtsextremer Bündnisse und Parteien zu tun. Patriarchalische familienpolitische Vorstellungen reichen bis weit in konservative Parteien hinein. Sie beruhen auf einer Sehnsucht nach traditionellen Familienwerten – gemeint ist heterosexuelle Elternschaft, verbunden mit einem Hass gegen alle Formen staatlicher Gleichstellungspolitik. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich zum Sprachrohr dieser konservativen Familienpolitik gemacht. So steht im AfD-Grundsatzprogramm von 2016 das Bekenntnis zum Leitbild der traditionellen Familie. „Gender Mainstreaming und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.“ (S. 27) Noch deutlicher wird die Position, wenn von der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung zugunsten von „Gender-Wahn“ und gegen „staatliche Bevormundung“ polemisiert wird.

Die geringere Bezahlung von Frauen ist Teil eines umfassenden Diskriminierungs-Themas mit vielen Facetten. Zählbare historische Unterdrückungsmechanismen vermischen sich mit einem vorherrschenden neoliberalen Common Sense und individuellen Bedürfnissen und Interessen, die auf Kapitalinteressen an Lohndruck, Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, billiger Arbeitskraft zurückzuführen sind, verbunden mit neoliberalen Interessen an einem schwachen Staat, der Reproduktionskosten so weit wie möglich auf die Lohnabhängigen und insbesondere die Frauen abwälzt. Eine Allianz der Verfechter und Verfechterinnen von sozialer Sicherheit, Wohlstand und Emanzipation könnte ein Fundament für eine revitalisierte Frauenbewegung bilden, die für Gerechtigkeit kämpft.

Literatur

- Allmendinger, Jutta, Haarbrücker, Julia 2013: Lebensentwürfe heute. Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen. Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012, WZB Discussion Paper P2013-002
- Arps, Anne Britt, 2017: „Machismo tötet!“ Der Aufstand der Frauen in Lateinamerika. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 81 - 87
- Auspurg, Katrin, Hinz, Thomas, Sauer, Carsten, 2017: Why Should Women Get Less? Evidence on the Gender Pay Gap from Multifactorial Survey Experiments, in: American Sociological Review, Vol 82, Issue 1 pp. 179 -210

- Bach, Stefan, 2014: Ehefrauen zahlen auf gleiche Einkommen deutlich höhere Steuersätze, DIW Wochenbericht 35, S. 803 - 813
- Bach, Stefan, Fischer, Björn, Haan, Peter, Wrohlich, Katharina, 2017: Ehegattensplitting: Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag schafft fiskalische Spielräume, DIW Wochenbericht 13, S. 247 - 255
- BDA, 2015: Chancen der Digitalisierung nutzen. Positionspapier der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt
- Bernhardt, Janine, Hipp, Lena, Allmendinger, Jutta, 2016: Kurzbericht zum Projekt: Betriebliche Gelingensbedingungen einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Berlin
- Butterwegge, Christoph, 2015: Armutsfalle Mindestlohn, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 56ff
- DGB 2015: Minijobs: Sackgasse für qualifizierte Arbeitskräfte. Analyse der Qualifikationsprofile von ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten. arbeitsmarkt aktuell 09/2015, Berlin
- DGB 2011: DGB Bundesvorstand (Hrsg.): Die Arbeitsqualität im öffentlichen Dienst aus Sicht der Beschäftigten. DGB-Index Gute Arbeit, Sonderauswertung öffentlicher Dienst, Berlin 2011.
- Fraser, Nancy, 2017: Who cares? Die Ausbeutung der Sorgearbeit und ihre Krise, in: Blätter für Deutsche und internationale Politik, Heft 4, S. 105 - 114
- Haipeter, Thomas, 2017: Lohnfindung und Lohnungleichheit in Deutschland, IAQ-Report 01
- Hess, Amanda, 2017: Alle gegen Trump: Amerikas neue Frauenbewegung. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 69 - 80
- IG Medien (Hrsg.), 1981: Wir wollen gleiche Löhne – Keiner schiebt uns weg, Tübingen/Dortmund
- IMSF, 1978: Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD. Verfasst von einer Arbeitsgruppe des IMSF, Frankfurt/M. (Informationsbericht Nr. 31)
- IMSF, 1985: Emanzipation in der Krise? Materialien zur Lebenslage der Frauen, Frankfurt/M. (Informationsbericht Nr. 43)
- Lillemeier, Sarah, 2017: Sorgeberufe sachgerecht bewerten! Der „Comparable Worth-Index“ als Messinstrument für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung. IAQ-Report 02
- OECD-STUDIE, 2017: Dare to Share - Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf
- Schumm-Garling, Ursula, 2009: Prekäre Arbeit – prekäres Leben. Frauen und prekäre Beschäftigung. In: Sozialismus Heft 4
- Schumm-Garling, Ursula, 2014: Veränderte Geschlechterbeziehungen? in: Z 100 (Dezember 2014), S. 98 - 104
- Statistisches Bundesamt, 2003: Wo bleibt die Zeit. Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/2002, Berlin
- Streidl, Barbara, 2017: Equal Pay: Was Frauen wirklich verdienen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4, S. 13-16

- Winker, Gabriele, 2015: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft.
- WSI Frauenlohnspiegel 2014: Mehr Transparenz am Arbeitsmarkt. Vielfältige Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben. www.frauenlohnspiegel.de (abgefragt am 1.3.2017)
- WSI Report 2014: Arbeitszeiten in Deutschland. Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik
- Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, 2017. Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten. Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin. Download unter <http://www.gleichstellungsbericht.de/de/topic/2.zweiter-gleichstellungsbericht-der-bundesregierung.html>

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Rainer Fischbach

DIE SCHÖNE UTOPIE

Paul Mason, der Postkapitalismus und der Traum vom grenzenlosen Überfluss

Paperback
140 Seiten | € 12,90
978-3-89438-630-6



Patrick Schreiner

WARUM MENSCHEN SOWAS MITMACHEN

Sichtweisen auf das Leben im Neoliberalismus

Paperback
165 Seiten | € 13,90
978-3-89438-632-0

Die Idee, mittels digitaler Technik gelangen Produktionssteigerungen und gesellschaftliche Planung »im Handumdrehen«, beruht auf einem Missverständnis der Technik und der Produktion. Angesichts wachsender Popularität solcher Utopien erscheint explizite Kritik angezeigt.

Was können wir von Marx, Gramsci, Max Weber, Michel Foucault oder Naomi Klein u.a. über Einflüsse neoliberalen Denkens auf unseren Alltag – in TV, Lifestyle und sozialen Beziehungen – lernen? Patrick Schreiner fragt bei klassischen und aktuellen DenkerInnen nach.

Nelli Tügel

Arbeitskämpfe in frauendominierten Berufsfeldern: Das Beispiel Krankenhausstreik

Am 8. März 2017 – dem Internationalen Frauenkampftag – demonstrierten in Saarbrücken mehrere tausend Klinikbeschäftigte für mehr Personal im Krankenhaus. Die Wahl des Datums war kein Zufall. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die den von der saarländischen Landesregierung und der saarländischen Krankenhausgesellschaft unterstützten Protesttag initiiert hatte, wollte damit der Tatsache Rechnung tragen, dass die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in den Krankenhäusern weiblich ist. Nicht nur das: Die Gesundheitsdienstberufe stellen mit 84 Prozent Frauenanteil die mit Abstand „weiblichste“ Branche in der Bundesrepublik Deutschland dar (Hans-Böckler-Stiftung 2011).¹

In den letzten Jahren hat eine Reihe von Streiks in den frauendominierten Berufsfeldern stattgefunden (neben Krankenhausstreiks zum Beispiel Arbeitskämpfe im Sozial- und Erziehungsdienst oder bei den Grundschullehrkräften in Berlin). Die Rede ist in diesem Zusammenhang von der „Tertiärisierung und Feminisierung von Arbeitskämpfen“ (Bewernitz/Dribbusch 2014: 397).² Allerdings ist eine Zunahme der Arbeitskämpfe in diesen Bereichen nicht unbedingt Folge der Feminisierung dieser Lohnarbeitszweige, denn die Berufe waren auch in der Vergangenheit weiblich dominiert. Vielmehr resultieren die Konflikte aus einem wachsenden Selbstbewusstsein auf Seiten der Beschäftigten einer- und den spürbaren Folgen der Rationalisierung der Arbeit andererseits. Ver.di wies 2015 darauf hin, dass die Anzahl der Beschäftigten in der Pflege zwischen 2000 und 2014 zwar abgenommen, die Fallzahlen aber zugenommen haben (Ver.di Infodienst 2015). Blickt man etwas weiter zurück, wird der Trend noch deutlicher: Während die Fallzahlen in den Krankenhäusern seit 1995 um knapp zwölf Prozent gestiegen sind, hat die Zahl der Pflegekräfte um gut 13 Prozent abgenommen. Hinzu kommt, dass Patient_innen pflegeintensiver geworden sind, was unter anderem in der steigenden Lebenserwartung begründet liegt. Insgesamt geht ver.di von 162.000 fehlenden Vollzeitkräften an deutschen Kliniken aus, 70.000 davon fehlen in der Pflege (ver.di Personalcheck 2013).

¹ Die Autor_innen einer Studie zur horizontalen Segregation des Arbeitsmarktes definieren frauendominierte Berufsfelder folgendermaßen: „Berufsfelder mit einem Frauenanteil von mehr als 70 Prozent werden als frauendominierte Berufsfelder definiert. Umgekehrt gelten Berufsfelder mit einem Frauenanteil unter 30 Prozent als männerdominierte Berufsfelder. (...) Frauendominierte Berufsfelder mit einem Frauenanteil von über 70 Prozent finden sich vor allem in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen. Frauen stellen den größten Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Gesundheitsdienstberufen und den Sozial- und Erziehungsberufen bzw. unter Seelsorger/innen, sowie ebenfalls bei den Friseur/innen, Gästebetreuer/innen, Hauswirtschaftler/innen und Reiniger/innen.“ (Hans-Böckler-Stiftung 2011).

² Auf Leerstellen in der gendersensiblen Analyse von Streiks haben Ingrid Artus und Jessica Pflüger hingewiesen (Artus/Pflüger 2015).

In anderen Frauenberufen, in denen in den vergangenen Jahren gestreikt wurde (Sozial- und Erziehungsdienst, Grundschullehrkräfte in Berlin) sind die wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an den Beruf (wie frühkindliche Bildung) bei gleichbleibend niedrigen Löhnen und einer Arbeitsverdichtung ausschlaggebend gewesen für die Aufwertungskampagnen der Gewerkschaften ver.di und GEW.

Während die Konflikte im Sozial- und Erziehungsdienst und bei den Grundschullehrkräften (vorerst) beigelegt sind, ist die Bewegung an den Krankenhäusern in vollem Gange. Das kleine Saarland ist dabei derzeit Schrittmacher dieser Bewegung, die ver.di „Tarifbewegung Entlastung“ getauft hat. Ihren Anfang genommen hat sie vor einigen Jahren an der Berliner Charité. Die dortige ver.di-Betriebsgruppe hatte im Frühjahr 2011 einen mehrtätigen Krankenhausstreik für 300 Euro mehr Lohn geführt (die Charité wurde in diesem Jahr 300 Jahre alt, was ver.di zudem Slogan „300 Jahre – 300 Euro“ inspirierte). Nach Ende des mehrtätigen Streiks, der für die Charité-Beschäftigten ein respektables Ergebnis brachte, streikten die 2007 outgesourceten Servicemitarbeiter der Charité Facility Management GmbH (CFM) drei weitere Monate für einen Tarifvertrag – allerdings damals noch erfolglos.³

Nach diesen Arbeitskämpferfahrungen nahm sich die ver.di-Betriebsgruppe Zeit, um unter den Charité-Beschäftigten zu erfragen, wo der Schuh besonders drückt. Das Ergebnis war eindeutig: Auch wenn keiner etwas gegen mehr Lohn hatte, war das vorrangige Anliegen der meisten eine Entlastung am Arbeitsplatz und damit mehr Personal.⁴ So kam es zum ersten Kampf an einem deutschen Krankenhaus (neben Warnstreiks bildete der zehntägige Vollstreik im Juni 2015 den Höhepunkt der Auseinandersetzung), der nicht für mehr Geld, sondern für mehr Personal geführt wurde, wie die Presse erstaunt feststellte.

Und es kam am Ende zu einer tarifpolitischen Sensation, dem ersten Tarifvertrag, der Personaluntergrenzen an einer Klinik festlegt. Dieser Tarifvertrag

³ Auslagerungen an so gut wie allen deutschen Krankenhäusern haben in den vergangenen Jahren zu Belegschaftsspaltungen geführt. Zum Teil haben Kliniken in öffentlicher Hand – wie im Fall von Vivantes in Berlin – mehr als zehn Tochtergesellschaften gegründet um so die geltende Tarifbestimmungen umgehen zu können. Bei Vivantes sind von der Ausgründung auch Frauendomänen betroffen, wie die Physio- und Ergotherapeutinnen, die seit mehr als einem Jahr für die Wiedereingliederung in den Mutterkonzern kämpfen. Betroffen vom Outsourcing sind auch – und zwar oft zuerst – die Reinigungskräfte und Küchenangestellten. Doch auch Bereiche wie die Technik, die Botendienste, Hausmeister und Patientenbegleitservice, die häufiger von Männern ausgeführt werden, sind heute allorts outgesourct. Alle Betroffenen haben gemeinsam, dass sie wie Beschäftigte zweiter Klasse behandelt werden – deutlich niedriger bezahlt als die direkt bei der Klinik angestellten und zum Teil – wie im Fall der CFM – mit Union Busting Methoden bekämpft, wie dem massenhaften Einsatz von Werkvertragnehmern (wo vorher Leiharbeiter tätig waren) um Streiks zu unterlaufen.

⁴ Ein bundesweiter Trend übrigens: Charlotte Matheis, 60 Jahre, Krankenschwester seit 1976 am Uniklinikum Homburg im Saarland sagte dazu, an sie als Mitglied der bundesweiten Tarifkommission hätten sich immer wieder Kolleg_innen gewandt. Der Tenor: „Hört uns auf mit euren paar Prozent Lohnerhöhung. Unser Problem sind die Arbeitsbedingungen“ (*neues deutschland* 03.06.2016).

war (und ist es noch) hart umkämpft und man kann annehmen, dass er wegen seiner Vorreiterrolle in die Geschichte eingehen wird, vergleichbar mit dem Lohnrahmentarifvertrag II von 1973, der auch die berühmte „Steinkühlerpause“ umfasste (Bispinck 2013). Damals ging es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen am Fließband, womit die IG Metall tarifpolitisches Neuland betrat. Heute ist es die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die neue Wege beschreitet um für erträgliche Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Nebenbei wurde von den Charité-Kolleginnen auch das deutsche Streikrecht erweitert. Denn lange war umstritten, ob für ein Anliegen wie mehr Personal überhaupt gestreikt werden darf – auch in der Gewerkschaft selbst herrschten unterschiedliche Auffassungen darüber. Mit ihrem Beharrungsvermögen hat die Charité-Belegschaft durchgesetzt, dass gestreikt werden darf, um den Krankenhausalltag zugunsten von Beschäftigten und Patienten zu verbessern.

Wobei diese Geschichte nur einen Teil der Wahrheit wiedergibt. Lässt man den Blick noch weiter zurückschweifen, landet man nämlich unter anderem abermals: Im Saarland. Denn dort verfügen die Beschäftigten durchaus über eigene Streik-Erfahrungen. „Schreckliche Schmerzen – doch sie durfte nicht operiert werden“ hatte die *Bild*-Zeitung am 9. April 2006 getitelt. Es ging um das Uniklinikum Homburg. Dort wurde 2006 drei Monate lang für den Erhalt der Tarifbindung gestreikt. Zwar fanden zu dieser Zeit bundesweit Krankenhausstreiks statt, das Saarland aber war damals besonders betroffen und die Kolleginnen mit einer medialen Hexenjagd konfrontiert. Man lasse Menschen sterben, schrieb die *Bild*; die öffentliche Meinung war feindselig gegenüber den Beschäftigten. Der Streik war zwar erfolgreich, doch das Lehrgeld hoch.

Ein Fazit, das damals gezogen wurde, war – so drückte es die ver.di-Aktivistin Charlotte Matheis aus –, dass „ein Streik im Krankenhaus etwas ganz anderes ist als ein Streik am Fließband“ (Tügel 2016). Frank Murer, Sprecher der ver.di-Vertrauensleute im Uniklinikum Homburg erklärte es so: „Wir müssen auf andere gesellschaftliche Gruppen und die Bevölkerung zugehen und sie über die Situation in den Krankenhäusern und über unsere Forderungen informieren. Das ist auch eine Schlussfolgerung aus dem Tarifkonflikt von 2006. Seinerzeit haben in der Bevölkerung viele nicht gewusst, worum es geht, das muss dieses Mal anders sein. Von den unmenschlichen Arbeitsbedingungen sind schließlich alle betroffen – sowohl das Personal als auch die Patientinnen und Patienten“ (Behruzi 2016).

Auch wegen dieser Erfahrung aus dem Jahr 2006 wurde der Fall Charité so begierig in anderen Teilen der Bundesrepublik studiert. Denn an der Charité konnte – zunächst vor allem in den eigenen Reihen – erfolgreich vermittelt werden, weshalb der Streik auch den Patient_innen nützt. Und es wurde mit Betten- und Stationsschließungen gearbeitet. Der Clou: Eine Notdienstvereinbarung legt fest, dass ver.di rechtzeitig ankündigt, welche Betten bestreikt und welche Stationen komplett geschlossen werden, die Geschäftsleitung verpflichtet sich im Gegenzug, diese nicht neu zu belegen und Stationen zusammenzulegen. Damit liegt die Verantwortung beim Arbeitgeber, nicht bei den

Kolleginnen. Gleichzeitig ist ein wirklicher Druckaufbau möglich. Denn vorher waren zwischen ver.di und den Arbeitgebern an Krankenhäusern oft Notdienstvereinbarungen geschlossen worden, die nur Streiks in homöopathischen Dosen ermöglichten und die zum Teil sogar Personalbesetzungen vorsahen, die über dem lagen, was die Kolleginnen aus dem Arbeitsalltag kannten.⁵

Moralischer Druck und ökonomisches Druckpotential

Die Problematik, die 2006 deutlich wurde, konnte also an der Charité vorerst gelöst werden. Doch sie verweist auf ein grundlegendes Problem, das sich streikwilligen Kolleginnen gerade in den weiblich dominierten Berufen immer wieder offenbart. Einerseits ist der ökonomische Druck, der durch eine Arbeitsniederlegung erzeugt werden kann, oft geringer als wenn der Lokführer den Güterverkehr oder der Daimler-Arbeiter die Produktion bestreikt. In manchen Fällen ist er sogar gar nicht erzeugbar. So behaupteten einige Kommunen während des fünfwöchigen Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst im Jahr 2015, sie würden durch den Ausstand Geld sparen, da die streikenden Kolleginnen in dieser Zeit das Streikgeld von ver.di bezogen.

Im Krankenhausbereich sieht dies zwar etwas anders aus, denn Kliniken arbeiten – auch wenn sie in öffentlichem Besitz sind – spätestens seit dem Übergang zu den diagnose-bezogenen Fallpauschalen (DRGs) im Jahr 2003 – wie Privatunternehmen und stehen unter ständigem Druck, schwarze Zahlen zu schreiben.⁶ So hat die Abkehr vom Selbstkostendeckungsprinzip an den Krankenhäusern dazu geführt, dass nun auch hier durch Ausstände erheblicher wirtschaftlicher Schaden entstehen kann.

Doch auch wenn man die Frage des ökonomischen Druckpotentials außer Acht lässt, bleibt ein Problem: Der moralische Druck auf die Streikenden wächst mit jedem Streiktag. Die Leidtragenden des Ausstandes seien – so die Botschaft – Kranke, Kinder und Alte. Hier offenbart sich eine Krux: Pflegende Berufe sind einerseits unverzichtbar für die Gesellschaft, andererseits werden sie kaum angemessen honoriert und sie werden zu einem Großteil von Frauen erledigt.⁷

⁵ Zu Arbeitskämpfen im Gesundheitswesen 2016, der Bedeutung der Auseinandersetzungen an der Charité und der Aushandlung von Notdienstvereinbarungen vgl. die Darstellung im „Streikmonitor“ von Schneidmesser/Kilroy 2016, S. 149ff.

⁶ Begonnen hatte die Ökonomisierung der Krankenhäuser freilich schon viel früher: „Seit den 70er Jahren zielen Reformen der Krankenhausfinanzierung darauf ab, Kosten zu senken. Das Prinzip einer kostendeckenden Vergütung von Krankenhausleistungen wurde seit den 70er Jahren schrittweise durch Pauschalentgelte ersetzt.“ (Krankenhaus statt Fabrik 2017). Die Pauschalen sind oft so bemessen, dass sie die Kliniken unter Kostendruck setzen. Gespart wird beim Personal durch Arbeitsverdichtung und Outsourcing.

⁷ Diese sind es auch, die Care-Arbeit zusätzlich unbezahlt leisten. Und es sind oft Migrantinnen, die im Pflegebereich (auch in der Altenpflege) als Niedriglöhnerinnen angeheuert werden und nicht selten ihrer grundlegendsten Rechte beraubt werden. So zum Beispiel Pflegekräfte aus den südlichen EU-Staaten, die nach Deutschland gelockt und hier mit Knebelverträgen in den oft schlecht bezahlten Stellen unter schlechten Arbeitsbedingungen festgehalten werden (Gürgen 2016: 42-45).

Gerade in diesen Berufen sind die Möglichkeiten, sich zu wehren, ungleich erschwert. Wer Kranke pflegt, so eine weitverbreitete Haltung, darf nicht streiken. Es stimmt zwar auch, dass es im Vergleich zur Jahrtausendwende in den vergangenen Jahren einen „Stimmungsumschwung zugunsten der Gewerkschaften“ gegeben hat (Dörre et. al 2016: 24), doch auch hier gibt es einen „Gender-Gap“. Denn – wie im Fall des Arbeitskampfes im Sozial- und Erziehungsdienst – gab und gibt zwar durchaus Wohlwollen gegenüber den Anliegen der Kolleginnen, doch droht dieses zu kippen, wenn aus den bunten und fröhlichen Arbeitskämpfen wirklich harte Auseinandersetzungen mit spürbaren Konsequenzen zu werden drohen.

Auf der anderen Seite steht der vom Marburger Bund organisierte Ärztestreik von 2006, der also im selben Jahr stattfand wie der bereits erwähnte Pflegestreik. Der Ärztestreik war nicht nur erfolgreich, sondern auch von Wohlwollen begleitet (Schroeder et al 2008: 53-55). Auch bei den Ärzt_innen ändert sich zwar die Zusammensetzung – der Trend zur weiblichen Ärztin ist steigend –, dennoch sind auch im Jahr 2016 noch mehr als die Hälfte aller Ärzt_innen männlich. Es ist keineswegs immer so, dass Ausstände in männlich dominierten oder geschlechtsunspezifischen Bereichen (mehr als 30 Prozent, aber weniger als 70 Prozent Frauenanteil) grundsätzlich eher Sympathien genossen. Verwiesen sei hier auf den GDL-Streik 2014/2015 oder auch auf die schwere Niederlage, die die IG Metall 2003 einstecken musste bei dem Versuch, die 35-Stunden-Woche für die Metall- und Elektroindustrie in Ostdeutschland einzuführen. Dennoch ist es unbestreitbar, dass vor allem in Frauenberufen das tendenziell geringere ökonomische Druckpotential mit moralischem Druck und im Fall der Krankenhausbeschäftigten der „neoliberalen Mobilisierung des Pflge ethos“ (Wolf 2013) zusammenfällt.

Und eben jene Haltung – wer pflegt und streikt, gefährdet die ihm Anvertrauten – zu durchbrechen, war ein zentrales Anliegen der Charité-Kolleginnen und zugleich Voraussetzung für ihre erfolgreiche Streikbewegung, ebenso wie für die sich nun verbreitende „Tarifbewegung Entlastung“.

Wie haben die Charité-Kolleginnen das geschafft? Indem eine im Grunde einfache Botschaft vermittelt werden konnte, zum Teil in der Öffentlichkeit und der Stadt, aber vor allem in den eigenen Reihen: Wir wollen nicht nur für uns die Bedingungen verbessern, sondern auch für die Patient_innen. Denn diese – so die Kolleginnen – sind ebenso wie wir die Leidtragenden des chronischen und eklatanten Personalmangels an der Klinik. Intensivschwester und Tarifkommissionsmitglied Dana Lützkendorf hatte es folgendermaßen erklärt: „Wir streiken, damit wir wieder unsere Arbeit machen können“ (Boewe/Schulten 2015).

Pointiert zum Ausdruck gebracht wurde diese Botschaft zudem im Slogan der Streikbewegung: Mehr von uns ist besser für alle! Ein weiterer populärer Slogan des Charité-Kampfes war: „Nicht der Streik gefährdet die Patienten, sondern der Normalzustand.“

Um die Botschaft zu verbreiten und die Deutungshoheit über den Streik zu erlangen, wurden mehrere Schritte unternommen. Allen voran die Gründung des

Bündnisses „Bürgerinnen und Bürger für mehr Personal im Krankenhaus“ im Jahr 2013, in dem Beschäftigte der Charité gemeinsam mit Beschäftigten anderer Berliner Kliniken und Betriebe und zivilgesellschaftlichen Kräften sich zusammenschlossen. Während des zehntägigen Streiks im Juni 2015 spielte dieses Bündnis eine zentrale Rolle. Am Vorabend des Streiks lud das Bündnis zu einer Auftaktveranstaltung ein. Bemerkenswert war dort die Mobilisierung unterschiedlichster Unterstützer_innen. Neben Gewerkschafter_innen und Parteienvertreter_innen reichte das Spektrum vom Kinderhilfswerk „Terre des Hommes“ über das Berliner Bündnis Mietenvolksentscheid bis zum Hamburger Schauspieler Rolf Becker.

Der Kampf um die öffentliche Meinung – dessen waren sich die Charité-Kolleginnen bewusst – würde entscheidend sein und auch von Arbeitgeberseite geführt werden. Gewerkschaft und Bündnis hielten von Beginn an mit einer eigenen Strategie dagegen: Unterstützer_innen waren jeden Tag vor Ort an den Streiklokalen und beteiligten sich an den Aktionen der Kolleginnen. In der zweiten Woche des Streiks lud das Bündnis auf dem Gelände der Charité zu einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Patient_innen ein, die den Streik unterstützten. Zu den prominenteren Fürsprecher_innen für die Sache der Kolleg_innen gehörte auch Karin Stötzner, die Patientenbeauftragte für Berlin.

Wie bereits erwähnt, sind in den Gesundheitsdienstberufen 84 Prozent der Beschäftigten weiblich. Entsprechend waren auch die Streikführer_innen, die Gesichter des Streiks, überwiegend weiblich. Zwar ist auch der sich selbst als Kinderkrankenschwester bezeichnende Betriebsgruppensprecher Carsten Becker zweifellos eines der bekanntesten Gesichter der Charité, doch neben Dana Lützkendorf, Grit Wolf, Ulla Hedemann oder Kati Ziemer (von der CFM) ist er die Ausnahme, nicht die Regel.

Von der Unterstützerin zur Akteurin

Dass vermehrt Streiks – auch konfrontative Vollstreiks – in weiblich dominierten Berufen stattfinden, ist ein deutlicher Unterschied zu den „großen Kämpfen“ der 1970er und 1980er Jahre. Historisch haben Frauen in Streiks eher in einem Helferinnen-Verhältnis zu streikenden Männern gestanden. Es gibt natürlich eine Reihe von Ausnahmen: Der (trotz weitreichender Sympathien unter großen Bevölkerungsteilen erfolglose) Crimmitschauer Textilarbeiterinnenstreik aus den Jahren 1903/1904 für die Einführung des 10-Stunden-Tags, der Streik der Petrograder Textilarbeiterinnen 1917, der Streik im Belgischen Herstal von 1966⁸ oder der Streik der Pierburg-Frauen 1973 (Braeg 2013).

⁸ 3.000 Arbeiterinnen der belgischen Rüstungsfabrik „Fabrique Nationale d'Armes de Guerre“ (FN) hatten 1966 unter der Parole „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ die Produktion lahmgelegt. Es war der erste europäische Ausstand dieser Art. *Der Spiegel* sprach Ende April 1966 gar vom „Streik des Jahrhunderts“. Das Unternehmen weigerte sich, den von ihm beschäftigten Frauen den gleichen Lohn zu zahlen wie 7.000 männlichen Arbeitern. Ein Paragraf des Gründungsvertrages der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus dem Jahr 1957 galt den streikenden Frauen als Bezugspunkt. Dort war im Artikel 119 formuliert worden, dass

Nichtsdestotrotz waren die „großen Kämpfe“ der jüngeren Geschichte Auseinandersetzungen, die in der Industrie mit hohem Männeranteil geführt wurden: Die Streikwelle von 1969, die migrantisch geprägten wilden Streiks von 1973 oder der britische Miners' Strike waren Männerstreiks – auch wenn Frauen hier oft eine aktive und eigenständige Rolle als Unterstützerinnen gespielt haben. So zum Beispiel in dem Angehörigennetzwerk „Women Against Pit Closures“, das den Miners' Strike im gesamten Vereinigten Königreich unterstützte. Es wäre verkürzt, die Aktivistinnen von WAPC auf „Ehefrauen“ zu reduzieren, vielmehr waren sie eigenständige, politische Protagonistinnen, die neben der Unterstützung für den Streik auch eigene Themen artikulierten (Holden 2014). Ähnliches passierte während des 160 Tage andauernden Arbeitskampfes um den Erhalt des Krupp-Werkes in Duisburg-Rheinhausen 1987/88. Auch hier gab es eine Reihe von expliziten Frauengruppen, deren Anliegen die Unterstützung des Kampfes war. Aber es bleibt dabei: Frauen waren hier die Hilfstruppen, nicht die eigentlichen Akteure.

Dies hat sich mit einer Verlagerung der Auseinandersetzungen in den Dienstleistungsbereich grundlegend gewandelt.⁹

Zu erwähnen ist zudem, dass besonders in den frauendominierten Berufsfeldern, in denen in den vergangenen Jahren gestreikt wurde, neue partizipative Elemente der Streikführung ausprobiert wurden. Während des Arbeitskampfes im Sozial- und Erziehungsdienst wurde von ver.di unter anderem auf Streikdelegiertenversammlungen zurückgegriffen.¹⁰ Und auch im Krankenhausbereich ist eine bemerkenswerte Entwicklung zu beobachten. Die ver.di-Betriebsgruppe an der Charité hatte in Vorbereitung auf den 2015er-Streik ein Netz vom Tarifierat_innen aufgebaut. Dem vorausgegangen war, dass die Vertrauensleutestrukturen mehr oder weniger eingeschlafen waren, es aber gleichzeitig notwendig erschien, auf gut informierte Verbindungspersonen zwischen Tarifkommission und den Teams auf den Stationen zurückgreifen zu

„gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ob Frau oder Mann“ anzustreben sei. Jahrelang blieb Artikel 119 ein Lippenbekenntnis ohne spürbare Folgen – bis er schließlich ab Mitte der 1960er Jahre von Frauen „entdeckt“ und Gegenstand mehrerer Kampagnen wurde. 1966 hatte sich dann in Herstal eine explosive Situation zusammengebraut: Zum einen machte die Nachricht vom Artikel 119 und dem Recht auf gleichen Lohn die Runde. Zum anderen erlebten die Arbeiterinnen ihre eigene Situation – und zwar als diametral entgegengesetzt zum Versprechen einer gleichen Bezahlung. Auch aufgrund des niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrades stießen diese beiden Zustände ohne Puffer unvermittelt aufeinander. Von Februar bis Mai 1966 dauerte der Streik an und endete mit einem Erfolg. Der öffentliche Druck war so groß geworden, dass sich der belgische Arbeitsminister schließlich gezwungen sah, einzugreifen und den Konzern dazu zu drängen, die Forderungen weitgehend zu erfüllen. Ein ähnlicher Streik zur Durchsetzung der Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war 1968 der Dagenham Frauenstreik bei Ford, der in der Filmkomödie „Made in Dagenham“ (deutscher Titel „We want Sex!“) von 2010 verarbeitet wurde.

⁹ Wobei festzuhalten bleibt, dass dies keineswegs im Umkehrschluss bedeutet, dass Ehemänner oder männliche Partner nun die Hilfstruppen bildeten. Es fand nicht einfach ein Rollentausch statt.

¹⁰ Was zu dem einmaligen Vorgang führte, dass das Schlichtungsergebnis entgegen der Empfehlung der Tarifkommission von den Mitgliedern nicht angenommen wurde.

können. So sollte Kommunikation in beide Richtungen ermöglicht werden. Die Idee, solche Tarifberater_innen für jede Station zu finden, hat sich nicht nur als hilfreich für die Kommunikation während des Streiks, sondern auch als aktivierend und mobilisierend erwiesen. Und auch hier wurde ein an der Charité erprobtes Konzept an Kliniken landauf landab aufgegriffen. Inzwischen gibt es an vielen Krankenhäusern Tarifberater_innen.

Die Charité galt schon immer als Ort von Innovation, als Vorreiterin in Medizin und Forschung. Große Männer wie Robert Koch oder Rudolf Virchow haben hier bahnbrechende Entdeckungen gemacht. Nun kann festgehalten werden, dass die Frauen der Charité ebenfalls Vorreiterinnen sind, die in der ganzen Bundesrepublik Nachahmerinnen finden bei dem Versuch, gute Arbeit und gute Pflege zu erkämpfen.

Literatur

- Artus, Ingrid/ Pflüger, Jessica (2015): Feminisierung von Arbeitskonflikten. Überlegungen zur gendersensiblen Analyse von Streiks, in: Arbeits- und Industriesoziologische Studien Jahrgang 8, Heft 2,, S. 92-108.
- Behruzi, Daniel (2016): Beistand für Klinikbeschäftigte, <https://gesundheit-soziales.verdi.de/themen/entlastung/++co++1c33c396-bd1f-11e6-9b7b-525400940f89>.
- Bewernitz, Thorsten/ Dribbusch, Heiner (2014): „Kein Tag ohne Streik“: Arbeitskämpfungsentwicklung im Dienstleistungssektor, WSI Mitteilungen 5/2014.
- Bispinck, Reinhard (2013): „Steinkühlerpause“ und mehr. Der Lohnrahmentarifvertrag II - ein Meilenstein der Tarifgeschichte, WSI-Tarifarchiv.
- Boewe, Jörn/ Schulten, Johannes (2015): An der Charité läuft die Operation Streik, <https://www.verdi.de/themen/arbeit/++co++598f09f2-198e-11e5-95b7-5254008a33df>.
- Braeg, Dieter (2013): Wilder Streik – das ist Revolution! Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973, Berlin.
- Dörre, Klaus et al (2016): Streikrepublik Deutschland – Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West, Frankfurt a. M, S. 24.
- Gürgen, Malene (2016): Ausgewandert, Ausgebeutet, Aufständig, in: taz vom 16.1.2016, S. 42-44.
- Dies. (2016): „Das sind Knebelverträge“, Interview mit ver.di-Sekretär Kalle Kunkel, in: taz vom 16.1.2016, S. 45.
- Hans-Böckler-Stiftung (2011): Horizontale Segregation des Arbeitsmarktes, <https://www.boeckler.de/53494.htm>.
- Holden, Triona (2005): Queen Coal – Women of the Miners’ Strike, London.
- Kerstgens, Michael (2014): Coal not Dole, Berlin.
- Krankenhaus statt Fabrik! (2017): Kostendruck – Personalnot – Überlastung, 16.1.2017, <https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/121>.
- Schneidemesser, Lea/ Kilroy, Juri (2016): Streikmonitor: Die Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2016, in: Z 108 (Dezember 2016), S. 145-158

Schroeder, Wolfgang / Kallas, Viktoria/ Greef, Samuel (2008): Kleine Gewerkschaften und Berufsverbände im Wandel, Böckler Forschungsmonitoring 3, Düsseldorf, S. 53-55.

Tügel, Nelli (2016): Was geht, wenn nichts mehr geht? In: neues deutschland vom 03.06.2016.

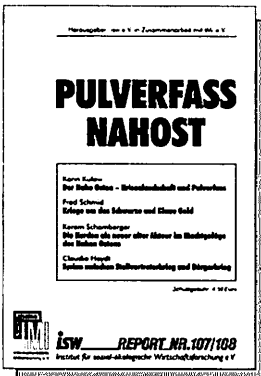
Ver.di Fachbereich 3 (2015): Ver.di Infodienst Krankenhäuser 2015: 2.

Ver.di (2013): Personalcheck, <https://gesundheit-soziales.verdi.de/themen/mehr-personal/++co++613712f0-c165-11e6-83d5-525400940f89>.

Wolf, Luigi (2013): „Patienten wegstreiken“ – Arbeitskämpfe an der Charité, in: Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 15, 1/2013.



analysen. fakten. argumente.
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.



Der isw-report 107/108 setzt sich mit einer der brisantesten Fragen unserer Tage auseinander: Wie wird der Kampf um die Region des Nahen und Mittleren Ostens, wo mit Öl und Gas global strategisch wichtige Ressourcen lagern, weitergehen? Gibt es Chancen für einen Weg zum Frieden? Oder brennt die Lunte am Pulverfass Nahost bis zu dem Punkt weiter, wo die Kriege in noch größere, in internationale Dimensionen explodieren würden?

isw-report 107/108 Febr. 2017 / 54 S. / 4,50 EUR + Versand

außerdem neu bei isw:

Klimazerstörung. Die Verantwortungslosigkeit kapitalistischer Gesellschaften.

Eine fakten- und ideenreiche Untersuchung von Franz Garreiter

isw-spezial 30 Jan. 2017 / 52 S. / 4,50 EUR + Vers.

Alle lieferbaren isw-Publikationen:

www.isw-muenchen.de

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., Johann-von-Werth-Straße 3
80639 München. fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Feminisierung der Lohnarbeit – historische Trends und Widersprüche

Die aktuellen Auseinandersetzungen um Erwerbsquoten, Arbeitszeiten und Lebenslaufperspektiven von Frauen, um „Entgeltlücke“, „Teilzeitfalle“, Doppelbelastung bei Hausarbeiten, Kinderbetreuung und Pflege, in denen die systematische und hartnäckige Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft des heutigen Kapitalismus zum Ausdruck kommt¹ und die auf je unterschiedliche Weise von Frauenbewegung, Gewerkschaften, Linken (aber auch dem konservativ-neoliberalen „Feminismus“ einer Madame Lagarde) thematisiert und in Parteiprogrammen aller Couleur abgehandelt wird, werfen u.a. die Frage nach historischen Trends der Feminisierung der Lohnarbeit und ihrer Widersprüche auf. Dem wird im Folgenden nachgegangen.

Historischer Ausgangspunkt

Der Kapitalismus hat sich im Europa der industriellen Revolution in den drei Hauptländern England, Frankreich und Deutschland auf ganz unterschiedliche Weise entwickelt und durchgesetzt. Das politisch und ökonomisch gegenüber England und Frankreich weit zurückgebliebene Deutschland trug noch in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts „halbfeudalen“ Charakter. Die politischen und sozialökonomischen Unterschiede bei der Herausbildung der neuen Produktionsweise, deren ungleichmäßige Entwicklung in den genannten Ländern und die damit verbundenen wirtschaftlichen Rückwirkungen prägten u.a. auch die jeweilige Entwicklung der arbeitenden Klassen.² Wenn z.B. in England die Textilindustrie mit ihrem hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften für die Industrialisierung und die Herausbildung der Arbeiterklasse eine tragende Rolle spielte³, so konnte sie diese Rolle in Deutschland (wo sie für die Frühindustrialisierung gleichfalls große Bedeutung hatte) gerade wegen des Drucks der britischen Konkurrenz nicht in gleichem Maße spielen; für die Entwicklung der Lohnarbeiterschaft kam in Deutschland der Schwerindustrie, der Metallwirtschaft und Infrastrukturprojekten wie dem Eisenbahnbau größte-

¹ Vgl. z.B. Jörg Meyer (Hrsg.), *Arbeiten und Feminismus. Gespräche mit Christiane Benner u.a.*, Hamburg 2017; Christine Franz u.a., *Arbeitszeiten von Frauen: Lebenslaufperspektive und europäische Trends*, WSI-Mitt. 8/2012, S. 601ff; *Doppelt belastet bis zur Erschöpfung*, Böckler-Impuls 4/2014; *Die Entgeltlücke*, metallzeitung März 2017; Ingrid Artus u.a., *Sorgekämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen*, Hamburg 2017.

² Vgl. u.a. Jürgen Kuczynski, *Das Entstehen der Arbeiterklasse*, München 1967, S. 137ff.

³ Der Zensus von 1841 ergibt für England und Wales 1,1 Mio. Beschäftigte im Textil- und Bekleidungs-gewerbe bei 1,8 Mio. Industriebeschäftigten insgesamt. Die Frauenquote in der Textilindustrie wird für 1838 mit über 55 Prozent angegeben (Männer: knapp 23, Kinder/Jugendliche 22 Prozent). Jürgen Kuczynski, *Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832*, Berlin 1964, S. 99ff. („Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“, Bd. 23).

res Gewicht zu.⁴ Völlig anders gestaltete sich in Deutschland z.B. auch die Auflösung der feudalen Strukturen auf dem Lande, Hauptrekrutierungsquelle der neuen Lohnarbeiterschaft. Die Unterschiede im Grad der Urbanisierung und der Herausbildung gewerblich-verdichteter und industrieller Zentren sowie Branchen bedeuteten im Vergleich der Länder auch unterschiedliche Erwerbschancen („Arbeitsplatzangebote“) für Frauen. Generell gilt jedoch, dass auf dem Lande die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozess i.d.R. intensiver war als in den Städten und Industrialisierungszentren, in denen die neuen Arbeitsverhältnisse primär auf Männer zugeschnitten waren. Wenn also nach den Bedingungen und Formen der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit und der Feminisierung der Lohnarbeit gefragt wird, so muss auch hier die diesbezügliche – seit Mitte der 1970er Jahren inzwischen sehr umfangreiche – konkret-historische Forschung zu Rate gezogen werden,⁵ der abstrakte Verweis auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung hilft nicht weiter.⁶

Geschlechterspezifische Arbeitsteilung

Die auch heute gegebene Grundstruktur der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung bei der Erwerbsarbeit wird mit der kapitalistischen Entwicklung selbst herausgebildet. Der sukzessive Übergang von der vorkapitalistischen einfachen Warenproduktion sowohl auf dem Lande wie in den Städten ist mit der schrittweisen Trennung der unmittelbaren Produzenten vom Eigentum an ihren Produktionsmitteln – Boden, handwerkliche Arbeitsmittel –, der Aufspaltung der ursprünglichen Einheit von Haushalt bzw. Hauswirtschaft und Arbeitsstätte sowie von Familie und Produktion und der zunehmenden Differenzierung der Berufsstruktur geprägt. Dieser sich über Jahrzehnte erstreckende Prozess vollzog sich als Freisetzung einer großen agrarischen und handwerk-

⁴ Kuczynski 1967, 210ff. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, München 1987, S. 614ff.; Zur Branchenentwicklung ab 1800 Friedrich-Wilhelm Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Paderborn 1996, S. 447ff.

⁵ Vgl. u.a. Ute Gerhard, Verhältnisse und Verhinderungen: Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1978; Angelika Willms, Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Deutschen Reich: eine historisch-soziologische Studie, Nürnberg 1980; Heidi Rosenbaum, Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1982; Walter Müller, Angelika Willms, Johann Handl, Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980, Frankfurt/New York 1983; Stefan Bajohr, Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945, Marburg 1984 (2.A.); Angelika Willms-Herget, Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, Frankfurt/New York 1985; Ulla Knapp, Frauenarbeit in Deutschland, 2 Bde., München 1986; Marianne Friese, Frauenarbeit und soziale Reproduktion. Eine Strukturuntersuchung zur Herausbildung des weiblichen Proletariats im Übergangsprozess zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, dargestellt an der Region Bremen, Bremen 1991; Claudia S. Weber, Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland. Entwicklung von der Industrialisierung bis heute, Saarbrücken 2006; Jürgen Kocka, Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse, Bonn 2015.

⁶ Zum Zusammenhang von politisch-ökonomischer und historischer Kapitalismusanalyse vgl. die entsprechenden Bemerkungen im Vorwort zur ersten Auflage des Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 12/15.

lichen Überschussbevölkerung, die über lange Jahre von der kapitalistischen Gewerbe- und Fabrikproduktion nicht voll aufgefangen werden konnte – eine der Ursachen des Pauperismus, der Hungernöte, der Weberaufstände besonders in den 1840er Jahren – und als ausgeprägte Land-Stadt-Wanderung, erleichtert durch Gewerbefreiheit, die Aufhebung der Leibeigenschaft und den durch Staat und aufkommenden Kapitalmarkt (Aktiengesellschaften) vorangetriebenen Infrastruktur(Eisenbahn-, Chaussee)ausbau, an dem Hunderttausende der auf dem Lande freigesetzten Arbeitskräfte beteiligt waren.⁷

Während auf dem Lande die Frauen in der Agrarwirtschaft mehr oder weniger vollständig – gemessen am Arbeitskräftepotential, d.h. der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – in die Arbeit eingebunden waren, hatte sie das zünftige Handwerk schon seit langem weitgehend aus der gewerblichen Arbeit verdrängt. Die Zunftgesetze untersagten die Beschäftigung von Frauen im Gewerbe, die „normale“ Arbeitsteilung wies allein dem Mann die gewerbliche Tätigkeit zu; der Frau „oblagen (u.U. mit Hilfe von Dienstboten) der Haushalt, die Kinderaufzucht und -erziehung sowie die anfallende Garten-, Vieh- und Landwirtschaft.“ Wo sie, wie z.B. im „unzünftigen“, zunehmend proletarisierten Handwerk, mithelfen musste, führte sie „überwiegend Handlangerdienste und Hilfstätigkeiten“ aus.⁸ Anders bei der neu aufkommenden, frühkapitalistischen hausindustriellen Familienwirtschaft (etwa der klassischen Weber). Hier arbeiten alle Familienangehörigen gewerblich; die „übliche rigide Trennung der Arbeitsbereiche von Mann und Frau“ war aufgehoben. Im Rahmen der „familialen Kooperation“ kamen sowohl gleiche Arbeit von Mann und Frau wie auch ausgeprägt arbeitsteilige Verfahren vor. Die sonstige Hausarbeit blieb in allen Bereichen fast ausnahmslos Sache der Frauen.⁹

Die vorkapitalistischen Arbeits- und Lebensverhältnisse von Bauern, Landarbeitern und Handwerkern waren durch ausgeprägte patriarchalische Verhältnisse charakterisiert.¹⁰ Frauenarbeit galt als notwendige Mitarbeit, verstanden als Beitrag zum Familieneinkommen. Die mit der bäuerlichen Lebensweise fest verbundene „absolute Dominanz des Bauern“, sein „struktureller Statusvorsprung“, gründete sich auf Tradition, im Normalfall auf den Besitz- und Eigentumstitel an Grund und Boden, seine Präsenz in der dörflichen Öffentlichkeit. Im alten Handwerk basierte der Ausschluss der Frauen vom Gewerbe und ihre schon dadurch bedingte Unterordnung nicht auf den Eigentumsverhältnissen (dem Eigentum des Meisters an den handwerklichen Produktionsmitteln), sondern auf der patriarchalischen, zünftigen Verfassung der Gesellschaft selbst, die den Ausschluss der Frauen vom

⁷ Sh. Hans Mottek, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. II, Berlin 1969, passim, bes. S. 221 ff.; Henning 1996, Bd. 2, S. 743 ff.

⁸ Rosenbaum 1982, S. 155 f.; Friese 1991, S. 122 ff.

⁹ Rosenbaum 1982, 229 f.; Friese 1991, S. 178 f.

¹⁰ Vgl. Rosenbaum 1982, im Detail zu Arbeitsteilung, häuslichem Status der Geschlechter und den patriarchalischen Verhältnissen in den Bauernfamilien: S. 79 ff, bei Handwerkern: S. 153 ff. Sh. auch Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden, *Gesellschaft von Rom bis Ffm. Studien zu Subsistenz, Familie, Politik*, Bd. 2, Kassel 2001, S. 226 ff, 233 ff.

Gewerbe begründete und auch nach Aufhebung des Zunftzwanges (Gewerbefreiheit) nachwirkte, wie die späteren intensiven Bemühungen um Ausschluss von Frauen z.B. aus dem Schneider-, Textil- und Bekleidungs Handwerk zeigen.¹¹

Übergang in die neue Lohnarbeiterschaft

Für die Frauen, die aus solchen Verhältnissen kommend in die von Gewerbe, Fabrik, Lohnarbeit und städtischer Dienstarbeit geprägte Welt der neuen kapitalistischen Produktionsweise eingebunden wurden, war der Zwang, arbeiten zu müssen, nichts grundsätzlich Neues. Das galt für Ledige ebenso wie für Verheiratete und war im bäuerlichen wie handwerklichen Bereich erlebte und tradierte Norm. Die, wie Rosenbaum schreibt, „fortexistierenden traditionellen, mit der Frauenarbeit verknüpften Mentalitäten“ schlossen auch die Akzeptanz niedriger Löhne (im Vergleich zu den Männern) ein, wobei wie in den kleinbäuerlichen oder Landarbeiter-Herkunftsfamilien nicht das individuelle Einkommen, sondern der Beitrag zum Familieneinkommen entscheidend war.¹²

Die Lohnarbeiterschaft der sich sukzessive durchsetzenden kapitalistischen Produktionsweise rekrutierte sich in erster Linie aus der in die Städte und aufkommenden Gewerbezentren zuwandernden agrarischen Überschussbevölkerung (Kleinbauern, Häusler, Insten, Heuerlinge, Landarbeiter) und bereits proletarisierten Schichten in Stadt und Land wie Tagelöhner, Manufakturarbeiter, Handwerksgesellen und kleine, formell selbständige Warenproduzenten aus dem hausindustriellen Gewerbe („Heimgewerbe“).¹³ Berlin wuchs z.B. 1851 per saldo um rd. 5.450 Gewerbegehilfen (Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen) und Lehrlinge, über 1.000 Tagelöhner und 5.400 Dienstboten (insgesamt 2/3 Männer, 1/3 Frauen; 2/3 im Alter von 15-30 Jahren) durch Zuzüge aus dem agrarischen Umland.¹⁴ Zuziehende aus handwerklichen Schichten stellten in diesem Fall eher eine Übergangsgruppe von vordem landlos gewordenen Bauern und Bauernkindern, die zwischenzeitlich im dörflichen Gewerbe (Leinweberei u.a. Hausgewerbe) tätig gewesen waren; Dienstboten und Tagelöhner stammten zumeist direkt aus der agrarischen Überschussbevölkerung. Die Zuziehenden gingen als Ungelernte teils in Manufakturen und Fabriken, zu großen Teilen zum Eisenbahnbau, sie kamen z.T. beim Handwerk unter. Ein großer

¹¹ Gerhard 1978, S. 33ff. „Daran zeigt sich im übrigen, daß das Patriarchat nicht auf die Eigentumsverhältnisse reduziert werden kann, sondern daß es sich bei beiden um unterschiedliche Strukturen handelt, die sich gegenseitig verstärken können...“ Rosenbaum 1982, S. 154.

¹² Rosenbaum 1982, S. 406. „Die Maxime ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ konnte unter diesen Bedingungen keinen Nährboden finden.“

¹³ Vgl. Mottek 1969, 221ff.; Kocka 2015, 228-237, mit Verweis auf die neuere Literatur. Die regionalen und branchenbezogenen Unterschiede sind sehr ausgeprägt. Für die Fabrikarbeiterschaft in Württemberg (Esslingen u.a.) war z.B. das proletarisierte Handwerk Hauptrekrutierungsbasis; die bäuerliche Bevölkerung spielte für die dortige Textilindustrie keine Rolle, wohl aber für die Metallbetriebe (Maschinenbau). Peter Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert), Stuttgart 1978, S. 307ff.

¹⁴ Lothar Baar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966, S. 171ff.

Teil gehörte als Tagelöhner zur Arbeitskraftreserve des städtischen Gewerbes. Die zugewanderten „Dienstboten“, insbesondere Frauen, leisteten teils Hausdienste, teils wurden sie gewerbliche Arbeitskräfte. Für die vom Lande abwandernden Frauen waren auch später familiäre Dienstbotentätigkeiten oft Übergangsbeschäftigung vor un- oder angelernter Fabrikarbeit.¹⁵

Marianne Friese hat im Einzelnen die weibliche Proletarisierung im städtischen Handwerk und die Entwicklung des weiblichen Dienstleistungsproletariats Bremens untersucht, Bereiche, in denen weibliche Lohnarbeit weit verbreitet bzw. dominierend wurde. In den Familien der unzünftigen Gesellen („Gesellen-Lohn-Familien“ insbesondere im Textil- und Baugewerbe) kam den Frauen im Rahmen der familialen Arbeitsteilung „die unqualifizierten, niedrig bewerteten und geringer entlohnenden“ arbeitsvorbereitenden Funktionen zu; die Frauen der Baugesellen verrichteten seltener Bauhilfsarbeit, meist Gelegenheitsarbeiten aller Art. Wo die Gesellen zur Saison- und Nebenarbeit übergingen, blieben ihre Frauen als billige Arbeitskraft im niedergehenden Gewerbe. Die quantitativ bedeutenden Gewerbe in Bremen – neben Textil die Gewerbe der Nahrungs- und Genussmittel incl. des Tabakgewerbes – waren als reine familiäre Kleinbetriebe mit erheblichem Anteil weiblicher Arbeit organisiert. In dieser „proto-industriellen“ Wirtschaft herrschte „ein überkommenes System der geschlechtlichen Arbeitsteilung“, das Frauen mit der Mehrarbeit der familialen Reproduktion belastete.¹⁶

In solchen Detailstudien kann nicht nur nachvollzogen werden, wie sich der Übergang in Erwerbstätigkeit und Lohnarbeit vollzog, sondern auch, wie die unter vor- und frühkapitalistischen Produktionsverhältnissen herausgebildeten Formen geschlechterspezifischer Arbeitsteilung und patriarchalischer Geschlechterbeziehungen – im Kontext privat-familialer Produktion und Reproduktion können diese Geschlechterverhältnisse im Anschluss an Engels¹⁷ als (Teil der) Produktionsverhältnisse verstanden werden – in die durch Lohnarbeit geprägte Welt der aufsteigenden kapitalistischen Produktionsweise mitgenommen und in einer Gesellschaft, in der „alle gesellschaftlichen Bereiche durchgängig patriarchalisch geprägt (sind), vom Bildungswesen über Politik, Wirtschaft bis zur Familie“¹⁸, neu geformt und akzentuiert werden.

¹⁵ Friese 1991, S. 198; Willms 1980, S. 37, 175. In der württembergischen Baumwoll- und Wollspinnereien, wo Frauenarbeit (1858 waren 42 Prozent der Beschäftigten Frauen, 21 Prozent Kinder) fast nur von unverheirateten jungen Mädchen verrichtet wurde, traten die meisten Jugendlichen nach der Schulentlassung in die Fabrik ein und verließen sie wieder mit 18, höchstens 20 Jahren, um Dienstboten zu werden. Borscheid 1978, S. 176, 371.

¹⁶ Friese 1991, S. 130 Verallgemeinernd: „Diese Doppelarbeit der Frau, ihre gleichzeitige Einbindung in Produktion und Reproduktion, wird das entscheidende Strukturmerkmal des weiblichen Proletariats sein. Diese Doppelarbeit und mit ihr die ‚doppelte Vergesellschaftung‘ unterscheidet die Proletarierin von der Bürgerin und vom Proletarier zugleich.“ Ebd., S. 131.

¹⁷ Vgl. Winfried Schwarz/Alma Steinberg, *Der historische Charakter des Patriarchats*. In: *Patriarchat & Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1985, S. 51 ff. „Beseitigung der Einzelfamilie als wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft“ ist, so Engels, eine der beiden Voraussetzungen der Befreiung der Frau. Ders., *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, MEW 21, S. 76.

¹⁸ Rosenbaum 1982, S. 439.

Erwerbstätigkeit und Feminisierung der Lohnarbeit – Quantitative Entwicklungstrends

Als Trendindikatoren für den Nachvollzug der Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit und der Feminisierung der Lohnarbeit können die Erwerbsquote bzw. die Erwerbstätigkeitsquote der Frauen¹⁹ und der Frauenanteil an den abhängig Beschäftigten herangezogen werden. Die zeitliche Gliederung orientiert sich u.a. an der Verfügbarkeit von Daten aus Berufszählungen in Preußen, dem Deutschen Reich und der BRD.

Die Erwerbsquote ist eine sozialstatistische „Oberflächen“-Kategorie, die Informationen über den Grad der Einbeziehung einer Bevölkerungsgruppe in gegen Entgelt verrichtete Erwerbstätigkeit vermittelt, ohne die sozialen Verhältnisse und Beziehungen, unter denen sie verrichtet wird und in die die Erwerbstätigen eingebunden sind, erkennen zu lassen. Die so erfasste Frauenerwerbstätigkeit betrifft zur Arbeiterklasse gehörende lohnabhängige Frauen ebenso wie Selbständige oder unter familial-patriarchalen Bedingungen arbeitende Mithelfende. Sie ist also ggfs. weiter aufzuschlüsseln. Zudem ist zu bedenken, dass die statistischen Daten aus den verschiedenen Perioden der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland seit Anfang der industriellen Revolution in vieler Hinsicht (z.B. Erhebungsmethoden; Gebietsstand) nur bedingt vergleichbar sind²⁰; es geht im Folgenden also nur um Trend-Aussagen.

Industrielle Revolution und vormonopolistischer Kapitalismus (1816 – 1882)

Für die Zeit vor 1882 liegen nur wenige statistische Erhebungsdaten vor. Den preußischen Fabriktabellen für die Jahre 1816, 1849 und 1861 kann eine Aufteilung der über 14jährigen beschäftigten „Zivilpersonen“ nach Geschlecht und Erwerbstätigkeit entnommen werden (Tab. 1).

Die Tabelle betrifft die „handarbeitenden Klassen“, in der Terminologie der preußischen Statistik „diejenigen Volksgruppen, ... deren Angehörige *für andere Personen* ... gegen Entgelt thätig sind“.²¹ Es geht also um abhängige

¹⁹ Die Erwerbsquote einer sozialen Gruppe gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) dieser Gruppe an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wieder; bei historischen Daten ist neben unterschiedlicher statistischer Abgrenzung der erfassten Erwerbspersonen-Gruppen auch die unterschiedliche Altersbegrenzung zu beachten. Die Erwerbstätigkeitsquote berücksichtigt nur Erwerbstätige, nicht Erwerbslose.

²⁰ Zur Statistik Preußens und des Zollvereins: A. Hesse, *Gewerbestatistik*, Jena 1914 (2.A.), S. 100ff.; zu den Gewerbezahlungen vor der Reichsgründung (Zollverein) und den Gewerbe- und Berufszählungen im Deutschen Reich und der BRD: Walther G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin u.a. 1965, S.182ff., sowie Willms 1980, *Anhang zur Entwicklung der Berufsstatistik in Deutschland*. Eine kommentierte Zusammenstellung der älteren Erhebungsdaten bietet: Statistische Bundesamt, *Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972*, Stuttgart u.a. 1972.

²¹ Zit. n. Gerhard 1978, S. 196. Die im Jahrbuch für die amtliche Statistik Preußens aufgeführten Daten (für 1816, 1822, 1846, 1849, 1852, 1858 und 1861) weisen aus Erhebungsgründen man-

Lohnarbeit. Da die Tabelle die (nicht gegen Entgelt lohnarbeitenden) Bauern ausschließt, hat man, wie Kuczynski kommentiert, „fälschlicherweise den Eindruck, daß ein weit größerer Teil der Männer als der Frauen hauptberuflich beschäftigt“ ist.²² Sie umfasst zwei Hauptgruppen: Einmal die ländlichen, hauptsächlich in der Landwirtschaft tätigen Unterschichten (Dienstboten, Gesinde, Tagelöhner, Handarbeiter); zum anderen die gewerblich-industriellen Berufe (Fabrik- und Bergarbeiter, Gewerbegehilfen und Lehrlinge).

Tab. 1: Erwerbstätige „Zivilpersonen“ über 14 Jahre, Preußen 1816 – 1861, nach Geschlecht (in Prozent)

Beschäftigtengruppen	Männer			Frauen		
	1816	1849	1861	1816	1849	1861
Dienstboten, Gesinde, Tagelöhner, Handarbeiter usw.	31,5	29,9	33,8	28,7	26,1	29,6
Fabrik- und Bergarbeiter	3,1	5,5	7,8	0,5	1,3	1,5
Gewerbegehilfen, Lehrlinge	9,1	11,5	12,5	0,2	0,2	0,2
Zusammen (Erwerbsquote)	43,7	48,2	54,5	29,7	27,9	31,5

Ohne Bauern. Nach Gerhard 1978, S. 42, 48 (1816); Kuczynski 1963, S. 104 (1849, 1861). Summendifferenzen: andere Beschäftigtengruppen wie Apothekergehilfen, landw. Verwalter, Wirtschaftserinnen auf Landgütern. Gesinde: zu 85 % in der Landwirtschaft; Tagelöhner und Handarbeiter: etwa zur Hälfte in der Landwirtschaft, incl. Eisenbahn- und Straßenarbeiter, weit überwiegend ländliche Unterschicht.

Bei den Frauen dominiert völlig der Anteil der zumeist unter patriarchalischen und feudal-agrarischen Bedingungen arbeitenden Dienstboten, Tagelöhnerinnen und Handarbeiterinnen usw. Ihre dem (städtischen) Gewerbe und der Fabrikarbeit zuzuordnenden Gruppen (Fabrikarbeiterinnen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge) machen dagegen im Vergleich zu jenen der Männer nur einen sehr geringen Anteil aus. Insgesamt ist der Anteil der Fabrik-(und Bergbau)beschäftigung bei Männern wie Frauen äußerst klein; er zeigt aber die relativ stärksten Veränderungen.

Bereits in der Frühphase des industriellen Kapitalismus in Deutschland zeigt sich: Die Erwerbsquote der Frauen ist (bei allen Einschränkungen der statistischen Erfassung) deutlich geringer als die der Männer, und, was besonders hervorzuheben ist, sie verändert sich in den 45 Jahren von 1816 bis 1861 nicht wesentlich. Die Erwerbsquote nimmt bei den Männern um mehr als 10 Prozent, bei den Frauen nur um ca. 2 Prozent zu; damit vergrößert sich der Abstand zwi-

cherlei Mängel auf, doch sind ansonsten kaum überregionale Daten verfügbar. Zur Kritik vgl. z.B. Werner Conze, Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“ (1954), in: H.-U. Wehler (Hrg.), *Moderne Deutsche Sozialgeschichte*, Köln, Berlin 1970, S. 111 ff.; Walter Becker, *Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland*, unter besonderer Berücksichtigung Preußens von 1850 bis 1870, in: H. Mottek u.a., *Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland*, Berlin 1960, S. 209ff.

²² Kuczynski 1963, S. 104.

schen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen – der relative Anteil der Frauen an der Lohnarbeit nimmt ab.

Am Ende dieser Periode konzentriert sich die gewerblich-industrielle Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte ausweislich der preußischen Gewerbezahlung von 1875 auf wenige Branchen.

Von 3,6 Mio. Beschäftigten in den preußischen Betrieben waren 590 Tsd. Frauen (16,4 Prozent). Annähernd 90 Prozent von ihnen arbeiteten in vier Gewerbezweigen. Dies sind:

- Bekleidung und Reinigung mit 233 Tsd. (39,5 Prozent),
- Textilindustrie mit 159 Tsd. (26,9 Prozent),
- Handelsgewerbe mit 63 Tsd. (10,6 Prozent) und
- Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln mit 50 Tsd. (8,5 Prozent).

Diese vier Branchen hatten einen Anteil an allen Beschäftigten von knapp 50 Prozent, aber von 89 Prozent an den weiblichen Arbeitskräften.

Der Frauenanteil an den Beschäftigten lag in Bekleidung/Reinigung bei 38 Prozent, im Textilgewerbe bei 36 Prozent, also weit über den 16,4 Prozent insgesamt. In den beiden anderen Branchen war er mit 16 bzw. 13 Prozent nur durchschnittlich. Keine der anderen Branchen erreichte auch nur annähernd vergleichbare Frauenquoten wie die Textilwirtschaft bzw. das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe – das Bild eines klassischen segmentierten Arbeitsmarktes.²³

Die hier erfasste Frauenbeschäftigung im gewerblich-industriellen Sektor incl. Handel/Verkehr betrifft neben Frauen, bei denen das Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis ausgeprägt ist (Fabrikarbeiterinnen), große Beschäftigtengruppen im kleingewerblichen Sektor. Aber: Im gewerblich-industriellen Sektor ist zu dieser Zeit nur ein sehr begrenzter Teil der weiblichen Erwerbstätigen tätig.

Das zeigt ein Vergleich mit der Berufszählung (BZ) 1882 im Deutschen Reich.²⁴ Bei dieser BZ lag der Anteil der im Produzierenden Gewerbe und Handel/Verkehr tätigen Frauen (1,1 Mio.) an der Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen etwa bei einem Fünftel. Im – schlecht erfassten – primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei) waren es mit 2,5 Mio. oder 45,7 Prozent knapp die Hälfte, bei den Dienstleistungen (1,6 Mio.) 28,5 Prozent. 4/5 der erwerbstätigen Frauen arbeiten 1882 in Landwirtschaft und Dienste-Sektor.

Entwickelter Kapitalismus (1882 – 1939)

Ulla Knapp gibt eine mit den in Tab. 1 für Preußen genannten Erwerbsquoten für Männer und Frauen vergleichbar gemachte Reihe für die Zeit von 1882 bis

²³ Ebd., S. 106. Zur Entwicklung des geschlechtsspezifisch segmentierten Arbeitsmarkts: Willms-Herget 1985.

²⁴ Man kann die preußischen Daten trotz der unterschiedlichen Erhebungsverfahren in etwa mit der Berufszählung 1882 im Deutschen Reich vergleichen. Sie ergab für das Produzierende Gewerbe und Handel/Verkehr eine etwas höhere Frauenquote an den Erwerbstätigen von 17,9 Prozent (Preußen 1875: 16,3 Prozent). Ber. nach Statistische Bundesamt 1972, S. 142 und 145.

1933 (Erwerbstätige ohne Selbständige und mithelfende Familienangehörige), so dass in etwa eine Langfristbetrachtung der Erwerbsquote der abhängig Beschäftigten seit Anfang der Industrialisierung möglich ist (Tab. 2).²⁵

Tab. 2: Erwerbsquote abhängig Beschäftigter in Preußen und im Deutschen Reich nach Geschlecht, 1816 – 1933 (in Prozent)

Jahr	1816	1849	1861	1882	1895	1907	1925	1933
Männer	43,7	46,9	54,1	59,6	66,7	66,8	68,5	69,6
Frauen	29,4	27,6	31,5	24,8	26,7	25,6	26,5	28,0

Daten für 1816-1861 (Preußen) sh. Tab. 1; für 1882-1933 (Deutsches Reich) nach Knapp 1984, Bd. 2, S. 647. Bezug: Erwerbsfähige Bevölkerung.

Die so gefasste Erwerbsquote der Männer steigt gegenüber 1882 bis 1933 um 10 Prozent, gegenüber 1816 um 25 Prozent. Die Frauenerwerbsquote verbleibt dagegen auf dem Ausgangsniveau von Anfang/Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie steigt gegenüber 1882 bis 1933 nur geringfügig (um 3,2 Prozent). Der widersprüchliche Grundtrend prägt sich weiter aus: Die Frauenerwerbstätigkeit und -lohnarbeit nimmt in absoluten Zahlen deutlich zu, aber der Anteil der weiblichen Lohnarbeit expandiert kaum, die Spanne zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen nimmt weiter zu.

Tab. 3 kombiniert verschiedene Berechnungen der weiblichen Erwerbsquoten für die Jahre 1882 bis 1939. Die weiblichen Erwerbspersonen nach den jeweiligen Berufszählungen werden auf unterschiedliche Basisgrößen bezogen: Auf die Gesamtheit der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter²⁶ (1, 2, 6), auf die weibliche Wohnbevölkerung insgesamt und in Großstädten (3, 5), auf die Erwerbspersonen insgesamt (4). Zum Vergleich wird die Erwerbsquote der Männer, bezogen auf die männliche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, angeführt (8).²⁷

Die Zunahme der weiblichen Erwerbsquote von 1882/1895 bis 1907 dürfte moderater gewesen sein als es die Statistik hier nahelegt. Der Anstieg um fast

²⁵ Knapp 1984, Bd. 2, S. 647. Die in den Berufszählungen des Deutschen Reiches zwischen 1882 und 1933 erhobenen Erwerbspersonen wurden um Selbständige und Mithelfende Familienangehörige bereinigt und die erhaltenen Werte in Beziehung zu den Personen im erwerbsfähigen Alter gesetzt.

²⁶ Als erwerbsfähiges Alter gilt 1882: 15 bis unter 70 Jahre; 1895: 16 bis unter 70 Jahre; 1907: 14 bis unter 70 Jahre; 1925 – 1939: 14 bis unter 65 Jahre.

²⁷ Angaben nach Willms 1980 (1,5-8) und IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 – 1970, Teil II, Sozialstatistische Analyse, 2. Halbband, Frankfurt am Main 1974, S. 181-228. Willms geht von der Berufszählung (BZ) 1882 aus, IMSF (2-4) bezieht die BZ 1882 auf die Volkszählungsdaten (VZ) von 1880; die Daten für 1939 beziehen sich bei Willms auf das damalige Deutsche Reich, beim IMSF zwecks besserer Vergleichbarkeit mit den Daten für 1950-1970 auf den Gebietsstand der BRD ohne Westberlin. 5: Großstädte mit 100 Tsd. und mehr Einwohnern. 7 nicht-familiale Arbeitsverhältnisse: außerhäusliche, marktvermittelte Arbeitsverhältnisse (vgl. Willms 1980, S. 14ff, 40ff.) 8: Männer 1939 ohne Dienstverpflichtete (Militär, „Arbeitsdienst“, ca. 4,4 Prozent).

10 Prozent gilt als statistisches Artefakt. Es beruht auf der schon seinerzeit kritisierten ungenügenden Erfassung der mithelfenden Familienangehörigen in Landwirtschaft und Handwerk in den Berufszählungen von 1882 und 1895, durch die die Erwerbsquote der Frauen unterschätzt wurde.²⁸

Tab. 3: Weibliche Erwerbsquoten Deutsches Reich 1882 – 1939, nach Geschlecht (in Prozent)

Weibl. Erwerbspersonen in Prozent	1882	1895	1907	1925	1933	1939
1 der erwerbsfähigen weibl. Bev. I	36,3	36,4	45,4	48,2	46,9	49,7
2 der erwerbsfähigen weibl. Bev. II	39,9			51,5		55,8
3 der weibl. Wohnbevölkerung	24,0			35,6		38,8
4 aller Erwerbspersonen	29,2			35,9		35,7
5 der weibl. Wohnbev. i. Großstädten	26,1	26,8	27,1	31,0	29,6	
6 der weibl. Wohnbev. i. Gemeinden unter 100.000 Einwohnern	23,2	24,7	31,2	37,4	36,3	
7 in nicht-familialen Arbeitsverh.	30,3	30,1	30,3	31,1	30,3	
Zum Vergleich: Männnl. Erwerbspersonen in Prozent						
8 der erwerbsfähigen männl. Bev.	94,2	93,8	92,3	93,1	91,6	87,9

Quellen: Stat. BA; I, 5-8 nach Willms 1980, S. 77, 81 und 84; 2-4 nach IMSF 1974, S. 185.

Dies in Rechnung gestellt zeigt die Entwicklung der Frauenerwerbsquote für die Jahre 1882, 1925 und 1939 bei unterschiedlichen Bezugsgrößen (1-4) einen vergleichbaren Trend. Der Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Erwerbspersonen (4), der 1882 (unkorrigiert) mit etwas über 29 Prozent angenommen wurde, aber höher gelegen haben dürfte, steigt auf knapp 36 Prozent 1925 bzw. 1939. Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der erwerbsfähigen weiblichen Bevölkerung (1) steigt auf ca. 48 Prozent 1925, geht 1933 politisch bedingt (Entlassung von Frauen als „Doppelverdienern“) zurück und steigt bis 1939 im Rahmen der faschistischen Aufrüstung und Militarisierung im Vorfeld des 2. Weltkrieges an.²⁹

²⁸ Vgl. Kuczynski 1963, S. 204: „Der Prozentsatz der erwerbstätigen Frauen stieg selbstverständlich von 1882 bis 1907. Aber der Sprung in den 18 Jahren von 1907 bis 1925 war mindestens so groß wie in dem Vierteljahrhundert von 1882 bis 1907.“ Hoffmann 1965, S. 182ff., schätzt, dass 1882 und 1895 ca. 1,4 bzw. 1,5 Mio. mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft in der Statistik nicht erfasst wurden. Willms 1980, S. 34*, konstatiert daher, es sei „kaum möglich, gesicherte Aussagen über die Anteile der Frauen an den Mithelfenden in Landwirtschaft und Handwerk vor 1907 zu machen“. Die adäquatere Erfassung der Mithelfenden zeigt sich auch bei dem deutlichen statistischen Anstieg der Frauenerwerbsquote. Die Daten in Tab. 2 sind von diesem Problem nicht berührt, da dort die mithelfenden Familienangehörigen nicht enthalten sind.

²⁹ Der Quotenunterschied zwischen der Zusammenstellung von Willms (1) und dem IMSF (2) dürfte auf dem unterschiedlichen Gebietsstand beruhen, der in den jeweiligen Berechnungen zugrunde gelegt wurde.

Im Vergleich zur Frauenerwerbsquote beträgt die Erwerbsquote der Männer gut das Dreifache. Sie bewegt sich stabil zwischen 94 (1882) und 92 Prozent (1933). Ihr Abfall auf 88 Prozent 1939 geht auf die Ausgliederung der Dienstverpflichteten (Soldaten, „Arbeitsdienst“) zurück.

Die erwerbstätigen Frauen sind in der gesamten Zeitperiode nach wie vor zu hohen Anteilen in ländlichen und „familialen“ Arbeitsverhältnissen tätig. Das zeigen die überdurchschnittlichen Anteile in Gemeinden unter 100 Tsd. Einwohner seit 1907 mit besserer Erfassung der ländlichen erwerbstätigen Frauen (6). Umgekehrt ist ihr Anteil an der Wohnbevölkerung im großstädtischen Milieu (5) mit um die 30 Prozent zwar 1925 und 1933 auch leicht erhöht, aber doch niedriger als auf dem Lande. (Auch hier wurde die Differenz zwischen Stadt und Land in den Berufszählungen von 1882 und 1895 eher verwischt, wie das sich seit 1907 umkehrende Verhältnis zwischen großstädtischem und kleinstädtisch-agrarischen Milieu zeigt.) Die großstädtische Quote liegt damit in der gleichen Größenordnung wie der Anteil weiblicher Erwerbspersonen in nicht-familialen Arbeitsverhältnissen (7).

Insgesamt zeigt sich also bei Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zwischen 1882 und 1907 in den Folgejahren bis 1933 eine weitere Stagnation der weiblichen Erwerbsquote, die dann – wie auch im ersten Weltkrieg – im Zuge der Kriegsvorbereitung ansteigt, was bei der Berufszählung 1939 offenkundig wurde.³⁰

BRD 1950 bis 1970

Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an den abhängig Beschäftigten (hier: Arbeiter, Angestellte und Beamte als grobe Annäherung) bewegt sich im kapitalistischen Deutschland im Zeitraum von 1882 bis 1970 zwischen knapp 29 (1907) und 34 Prozent (1970), also bei etwa einem Drittel der Erwerbspersonen (vgl. Tab. 4). In den vierzig Jahren von 1882 bis zum Ende der Weimarer Republik stieg die Quote – wenn von den Kriegsjahren abgesehen wird – nicht an und sie liegt auch 1950 in Westdeutschland nur wenig über dem Stand von 1882. In den 1950er Jahren wächst sie um 3 auf über 34 Prozent, um dann bis Anfang der 1970er Jahre auf diesem Niveau zu verharren.

³⁰ Zum Vergleich: Der Frauenanteil an den Beschäftigten im – früher – industrialisierten England (Zensusdaten) wird für 1841 mit 26 Prozent, für 1851, 1861 und 1871 mit 30 bzw. 31 Prozent angegeben, für 1901 mit 29 Prozent. Er pendelt in dieser Periode also um 30 Prozent. Vgl. J. Kuczynski, *Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900*, Berlin 1965 („Geschichte der Lage...“, Bd. 24), S. 113 und 188. Die „Frauenindustrien“ sind in allen Jahren die Textil- und die Bekleidungsindustrie. 1911-1931 liegt der Frauenanteil an den Beschäftigten weiterhin zwischen 29 und 30 Prozent; nach 1950 beginnt er langsam zu steigen (1951: 30,8, 1961 33,8 Prozent). J. Kuczynski, *Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart*, Berlin 1965 („Geschichte der Lage...“, Bd. 25), S. 76. Die Größenordnungen sind also durchaus vergleichbar.

Tab. 4: Frauenanteil an den abhängig Beschäftigten (Erwerbspersonen) im Deutschen Reich und der BRD 1882 – 1970

Jahr	Bevölkerung	Erwerbs- personen	Beamte, Angestellte und Arbeiter		darunter Frauen	
	in Tsd.	in Tsd.	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %
Dt. Reich						
1882	45.222	18.957	11.723	61,8	3.582	30,6
1907	61.721	28.092	18.309	65,2	5.224	28,5
1925	62.411	32.009	21.284	66,5	6264	29,4
1933	65.218	32.296	21.681	67,1	6.394	29,5
BRD						
1950	50.798	23.489	16.824	71,6	5.238	31,1
1960	55.868	26.653	20.739	77,8	7.076	34,1
1970	60.581	26.617	22.059	82,9	7.505	34,0

Zus. u. ber. nach Stat. BA., Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, Wiesbaden 1972, S. 139ff.

Die relative Stabilität der Quote ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass sich in diesem Jahrhundert kapitalistischer Entwicklung tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen vollzogen hatten. Dies betrifft mit dem Übergang zum monopolistischen und – nach 1945 – zum in hohem Maße staatlich regulierten, staatsmonopolistischen Kapitalismus die Produktionsverhältnisse insgesamt. Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen (Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel/Verkehr, Dienstleistungen) unterlag starken quantitativen Verschiebungen hinsichtlich ihres sozialökonomischen Gewichts, ihres jeweiligen Arbeitskräfteanteils etc.³¹, und in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen veränderten sich Arbeit und Arbeitsteilung, Technik und Qualifikationen der Beschäftigten. Zugleich unterlagen die Reproduktions- und Lebensweise der Lohnabhängigen weitreichenden Veränderungen, die auch die soziale Stellung der Frauen, die Struktur der Familien, die Bedingungen von Hausarbeit und Kindererziehung betrafen.

³¹ Einer der klassischen Sektoren der Frauenerwerbstätigkeit, die Textil-, Bekleidungs- u. Lederindustrie, hatte 1882 den mit weitem Abstand höchsten Anteil an den Industriebeschäftigten im Deutschen Reich von 40,8 %; danach kam die Nahrungs- u. Genußmittelindustrie – ebenfalls ein Bereich überdurchschnittlich hoher Frauenbeschäftigung – mit 14,2 %, zusammen 55 % aller Industriebeschäftigten. Der Anteil beider Branchen fällt innerhalb von hundert Jahren auf 14,7 Prozent (1982; 1950: 33,4 %). Vgl. H. Bömer/U. Bohnenkamp, Regionalentwicklung der Wirtschaftsstruktur und Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien. Jahrb. d. IMSF 6, 1983, S. 112f. Die Frauenquote hat sich in beiden Branchen zwischen 1882 und 1982 mehr als verdoppelt: Sie lag in der Textil-, Bekleidungs- u. Lederindustrie 1882 bei 34,1, 1950 bei 58,4 und 1982 bei 67,1 %; in der Nahrungs- u. Genußmittelindustrie 1882 bei 12,1, 1950 bei 35,2 und 1982 bei 42,4 %. Vgl. Werner 2006, S. 54.

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbsquoten von Männern und Frauen in den hundert Jahren von 1882 bis 1980, so zeigt sich bei den Frauen ein Anstieg von 24 auf knapp 33 Prozent (Tab. 5).

Tab. 5: Erwerbsquoten nach Geschlecht im Deutschen Reich und der BRD 1882 – 1980 (in Prozent)

	1882	1907	1939	1950	1961	1970	1980
Männer	60,6	61,1	67,8	63,3	63,9	59,1	58,4
Frauen	24,0	30,4	36,1	31,3	33,4	30,2	32,6
Davon:							
- verheiratet	9,3	26,0	31,5	24,8	32,8	35,6	40,6
- unverheiratet	31,4	32,7	39,9	36,4	33,8	25,3	25,3

Stat. BA, nach: Gesellschaftliche Daten 1982, Bonn 1982, S.109. Erwerbspersonen; ab 1970 Erwerbstätige. Bezug: weibl. Wohnbevölkerung. 1939 Gebietsstand BRD.

Dass die Quote für 1882 aus Erfassungsgründen zu niedrig ausgewiesen wird und damit der Zuwachs von 1882 bis 1907 zu groß ausfällt, war bereits angemerkt worden. Im zwanzigsten Jahrhundert (von 1907 bis 1980) verbleibt diese Quote in der gleichen Größenordnung von 30 bis 33 Prozent – Fortsetzung des in Tab. 3 festgestellten Grundtrends. (Auch hier ist zu berücksichtigen, dass die Kriegsjahre Ausnahmekonstellationen erhöhter Frauenerwerbstätigkeit in der Rüstungswirtschaft sind.)

Nur zwischen 1970 und 1980 zeigt sich ein realer Zuwachs. Darin und in den gegenläufigen Veränderungen bei den Erwerbsquoten von ledigen und verheirateten Frauen deutet sich etwas Neues an. Die Quote der erwerbstätigen ledigen Frauen sinkt seit den 1950er Jahren, insbesondere in den 1960er Jahren. Das ist in erster Linie auf längere Ausbildungszeiten (Schulbildung; zunehmende Studienquote von Frauen), also wachsende Qualifizierung, zurückzuführen. Der starke Anstieg der Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen drückt sich auch darin aus, dass 1970 absolut doppelt so viele verheiratete Frauen erwerbstätig waren wie 1950; damit kehrte sich das Anteilsverhältnis von verheirateten und ledigen Frauen bei den Erwerbstätigen um.

Auf weitere wesentliche Strukturveränderungen der Frauenerwerbstätigkeit in dieser Periode (weitgehender Abbau der Frauenbeschäftigung in der Landwirtschaft; starke Erhöhung des Anteils der Sphäre der Waren- und Geldzirkulation und des Dienstleistungsgewerbes; starker absoluter und auch relativer Anstieg bei den angestellten Frauen) kann hier im Einzelnen nicht eingegangen werden. Dabei ist bemerkenswert, dass die Frauenanteile an den Erwerbstätigen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen sich nicht spektakulär verändern – das bedeutet, dass in dieser Phase die Strukturveränderungen der Wirtschaft Männer und Frauen relativ gleichmäßig betreffen.³²

³² Vgl. dazu IMSF 1974, Bd. 2/2, S. 181-228 für die Jahre 1950 bis 1970.

BRD 1970 bis 2015

Seit den 1970er Jahren steigt der Frauenanteil an den abhängig Beschäftigten kontinuierlich und deutlich an (Tab. 6). Er lag 1960/1970 bei etwas über einem Drittel (vgl. Tab. 4, Erwerbspersonen) und erreicht 2015 annähernd, wenn auch noch nicht ganz, die Hälfte der abhängig Beschäftigten. Die Wachstumsrate pro Jahrzehnt steigt von 1,5 Prozent (1950 bis 1970) auf annähernd das Doppelte (1970 bis 2010).³³ Insgesamt erhöht sich der Frauenanteil an den abhängig Beschäftigten in den 45 Jahren zwischen 1970 und 2010 um fast 14 Prozent, ein Zuwachs, wie es ihn vorher nicht gegeben hat.

Tab. 6: Frauenanteil an den abhängig Beschäftigten (Erwerbstätige) in der BRD 1970 – 2015

Jahr	Erwerbstätige	Davon weibl.	Beamte, Angestellte und Arbeiter		darunter Frauen	
	in Tsd.	in %	In Tsd.	in %	In Tsd.	in %
Frühere BRD						
1970	25.951	36,6	21.395		7.425	34,7
1980	26.875	37,6	23.635		8.812	37,3
1990	29.334	40,1	26.176		10.633	40,6
BRD nach 1990						
1991	37.446	41,6	33.887		14.353	42,4
2000	36.604	43,5	32.638		14.669	44,9
2010	38.939	45,9	34.459		16.389	47,6
2012	37.694	46,3	33.167		15.951	48,1
2014	38.433	46,7	34.065		16.447	48,3
2015	38.797	46,8	34.476		16.684	48,4

Quelle: Eig. Ber. n. Stat. BA/Destatis 2017, Mikrozensus-Daten
(<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/link/tabelleErgebnis/12211-0006>)

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Erwerbstätigenquote der Frauen (Tab. 7; Bezug: gleichalterige Wohnbevölkerung). Sie erreichte Anfang der 1960er Jahre mit 47 Prozent gerade die Hälfte der Quote der Männer (über 90 Prozent). Sie ging in den 1960er Jahren leicht zurück und stieg dann seit den 1970er Jahren bis auf etwa 54 Prozent in der alten BRD (1990) an. Zwischen 2000 und 2015 nahm sie

³³ Der DDR-Anschluss bewirkt auf Grund der höheren Frauenerwerbstätigkeit in der DDR eine zusätzlichen „Sprung“ um 1,8 Prozent. Dies gilt auch für die Erwerbstätigenquote (vgl. Tab. 7, Sprung um 2 Prozent). In den folgenden Jahren hat die weitreichende Deindustrialisierung Ostdeutschlands jedoch eine gewisse Abschwächung des Zuwachses des Frauenanteils an den abhängig Beschäftigten zur Folge.

weiter um fast 13 Prozent zu. Die seit den 1970er Jahren im Gegensatz dazu deutlich rückläufige Erwerbstätigenquote der Männer fiel von annähernd 90 auf unter 80 Prozent 1990. Seit 2000 bewegt sie sich zwischen 73 und 78 Prozent.

Tab. 7: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht in der BRD und Deutschland 1960 – 2015 (in Prozent)

Frühere BRD						
	1960	1970	1980	1990		
Frauen	47,2	45,9	48,3	53,8		
Männer	90,3	87,7	82,5	78,5		
BRD nach 1990						
	1991	2000	2010	2012	2014	2015
Frauen	57,0	57,7	66,0	68,0	69,3	69,8
Männer	78,4	72,8	75,9	77,6	77,8	77,7

Quelle: Stat. BA. Bezug: Erwerbstätige in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Erwerbstätigenquote der Frauen in Ostdeutschland 1991, unmittelbar nach Anschluss der DDR, mit 66,7 Prozent gegenüber 54,6 Prozent im Westen weitaus größer war. Sie lag in der DDR in einer Größenordnung, die sie in der BRD nach 1990 erst 2010 erreichte. Die Ost-West-Differenz verminderte sich auf 2,7 Prozent 2010 bzw. etwa 1 Prozent 2015. (Stat. BA, Mikrozensus-Daten).

Die seit dem 19. Jahrhundert relativ stabile Differenz zwischen der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen hat sich mithin seit den 1970er Jahren stark vermindert. Der Frauenanteil an den abhängig Beschäftigten ist von etwas über einem Drittel auf annähernd die Hälfte gestiegen. Die Gender-Differenz bei der Erwerbstätigenquote, die 1970 fast 42 Prozent ausmachte, ging sukzessive auf etwa 25 Prozent 1990 (alte BRD) zurück und hat sich seitdem in jedem Jahrzehnt um etwa 5 Prozent weiter vermindert. 2015 betrug sie noch etwa 8 Prozent.

Beide Kennziffern verschleiern jedoch einen entscheidenden Aspekt. Die Zunahme der weiblichen Erwerbsbeteiligung erfolgte in hohem Maße nicht als Vollzeit-, sondern als Teilzeiterwerbstätigkeit (Tab. 8).

- In den 25 Jahren zwischen 1991 und 2015 wächst die Zahl der abhängig Erwerbstätigen um rd. 2 Mio. oder 6 Prozent. Einem Rückgang um rd. 910 Tsd. bei den Männern steht ein Zuwachs von annähernd 3 Mio. erwerbstätiger Frauen gegenüber.
- Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verdoppelt sich zwischen 1991 und 2015 von 4,7 auf 10,3 Mio.; der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen steigt von 14 auf fast 29 Prozent. In der gleichen Zeit geht die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um etwa 12 Prozent zurück.
- Der Zuwachs beträgt bei den teilzeitbeschäftigten Frauen etwa 4 Mio. Be-

schäftigte, bei den teilzeitbeschäftigten Männern 1,6 Mio. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung macht bei den Frauen 1991 ca. 30 Prozent aus und steigt bis 2015 auf 48 Prozent, also auf annähernd die Hälfte. Bei den Männern ist er 1991 mit 2 Prozent fast zu vernachlässigen und beträgt 2015 knapp 11 Prozent – fast 90 Prozent der Männer arbeiten also nach wie vor Vollzeit.

Tab. 8: Abhängig erwerbstätige Männer und Frauen nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung 1991-2015 (in Tsd. und Prozent)

	1991	2000	2010	2015
Abhängig Erwerbstätige in Tsd.	33.887	32.638	34.459	35.957
- davon Männer	19.534	17.696	18.070	18.624
- davon Frauen	14.352	14.669	16.389	17.333
Vollzeitbeschäftigte				
Vollzeitbeschäftigte insges. in Tsd.	29.151	26.160	25.263	25.655
- in % aller abh. Erwerbstätigen	86,0	80,2	73,2	71,3
Teilzeitbeschäftigte				
Teilzeitbeschäftigte insges. in Tsd.	4.736	6.478	9.196	10.302
- in % aller abh. Erwerbstätigen	14,0	19,8	26,7	28,7
Teilzeitbeschäftigte nach Geschlecht				
Teilzeitbesch. Männer in Tsd.	402	865	1.680	1.975
Teilzeitbesch. Frauen in Tsd.	4.334	5.613	7.516	8.327
Teilzeitbesch. Männer in % aller abh. erwerbst. Männer	2,1	4,8	9,3	10,6
Teilzeitbesch. Frauen in % aller abh. erwerbst. Frauen	30,2	38,3	45,9	48,0

Quelle: Destatis, Mikrozensus

Die Umrechnung auf Vollzeitäquivalente³⁴ für die Jahre 2005-2011 zeigt, dass sich die Differenz im verausgabten Arbeitsvolumen zwischen Frauen und Männern bei steigender weiblicher Erwerbstätigkeit kaum verändert hat.

Trendbruch

Diese Entwicklung wirft zwei Fragen auf. Warum stagnierte die Frauenerwerbsquote (unabhängig von der jeweiligen Berechnungsweise) so lange und warum steigt sie seit den 1970er Jahren?

Wenn man nach Ursachen in den inneren, widersprüchlichen und antagonistischen Interessenstrukturen und Triebkräften des Akkumulations- und Vergesellschaftungsprozesses sucht, so drängen sich m.E. folgende Argumente auf:

³⁴ D.h. die Zahl der auf Normalarbeitszeit umrechneten Beschäftigungsverhältnisse; vgl. Dominik Anef u.a., Statistische Messung des Arbeitseinsatzes, in: Wirtschaft und Statistik H.11/2011, S. 1058-1064.

1.) Offenbar stellte, solange in der Phase der kapitalistischen Industrialisierung und der extensiv erweiterten Reproduktion andere – innere und äußere – Quellen der Arbeitskräftemobilisierung für den Sektor kapitalistischer Erwerbs-/Lohnarbeit noch nicht erschöpft waren, die Quote von etwa einem Drittel des Potentials der weiblichen erwerbsfähigen Bevölkerung eine Grenze dar, die vor dem Hintergrund der festgefügt geschlechterspezifischen Arbeitsteilung (und sonstiger demographischer wie sozialer Verhältnisse) gebildet wird durch die Arbeitsanforderungen der privat organisierten, familialen Reproduktion: insbesondere Geburt und Betreuung der Kinder, alltägliche Regeneration der Lebenskraft und des Arbeitsvermögens beider Geschlechter. Diese familialen, für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses essentiellen Tätigkeiten absorbieren ein großes gesellschaftliches Arbeitsquantum, erbracht von Frauen außerhalb des Erwerbslebens, deren Arbeitskraft damit nur eingeschränkt auf dem Arbeitsmarkt verfügbar ist, die daher nicht oder nur zeitweilig (in bestimmten Lebensphasen) als Erwerbstätige in der Statistik auftauchen und dies zumeist nur in Bereichen mit geringeren Qualifikationsanforderungen. Die oben registrierten zeitweiligen Überschreitungen dieser Quote der Erwerbstätigkeit von etwa einem Drittel werden in gesellschaftlichen „Ausnahmesituationen“ (Aufrüstung, Krieg) erzwungen durch ökonomische und außerökonomische Gewalt (materielle Not und Förderung; Leitbildwechsel und Aufhebung ideologischer Schranken; Zwangsverpflichtungen).

Innere und äußere Quellen für die Rekrutierung zusätzlicher Lohnarbeit stellen in dieser langen Phase neben den Erwerbslosen in erster Linie die agrarische Bevölkerung, die „mithelfenden Familienangehörigen“, dar, außerdem der externe (exterritoriale) Zuzug von Arbeitskräften (von wandernden Saisonarbeitern bis zu „Gastarbeitern“, Abwerbung und Abwanderung aus der DDR bis 1961 usw.). Damit korrespondiert die sehr viel höhere Erwerbstätigkeitsquote der (zumeist jungen) ledigen Frauen gegenüber der der verheirateten, wobei die Quote letzterer durchgehend eine ansteigende Tendenz hat.³⁵ Eine weitere „innere“ Quelle sind Umschichtungen innerhalb des mobilisierten weiblichen Arbeitskräftepotentials zwischen den Wirtschaftsbereichen zugunsten der dynamischen Sektoren (auch hier: Abbau von Beschäftigung im Agrarsektor, Rückgang von persönlichen Diensten etc. zugunsten industriell-gewerblicher und „tertiärer“ Beschäftigungsfelder).

2.) Der Nachkriegskapitalismus bringt ein ganzes Bündel von Veränderungen, die nicht zuletzt die o.a. „demographischen und sonstigen sozialen Verhältnisse“ betreffen. Dazu nur Stichworte. Mit dem „fordistischen Konsumkapitalismus“ werden langlebige (Haushalts-)Konsumgüter („Elektrifizierung des Haushalts“) auch für Lohnabhängige verfügbar, die die familiäre Reproduktionsarbeit erleichtern und der Tendenz nach das für sie erforderliche gesellschaftliche Arbeitsquantum reduzieren. Zugleich werden damit starke Anreize

³⁵ Sh. Willms 1980, S. Tab. 11, S. 84 für 1882 bis 1939; IMSF 1974, S. 184-206, 223-228.

für zusätzliche Erwerbstätigkeit von Frauen gesetzt.³⁶ Der Arbeitskräftebedarf für die Ausweitung des Akkumulationsprozesses zwingt zur Suche nach neuen Arbeitskraftquellen. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ist nur eine Reaktion. Da mit zunehmenden Ausbildungszeiten das Erwerbstätigkeitspotential junger Frauen relativ zurückgeht, wächst die Bedeutung der zunehmenden Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen. Hier werden rechtliche Schranken beseitigt. Von Belang sind auch demographische Faktoren (Rückgang der Geburtenhäufigkeit seit den 1960er Jahren), die Auflösung von Familienstrukturen (Zunahme der Single-Haushalte). Mit den wachsenden Möglichkeiten wuchsen zugleich die antipatriarchalen Ansprüche der Frauen, was sich in kulturellen Veränderungen, dem Aufschwung der Frauenbewegung und Veränderungen in staatlicher Politik niederschlug.

Mit dem Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion in den Kernbereichen der Wirtschaft (Indikatoren sind ein deutlicher Anstieg der Kapitalintensität bei rückläufigem Arbeitsvolumen in Arbeitsstunden/a und steigendem BIP) in den 1960er/1970er Jahren, der Verknappung an Arbeitskräftressourcen (wachsende Schere zwischen offenen Stellen und Erwerbslosen) und zunehmendem Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften für die Produktions- wie Reproduktionssphäre (Bildungs- und Gesundheitswesen usw.)³⁷ steigen auch die Frauenerwerbsquote und die primär weibliche Teilzeitarbeit an (Tab. 7 und 8).

Dies ist zugleich die Umbruchphase zum Aufstieg des Neoliberalismus als Reaktion auf die sozialpolitischen Kräfteverhältnisse und die Krise 1974/75, verbunden mit einer massiven Aktivierung der Konkurrenz in der Gesellschaft und unter den abhängig Beschäftigten. Von einer Gleichstellung von Frauen und Männern kann nicht die Rede sein.³⁸ Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Frauen und Teilzeitbeschäftigten ist nach wie vor niedrig. Zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen bedeutet insofern keineswegs automatisch größere Kampfkraft; patriarchalische Familien- und Geschlechterbilder mögen angekratzt sein; nachhaltig erschüttert sind sie sicher noch nicht.

³⁶ Hauptmotiv für die Arbeitsaufnahme von verheirateten Frauen ist in der gesamten Geschichte des deutschen Kapitalismus das unzureichende Einkommen der erwerbstätigen Männer. „Unzureichend“ gemessen am jeweiligen historischen Niveau der Reproduktionskosten, dem „moralischen“ Element. Hier kann auf die lohntheoretische Fragestellung im Einzelnen nicht eingegangen werden („Familienlohn“), der für die Frage der Frauenerwerbstätigkeit jedoch große Bedeutung zukommt.

³⁷ Der z.B. mit einer Verdoppelung des Studierendenanteils an der gleichaltrigen Bevölkerung zwischen 1965 und 1980 bei stark überdurchschnittlicher prozentualer Zunahme der Studentinnen verbunden ist. Die geschlechterspezifische Arbeitsteilung setzt sich in dieser Umbruchphase mit der Konzentration des überproportionalen Zuwachses weiblicher Studierender auf die „typisch weiblichen Studienfächer“ fort. Vgl. Gesellschaftliche Daten 1982, S. 66f., 84f.

³⁸ Vgl. die Beiträge von U. Schumm-Garling, S. Lehndorff, M. Zander und A. Leisewitz in Z 100 (Dezember 2014) „1974-2014 – Epochenbruch“, S. 91ff., über Klassen-, Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse unter den neuen Konkurrenzbedingungen. U. Schumm-Garling in diesem Heft; Meyer (Hrg.), Arbeiten & Feminismus, S. 7ff., 95ff.

Werner Goldschmidt

Große Transformation und/oder Große Erzählung Varianten des ‚Postkapitalismus‘ – Literaturbericht, Teil IV*

Teil (IV) des Literaturberichts über „Varianten des Postkapitalismus“ befasst sich mit der kritischen Transformationsforschung, wie sie seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts vorwiegend – aber nicht ausschließlich – in Deutschland betrieben wird. Gegenstand sind vor allem Arbeiten die im oder am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden sind. Darüber hinaus werden Texte linker Autoren, die mit dem Institut zusammenarbeiten – darunter des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien e.V., Helle Panke e.V., WissenTransfer e.V. – hinzugezogen. Mit dieser Auswahl sind zugleich auch die Grenzen dieses Berichts benannt, denn: „Ein linkes strategisches Transformationskonzept kann nicht das Resultat der Arbeit eines Instituts oder einiger weniger linker Intellektueller sein. Es kann nur aus dem Zusammenwirken vieler linker Akteure, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und PraktikerInnen, nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer Länder und als Ergebnis offener, kulturvoller Diskurse entstehen.“ Klaus Steinitz (2015), 45.

Ergänzend und im Kontrast zur deutschen Debatte wird die internationale Diskussion hier nur cursorisch mit Hinweis auf Arbeiten zweier amerikanischer Autoren (Burawoy und Wright) berücksichtigt. Die von beiden vertretene Position eines „soziologischen Marxismus“ (Burawoy, Wright 2001), die auch von anderen prominenten amerikanischen und europäischen Autoren (etwa Hirst 1994, Cohen/Rogers 1995 und Bader 2001) seit Jahrzehnten mitentwickelt wurde, wäre auch hierzulande einer ausführlicheren Diskussion wert.

Ein Kapitel über „Realutopien“ sowie eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ansatz der Transformationstheoretiker folgt im abschließenden Teil dieser Übersicht, in Z 111 (September 2017).

„Ein Begriff durchwabert den Zeitgeist.
Er ist umkämpft wie die Realität,
die er abbildet: Transformation.“
Dieter Klein¹

„Diese Beiträge machen klar, wie weit wir noch entfernt
sind von einer erfolgreichen linken Politik doppelter
Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus.“
Michael Brie²

* Fortsetzung zu: „Eine Art ‚Commonismus‘“? Varianten des Postkapitalismus, Teil I, in: Z 107 (September 2016), 83-97; „Offener oder autonomer Marxismus“ – „Mit Marx über Marx hinaus“ – Zum Kommunismus 2.0? Varianten des Postkapitalismus, Teil II, in Z 108 (Dezember 2016), 129-144; „Autonome Marxisten“ – Anmerkungen zu Robert Kurz und Karl-Heinz Roth“, Varianten des Postkapitalismus, Teil III, in Z 109 (März 2017), 98-112.

¹ D. Klein (2014), 101.

Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?

„Vor Jahren noch ein Randthema, wird ‚Transformation‘ heute zu einem Leitgedanken gesellschaftlichen Wandels.“³ Allerdings fehlt es – nach Rolf Reißig – dem Begriff nach wie vor sowohl an wissenschaftlicher als auch an politisch-strategischer Präzision. „Zu einer ganzen Anzahl von Veröffentlichungen zu und Bezugnahmen auf Transformation ist kritisch anzumerken, dass sie es diesbezüglich bewusst oder mit sichtbarer Selbstgewissheit an Klarheit mangeln lassen.“⁴ Das liegt offenbar daran, dass der Begriff ‚Transformation‘ von links bis rechts so „umkämpft“ ist, „wie die Realität, die er abbildet.“⁵

Die erstaunliche Konjunktur des Begriffs der „Transformation“ in den Sozialwissenschaften wie schließlich auch im politischen Sprachgebrauch ist nicht zu verstehen ohne den spezifischen historischen Kontext des „Übergangs“ der Länder des „Staatssozialismus ... zu liberalen Demokratien und kapitalistischen Marktwirtschaften westlichen Typs“.⁶ Standen zuvor Begriffe wie „Modernisierung“, „System-“ der „Regimewechsel“ im Zentrum soziologischer oder politikwissenschaftlicher Theorien des „politischen“ oder „sozialen Wandels“, so änderte sich dies in den 1990er Jahren nahezu schlagartig. Nunmehr stand vor allem die „postkommunistische bzw. postsozialistische Systemtransformation“⁷ der dann über Jahre hinaus vielfach bloß noch als „Transformationsländer“ bezeichneten Staaten Osteuropas einschließlich Russlands im Vordergrund der politisch im doppelten Sinne des Wortes „interessierten“ Sozialwissenschaften. „Der Mainstream der Sozialwissenschaften begleitete den Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus in einer großen Welle der durch Drittmittel reichlich geförderten Transformationsforschung. ... Ulrich Beck brachte den Kern des herrschenden Transformationskonzepts auf den Punkt: ‚Marktwirtschaft und keine Widerworte!‘“⁸

Als besonders krasses Beispiel hierfür kann das „Lehrbuch“ von W. Merkel (2010) gelten: Dort heißt es: „Unter dem Begriff der Transformationsforschung fasse ich den grundlegenden Wechsel von politischen Regimen, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen. *Gegenstand des Buches* ist also der Übergang von einer politischen Ordnung zu einer grund-

² M. Brie (Hg.) (2015b), Vorwort.

³ R. Reißig (2008), 73.

⁴ M. Brie, R. Reißig, M. Thomas (Hg.) (2016), 3. Vgl. auch die Kritik in M. Thomas (2014).

⁵ D. Klein a.a.O. Außer der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) veranstaltet etwa auch die Konrad-Adenauer-Stiftung seit längerem „Transformationskonferenzen“; letztere etwa 2015 u.a. zur „Zukunft des Westens“, 2016 zur „Digitalen Revolution“, zur „Nachhaltigkeitswende“ u.a.; ähnlich die Bertelsmann-Stiftung, Burda-Stiftung. Vgl. auch H.-G. Soefner (Hg.), (2008); WBGU (2011). Das 42. Weltwirtschaftsforum in Davos stand 2012 unter dem Thema „The Great Transformation. Shaping New Models“. Vgl. M. Thomas, a.a.O., 281ff.

⁶ R. Reißig (2008), 73.

⁷ Vgl. dazu das entsprechende Stichwort in der deutschen Ausgabe von Wikipedia.

⁸ D. Klein (2010), 1, Spalte 2.

sätzlich anderen: *der Übergang von Diktaturen zu Demokratien, der Plan- und Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft sowie der Wandel von geschlossenen zu offenen Gesellschaften.*“ (Hervorh. WG) Das Buch enthält „empirische Analysen der Demokratisierungsprozesse in vier großen Weltregionen ...: Südeuropa, Lateinamerika, Ost- und Südostasien sowie Mittel- und Osteuropa.“ (15) Den ausschließlichen „Blickwinkel“ dieses Lehrbuchs bilden die Übergänge von „autoritären zu liberaldemokratischen politischen Systemen“ im 20. Jahrhundert. (Einleitung, 17) Am Ende stellt Merkel die Frage „Kehren die Diktaturen zurück?“ (487-499). Sein Fazit lautet: „*Es ist gegenwärtig keine ‚reversewave‘ zu erwarten, aber mindestens ebenso wenig eine vierte Demokratisierungswelle. Die meisten Länder werden mittelfristig ihren Regimecharakter kaum verändern.*“ (499, Hervorh. WG) Weder die postdemokratische (Colin Crouch) Regression der liberalen Regime noch demokratisch egalitäre, soziale und ökologische oder gar demokratisch-sozialistische Transformationen über die „liberaldemokratischen“ Regime hinaus – wie sie Gegenstand der linken Debatte sind – geraten dem Autor dieses Lehrbuchs in den „Blickwinkel“. Nicht einmal Polanyi wird erwähnt! Folgerichtig fehlt auch jeder Hinweis auf die ein Jahr zuvor im gleichen Verlag erschienene und inzwischen als Standardwerk der *kritischen* Transformationsforschung angesehene Arbeit von Rolf Reißig (2009). Ähnlich repräsentativ wie dieses „Lehrbuch“ ist das „Handbuch“ (R. Kollmorgen u.a. [Hg.], 2015); wegen der Vielzahl der Mitarbeiter und der ausführlichen Berücksichtigung historischer Vergleiche (305-440) ist es insgesamt wesentlich differenzierter. Dennoch fehlt auch hier jegliche Perspektive über die offenbar als Ende der Geschichte interpretierte Gegenwart der „liberal-demokratischen“ Regime hinaus.⁹

Dieter Klein lässt in seiner Kritik der „postsozialistischen Transformationen“ keinerlei nostalgischen Gefühle gegenüber dem untergegangenen Systemen der DDR und der anderen osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion aufkommen. „Der Staatssozialismus war an den Defiziten seiner Grundstrukturen gescheitert. Seine Überwindung war schon längst dringliches Gebot.“¹⁰ Dies dürfte aber keineswegs der Hauptgrund dafür sein, dass „Transformation“ inzwischen auch bei beachtlichen Teilen der Linken zu einem zentralen Begriff in der Diskussion um eine realistische Strategie zur Überwindung des Kapitalismus im 21. Jahrhundert geworden ist. Gut zwei Jahrzehnte nach dem Scheitern des „Realsozialismus“ – so Reißig, der einst den „Transformationsprozeß in Ostdeutschland“ kritisch begleitet hatte¹¹ – seien nun „die westlichen Gesellschaften selbst zu Objekten und Subjekten gesellschaftlicher Veränderungen, gesellschaftlicher Transformation geworden.“ Eine historische „Epoche des Übergangs“ deu-

⁹ Das berühmt-berüchtigte Buch von Francis Fukuyama (1992) wird zwar allseits wegen seiner zumeist missverstandenen Hauptthese kritisiert, zugleich aber in zahlreichen Untersuchungen dieser Art inhaltlich implizit vorausgesetzt.

¹⁰ D. Klein (2013), 53.

¹¹ R. Reißig (Hg.) (1993).

te sich weltweit und systemübergreifend¹² schon seit Jahrzehnten (seit den 1970er Jahren) an und sei jetzt (in den 2010er Jahren) in eine entscheidende Phase getreten.¹³ „In solchen gesellschaftlichen Umbruchs- und historischen Übergangszeiten gewinnen – wie die Geschichte zeigt – fundierte Analysen und theoretische Wandlungskonzepte ein besonderes Gewicht.“¹⁴

Dabei sind sowohl der Begriff wie insbesondere das Ziel und die Mittel der jeweils als notwendig angesehenen gesellschaftlichen Transformation(en) nicht nur zwischen konservativen und progressiven Kräften umstritten. Auch innerhalb der verschiedenen sozialen, politischen und kulturellen „Lager“ existieren zum Teil immense Differenzen. So wird beispielsweise von einigen Protagonisten eines „ökologischen Umbaus“ die sozial-politische Dimension der Krise eher unterschätzt und ihre Lösung mit vorwiegend technisch-organisatorischen Instrumenten angestrebt.¹⁵ „Dass Transformation vor allem aber ein gesellschaftlicher Wandlungsprozess ist, ein sozioökonomischer und soziokultureller Wandel, eine Transformation von unten und oben, ein Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, und grundlegende Eingriffe in das bestehende Akkumulations- und Regulationsregime erfordert, wird in vielen dieser aktuellen Debatten unterschätzt.“¹⁶ Daher sollten die sich als Linke begreifenden gesellschaftlichen Kräfte darum bemühen, wenigstens ein Mindestmaß an gemeinsamen Vorstellungen über Ziele und grundlegende, ggf. etappenweise zu lösenden Aufgaben einer integralen oder ‚organischen‘ Gesellschaftstransformation für das 21. Jahrhundert in offener und solidarischer Diskussion zu erarbeiten. Nur unter dieser Voraussetzung gewänne die Vorstellung einer handlungsfähigen Mosaik-Linken ihren praktischen Sinn.¹⁷ Hieran mitzuarbeiten gehört erklärtermaßen zu den Zielen der hier behandelten Autoren.

¹² „Die Transformation im Osten, der Untergang der sozialistischen Gesellschaft sowjetischen Typs, ist eben nicht das Ende, sondern lediglich der Auftakt einer neuen, umfassenderen Transformation; im Osten und gerade auch in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften.“ R. Reißig (2012a), 4.

¹³ Zur Problematik des „Epochenbruchs“ vgl. D. Boris (2014). E. Altwater hat für den historisch grundlegenden Charakter der Zäsur 1973ff („Erdbeben“ nach Hobsbawm) folgende bemerkenswerte Hypothese vorgelegt: „Die 1970er Jahre waren ein *Knotenpunkt der Entwicklung, der Koinzidenz langfristiger Tendenzen, ökonomischer Akkumulationszyklen und kurzfristiger Ereignisse*. In der Interpretation der vielschichtigen Geschichte begegnet uns der seit Karl Marx bekannte, aber häufig verkannte ‚Doppelcharakter‘ der Ware und der Arbeit, die Gleichzeitigkeit von Wert und Gebrauchswert, von Naturalform und Wertform, von konkreter und abstrakter Arbeit. Denn *die langfristig wirkenden Naturbedingungen sind in der Geschichte ebenso präsent und für die Zukunft relevant wie die Akkumulationszyklen von Wert, Geld und Kapital mit mittlerer Reichweite* und die kurzfristigen Ereignisse. Doch diese Schichten bilden in der kapitalistischen Gesellschaftsformation eine Einheit. Es gibt nur eine Geschichte, ebenso wie der Doppelcharakter die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsformation insgesamt, also als Einheit determiniert.“ E. Altwater (2014), 22 (Hervorh. WG).

¹⁴ R. Reißig (Hg.) (1993), a.a.O.

¹⁵ Vgl. etwa Green New Deal Group (2008); dagegen: Institut Solidarische Moderne(2011); E. Altwater (2007).

¹⁶ R. Reißig (2014), 55.

¹⁷ Vgl. H.-J. Urban (2009)

I. Große Transformation

Anmerkungen zum Begriff „Transformation“

„Bisher ist ‚Transformation‘ für die Linke aber noch kein entwickeltes strategisches Konzept. Auch fehlen wesentliche theoretische Grundlagen, ... Noch ist die Verwendung des Terminus Transformation eher eine Absage an orthodoxe sozialdemokratische wie kommunistische Orientierung auf Reform bzw. Revolution als ein eigenständiger wirkungsvoller Ansatz.“
M. Brie (2015c), 12.

Die kritischen Transformationstheoretiker beziehen sich zumeist positiv auf die Bedeutung von gesellschaftlicher Transformation, wie sie von Karl Polanyi (1978) in seiner historischen Darstellung der Herausbildung und des schließlichen Scheiterns dessen beschrieben wurde, was er „Marktgesellschaft“ – und nur ganz gelegentlich auch „Kapitalismus“ – nannte. Das Ende der liberalen „Marktgesellschaft“ war für ihn freilich schon mit dem politischen Interventionismus während der sozial-ökonomischen und politischen Krisen der 1930er Jahre mit Faschismus und Krieg gekommen. „Aus den Ruinen der alten Welt erheben sich bereits die Ecksteine einer neuen ...“ auf individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit beruhenden sozialistischen Gesellschaft.¹⁸ Polanyi kommt bei seiner am Ende zwar hoffnungsvollen, aber – wie sich zeigen sollte – allzu optimistischen Darstellung des Aufstiegs und Niedergangs der „Markgesellschaft“ mit einem äußerst sparsamen und letztlich unzureichenden theoretischen Instrumentarium aus.¹⁹ Selbst eine genauere Bestimmung des Begriffs der „Transformation“ wird man bei ihm vergeblich suchen. Etwas großzügig formuliert Dieter Klein: „Karl Polanyi bezeichnet als Große Transformation den langen Übergang von vorkapitalistischen Gesellschaften zum Kapitalismus.“²⁰

Als theoretisches Referenzwerk wird daher von der kritischen Transformationsforschung im Allgemeinen die Arbeit von Rolf Reißig (2009) angesehen. Dort (wie auch ders., 2008) finden sich u.a. auch ausführliche begriffliche Auseinandersetzungen mit der o. g. soziologischen und politikwissenschaftlichen Mainstream-Literatur. „Der Begriff ‚Transformation‘ erfüllt nur dann seinen Sinn, wenn er als Synonym für Umformung, Übergänge zu einem neuen Entwicklungspfad, als Wandel von Ordnungs- und Gesellschaftsmodellen, gesellschaftlichen respektive sozialen Formationen – ‚Trans‘ und ‚Formation‘ als die beiden Metaphern der Kategorie ‚Transformation‘ – gedacht wird. Transformation als Umformung, Übergang und Wechsel bezieht sich sowohl auf den politischen, den wirtschaftlichen als auch den sozialen und kulturellen

¹⁸ K. Polanyi (1978), 334; zu Polanyis Sozialismus vgl. M. Brie (2015a), 9, 31-39 u.a.

¹⁹ „Marktgesellschaft“, „Entbettung“, „Kommodifizierung“, „Gegenbewegung/Doppelbewegung“ u. a.

²⁰ D. Klein (2014), 101.

Bereich. Der Transformations-Begriff reflektiert damit einen eigenen, spezifischen Typ sozialen Wandels. Im Unterschied zum allgemeinen Begriff des sozialen Wandels beschreibt der Begriff ‚Transformation‘ nicht nur Wandel im (Ordnungs-) System, sondern Wandel des (Ordnungs-) Systems – sowohl was Ursachen, Triebkräfte als auch gesellschaftliche Konsequenzen betrifft. Im Unterschied zum Begriff ‚Revolution‘, der eher einen abrupten, gewaltsamen, vorbestimmten Durch- und Umbruch zu einer höheren Ordnung kennzeichnet, reflektiert der Begriff ‚Transformation‘ mehr die Ereignisgeschichte, die Entstehung des ‚Neuen‘ im ‚Alten‘, die Kontingenz, die Offenheit des Prozesses, unterschiedliche Übergangsformen und den Verzicht auf mystische Fixierung und Heilserwartungen. Der Begriff ‚Transformation‘ unterscheidet sich auch von dem der ‚Evolution‘, der gesellschaftlichen Wandel nicht so sehr mit einem Gestaltungswillen verbindet und stärker die Selbsttransformation des betrachteten Systems reflektiert (...) Und ‚Transformation‘ ist auch von ‚Transition‘ zu unterscheiden. Von Transition sprechen wir, wenn es um einen Wechsel politisch-institutioneller Ordnungen bzw. Regime geht, der als gesteuerter Prozess handelnder Akteure verläuft. ...²¹

„Die Frage nach dem Begriff von Transformation und seine jeweils unterschiedliche inhaltliche Qualifizierung hat nicht nur weitreichende theoretische, sondern auch praktisch-politische Konsequenzen. Transformation in dem hier zu Grunde liegenden Verständnis wird als Wandlungsprozess interpretiert, der an den heutigen Prozessen, Konflikten, evolutionären Trends anknüpft, diese aber in Richtung qualitative Verschiebungen des gesellschaftlichen Reproduktionsmusters voranbringt (...). Es unterscheidet sich zugleich von einem Konzept, das primär auf Krise, Massenunruhen, Aufstände und radikale Brüche orientiert. Das hier entwickelte Transformationsmodell setzt hingegen auf grundlegende Veränderungen in der Logik des gesellschaftlichen Wandels bürgerlich kapitalistische Gesellschaften, auf neue und zukunftsfähige Entwicklungsweisen, die sowohl Konstanz als auch Ereignishaftigkeit, Kontingenz und Brüche einschließen. Die Betonung der Offenheit evolutionärer Wandlungen beinhaltet zugleich die Akzeptanz der Möglichkeit und Notwendigkeit der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse.“²²

Reißigs Verdienst für die Debatte der Linken besteht neben diesen begrifflichen Differenzierungsversuchen aber vor allem darin, dass er erstmals mit Nachdruck die Notwendigkeit einer „Zweiten Großen Transformation“ im 21. Jhd. betont hat.²³ Allerdings bleiben bei Reißig die Strukturen der zukünfti-

²¹ R. Reißig (2008), 75.

²² A.a.O., 76.

²³ M. Brie (2015a ,76) glaubt dagegen, schon bei Polanyi die Ansätze zu einer neuen Großen Transformation entdeckt zu haben. Dabei gerät er aber in die Verlegenheit, die von Polanyi analysierten zeitgenössischen alternativen Szenarien zur liberalen Marktgesellschaft: Faschismus, New Deal und sowjetischen Sozialismus als Indizien für den Beginn einer solchen Transformation zu sehen, deren eigentliches Ziel jedoch eine demokratische Gesellschaft sei, die die Selbstregulierung des Marktes durch De-Kommodifizierung (Aufhebung des angeblich ohnehin bloß ‚fiktiven‘ Waren-

gen Gesellschaftsformation weitgehend im Unklaren. Selbst den Begriff des Sozialismus sucht er eher zu vermeiden. Entsprechend vage bleiben daher auch seine strategischen Überlegungen zu einem „neuen, sozial-ökologischen und solidarischen Entwicklungspfad“.²⁴

In dieser Hinsicht hat dann vor allem Dieter Klein mit dem Konzept einer „doppelten Transformation“²⁵ die Idee und die Forderung nach einer „Zweiten Großen Transformation“ in politisch-strategischer Hinsicht erweitert und konkretisiert. Nach Klein wird „die alles umstürzende Revolution in Europa in absehbarer Zeit mit größter Wahrscheinlichkeit nicht stattfinden“. Zugleich hätten sich „gemäßigte Reformen“ nach hergebrachtem sozialdemokratischen Muster offenkundig als unzureichend erwiesen, die zu großen Teilen verheerenden sozialen und ökologischen Folgen des neoliberal entfesselten Kapitalismus zu verhindern oder auch nur abzumildern. „Wenn weder Reform noch Revolution für sich genommen eine bessere Gesellschaft versprechen, ist die Überwindung ihrer jeweiligen Grenzen und Schwächen und ein ‚Aufheben‘ ihrer Stärken in einem dritten herangereift, eben in einer doppelten Transformation“, die einer linken radikalen Realpolitik eine „zeitgemäße theoretische Grundlage“ biete. Ein solches Konzept ziele darauf ab, „Reformprozesse mit tieferen Brüchen, mit revolutionären Zügen also, zu verknüpfen.“ Das etappenweise – über „*kleine Transformationen*“ im Rahmen des Kapitalismus – schließlich über ihn hinaus zu realisierende Ziel der Zweiten Großen Transformation sei ein „demokratischer Sozialismus als eine von Grund auf demokratisch erneuerte, solidarische, gerechte, dem Erhalt der Biosphäre verpflichtete Friedensgesellschaft ...“²⁶

Die Linke und der Marxismus in der Großen Transformation?

Der Terminus ‚Transformation‘ kommt als analytischer oder strategischer Begriff in der klassischen marxistischen Literatur nicht vor, weder bei Marx und Engels, noch bei Lenin²⁷, Kautsky oder Luxemburg, die zumeist – gelegentlich

charakters) der Arbeit, des Bodens (Natur) und des Geldes überwinde. (Vgl. auch a.a.O., 74, 79-81). Eine marxistische Kritik dieser und anderer Vorstellungen Polanyis steht – trotz einiger Bemerkungen bei Burawoy (2015) und Porcaro (2015) – noch immer aus.

²⁴ Als normatives Leitbild schlägt Reißig eine „nachhaltige ‚Solidargesellschaft‘ oder auch ‚solidarische Teilhabergesellschaft‘ vor, eine Idee, die „Brücken zwischen den verschiedenen, vielgestaltigen Transformationsakteuren“ schlagen könne. R. Reißig (2012a), 25.

²⁵ D. Klein (2014).

²⁶ A.a.O., 103, 104, 106, 107. Vgl. zum Verhältnis von Reform, Revolution und Transformation a.a.O., 120f. Ausdrücklich verweist Klein dabei auch auf die von Jörg Huffschnid und Heinz Jung (1988) vorgeschlagene Konzeption einer antikapitalistischen „Reformalternative“, die als ersten Schritt so etwas wie eine „kleine Transformation“ noch im Rahmen des Kapitalismus vorgesehen habe. Zur „kleinen Transformation“ im Kapitalismus vgl. a.a.O. 13, 22. Zum Verhältnis von „Reformalternative“ und Transformation vgl. Helle Panke (2011).

²⁷ Lenin spricht in historischer Perspektive gelegentlich von einer notwendigen „Übergangsperiode“. „Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, dass zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muss.“ (LW 30, 91)

alternativ, häufig dialektisch aufeinander bezogen – von „Reform“ und/oder „Revolution“ sprechen.²⁸ Auch in der „nachklassischen“ Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkriegs konnte sich „Transformation“ in der linken Debatte nicht durchsetzen, schon gar nicht im Marxismus-Leninismus der Stalin-Ära und des nachfolgenden „Realsozialismus“; aber auch nicht im Rahmen von sozialistischen, sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften oder anderen sozialen, häufig kapitalismuskritischen, emanzipatorischen Bewegungen. In den 1960er/70er Jahren wurde von den zuletzt genannten Gruppierungen – in der BRD etwa den Jungsozialisten, in Italien dem PCI und den beiden großen Gewerkschaftsverbänden – stattdessen von „antikapitalistischen“ oder „systemüberwindenden Strukturreformen“ als Voraussetzungen des Übergangs zu einem demokratischen Sozialismus gesprochen.²⁹

Von daher ergibt sich die Frage, welches die Gründe für einen möglicherweise bloß terminologischen oder aber doch theoretisch und praktisch substantiellen Analyse- und Strategiewechsel innerhalb großer Teile der Linken sind. Eine Antwort darauf versuchen die amerikanischen Soziologen Michael Burawoy (2003, 2015) und Erik Olin Wright (Burawoy, Wright 2001, Wright 2015, Wright 2017).

„Für Viele bedeutete der Untergang des realen oder des bloß eingebildeten Sozialismus zugleich den Tod des Marxismus. Dennoch bietet der Marxismus auch weiterhin sowohl die umfassendste Kritik des Kapitalismus als auch den überzeugendsten Wegweiser zu möglichen Alternativen. Tatsächlich garantiert die Langlebigkeit des Kapitalismus zugleich die Langlebigkeit des Marxismus. Aber Überlebensfähigkeit impliziert zugleich Rekonstruktion. So wie der Kapitalismus sich rekonstruiert, so muss es auch der Marxismus.“ Bei dieser „Rekonstruktion“ des Marxismus (reconstruction, rebuild = Transformation?) spielten – nach Burawoy – Gramsci und Polanyi in unterschiedlichen sozialen und politischen Konstellationen jeweils eine theoretische Schlüsselrolle.³⁰

Ähnlich verwendet Bucharin den Begriff der „Übergangsperiode“ (in der dt. Übersetzung von 1920 (!): „Transformationsperiode“. Vgl. N. Bucharin (1970).

²⁸ Eine Ausnahme bildet allenfalls Gramsci, dessen Terminus „Transformismus“ allerdings nicht als allgemeines Konzept des gesellschaftlichen Wandels oder Umbruchs gedacht war, sondern sich kritisch auf die historisch bestimmte Form einer „passiven Revolution“ im italienischen Risorgimento bezieht. Vgl. A. Gramsci (1991ff.), Bd. 5, 966f. Zum Verhältnis von „passiver Revolution“ und „sozialistischer Transformation“ vgl. M. Candeias (o.J.) Wenn bei Gramsci auch der Begriff fehlt, so war ihm die Problematik der Transformation durchaus bewusst. Vgl. dazu W. Baier (2010).

²⁹ Vgl. zur Konzeption A. Gorz (1967). Ähnlich L. Basso (1967), ders. (1969). Die strukturelle Ähnlichkeit zum strategischen Konzept „doppelter Transformation“ Dieter Kleins liegt allerdings auf der Hand.

³⁰ M. Burawoy (2003), 193f. [Übers.-WG, orig. engl.]: „For many, the death of socialism, both in reality and in the imagination, has spelled the final death of Marxism. Nonetheless, Marxism continues to offer the most comprehensive critique of capitalism as well as a compelling guide to feasible alternatives. Indeed, the longevity of capitalism guarantees the longevity of Marxism. But longevity also implies reconstruction. As capitalism rebuilds itself so must Marxism“. Vgl. auch Burawoy (2015): Gramsci beim Übergang vom ‚sojjetischen‘ zum ‚westlichen‘, Polanyi beim Übergang zum ‚soziologischen‘ Marxismus. Vgl. dazu Fn 39; vgl. auch W. Baier (2010).

Obwohl Polanyis Hauptwerk „The Great Transformation“ bereits 1944 in New York erschienen war, blieb es jahrzehntelang vom ökonomischen Mainstream ebenso wenig beachtet wie von der kritischen Sozialwissenschaft oder der linken Politik. Wengleich es unter dem Eindruck der großen Weltwirtschaftskrise und dem Aufstieg des Faschismus in Europa geschrieben war und deren Ursachen zum Hauptgegenstand hatte, galt es den Zeitgenossen doch eher als ein Werk der Wirtschafts-Geschichte oder -Anthropologie als der theoretischen Ökonomie, Soziologie oder Politikwissenschaft.³¹ Erst während der neoliberalen Wende zum – begrifflich etwas hilflos so genannten – „Postfordismus“ seit dem Ende der 1970er Jahre, stieß Polanyis Kritik des marktliberalen Wirtschaftssystems³² in den Sozialwissenschaften auf wachsende Resonanz, ohne dass freilich dessen eigentlich sozialistische Intention begriffen worden wäre.³³ Polanyis Verdienst um eine linke Transformationstheorie besteht vor allem darin, dass er sich sowohl gegen die marktwirtschaftliche als auch gegen die staatszentrierte Regulation/Ordnung wendet und stattdessen die „Wiedereinbettung“ (reembedding, reintegration) von Wirtschaft (Markt) und Politik (Demokratie) in die (Zivil)Gesellschaft fordert; hierin liegt die eigentliche Substanz seines anti-etatistischen, „assoziativen“ Sozialismusverständnisses, das seit den 1990er Jahren vor allem die angelsächsische Transformationsdiskussion beeinflusst hat.³⁴

Die wachsende Popularität Polanyis innerhalb progressiver Kreise, auch der gesellschaftlichen und politischen Linken in Deutschland, beruhte nicht zuletzt darauf, dass die traditionelle linke, insbesondere die marxistische „Kritik der politischen Ökonomie“ – in ihren verschiedenen Varianten³⁵ – angesichts der „Wende“ zur neoliberalen Deregulierung, Privatisierung und rasanten Globalisierung des Kapitalismus wenig überzeugend wirkte und zugleich politisch immer perspektivloser wurde. Dies lag auch daran, dass deren – häufig ökonomistisch verkürzte – Kritik den eigentümlichen kulturellen Aspekt dieser kleinen Transformation in-

³¹ Vgl. S. C. Humphreys, Einleitung: Geschichte, Volkswirtschaft und Anthropologie: das Werk Karl Polanyis, in: K. Polanyi, Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1979, 7-59.

³² M. Burawoy (2015, 149, 151) bemerkt dazu allerdings kritisch: „Polanyi kam zu dem Ergebnis, die Folgen des Marktfundamentalismus seien derart gravierend, dass die Menschheit niemals mehr damit experimentieren würde. Er sollte sich irren – der Marktfundamentalismus traf unseren Planeten in den 1970er Jahren erneut, bedrohte die menschliche Existenz und vernichtete Gemeinschaften. Die Ursache für Polanyis verfehlten Optimismus besteht darin, dass er die Logik des Kapitalismus nicht wirklich ernst nimmt. ... Da wir wissen, dass sich Polanyi in Bezug auf die Zukunft irrte, wird auch die Darstellung der Vergangenheit fragwürdig.“

³³ Nach M. Brie (2015a, 33) ist Polanyi „zugleich einer der heute am meisten gelesenen und am meisten missverstandenen sozialwissenschaftlichen Denker des 20. Jahrhunderts. Auf sein Werk einzugehen, ohne die treibenden sozialistischen wie antifaschistischen Intentionen des Autors theoretisch ernst zu nehmen, verfehlt seine eigentliche Fragestellung und nimmt seine Darstellung als eine bloße Erzählung über die Geschichte Englands und Westeuropas des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.“

³⁴ Neben Burawoy und Wright sind hier vor allem die „Assoziationstheoretiker“ Hirst, Cohen/Rogers, Bader u.a. zu nennen. Vgl. hierzu auch weiter unten (in Z 111) Kap. IV, Kritik.

³⁵ Vgl. zur Übersicht: I. Elbe (2010) bis zur „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, von der verschiedene (Unter) Varianten existierten. Vgl. zur vorsichtigen Selbstkritik: J. Huffschild (1995b).

nerhalb des Kapitalismus³⁶ weitgehend vernachlässigt hatte.³⁷ Hinzu kam die theoretisch wie praktisch mangelhafte Sensibilität gegenüber den immer drängender werdenden „globalen Problemen“ der Ökologie, der Atomkraft, von Hunger und Unterentwicklung, der Frauenbewegung, des Rassismus usw., die zwar verbal anerkannt, aber innerhalb der traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung keine nennenswerte politisch-praktische Resonanz fanden³⁸ und schließlich den damals überraschenden Erfolg der „neuen sozialen Bewegungen“ zur Folge hatte.

Diese ökonomischen, sozialen und politischen Momente weisen in ihrer Gesamtheit einerseits die Merkmale einer umfassenden oder „organischen“ Krise der globalen kapitalistischen Gesellschaftsformation auf, zugleich aber begründen sie nach Burawoy und Wright auch die Notwendigkeit einer *Transformation des Marxismus* selbst, hin zu dem, was sie „soziologischen“ oder „globalen Marxismus“ nennen³⁹, der die vielfältigen und neuartigen Erfahrungen und Probleme reflektiert, die durch Globalisierung, Finanzialisierung und Digitalisierung entfesselten kapitalistischen Produktions-, Konsumtions- und Verteilungsweise entstanden sind.

Zur Konstitution eines Subjekts der Transformation

Die für ein strategisches Konzept der gesellschaftlichen *Transformation über den Kapitalismus hinaus* entscheidende Frage ist zunächst die nach dem möglichen *Subjekt* oder, um es in der Sprache eines „soziologischen Marxismus“ zu formulieren, nach den *Akteuren* dieser Transformation. Für die Transformationstheoretiker kann diese Frage schon seit Jahrzehnten nicht mehr mit dem Hinweis auf die Arbeiterklasse als vermeintlich einzigem „Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums“ in der materiellen Produktion, ggf. im Bündnis mit anderen Klassen oder Schichten der „arbeitenden Bevölkerung“ (Bauern, Kleinbürger etc.) beantwortet werden.⁴⁰ Stattdessen steht für sie außer Frage, dass die „Zweite

³⁶ D. Klein (2013, 13).

³⁷ Als Beispiel für die kulturelle „Identitäts- und Orientierungskrise“, die das neoliberale Freiheitsversprechen innerhalb der Sozialwissenschaften und – nach dem Scheitern des „Realsozialismus“ – auch innerhalb von Teilen der damaligen Linken hervorgebracht hat, kann das Werk der SoziologInnen L. Boltanski, È. Chiapello (2003) gelten. Ähnlich wie Foucault analysieren die AutorInnen den „neuen Geist des Kapitalismus“ anhand der Selbsteutungen seiner neoliberalen Agenten (Managementliteratur etc.), wie darin die von ihnen – im Unterschied zur angeblich überholten „Sozialkritik“ – so genannte „Künstlerkritik“ (Kritik an der entfremdeten Arbeit – man denke an die sozialen Experimente in manchen Betrieben der 1970er Jahre) aufgenommen wurde, um sie einerseits als „Befreiung der Arbeit“ (Individualisierung, Autonomie, Kreativität etc.) zu feiern und gleichzeitig als probates Mittel zur Steigerung der Produktivität einzusetzen. Vgl. dazu kritisch etwa C. Kaindl (Hg.) (2007).

³⁸ Vgl. H. Lange (1983).

³⁹ Nach Burawoy (2015, 145-164) hat sich der Marxismus in „drei Wellen“, vom „klassischen“ über die weltregionalen Formen „sowjetischer“, „westlicher“ und „Dritte Welt Marxismus“ spätesten zu Beginn des 21. Jh. zu einem „globalen“, d.i. „soziologischen Marxismus“ entwickelt, der zwar die nationalen und weltregionalen Besonderheiten weiterhin anerkennt, „aber auch die drängenden Erfahrungen umfasst, die, wenn auch unter ungleichen Voraussetzungen, überall auf der Welt geteilt werden“. (163)

⁴⁰ „Die in der marxistischen Theorie als Träger und Hauptakteur einer sozialistischen Transform-

Große Transformation im 21. Jahrhundert“ nur noch als das gemeinsame Werk eines breiten Bündnisses gleichberechtigter, ökonomisch, politisch und kulturell definierter sozialer Gruppen und Bewegungen begriffen werden kann.

Der dem Operaismus⁴¹ nahestehende italienische Aktivist Mimmo Porcaro (2015) hat darauf hingewiesen, dass dem Projekt eines solchen Bündnisses bisher jedoch eine präzisere theoretische Begründung fehlt. Er versucht, die klassische marxistische Sicht von der privilegierten Rolle der Arbeiterklasse in der sozialen Revolution mit den Entwicklungen und Erfahrungen des Kapitalismus im Laufe des 20. Jahrhunderts zu vermitteln, indem er die Gesamtheit der Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch den globalisierten Kapitalismus in unterschiedlichen Formen und Ausmaßen ausgebeutet werden, als eine zahlenmäßig große, in Teilen der Welt noch immer wachsende Masse von Menschen begreift, die ein objektives Interesse und vielfach auch ein subjektives Bedürfnis nach Überwindung der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse hat. Der globale „Gesamtarbeiter“ stelle daher noch immer eine bedeutende, wenngleich nicht länger geschichtsphilosophisch oder politisch privilegierte Fraktion der teils spontanen, teils organisierten internationalen antikapitalistischen Bewegungen dar.

Es genüge andererseits aber auch nicht, alle oppositionellen, kapitalismuskritischen Gruppen mit ihren sehr unterschiedlichen Erfahrungen, Motiven und Zielvorstellungen durch bloße Addition ihrer divergierenden Kräfte voluntaristisch zusammenzufassen. Zur Konstitution eines realen Subjekts der Transformation bedürften die verschiedenen Fraktionen des globalen Gesamtarbeiters, wie die unterschiedlichen sozialen und politischen Bewegungen nicht nur eines *gemeinsamen Gegners*, sondern auch eines in ihren je spezifischen Kampferfahrungen und in Diskussionen untereinander, d.h. als Resultat eines komplexen Lern- und Verständigungsprozesses sich herausbildenden *gemeinsamen Ziels*. „Wird das populäre Bündnis auf diese Weise definiert, dann ist es weder eine ‚reine‘ Klassenfront noch ein populistisches Bündnis. Im Unterschied zu letzterem verteidigt es nicht einen Teil des Volkes gegen einen anderen, es verherrlicht nicht die spontanen Qualitäten des Volkes, sondern regt es zur Selbsttransformation und Selbstbildung an. Es vertraut sich nicht einem Führer an, sondern entwickelt autonome Institutionen und strukturierte Parteien. Und es kämpft nicht nur gegen einige Sektoren des Kapitalismus (die ‚Spekulanten‘, die ‚Parasiten‘), sondern gegen das Ganze der kapitalistischen Ordnung.“⁴²

Bei dem Problem der Konstitution dieses historisch neuen „multiplen“ Subjekts spielen in den strategischen Überlegungen der Transformationstheoretiker zwei Momente eine wesentliche Rolle: „Große Erzählungen“ (II) und „Reale Utopien“ (III).

mation angesehene Kraft – die Arbeiterklasse – hat diese Funktion nicht erfüllen können.“ K. Steinitz (2017), 22.

⁴¹ Vgl. dazu Teil II dieses Berichts in Z. 108.

⁴² M. Porcaro (2015), 88.

II. Große Erzählungen

„Ohne Erzählung ist jeder Kampf verloren.“
Demonstrationsplakat, Bologna⁴³

„... viele Böse, einige Gute. Wieder erzählt
die Autorin also eine großartige Story.
Solche Stories werden gebraucht.“
Michael Brie⁴⁴

„Eine neue Erzählung der Linken handelt von
der Menschheit am Rande des Abgrunds.“
Dieter Klein⁴⁵

„Ein alternatives Gesellschaftsprojekt setzt zwar theoretische Grundlagen voraus und muss dies auch sichtbar machen. Aber von diesem Projekt ist auf solche Weise zu erzählen, dass es die Herzen der Adressaten erreicht. Eine bloße Theorie ist kaum als Herzensangelegenheit zu bezeichnen. Eine politische Erzählung könnte als Balanceakt zwischen theoretischem Gesellschaftsentwurf und Angebot an die Gefühlswelt von Akteurinnen betrachtet werden. Eine neue große Erzählung der Linken wird gleichermaßen theoretischem Anspruch wie dem Anschluss an die innere Welt der Menschen gerecht werden müssen.“⁴⁶

Dieter Klein kennt seinen Lyotard (1986), der vor der Faszination der zentralen Idee, die jeder großen Erzählung über Gesellschaften ihre hegemoniale Kraft verdanke, gewarnt hatte, weil er die Gefahr einer Überhöhung dieser Idee zu einem absoluten und alleingültigen Erklärungs- und Orientierungsprinzip gesellschaftlicher Entwicklung für unausweichlich hielt. „Die Frage ist, ob die Linke, ohne in den Ideenabsolutismus des Staatssozialismus und des Marktradikalismus zu verfallen, eine neue Erzählung hervorbringen kann, deren zentrale Idee emanzipatorisch, hegemoniefähig und toleranzstiftend zugleich ist.“⁴⁷ Klein hatte dabei aber vergessen, dass Lyotard nicht nur vor der Absolutheit oder dem „Terror“ der großen Ideen, seien sie spekulativ (Hegel) oder emanzipatorisch (Kant, Marx), gewarnt hatte, sondern zugleich beide (!) als bloße (!) Erzählung – oder als „Sprachspiel“ (Wittgenstein) – ohne universalisierbare Wahrheitslegitimation „dekonstruiert“ zu haben glaubte; mit der Folge des „anything goes“ (Feyerabend) – wonach schließlich auch wissenschaftliche Theorien nichts anderes als mehr oder minder systematisch oder empirisch verbrämte Narrative sind.⁴⁸

Das Risiko intellektueller und moralischer Beliebigkeit, das mit jeder Erzählung, die sich – und das ist das *Gattungsmerkmal* – vorrangig an das „Herz“ oder die

⁴³ Klein (2012, 119) zitiert das „Book Shield“ eines Demonstranten der Gruppe Wu-Ming aus Bologna.

⁴⁴ Gemeint ist Naomi Klein. M. Brie (2015c, 243)

⁴⁵ D. Klein, a.a.O., 131, Sp. 1.

⁴⁶ D. Klein, a.a.O.

⁴⁷ A.a.O.

⁴⁸ Vgl. J.-F. Lyotard (1986).

„Gefühlswelt“ der Adressaten wendet, einhergeht, ist, dass dabei in letzter Instanz nicht die theoretische Substanz (Wahrheit, Gültigkeit), sondern das *rhetorische Gelingen*, in unserem Fall also die Mobilisierbarkeit der Adressaten – nach Klein die Gesamtheit der unteren und mittleren Gesellschaftsschichten, incl. des „aufgeklärte(n), sozial denkende(n) Bürgertum(s)“ – entscheidend ist.⁴⁹ Die Erinnerung an dieses Risiko erscheint in einer Zeit, in der politisch „rechte Erzählungen“ unerwarteten Widerhall finden, umso notwendiger, als die historischen Erfahrungen warnen sollten! Nach dem faschistischen Marsch auf Rom (1922) bemerkte Carl Schmitt, nicht ohne Genugtuung, *der irrationale Mythos der faschistischen Rechten habe sich gegenüber dem rationalen der marxistischen Linken als stärker erwiesen*.⁵⁰ Ein Faktum, das sich nicht nur ein Jahrzehnt später in Deutschland wiederholte, sondern auch heute wieder – trotz (oder gar wegen?) der „organischen Krise“ des neoliberalen Kapitalismus – die Frage hervorruft „*warum sind die Rechten erfolgreicher als die Linken?*“⁵¹

Ernst Bloch war in den 1930er Jahren der erste, der sich angesichts des siegreichen Faschismus diese Frage aus der Perspektive eines *authentischen* Marxverständnisses gestellt hat.⁵² Im Unterschied zum nationalen oder rassistischen *Mythos* des Faschismus, dessen Massenwirkung sich vor allem aus den verzweifelten Distinktionsbedürfnissen des in der Wirtschaftskrise verarmten und von Abstiegsängsten geplagten Kleinbürgertums und der proletarisierten Angestellten-schichten nach „unten“ speiste, sei der Marxsche Kommunismus eine konkrete Utopie, die den objektiven Bedürfnissen und realen Sehnsüchten der Arbeiterklasse wie aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gleichermaßen entspreche. Zum einen – so Oskar Negt – „dechiffriert Bloch unablässig die faschistischen Ideologien als eine diffuse Ansammlung von deformierten Ideen des einst revolutionären Bürgertums (...) und realen, wenn am Ende auch als Betrug sich erweisenden Bedürfnisbefriedigungen.“⁵³ Zum anderen aber kritisiert er auch den „phantasielosen“, „unphilosophischen“, „mechanistischen Intellektualismus“ des zeitgenössischen Vulgärmarxismus, der viele verzweifelte Menschen in die Arme der Nazis getrieben habe. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, besonders dann nicht, wenn er keines hat; dieser Lehrsatz ist unumstößlich. Er gilt auch für politisch geschultere Länder als Deutschland, d.h., es ist überall notwen-

⁴⁹ Vgl. J. Habermas (1985), 219-247.

⁵⁰ „... wo es zu einem offenen Gegensatz der beiden Mythen gekommen ist, in Italien, hat bis heute der nationale [in Wahrheit rassistische – WG] Mythos gesiegt. Seinen kommunistischen Feind malte der italienische Faschismus mit einem grausigen Bild, dem mongolischen Gesicht des Bolschewismus; es hat größeren Eindruck gemacht und stärkere Affekte hervorgerufen als das sozialistische Bild vom [profitgierigen – WG] Bourgeois.“ C. Schmitt (1969), 88f. Zu den „Erzählungen“, d.i. den „Mythen der Rechten“ vgl. J. Müller (1995); neuerdings V. Weiß (2017).

⁵¹ P. Anderson (2017), 1.

⁵² „...der Erfolg der nationalsozialistischen Ideologie quitiert, seines Teils, den allzu großen Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft; er war bei Engels völlig anders gemeint.“ E. Bloch (1985), 66; vgl. auch ders. (1972).

⁵³ O. Negt, in: E. Bloch (1972b), 441.

dig, die Traumgebiete der Phantasie konkret zu besetzen, anstatt sie abstrakt auszukreisen und den interessierten Verstandesfeinden zum Betrug zu überlassen.“⁵⁴

Reduktion von Komplexität

Voraussetzung dazu ist freilich, dass die Adressaten einer „linken Erzählung“ zwischen Vernunft und Wahnvorstellungen, Wahrheit und Lüge mit hinreichender Sicherheit unterscheiden können. Die dazu erforderliche Urteilskraft kann nicht durch ein bloßes „Angebot an die Gefühlswelt der Adressaten“, sondern nur durch gründliche (politische) Bildung⁵⁵ einerseits und politisch-praktische Lernprozesse andererseits erlangt werden; gelingt dies, dann kann gesagt werden: „Nur noch Utopien sind realistisch.“⁵⁶

Die Aufgabe ist jedoch alles andere als einfach, wie der Soziologe Bob Jessop weiß: „Die verstärkte Selektion und Reduktion von Komplexität trifft auch zu für Gesellschaftsformationen im Übergang zu einer sozialen Emanzipation und zu einer gesellschaftlichen Transformation sowie auf jene, in denen solche Transformationen stattgefunden haben. Das verweist darauf, dass es einer *strategisch essentialistischen* radikalen Imagination bedarf, die die Komplexität einer bestimmten Handlungskonstellation reduziert, um zur Grundlage für soziale Mobilisierung zu werden und *das strategisch selektive* Rahmenwerk darzustellen, innerhalb dessen Foren, Netzwerke, Parteien und soziale Bewegungen ihre Aktionen über Plätze, Räume, Territorien und Zeit koordinieren können. Dies ist die Bedingung dafür, Fähigkeiten zu entwickeln, um ein demokratisch-sozialistisches Projekt zu initiieren, zu verstärken und zu konsolidieren (...). *Umso komplexer die Gesellschaftsformation und umso globaler ihre Ausbreitung (mit der Weltgesellschaft als dem letztendlichen Horizont strategischer Kalkulation), umso größer ist die Notwendigkeit der Reduktion von Komplexität in radikalen sozialen Imaginationen..* [Zugleich gilt aber auch: – WG] *...nicht alle Imaginationen haben die Kraft, soziale Transformationen, basierend auf dem ‚korrekten‘ Lesen der situativen Möglichkeiten, zu organisieren und zu führen.*“⁵⁷

Als Beispiel für letztlich falsche Reduktionen verweist Michael Brie auf das seiner Ansicht nach durchaus verdienstvolle Buch von Naomi Klein (2015), in dem die Autorin die These vertritt: „als die weitreichendste Krise ... kann der Klimawandel ... die Kraft – der große Schub – sein, der alle ... noch lebendigen Bewegungen zusammenführt. Ein reißender Strom, in dem zahllose Bäche münden, die mit vereinter Kraft das Meer erreichen.“⁵⁸ Obwohl Naomi Klein eine „großartige Sto-

⁵⁴ Negt zit. Bloch, in: E. Bloch (1972b), 440.

⁵⁵ Zur kritischen Theorie der Bildung vgl. etwa A. Demirovic (2015).

⁵⁶ Vgl. O. Negt (1968), ders. (2012). Unter dieser Bedingung gilt auch die These von Fritz Behrens, „man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...“. zit. n. G. Krause, D. Janke (Hg.) (2010), 234. Vgl. zur politischen Bedeutung von realen Utopien heute auch: I. Wallerstein (2002) und E. Altwater (2007), 216-224.

⁵⁷ B. Jessop (2014), 132-133 (Hervorh. WG).

⁵⁸ N. Klein, zit. n. M. Brie (2015c), 245.

ry“ erzähle, bezweifelt Brie, dass die darin enthaltene Reduktion der globalen Krise auf den Klimawandel in der Lage sei, die weltweit sozial, politisch und kulturell zersplitterte Opposition gegen den Kapitalismus zu einigen oder gar in ihren „Bann“ (248) zu ziehen. Aus den Erfahrungen der Spontaneität und Diversität und dem zumindest partiellen Scheitern der jüngsten sozialen Bewegungen, insbesondere seit dem Ausbruch der großen Krise des Finanzkapitalismus 2007ff., leitet Dieter Klein die „zentrale Herausforderung“ für eine „moderne linke Erzählung“ ab, dass sie nämlich in Stil und Kommunikationsweise sowohl dem Bedürfnis nach „Selbstermächtigung der vielen Akteure“ entspricht und deren ganz eigenen Vorstellungen von einer anderen besseren Gesellschaft anerkennt, und doch zugleich einen „eigenen und *einenden* Beitrag auf der Suche nach gemeinsamen Strategien für eine gerechte und solidarische Gesellschaft“ einzubringen habe.⁵⁹

Klein schlägt dazu ein Ensemble aus vier gleichberechtigten und zusammengehörenden Teilerzählungen (die „vier U“) vor, die „Leitideen“ für den „Inhalt einer Zweiten Großen Transformation“ markieren sollen:

- Gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht;
- Ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft;
- Demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft;
- Umfassende Friedenssicherung und Solidarität.

„In jedem dieser Aspekte geht es um die ‚Mitte‘ eines demokratischen und grünen Sozialismus, um die freie Individualitätseinfaltung einer und eines Jeden durch die sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen voller Persönlichkeitsentwicklung.“⁶⁰

Kleins relativ ausführliche Erläuterungen zu den einzelnen „Leitideen“, wie zu ihrem auf die gemeinsame „Mitte“ verweisenden Zusammenhang, werden von ihm durch den Hinweis auf zahlreiche Fakten ebenso gestützt wie durch kenntnisreiche und kluge Überlegungen zusammengehalten. Aber sie sind, wie er selbst einräumt, nicht schon die von ihm geforderte „Erzählung“, die neben der Vernunft auch die „Herzen“ jener zahlreichen potentiellen Akteure ansprechen soll, die allein einen voraussichtlich lang andauernden Transformationsprozess mit Mut, Phantasie, Ausdauer und Augenmaß zugleich verwirklichen könnten. Sie könnten allenfalls ein „Gerüst“ vorschlagen, „das einer wortmächtig formulierten und realistisch fabulierenden Erzählung inneren Zusammenhang geben könnte.“⁶¹ Das Ideal einer solchen Erzählung gebe es in der realen Welt zwar nicht, aber gewisse Vorbilder durchaus. Klein erwähnt beispielhaft neben der Bibel (heute würde man wohl auch den Koran in diese Reihe wieder aufnehmen müssen) und dem Kommunistischen Manifest auch Franz Fanons „Die Verdammten dieser Erde“ bis hin zu Stéphane Hessels „Empört Euch“ – und man könnte gewiss noch eine Reihe historisch ähnlich mehr oder minder

⁵⁹ D. Klein (2013), 58. (Hervorh. WG)

⁶⁰ Vgl. hierzu insgesamt: A.a.O., 55-109. Zitat als Fazit: 109; auch ders. (2012).

⁶¹ A.a.O., 62.

politisch wirksamer Texte hinzufügen. Aber zumindest die zuletzt genannte Flugschrift, die die kurzlebige Bewegung der spanischen Indignados⁶² mit ihrer oberflächlich-auführerischen Rhetorik inspiriert haben soll, belegt, dass bei weitem nicht jede „soziale Imagination“ auf dem richtigen „Lesen“ der realen Situation beruht und daher auch „nicht die Kraft hat, soziale Transformationen ... zu organisieren und zu führen“, wie Bob Jessop es ausdrückt (s.o).

Was aber eine in der Perspektive emanzipatorischer Transformation „gute“ Erzählung ausmacht, ist nicht zuletzt auch eine realistische Einschätzung der Beharrungskräfte und des Widerstands der Gegner, d.h. der Macht der herrschenden Klassen bzw. des „herrschenden Blocks an der Macht“. Wo deren Hegemoniefähigkeit unbewusst oder bewusst, etwa um die Adressaten der emanzipatorischen Erzählung nicht zu entmutigen, unterschätzt wird, droht Enttäuschung, ggf. langfristige Entmutigung, wenn sich kurzfristige Erfolge nicht einstellen. Dies zu betonen erscheint notwendig, weil die meisten Transformationstheoretiker sich mit der Analyse der Macht, auch der Machttechniken der Herrschenden und ihren Wirkungsweisen innerhalb der „subaltern“ gehaltenen Massen – um es vorsichtig auszudrücken – schwer tun. Hier scheinen die strategischen Grenzen einer „linken Erzählung“ zu liegen, sofern sie ihrer „Natur“ oder ihrer Funktion nach dazu tendiert, die tatsächliche Komplexität der Machtstrukturen des bestehenden Systems zum vermeintlichen Nutzen der „Subalternen“ allzu sehr zu „reduzieren“ – mit dem von Jessop klar ausgesprochenen Resultat des Verlusts der Glaubwürdigkeit eines eigenen, alternativen Hegemonieanspruchs.

Die Fairness gebietet es festzuhalten, dass die meisten Transformationstheoretiker die angestrebte Zweite Große Transformation zu einem demokratischen Sozialismus keineswegs als das einzige oder auch nur als das wahrscheinlichste Szenario der zukünftigen Entwicklung des globalen Gesellschaftssystems ansehen. Vielmehr listen sie in der Regel mehrere mögliche Szenarien auf, allerdings stets mit dem Hinweis darauf, dass allein die von ihnen favorisierte demokratisch-sozialistische Transformation geeignet sei, die vielfältigen „organischen“ Krisen des neoliberalen Kapitalismus zu überwinden und damit schließlich auch die durch dessen Wachstums- und Akkumulationsmodell induzierten „globalen Probleme“ (Ungleichheit, Armut, Klima- und Kriegsgefahr) zu lösen.

Dieter Klein nennt vier solche Szenarien noch innerhalb des Kapitalismus: I. Neoliberaler „Weiter so“, II. „Weiter so“ – noch autoritärer und entzivilisierter, III. staatsinterventionistisch modifizierter und grün modifizierter Neoliberalismus und IV. sozial und ökologisch regulierter postneoliberaler Kapitalismus (Green New Deal).⁶³ Die „Pointe linker Strategie“ liege darin, die angestrebte Große Transformation nicht in einem einzigen, sondern in einem doppelten Schritt, d.h. zunächst über eine „kleine Transformation“, wie sie das Szenario IV darstelle, vor-

⁶² Ob die daraus hervorgegangene Bewegung *Podemos* (etwas polemisch übersetzt: „Yes we can“, dt. „Wir schaffen das“) die „Kinderkrankheiten“ der Vorgängerbewegung überwinden kann, wird sich zeigen. Vgl. R. Zelik (2016), darin: Warum Podemos kein Modell ist, 60-66.

⁶³ Klein (2013), 34-53.

zubereiten, um dann schließlich – bei entsprechender politischer Mobilisierung – darüber hinaus ein Szenario V: „Solidarische gerechte Gesellschaft im Einklang mit der Natur oder demokratischer grüner Sozialismus“ zu verwirklichen.⁶⁴ Diese Strategie verlange zwar einen „langen Atem“, verspreche aber „politischen Gewinn“, da sie die überkommenen „Gräben zwischen reformistischen Strömungen der Linken und radikalen, revolutionären Kräften“ überwinden könne und weitergehende Bündnisse mit progressiven Kräften eröffne. „Angesichts der Zentralität breiter demokratischer Allianzen und dadurch möglicher Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen für progressiven Wandel ist das ein unschätzbare Vorteil eines emanzipatorischen Transformationskonzepts.“⁶⁵

Literatur

- Altvater, E., (2007), Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, 5. A., Münster.
- (2014), Wertform, Naturform, der Doppelcharakter der Ware und das ökologische Welt-system. Ein vorausschauender Blick auf das Kapitalozän, in: Z 100, 21-27.
- Anderson, P. (2017), Das System Europa und seine Gegner, in: Le Monde diplomatique (dt. Ausg.), 03/23.
- Bader, V. (2001), Problems and Prospects of Associative Democracy. In: Hirst, P./V. Bader (eds.) Associative – Democracy – the real third way? Special Vol. Critical Review of Intern.Soc. and Pol. Philosophy. Vol. 4, No 1, 31-70.
- (2017), Associative Democracy: From ‘The Real Third Way’ back to Utopianism? (Unveröff. Ms zur Konferenz: Civilizing State and Society in the 21st Century: Rethinking the Dynamics between State, Market and Civil Society, Copenhagen May 2017.
- Baier, W. (2010), Über den Begriff der „Transformation“ bei Antonio Gramsci und Karl Polanyi, in: transform, H. 7, 45-53.
- Basso, L. (1967), Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution, Frankfurt/M.
- (1969), Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt/M.
- Behrens, F. (1992), Abschied von der sozialen Utopie, Berlin.
- Bloch, E. (1972), Vom Hasard zur Katastrophe. Politische Aufsätze aus den Jahren 1934-1939, Frankfurt/M.
- (1985), Erbschaft dieser Zeit. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt/M.
- Boltanski, L., È. Chiapello (2003), Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Boris, D. (2014) Der „Erdrutsch“ – zentraler Epochenbruch? Reflexionen über neuere Zäsuren: 1945 – 1973ff. – 1989/90, in: Z 100, 8-20.
- Brie, M. (Hg.) (2014), Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.

⁶⁴ Schon Hufschmid/Jung (1988/2010) hatten verschiedene Varianten des staatsmonopolistischen Kapitalismus unterschieden, die für eine „Reformalternative“ ganz unterschiedliche Voraussetzungen böten. Zur Variantendiskussion sh. auch verschiedene Beiträge in Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M., 1978ff.

⁶⁵ Klein (2013), 166.

- (2015a), Polanyi neu entdecken, Hamburg.
- (Hg.) (2015b), Lasst uns über Alternativen reden. Hamburg.
- (Hg.) (2015c), Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Hamburg.
- Brie, M., M. Candeias (Hg.) (2012), Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus, Papers hg. RLS, Berlin.
- Brie, M., R. Reißig, M. Thomas (Hg.), (2016) Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs, Berlin.
- Bucharin, N. (1970), Ökonomik der Transformationsperiode (1920), Reinbek b. Hamburg.
- Burawoy, M., E. O. Wright (2001), Sociological Marxism, in: Handbook of Sociological Theory, New York, 459-486.
- Burawoy, M. (2003), For a Sociological Marxism: The Complementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi, in: Politics & Society, Vol. 31, No. 2, 193-261.
- (2015), Marxismus nach Polanyi, in: Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit, Weinheim und Basel, 145-164.
- Candeias, M. (o.J.), Passive Revolutionen vs. Sozialistische Transformation, RLS Papers.
- Cohen J., J. Rogers (1996), My Utopia or Yours? In: E.O. Wright (Ed.) (1996), Equal Shares, Making Market Socialism Work, London, New York, 93-109.
- DESA (2011), United Nations Department of Economic and Social Affairs, The Green Technological Transformation. World Economic and Social Survey, New York.
- Demirovic, A. (2012), Reform, Revolution, Transformation, in: M. Brie, M. Candeias (Hg.) (2012), 33-48.
- (2015), Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Rationalität in den Bildungsinstitutionen, Hamburg.
- Elbe, I. (2010), Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik. Berlin.
- Fukuyama, F. (1992), Das Ende der Geschichte, München.
- Gorz, A. (1967) Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt/M.
- Gramsci, A., (1991 ff.) Gefängnishefte, Bd. 1-10, Hamburg.
- Green New Deal Group (2008), A Green New Deal, London.
- Habermas, J. (1985), Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt/M.
- Helle Panke (2011), Reformalternative(n) heute. Kernelemente und Transformationsperspektive progressiver Reformpolitik in der BRD, Pankower Vorträge Heft 159, Berlin.
- Hirst, P. (1993), Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance, Cambridge/Mass.
- Huffschmid, J. (1995a), Reformalternative – Noch ein Abschied von noch einer Illusion? In: ders., H. Jung, (1988), 157-173

- (1995b), Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Zeitschr. f. sozialist. Politik und Wirtschaft (spw), H. 82, 34-37.
- Huffschmid, J., H. Jung (1988, Reprint 2010), Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Arbeitsmaterialien des IMSF 28, Frankfurt/M.
- Humphreys, S. C. (1979), Einleitung: Geschichte, Volkswirtschaft und Anthropologie: das Werk Karl Polanyis, in: K. Polanyi (1979), 7-59.
- Institut Solidarische Moderne (2011), Sozialökologischer Umbau. Auf dem Weg In eine solidarische Moderne, RLS, Standpunkte 33, Berlin.
- Jessop, B. (2014), Reform, Umformierung, Neuformierung und Transformation, in: M. Brie (Hg.) (2014), 126-160.
- Kaindl, C. (Hg.) (2007), Subjekte im Neoliberalismus, Münster.
- Kessler, A. (2007), Vom Wärmestrom des Marxismus. Ernst Blochs Ästhetik, in: Z 70, 163-178.
- Klein, D. (2010), Eine zweite große Transformation und die Linke, Kontrovers 01, Beiträge zur pol, Bildung, RLS, Berlin.
- (2012), Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken, in: M. Brie, M. Candéias (2012), 119-134.
- (2013), Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.
- (2014), Doppelte Transformation, in: M. Brie (Hg.) (2014), 101-125.
- Kollmorgen, R., W. Merkel, H.-J. Wagener (Hg.) (2015), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden.
- Krause, G., D. Janke (Hg.) (2010), „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...“. Texte von und über Fritz Behrens, Hamburg.
- Lange, H. (1983), Globale Probleme der Gegenwart und Arbeiterklasse, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt/M., 431-437.
- Lyotard, J.-F. (1986), Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Graz/Wien.
- Merkel, W. (2010) Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. A., Wiesbaden.
- Müller, J. (1995), Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur. Berlin/Amsterdam.
- Negt, O. (1968), Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung. Frankfurt/M.
- (2012), Nur noch Utopien sind realistisch: Politische Interventionen, Göttingen.
- Polanyi, K. (1978), The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M.
- (1979), Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt/M.
- Porcaro, M. (2015), Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert, Hamburg.
- Reißig, R. (Hg.) (1993), Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozess in Ostdeutschland, Frankfurt/New York.

- Reißig, R. (2008), Gesellschafts-Transformation. Eine theoretisch-konzeptionelle Fundierung, Erklärung und Deutung, in: Thomas, M., U. Busch (Hg.) (2015)
- (2009), Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert: Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden.
- (2012), Ein umstrittener Dialog und seine Folgen. 25 Jahre Gemeinsames Grundsatzpapier von SED und SPD, in: RLS, Standpunkte 11, 4.
- (2014), Neue Transformation – eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschaftspolitische Problematisierung, in: M. Brie (Hg.) (2014), 50-100.
- Schmitt, C. (1969), Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 4. A., Berlin.
- Soefner, H.-G. (Hg.) (2008), Unsichere Zeiten. Herausforderung gesellschaftlicher Transformationen. Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena, Wiesbaden.
- Steinitz, K. (2011), Konzepte und Grundzüge sozialistischen Eigentums. Herausforderungen an eine sozialistische Politik zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse, in: M. Brie, R. Detje, K. Steinitz (Hg.) (2011), 96-113.
- (2015), Überlegungen zu einer kritischen linken Transformationsforschung, in: M. Brie (2015b), 36 - 55.
- (2017), Warum ist die Diskussion sozialistischer Alternativen gegenwärtig notwendig? Pankower Vorträge, Heft 206, Berlin.
- Thomas, M. (2014), Transformation und Regionalisierung – Versuch eines produktiven Umgangs mit inflationären Leitbegriffen, in: M. Brie (Hg.) (2014), 281-302.
- Thomas, M., U. Busch (Hg.) (2015), Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien, Berlin.
- Urban, H.-J. (2009), Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, H. 5, 71-78.
- Wagener, H.-J. (1997), Transformation als historisches Phänomen, in: Jahrbuch f. Wirtschaftsgeschichte Bd. 2, 179-191.
- WBGU (2011) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.
- Weiß, V. (2017), Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlands, Stuttgart.
- Westall, A. (Ed.) (2011), Revisiting Associative Democracy: how to get more co-operation, co-ordination and collaboration into our economy, our democracy, our public services, and our lives. <https://www.lwbooks.co.uk/sites/default/files/free-book/RevisitingAssociativeDemocracy.pdf>
- Wright, E. O. (2015), Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. In: M. Brie (2015c), 59-106.
- (2017, orig. 2010), Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.
- Zelik, R. (2016), Im Multiversum des Kapitals. Wer herrscht wie, wer protestiert, wer nicht und warum nicht? Hamburg.

Sabine Kebir

Antonio Gramsci – Die Revolution im Osten, im Süden und im Westen

Antonio Gramscis Todestag jährte sich am 27. April zum 80. Mal. Seine verschlüsselten Gefängnishefte, die sich auch oft auf wenig bekannte italienische Kontexte beziehen, erschließen sich dem Normalleser nur schwer. Gramscis Denken wird leichter zugänglich, wenn man sich mit seinem politischen Wirken vor der Gefängniszeit befasst. Wesentliche Teile seines theoretischen Denkens fußten auf seiner praktischen Verarbeitung der Oktoberrevolution – die in den Gefängnisheften natürlich nicht mehr offen erwähnt werden konnte.

Impuls der Oktoberrevolution in Italien: Gramsci und die Turiner Räte

Schon beim Eintritt Italiens in den 1. Weltkrieg meinte Gramsci, dass das Proletariat die dadurch ausgelöste allgemeine Krise für seine politische Emanzipation nützen müsse. 1916 überzeugten ihn die Antikriegstagungen in Zimmerwald und Kienthal, dass Lenin genau dieses Ziel verfolgte, und seitdem studierte er ihn und die politische Entwicklung der Bolschewiki. Im September 1917 wurde er Sekretär der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei. Im November – die Oktoberrevolution hatte gerade begonnen – nahm er an einer geheimen Sitzung der inoffiziellen „Unversöhnlichen revolutionären Fraktion“ der Sozialistischen Partei teil, die sich für aktives Eingreifen der Arbeiterklasse in die auch in Italien durch den Krieg ausgelöste allgemeine Krise engagierte. Sie konnte jedoch die Parteiführung für einen revolutionären Weg nicht gewinnen.

Der Impuls der Oktoberrevolution springt dennoch auf einige Gebiete Italiens über. Rätebewegungen entstehen in Neapel und vor allem im Norden mit dem Zentrum Turin, wo Gramsci ab 1. Mai 1919 den *Ordine Nuovo* herausgibt, der zum Organ einer Bewegung wird, die sich Ende des Jahres durch die Umwandlung der Internen Betriebskommissionen in Räte institutionalisiert. An dem am 13. April 1920 ausgerufenen Generalstreik beteiligen sich 200 000 Turiner Arbeiter. Weil die Sozialistische Partei ihn nicht unterstützt, erfolgt eine Schlichtung zugunsten der Unternehmer. Gramsci kämpft darum, dass die Räte nicht von den Gewerkschaften assimiliert werden. Im September gelingt die Besetzung der FIAT-Werke durch Arbeiterräte. Sie dauert über ein Jahr an. Die Arbeiterräte können die Produktion aufrechterhalten, im zentralen FIAT-Werk beteiligen sich bis zu 70 Prozent – obwohl die meisten Techniker und Angestellten der Arbeit fernbleiben und der Nachschub von Material problematisch ist. Lenin bescheinigt der Gruppe des *Ordine Nuovo* auf dem 2. Kongress der 3. Internationale, als einziger Teil der italienischen Sozialisten die Prinzipien der Komintern zu vertreten. Die Turiner Räte müssen aber schließlich aufgeben: Mangels Unterstützung der Parteiführung bleiben sie regional begrenzt. Zunehmend sind sie konfrontiert sowohl mit physischer

Gewalt von staatlichen Ordnungskräften als auch mit zunehmendem Terror der faschistischen Milizen Mussolinis. Dieser konnte schon 1922 die Regierungsgewalt an sich reißen und stellte die „zwei Roten Jahre“ 1919-1920 dann als eine Zeit des Chaos dar. Für Gramsci blieb die Epoche der Turiner Rätebewegung der Beweis, dass die Arbeiterklasse fähig war, eine produzierende solidarische Gesellschaft hervorzubringen.

Gramscis Imperialismusanalysen: die Oktoberrevolution leitet die Ära der nationalen Befreiungsbewegungen ein

Das erste politische Engagement des Oberschülers Gramsci galt der Autonomiebewegung seiner Heimat Sardinien. Deren Führer, Gaetano Salvemini, vertrat die Auffassung, dass das kontinentale Italien, insbesondere der industrialisierte Norden, die Insel auf kolonialistische Art ausbeute. Als Italien 1911 versuchte, Libyen zu erobern, sprach sich Salvemini jedoch nur anfangs gegen dieses Abenteuer aus und stimmte dann in den patriotischen Chor derer ein, die die sozialen Probleme durch Kolonisierung außerhalb Italiens lösen wollten. Diese Position hatte der erste ‚Marxist‘ Italiens, Antonio Labriola, vertreten und sie war auch die der meisten Gewerkschafter und Mitglieder der Sozialisten, zu denen bis zu Beginn des 1. Weltkriegs auch Mussolini gehört hatte. Das moralische Mäntelchen, mit dem der Kolonialismus gerechtfertigt wurde, war die Zivilisierung von Völkern, denen der kulturelle Status von Kindern angedichtet wurde.

Nach Domenico Losurdo war Gramscis Stimme die erste von Gewicht, die noch vor der Oktoberrevolution diesem Trend entschieden entgegentrat.¹ In Artikeln von 1916 geißelte er die unheilvollen Folgen der Interventionen in Libyen und Eritrea² und verurteilte die Scheinheiligkeit der angeblich moralischen Prinzipien der Kolonisation, die nur Lippenbekenntnisse im Mutterland wären. Die Kolonien seien einem vollkommen „unqualifiziertem Strafjustizsystem“ unterworfen und „enormer polizeilicher Willkür“ sowie „mittelalterlicher Folter“ und der „Herrschaft von Ausnahmegesetzen [...] Was auch immer für Konsequenzen daraus entstehen, die Befreiung der indigenen Völker aus allen Formen der Sklaverei darf sich nicht verzögern.“ Darüber hinaus müsse auch Schluss sein mit „unserem europäischem Egozentrismus [...]. Wir halten uns für das Zentrum des Universums und vergegenwärtigen uns kaum, dass es außer uns, außerhalb der Sphäre unseres alten Kontinents, große Bewegungen menschlicher Aktivität gibt, die Ereignisse mit entscheidenden Auswirkungen auf unser Schicksal anbahnen. Nach dem europäischen Krieg wird der Krieg der Kolonien nicht lange auf sich warten lassen.“³

In einem *Der Krieg der Kolonien* betitelten Artikel vom Juni 1919 prangerte Gramsci an, dass die Ausbeutung der Kolonialvölker im Krieg einen Höhe-

¹ In diesem Abschnitt folge ich etwas verkürzt der Paraphrasierung Domenico Losurdos, Antonio Gramsci dal liberalismo al ‚comunismo critico‘, Rom 1997, S. 89.

² Antonio Gramsci, Cronace Torinesi 1913-1917, Turin 1980, S. 229, zit. n. Losurdo, a. a. O.

³ Ebd., S. 255-258.

punkt erreicht hätte, weil sie nicht nur den Profitinteressen der Kapitalisten gedient hätte. Vielmehr hätten die aus den Kolonien gepressten „Lebensmittel und Grundstoffe“ die Existenz der „kriegführenden metropolitanen Völker“ abgesichert: „Millionen und Abermillionen Inder, Ägypter, Algerier, Tunesier und Indochinesen sind am Hunger oder durch Epidemien gestorben, deren Ursache die den elenden Kolonialökonomien vom europäischen Konkurrenzkapitalismus zugefügten Schädigungen waren. Wie hätte ein indischer oder ägyptischer Bauer mit dem englischen, französischen oder italienischen Staat um die Preise konkurrieren können? Der Reis, das Korn, die Baumwolle, die Wolle – all das haben wir Europäer geraubt. [...] Für einige Jahre haben wir Europäer vom Tod der farbigen Menschen gelebt: als unbewusste Vampire haben wir uns von ihrem unschuldigen Blut ernährt. [...] Heute flammt in der kolonialen Welt die Revolte auf: Das ist der Klassenkampf der farbigen Menschen gegen die weißen Ausbeuter [...] Es ist ein immenser und unwiderstehlicher Aufbruch einer ganzen, an Spiritualität reichen Welt, die Autonomie und Unabhängigkeit erringen will.“⁴

Der letzte Satz erinnert daran, dass Gramscis antikolonialistische Positionen stark von denen Hegels gespeist waren. Aber er hatte sich auch mit Lenins Imperialismustheorie vertraut gemacht. Das zeigt seine sensible Reaktion auf das Eindringen amerikanischen Kapitals in die durch den Krieg vom Zusammenbruch bedrohte italienische Industrie. Im Februar 1919, noch vor Beginn der Fabrikbesetzungen, polemisiert er gegen die von Agnelli, dem Besitzer von FIAT, akzeptierte amerikanische Kapitalbeteiligung: „Die FIAT-Werke sind eine nordamerikanische Kolonie geworden, in der die rechtschaffenen wilsonianischen Pioniere hartnäckig und ausdauernd daran arbeiten, in Italien des Völkerbunds ersten gesellschaftlichen Kern zu schaffen.“⁵ Den Völkerbund sah er als modernes Kolonisierungsinstrument der USA an, die damit auch entscheidenden Einfluss auf europäische Länder nehmen wollten. Gramsci erkannte also im Imperialismus ein gnadenlos hierarchisiertes Weltsystem der Ausbeutung, an dessen Spitze die USA nun Großbritannien ablösten. In derselben Nummer des *Ordine Nuovo*, in der *Der Krieg der Kolonien* erschien, signierte Gramsci auch *Die revolutionäre Woge*. Der Artikel berichtete von Unruhen in Irland und Kanada, denen sich das kriegsgeschwächte England in seinem eigenen Empire stellen musste. Hinzu kam: „Das transkaspische rote Heer der Bolschewiken hat die Grenzen von Persien und Afghanistan erreicht und es beherrscht die Straßenverbindungen, die nach Indien, Turkestan und nach Kleinasien führen, [...]“

⁴ Antonio Gramsci, *La guerra delle colonie*, *Ordine Nuovo*, 7. 6. 1919. In: *L'Ordine Nuovo*, Turin 1975, S. 240. (Übers. Kebir)

⁵ Antonio Gramsci, *Ein Sowjet in Turin, Avanti* (Turiner Ausgabe), 5. 2. 1919. In: Ders.: *Philosophie der Praxis*. Eine Auswahl, übers. u. hrsg. v. Christian Riechers, Frankfurt am Main, 1967, S. 27. Die in den FIAT-Werken nach dem Ende der Besetzung durch die Räte eingeführten fordistischen Prinzipien hat Gramsci genau beobachtet. Die *Gefängnishefte* enthalten Studien zum Fordismus, den Gramsci nicht nur als Element einer „passiven Revolution“ ansah, die dem Kapitalismus eine weitere Epoche des Überlebens sichern konnte. Fordistische Prinzipien würden auch in einer sozialistischen Ökonomie zur Anwendung kommen.

womit die Revolte der muslimischen Unterschichten gegen die ausbeuterischen Händler der Christenheit stimuliert wird.“ Freilich marschiere auch die „internationale Reaktion gegen die russische Kommune. Aber auf den Plätzen und Straßen aller Länder der Welt schlägt die Revolution ihre Zelte auf.“⁶

Die Oktoberrevolution verstand Gramsci nicht nur als eine Revolution gegen den Zarismus und das sich formierende kapitalistische System in Russland, sondern auch als antikoloniale Revolution, die sowohl Russland selbst betraf als auch das ganze imperialistische Weltsystem. Anspielend auf den massiven Export russischen Weizens vor der Revolution schrieb er 1920: Die Oktoberrevolution habe „den Interessen des westeuropäischen Kapitalismus einen tödlichen Schlag versetzt, dessen Existenz und Entwicklung den Hunger von Millionen und Abermillionen russischer Bauern zur Voraussetzung hat. Indem es den Zarismus besiegte, hat das russische Proletariat [auch] eine der schwersten Ketten gesprengt, die die Völker Kleinasiens und Persiens fesselten, hat das Fundament des britischen Kolonialsystems erschüttert.[...] Die durch die russische Revolution ausgelöste weltweite Aktivität [...] setzt alle Unterdrückten und Ausgebeuteten in Bewegung und wird mit dem muslimischen Aufstand Albanien auch in Italien spürbar.“ Im und nach dem ersten Weltkrieg war Albanien u. a. auch von Truppen Italiens besetzt, das koloniale Ansprüche an das Land hatte.⁷

Im selben Artikel heißt es, dass der moderne Kapitalismus zwei fundamentale Herausforderungen auf die Agenda der Völker gesetzt habe: „Die Industrialisierung der Landwirtschaft in großem Maßstab und die Ausdehnung der industriellen Zivilisation über den ganzen Globus – nicht als hierarchische Unterdrückung der Kolonien durch Europa, sondern als autonome Entwicklung aller Bevölkerungen. Diese beiden Probleme können nur vom revolutionären Proletariat gelöst werden, das kein Interesse an Privatbesitz und nationalen Privilegien hat, sondern die Entfaltung aller Produktivkräfte weltweit anstrebt, um sich selbst zu entwickeln und seine Freiheit definitiv zu befestigen.“⁸

Obleich der von Gramsci emphatisch verfolgte „Krieg der Kolonien“ länger als erwartet dauerte, war seine perspektivische Einschätzung doch richtig. Mit der konsequent antikolonialistischen Position stand die KPI, die sich im Januar 1921 von den Sozialisten abspaltete, von Anfang an zum antikolonialistischen Programm der Dritten Internationale. Das war keine Selbstverständlichkeit. Es ist hier in Erinnerung zu rufen, dass z. B. die KP Frankreichs noch jahrzehntelang die Unabhängigkeitsbewegungen der Kolonien nicht unterstützte und meinte, dass man gemeinsam in den Sozialismus marschieren werde.

Es wurde bislang wenig beachtet, dass Gramsci die Oktoberrevolution auch als das Ereignis ansah, das die Ära der – bereits von Hegel vorhergesehenen –

⁶ Antonio Gramsci, *La marea rivoluzionaria*. In: *L'Ordine Nuovo*, Turin 1975, S. 241. (Übers. Kebir)

⁷ Unter Mussolini wurde Albanien und große Teile Libyens italienische Protektorate.

⁸ Antonio Gramsci, *Le popolazioni coloniali*, *Ordine Nuovo*, 26. 6. 1920. In: Ders.: *L'Ordine Nuovo*, Turin 1975, S. 340ff. (Übers. Kebir)

antikolonialen Befreiungskämpfe einleitete. Wenn auch auf die Geschichte des Kolonialismus die noch immer nicht beendete Phase des Neokolonialismus folgte, die heute noch blutigste Formen annimmt, halte ich es für wichtig, diesen wesentlichen Aspekt der Oktoberrevolution zu ihrem wirksam gewordenen welthistorischen Erbe zu zählen.

Eine andere Agenda der Revolution im „Westen“

Die 1921 gegründete KPI führte zunächst der charismatische Amadeo Bordiga, der die Rätebewegung in Neapel geleitet hatte. Er konzipierte die Partei als kleine, schlagkräftige Kaderorganisation und orientierte sie auf einen staatsstreichartigen Umsturz nach dem Vorbild der Oktoberrevolution. Gramsci, der seit Herbst 1922 bis zum November 1923 Repräsentant der Partei bei der Komintern in Moskau war, erkannte bald, dass die Epoche sozialistischer Revolutionsversuche in Mittel- und Westeuropa zu Ende war. Hier hatten sie nur zeitweise einzelne Regionen erfasst. Für Mittel- und Westeuropa war eine andere, längerfristige Strategie nötig. Dass Gramsci – in Übereinstimmung mit der Komintern – wegen der schnell wachsenden faschistischen Bedrohung in Italien bald für die antifaschistische Einheitsfront mit den Sozialisten plädierte, von denen man sich eben getrennt hatte, traf ebenfalls auf Unverständnis in der zunächst fest hinter Bordiga stehenden Partei.

Um der zwar noch legalen, aber durch Attentate und Verhaftungen stark geschwächten KPI näher zu sein, hielt sich Gramsci ab November 1924 in Wien auf. In einem von dort an italienische Genossen in Moskau gerichteten Brief legte er die unterschiedlichen Voraussetzungen der Revolution in Russland und in Mittel- und Westeuropa dar. Bordiga meine, dass die russische Revolution auf Grund der Unterentwicklung des Landes nur durch eine enorme voluntaristische Anstrengung zustande gekommen sei. In Mittel- und Westeuropa sei die Situation reifer und die Revolution würde sich, „gemäß den Voraussagen des Marxismus“ sogar leichter durchsetzen. Es genüge „die Partei an und für sich zu organisieren“. Dagegen sei einzuwenden: Die kapitalistische Entwicklung in Mittel- und Westeuropa habe nicht nur breite proletarische Schichten geschaffen. Aus diesen habe sich eine „höhere Schicht“ entwickelt, „die Arbeiteraristokratie samt der Gewerkschaftsbürokratie und den sozialdemokratischen Gruppen. Der Grad der Determiniertheit, der in Russland unmittelbar war und die Massen zum revolutionären Angriff auf die Straße trieb, wird in Mittel- und Westeuropa durch die politischen, aus dem höher entwickelten Kapitalismus entstandenen Überbauten kompliziert und verlangsamt die Aktion der Massen, macht sie vorsichtiger, und erfordert daher von der revolutionären Partei eine komplexere und längerfristige Strategie und Taktik als die der Bolschewiki zwischen März und November 1917.“⁹

Im April 1924 kehrte Gramsci unter dem Schutz eines im Veneto errungenen Abgeordnetenmandats nach Italien zurück und wurde Fraktionsführer im noch funk-

⁹ Antonio Gramsci, *Briefe 1908-1926*. Eine Auswahl, übers. v. Klaus Bochmann, hrsg. v. Antonio A. Santucci, Wien und Zürich 1992, S. 157f.

tionierenden Parlament. Für Gramscis weitere Orientierung spielte eine damals im *Ordine Nuovo* geführte Polemik eine wichtige Rolle. Sein Studienfreund Piero Sraffa, Sympathisant der KPI und damals Ökonomiedozent in Cagliari, schrieb in einem offenen Brief an die Zeitung, der Faschismus habe die Arbeiterklasse ökonomisch und politisch so geschwächt, dass die KPI von ihren maximalistischen Zielen ablassen und stattdessen klare Losungen zur Verteidigung der Demokratie ausgeben und für dieses Ziel Bündnispartner suchen müsse. Eine Reorganisation des Klassenkampfes für das Ziel einer neuen Gesellschaft wäre erst wieder mit der Installierung demokratischer Verhältnisse möglich: „Ich glaube, dass die Kommunistische Partei zur Zeit kein Nachlassen des faschistischen Drucks erreichen kann: wir befinden uns in einem Moment der demokratischen Oppositionen und es scheint mir notwendig, sie handeln zu lassen, ja, sie zu unterstützen. Wir brauchen jetzt in erster Linie eine ‚bürgerliche Revolution‘, die dann die Entfaltung einer Arbeiterpolitik zulässt. [...] Es scheint mir ein Fehler zu sein (wie ihn z. B. die *Unità* begeht), die bürgerliche ‚Freiheit‘ lächerlich zu machen: sie mag gut oder schlecht sein – sie ist es, die die Arbeiter heute für die größte Notwendigkeit halten und sie ist die Voraussetzung für jede weitergehende Errungenschaft...“ Freilich müsse diese Politik mit der Ausarbeitung einer darüber hinaus gehenden gesellschaftlichen Perspektive einhergehen.¹⁰

In seiner Antwort unterstellte Gramsci dem Freund zwar gute Absichten, aber doch auch ein „demokratisch-liberales, d. h. normatives und kantianisches Weltbild“, das nicht „marxistisch und dialektisch“ sei. Er verteidigte das Prinzip einer „autonomen“ Politik der Partei. Die Arbeiterklasse bliebe von der politischen Bühne verdrängt, solange „die Kommunistische Partei den verfassungsmäßigen Oppositionskräften (gemeint sind Sozialisten und bürgerliche Parteien) erlaubt, die Entwicklung des Kampfes der Kräfte zu monopolisieren, die, historisch gesehen, die Verbündeten des Proletariats sind...“ Die Linie der Partei müsse sich „gleichermaßen den verfassungsmäßigen Oppositionskräften wie dem Faschismus“ entgegenstellen, „auch, wenn die verfassungsmäßigen Oppositionskräfte ein Programm von Freiheit und Ordnung unterstützen, das der Gewalt und der Willkür des Faschismus vorzuziehen ist. In Wahrheit wird die verfassungsmäßige Opposition ihr Programm niemals verwirklichen, es ist nur ein Propagandainstrument gegen den Faschismus.“¹¹

Als am 10. Juni 1924 der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti spurlos verschwand, nachdem er am 20. Mai eine antifaschistische Rede gehalten hatte, zweifelte die entrüstete italienische Öffentlichkeit nicht an einem faschistischen Attentat. Aus Protest verließen alle nichtfaschistischen Parteien das Parlamentsgebäude von Montecitorio und versammelten sich im Aventin. Gramsci vollzog nun die von Sraffa angemahnte Wende gegenüber der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und versuchte, mit den anderen „verfassungsmäßigen Oppositions-

¹⁰ Piero Sraffa, Offener Brief an den *Ordine Nuovo*, zit. n. Antonio Gramsci: *Problemi di oggi e di domani*. In: *La costruzione del Partito comunista 1923-1926*, Turin 1974, S.175-178. (Übers. Kebir)

¹¹ Antonio Gramsci: *Problemi di oggi e di domani*, a. a. O., S. 177-181. (Übers. Kebir)

kräften“ zusammenzuarbeiten. Er schlug die Bildung eines Gegenparlaments vor, das zum Generalstreik aufrufen sollte. Dazu konnten sich aber nicht einmal die direkt betroffenen Sozialisten durchringen. Außer einigen kraftlosen Verbalprotesten unternahm der Aventin nichts, um die öffentliche Empörung in politische Mobilisierung zu transformieren; die Abgeordneten blieben einfach zu Hause. Dass Mussolini gerade diese bis 1926 andauernde Passivität nützen würde, um das Parlament ganz abzuschaffen, konnten sie sich nicht vorstellen.

Am 26. August 1924 schrieb Gramsci in der *Unità*: „Die Situation ist ‚demokratisch‘, weil die großen arbeitenden Massen desorganisiert, zerrieben [...] sind.“ Die aktuelle Phase sei „nicht vom direkten Kampf um die Macht bestimmt, sondern eine Phase der Vorbereitung, des Übergangs zum Kampf um die Macht, also eine Phase der Agitation, der Propaganda, der Organisation. Das schließt natürlich nicht aus, dass es grausame Kämpfe geben kann und dass sich unsere Partei nicht sofort darauf vorbereiten müsste [...], aber auch diese Kämpfe müssen im Rahmen des Übergangs gesehen werden [...]. Wenn in unserer Partei Gruppen und Tendenzen (gemeint sind die Bordigisten) existieren, die aus Fanatismus die Situation anheizen wollen, so wird man gegen sie im Namen der ganzen Partei kämpfen müssen.“¹²

Als das Gegenparlament auch im Herbst nicht zustande kam, beschloss die Fraktion der Kommunisten – als einzige – nach Montecitorio zurückzukehren. Sie begründete dies damit, das Parlament nicht den Faschisten allein zu überlassen. Gramsci hatte in dieser brisanten Krise mehr Verantwortung für die Demokratie bewiesen als die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten. Aus Briefen und Artikeln geht seine Erkenntnis hervor, dass die im Rahmen der bürgerlichen Demokratie geschaffenen Institutionen der Arbeiterbewegung – ihre Parteien, Gewerkschaften, Zeitungen und öffentlichen Manifestationen – bei der Zerstörung der bürgerlichen Demokratie als erstes zerstört würden. Deshalb müsse sich die Arbeiterbewegung zur Vorhut ihrer Verteidigung machen.

Dass die KPI von der parlamentarischen Präsenz profitierte – es gelang ihr, öffentlich als konsequenteste antifaschistische Kraft wahrgenommen zu werden – verleitete Gramsci nicht dazu, auf die Position zurückzukehren, dass die Partei allein den Faschismus besiegen könne. So unrealistisch damals gemeinsame Aktionen mit den anderen „verfassungsmäßigen Oppositionskräften“ waren, so sah er darin fortan doch die einzige perspektivische Möglichkeit der Überwindung des Faschismus. Das legte er in seiner 1926 verfassten Schrift *Die süditalienische Frage* systematisch dar. Erst 1926, auf einem wegen der faschistischen Terrorgefahr im französischen Lyon abgehaltenen Parteitag, konnten sich seine Positionen in der Partei durchsetzen; hier wurde er auch zum Generalsekretär gewählt – was aus konspirativen Gründen jedoch nicht öffentlich gemacht wurde. Am 8. November wurde er verhaftet.

¹² Antonio Gramsci, *La crisi italiana, Ordine Nuovo*, 1. 9. 1924, ebd., S. 37. (Übers. Kebir) Grundlage des Artikels war eine Rede Gramscis auf einer Tagung des ZK vom 13-14. 8. 1924, die zuerst unter dem Titel *La crisi delle classi medie* in der *Unità* v. 26. 8. 1924 gedruckt wurde.

Piero Sraffa, der ab 1927 als Kollege von Keynes in Cambridge lehrte, wurde einer der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Weil er eine angesehene Stellung im Ausland einnahm, war er für Mussolini schwer angreifbar. Während Gramscis Haftzeit eröffnete Sraffa ihm ein Konto bei einer Mailänder Buchhandlung, von der der Gefangene Bücher und Zeitschriften bezog. Über gelegentliche Besuche stellte er auch eine Verbindung zur Exilführung der KPI in Moskau her, der er auch Gramscis politisches Vermächtnis vermittelte. Es schlug vor, als Perspektive der antifaschistischen Resistenza die „Costituente“ zu bestimmen, die Verfassungsgebende Versammlung des nichtfaschistischen Parteienbogens. Bekanntlich wurde die von Togliatti geführte KPI zu einer prägenden Kraft bei der Ausarbeitung der in ihren Grundzügen bis heute gültigen Nachkriegsverfassung. Die Italiener haben sie auch beim Verfassungsreferendum 2016 verteidigt.

Gramsci hatte also erkannt, dass die Arbeiterbewegung ihre Revolution nicht unter faschistischer Herrschaft vorbereiten kann und rief deshalb zur Verteidigung der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie auf, die ihm in früheren Jahren durchaus auch als das eigentliche Revolutionshindernis erschienen war. Eine Phase der Legalität der Organisationen und Propagandaorgane der Arbeiterbewegung war nötig, um die Prinzipien der angestrebten sozialistischen Gesellschaft bekannt und mehrheitsfähig zu machen. Diese dazu nötige längere Vorbereitungsphase würde die Revolution im Westen unterscheiden von der staatsstreichartig erfolgten Revolution im halbfeudalen Russland, wo sich die Mehrheit der Menschen noch keine Vorstellung vom Sozialismus gemacht hatte. In bürgerlich-demokratischen Staaten würden nicht allein die staatlichen Gewaltinstrumente das kapitalistische System absichern, sondern auch quantitativ und qualitativ neuartige kulturelle Entwicklungen, die ein vielfältiges Netz von gesellschaftlichen Organisationen hervorgebracht hatten. Das hob nach Gramsci die Polarisierung der Gesellschaft in herrschende und beherrschte Klassen zwar nicht auf, verschleierte sie aber und bewirkte, dass das sozialpsychologische Klima weniger zur Revolution drängte. 1926, kurz vor seiner Verhaftung, schrieb er: „In den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus besitzt die herrschende Klasse politische und organisatorische Reserven, die sie beispielsweise in Russland nicht besaß. Das bedeutet, dass die schwersten ökonomischen Krisen keine sofortigen Rückwirkungen auf politischem Gebiet haben. [...] Der Staatsapparat ist sehr viel resistenter, als man oft glauben könnte, und es gelingt ihm, in Krisenmomenten viel mehr regimetreue Kräfte zu organisieren, als es die Tiefe der Krise ahnen lassen würde.“¹³

Die politischen und organisatorischen Reserven, die in Russland nicht existiert hatten, waren u. a. „die legale politische Freiheit“ und „die religiöse Freiheit“¹⁴. Diese und etliche andere kulturelle Phänomene sah Gramsci in der berühmten

¹³ Antonio Gramsci, *La costruzione del Partito Comunista 1923-1926*, Turin 1974, S. 121. (Übers. Kebir)

¹⁴ *Quaderni del carcere*, Turin 1975, S. 1666. (Übers. Kebir)

Passage der Gefängnishefte als Funktionen der „Zivilgesellschaft“ an, die in Russland „unterentwickelt und gefroren“ gewesen sei. Deshalb konnte hier der alte Staat, obgleich er allmächtig gewesen war, durch einen Staatsstreich hinweggefegt werden. Im Westen dagegen „sah man im Erzittern des Staates sofort eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Festungen und Kasematten lag.“¹⁵

Zu den „Festungen und Kasematten“, die laut Gramsci die systemstabilisierende Zivilgesellschaft bilden, zählte er neben den politisch-rechtlichen alle im weitesten Sinne kulturellen Faktoren, „jene Aktivitäten, die heute unter die Formel ‚juristisch indifferent‘ fallen und die unter der Herrschaft der Zivilgesellschaft stehen, welche ohne ‚Sanktionen‘ und ohne genaue ‚Verpflichtungen‘ wirkt, die aber dennoch einen kollektiven Druck ausübt und objektive Resultate bei der Ausarbeitung von Sitten, Denk- und Handlungsweisen, in der Moral usw. bekommt“¹⁶. Träger der Zivilgesellschaft sind die „sogenannten privaten Organisationen“ wie „die Kirche, die Gewerkschaften, die Schulen“¹⁷. Die Presse sei „der dynamischste Teil dieser ideologischen Basis, aber nicht der einzige: Alles, was direkt oder indirekt die öffentliche Meinung beeinflusst oder beeinflussen kann, gehört ihr an: die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs verschiedener Art bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und der Straßennamen.“¹⁸ In stetig wachsender Komplexität schob sich die Zivilgesellschaft wie „Festungsmauern“ und „Kasematten“ nicht nur zwischen Staat und Gesellschaft, sondern auch zwischen die verschiedenen Gesellschaftsklassen und weichte deren Antagonismen scheinbar auf. Sozialismus im Westen, könnte sich – so Gramsci – erst nach einem länger anhaltenden „Stellungskrieg“ zwischen den Klassen durchsetzen,¹⁹ in dessen Verlauf es zu neuartigen Bündnissen und zur Erringung der geistigen und kulturellen Hegemonie der sozialistischen Kräfte kommen müsse.

Obgleich in der demokratischen bürgerlichen Gesellschaft der hegemoniale Konsens mit weniger Zwang und Gewalt erzeugt werde, bestehe der Staat als Zwangs- und Gewaltinstrument jedoch weiter (mit seinen juristischen und polizeilichen Apparaten, seiner Armee), wenn er nun auch öfter in den Hintergrund trete. Als „Nahtstelle“ zwischen freiwillig gegebener Zustimmung und staatlichem Zwang sah Gramsci die „öffentliche Meinung“ an: „Das, was man öffentliche Meinung nennt, ist eng verbunden mit der politischen Hegemonie, d. h., sie ist die Nahtstelle zwischen ‚Zivilgesellschaft‘ und ‚politischer Gesellschaft‘ [von Gramsci als Synonym für Staat gebraucht], zwischen dem Konsens und der Gewalt. Wenn der Staat eine wenig populäre Aktion in Gang setzen will, bildet er präventiv die adäquate öffentliche Meinung, d. h., er organisiert und zentralisiert bestimmte Elemente der Zivilgesellschaft.“ Zwar habe es eine organisierte öf-

¹⁵ Ebd., S. 866.

¹⁶ Ebd., S. 1566.

¹⁷ Antonio Gramsci, *Lettere dal carcere*, Turin 1968, S. 481. (Übers. Kebir)

¹⁸ Antonio Gramsci, *Marxismus und Kultur*, übers. u. hrsg v. Sabine Kebir, Hamburg 1983, S. 96.

¹⁹ Antonio Gramsci, *Quaderni*, a. a. O., S. 120. (Übers. Kebir)

fentliche Meinung bereits in allen Klassengesellschaften gegeben, nie aber habe sie eine solche Bedeutung für die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft gehabt wie in modernen bürgerlichen Staaten. Hier existiere ein harter Kampf um das Monopol der Organe der öffentlichen Meinung – Zeitungen, Parteien, Parlament – mit dem Bestreben, „dass nur eine einzige Kraft die Meinung und also auch den politischen nationalen Willen modelliert, indem sie die verschiedenen Auffassungen zu einem einzigen und unorganischen Staub ordnet“.²⁰

So bedeutungsvoll in Gramscis Sicht die Rolle von Intellektuellen ist, die den Prozess der Gewinnung der Hegemonie unterstützen, ebenso wichtig und letztlich entscheidend sei, schon vor dem revolutionären Bruch für die Hebung des kulturellen Niveaus der Unterschichten zu kämpfen. Denn nur durch Bildung kann sich der Mensch überhaupt einen Überblick über die gegenwärtigen und zukünftigen Potentiale seiner Gesellschaft verschaffen und aktives Mitglied der Zivilgesellschaft werden. Während es für die bürgerliche Zivilgesellschaft charakteristisch ist, dass in ihr nur die Ober- und Teile der Mittelschichten aktiv werden, habe der Sozialismus das Ziel, alle Menschen zu Akteuren der Zivilgesellschaft zu machen.

Der Verlauf der Realgeschichte, die Gramsci selber erlebte, verlief freilich anders. Der Faschismus, der seit dem Ende des Ersten Weltkrieges die Arbeiterorganisationen terrorisierte, 1922 die Regierungsgewalt an sich riss, 1926 das Mehrparteienparlament und die Assoziationsfreiheit abschaffte, hatte auch erhebliche Teile der bürgerlichen Zivilgesellschaft regelrecht verschluckt. Am radikalsten vernichtete er jedoch die organisatorischen und kulturellen Errungenschaften der italienischen Arbeiterklasse.

Gramsci hoffte, dass die vor der Oktoberrevolution in Russland nur „embryonal“ herausgebildete Zivilgesellschaft sich dort nun entwickeln würde. Kurz vor seiner Verhaftung 1926 schrieb er einen Brief an das ZK der KPdSU, in dem er forderte, dass der Konflikt zwischen Stalin und Trotzki nicht durch die Vernichtung einer der beiden Fraktionen, sondern mittels demokratischer Prozeduren gelöst werden müsse.²¹ Im Gefängnis schrieb er davon, dass die „Staatsvergottung“ in einer frühen Phase des Sozialismus wohl unvermeidlich, aber doch zu überwinden sei, indem immer mehr staatliche Funktionen von der stärker werdenden Zivilgesellschaft übernommen werden. Auf diese Weise entstehe erst die Selbstregierung der frei assoziierten Produzenten. Den Weg dahin beschrieb Gramsci nicht mit Marxens Formel vom Absterben des Staates, sondern mit dem plastischeren Begriff von der „Assimilierung“ bzw. auch der „Absorption“ des Staates durch die Zivilgesellschaft.²²

²⁰ Ebd., S. 914f.

²¹ Antonio Gramsci: Briefe 1908-1926, a. a. O., S. 272ff.

²² Antonio Gramsci: Quaderni, a. a. O., S. 662 u. 937. (Übers. Kebir)

Oktoberrevolution – periphere Revolution? Leitrevolution?

Manfred Kossoks Antwort

Der Historiker Manfred Kossok (1930-1993) hat die im Titel aufgeworfene Fragestellung im November 1991 in einem Artikel beantwortet: „Die sozialistische Revolution konnte nicht ins Zentrum des bürgerlichen Kosmos vorstoßen, wie es einst der bürgerlichen Umwälzung gelang. In diesem Sinne blieb die sozialistische Revolution (auch wenn sie als europäisches Ereignis, „als Katalysator aller damit verbundenen Probleme“¹ wahrgenommen wurde) ein peripheres Phänomen.“² Warum dieser Vorstoß misslang, warum sie eine Revolution im europäischen Hinterland, in den „Randregionen“ blieb, soll im Folgenden mit Blick auf die Debatten innerhalb der russischen Linken von Februar bis Oktober skizziert und diskutiert werden. Schließlich waren sie unter den Sozialisten der II. Internationale bezüglich ihres Selbstverständnisses die am unmittelbarsten betroffen.³

Dieser Zugang, der die Linke in ihrer Gesamtheit in den Blick nimmt, spielt in den immer zahlreicher werdenden Publikationen⁴, Ringvorlesungen⁵ und Tagungen⁶ zum 17er Jahr so gut wie keine Rolle. Die u.a. von Helmut Altrichter⁷ erhoffte Analyse ihrer von den Bolschewiki „auf den Müllhaufen der Geschichte“ beförderten Ideen steht immer noch aus.

¹ Wolfgang Küttler: W. I. Lenin und die Große Französische Revolution. Die Erfahrungen von 1789 aus der Sicht des revolutionären Kampfes der russischen Arbeiterbewegung. In: Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf. Hrsg. von Walter Schmidt, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Berlin 1989, S. 120

² Manfred Kossok: 1917 – eine periphere Revolution?, in Utopie kreativ. Beilage I (November 1991), S. 14. Nachdruck des Artikels in: Manfred Kossok: Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften. Hg. von Jörn Schütrumpf. Berlin 2016, S. 39.

³ Dietrich Beyrau: 1917. Der Rote Oktober in zeitgenössischen Deutungen. Bolschewistische Camouflage und bürgerliche Apokalypse. In: Jan Claas Behrends, Nikolaus Katzer, Thomas Lindenberger (Hg.) 100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution. Berlin 2017, S.47-54.

⁴ Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2017. Berlin 2017.; Jan Claas Behrends, Nikolaus Katzer, Thomas Lindenberger (Hg.) 100 Jahre Roter Oktober, a.a.O.

⁵ Vortragszyklus Februar bis Dezember 2017: Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert? Den Auftakt bildete die Vorlesung von Heinrich August Winkler am 7.2.2017 in der Humboldt-Universität zu Berlin.

⁶ Vgl.: Karlen Vesper: Notizen von zwei Konferenzen in Berlin anlässlich des 100. Jahrestages der Russischen Revolution. In: neues deutschland, 27.2.2017, S. 16.

⁷ Helmut Altrichter: Russland 1917. Das Jahr der Revolutionen, Zürich 1997, S. 17.

Was Kossok 1991 umtrieb, war vor allem die Frage, ob mit der Feststellung des von seinem Zunftkollegen Helmut Bock beschriebenen jämmerlich unheroischen Scheiterns⁸ auch jene auf die Befreiung des Menschen gerichtete Idee und Bewegung widerrufen ist. Das Ende der Sowjetunion veränderte auch ihr Bild vom Anfang. Anders als z.B. Charles Bettelheim, der ebenfalls das Thema der „peripheren Revolution“ aufgreift, führen Kossok und Bock das Fortleben des Oktobers nicht auf einen ungebrochen fortwirkenden Gründungsmythos zurück, sprechen nicht vom Oktober als der großen Illusion des 20. Jahrhunderts.⁹

Obleich die Option für den Sozialismus, hebt Kossok hervor, nach 1945 immer stärker an die Peripherie abgedrängt wurde, kann vom Oktober auch als Leitrevolution¹⁰ des 20. Jahrhunderts die Rede sein. Es war der reale Sozialismus, der sich trotz all seiner Defizite als existentielle Herausforderung an den Kapitalismus erwies. Nur hier, an der Peripherie, wirkte das russische Vorbild als Leitmotiv weiter. Anders Bettelheim: Die Delegitimierung des Oktoberumsturzes bedeutet nicht Delegitimierung einer grundsätzlichen Infragestellung der kapitalistischen Realitäten. Einig sind sich Kossok und Bettelheim darin, daß der Erfolg an der Peripherie sich zunehmend als eine wirtschaftliche Belastung für die sozialistischen Länder erwies. In der Herausbildung des „sozialistischen Weltsystems“ liegt ein Grund für das Scheitern der sozialistischen Alternative.¹¹

Programmatische Korrekturen

1987 begann Michail Gorbatschow seine Rede „Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt“¹² mit dem Hinweis auf die von der Revolution eingeleitete neue Epoche. Wie Alfons Paquet¹³ pries er den „Ok-

⁸ Helmut Bock: Die russische Revolution. Kriegskind des 20. Jahrhunderts. In: Derselbe, Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000, Berlin 2002, S. 338ff.

⁹ Charles Bettelheim: Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Bd. 3 und 4. Berlin 2016, S. 34 „Die neuerliche Analyse der Oktoberrevolution und ihrer Folgen führt mich also zu der Erkenntnis, dass der ‚sozialistische‘ Aspekt dieser Revolution dem Reich von Sehnsucht und Diskurs zugehörig ist, dass er auf der Ebene der Vorstellung und Ideologie zu verorten ist. Der ‚sozialistische‘ Aspekt des Oktober hat unterdessen beträchtliche historische Auswirkungen gehabt – und hat sie noch. Der Mythos der UdSSR als ‚Vaterland des Sozialismus‘ scheint bis heute zu überleben [...]“

¹⁰ W. Küttler sprach 1989 von der Leit- und Durchbruchsrevolution. Siehe: Wolfgang Küttler: W. I. Lenin und die Große Französische Revolution. Die Erfahrungen von 1789 aus der Sicht des revolutionären Kampfes der russischen Arbeiterbewegung. A.a.O., S. 138.

¹¹ Wolfgang Küttler: Die russische Revolution und das Verhältnis von bürgerlicher und sozialistischer Umwälzung. In: Oktoberrevolution in Russland – ein Ausbruch aus der Welt des Kapitals? Helle Panke e.V., Pankower Vorträge Heft 8, S. 16.

¹² Michail Gorbatschow: Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt. In: derselbe, Reden auf der Festsitzung und dem Treffen der Parteien und Bewegungen. Berlin 1987.

¹³ Alfons Paquet: Der Geist der russischen Revolution. Leipzig 1919, S. 33.

tober als wirkliche ‚Sternstunde‘ der Menschheit, als ihre Morgenröte.“ Dabei kam er nicht ohne den Rückgriff auf Lenins Schrift „Was tun?“ aus: Nur wurde sie dieses Mal nicht zur Begründung des von einem Häuflein von Berufsrevolutionären geführten Schwerträgerordens (Stalin) oder der führenden Rolle der Avantgardepartei (Breshnew), sondern zur Erklärung der „Glasnost“, einem Wesenszug der Perestroika unter Gorbatschow, herangezogen.

In der beständigen Überarbeitung der Programmatik von der SED/PDS bis hin zur Partei „Die Linke“ spiegelt sich die Distanzierung von der Oktoberrevolution. Die Partei „Die Linke“ hat in einer langwierigen Debatte von 1989 bis 2011 den Hinweis auf die „welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution“ aus ihrem Programm gestrichen und der von Lenin begründeten Weltanschauungspartei „neuen Typs“ eine Absage erteilt. Damit war auch der Parteikommunismus bolschewistischen Typs Geschichte.

Michael Schumann bezeichnete 1989 in seiner berühmten Rede über den Bruch mit dem Stalinismus als System den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution noch als eine Tatsache von historischer Bedeutung, die vor der Geschichte Bestand hat.¹⁴ Im 1993 angenommenen Programm der PDS heißt es: „Am Ende unseres Jahrhunderts bestimmen die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse der Welt. Der mit der Oktoberrevolution 1917 begonnene Versuch, die kapitalistische Produktionsweise, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, ist in Europa gescheitert.“¹⁵ 1997, aus Anlass des 80. Jahrestages der russischen Revolutionen, betonte Wolfgang Küttler die Notwendigkeit, alte Fragen neu zu stellen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Beantwortung dieser Fragen nicht ausreicht, um die Vielfalt und die Perspektiven von Transformations- und Revolutionsprozessen im 20. Jahrhundert abzudecken.¹⁶

In dem 2003 angenommenen Parteiprogramm ist von der Oktoberrevolution nicht mehr die Rede. „Ausgehend vom solidarischen und egalitären Anspruch der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, anknüpfend an die emanzipatorischen und libertären Traditionen früherer sozialistischer Bewegungen, streben wir nach einer grundlegenden Erneuerung sozialistischer Politik.“¹⁷

In den „Programmatischen Eckpunkten“ der neuen Partei DIE LINKE von

¹⁴ Michael Schumann: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/texte/12_01.pdf

¹⁵ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993 in Berlin.)

¹⁶ Wolfgang Küttler: Die russische Revolution und das Verhältnis von bürgerlicher und sozialistischer Umwälzung. In: Oktoberrevolution in Rußland – ein Ausbruch aus der Welt des Kapitals? Helle Panke e.V., Pankower Vorträge Heft 8, S. 7.

¹⁷ Programm der Linkspartei.PDS (Beschlossen von der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 26. Oktober 2003 in Chemnitz.)

2007 ist die Geschichte fast durchgängig getilgt. Einen Hinweis auf die Niederlage der Revolution 1918/19 in Deutschland enthält erst das 2011 angenommene Programm.¹⁸

Von der Euphorie zur Ernüchterung – Die schrittweise Mäßigung der Revolution

„Rußland hat seine bürgerliche Revolution so spät vollzogen, daß es gezwungen war, sie in die proletarische umzuwandeln“, hatte Trotzki im Vorwort zum zweiten Band seiner „Geschichte der russischen Revolution“ geschrieben. Mit Kossoks Worten: „... keines der sozialistischen Länder [hat] die Phase des Citoyen, d.h. der erfolgreichen bürgerlichen Revolution, ... durchlaufen.“¹⁹ In der Hoffnung auf die Unterstützung durch die Weltrevolution nahm Lenin unter Berufung auf Engels „ökonomisch falsche Entscheidungen“ in Kauf, da sie unter „weltgeschichtlichem Aspekt richtig“ seien.²⁰ Um diese u.a. von der Komintern aufgegriffene Auslegung, die weder den Opponenten in der nichtbolschewistischen Linken noch den Kritikern in den Reihen der Kommunistischen Partei entgangen war, entbrannte ein heftiger Streit.

Seit seiner Rückkehr aus dem Schweizer Exil war Lenin mit dem Einwand konfrontiert, Russland sei für die sozialistische Umwälzung nicht reif. So argumentierten Theoretiker aller sich auf Marx berufenden sozialistischen nichtbolschewistischen Parteien. Die ablehnende Reaktion des Vaterlandsverteidigers Georgi Plechanows auf Lenins Aprilthesen unterschied sich kaum von den Appellen des Internationalisten Julius Martow, die „revolutionäre Demokratie“ zu stärken, und der von Irakli Zereteli in der einzigen Sitzung

¹⁸ Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE vom 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt.

¹⁹ Kossok, a.a.O., S. 42.

²⁰ W. I. Lenin: *Marxismus und Staat*. Berlin 1974, S. 120. Gemeint ist das folgende Fragment aus dem Vorwort von Friedrich Engels (von 1884) zur ersten deutschen Ausgabe von Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*: „Die obige Nutzenanwendung der Ricardoschen Theorie, daß den Arbeitern, als den alleinigen wirklichen Produzenten, das gesamte gesellschaftliche Produkt, *ihr* Produkt, gehört, führt direkt in den Kommunismus. Sie ist aber, wie Marx in der obigen Stelle auch andeutet, ökonomisch formell falsch, denn sie ist einfach eine Anwendung der Moral auf die Ökonomie. Nach den Gesetzen der bürgerlichen Ökonomie gehört der größte Teil des Produkts *nicht* den Arbeitern, die es erzeugt haben. Sagen wir nun: das ist unrecht, das soll nicht sein, so geht das die Ökonomie zunächst nichts an. Wir sagen bloß, daß diese ökonomische Tatsache unserm sittlichen Gefühl widerspricht. Marx hat daher nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den notwendigen, sich vor unsern Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise; er sagt nur, daß der Mehrwert aus unbezahlter Arbeit besteht, was eine einfache Tatsache ist. Was aber ökonomisch formell falsch, kann darum doch weltgeschichtlich richtig sein. Erklärt das sittliche Bewußtsein der Masse eine ökonomische Tatsache, wie seinerzeit die Sklaverei oder die Fronarbeit, für unrecht, so ist das ein Beweis, daß die Tatsache selbst sich schon überlebt hat, daß andre ökonomische Tatsachen eingetreten sind, kraft deren jene unerträglich und unhaltbar geworden ist. Hinter der formellen ökonomischen Unrichtigkeit kann also ein sehr wahrer ökonomischer Inhalt verborgen sein.“ MEW 4, Berlin 1983, S. 561.

der Konstituierenden Versammlung vorgebrachten Kritik an der Politik der Bolschewiki von Oktober 1917 bis Januar 1918: „Die Frage lautet doch so: ist die sozialistische Ordnung, die von allen Sozialisten selbstverständlich erwünscht ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen möglich, ist sie realisierbar? Ich habe mir sehr genau die Argumente angehört die hier genannt wurden und in denen davon die Rede war, daß die vom Volke gewählte Konstituierende Versammlung jetzt vorbehaltlos jene Erfahrungen sanktionieren müsse, die der Rat der Volkskommissare macht. Aber nicht ein einziges Argument habe ich als Beweis dafür gehört, daß diese Erfahrungen auch zu den Ergebnissen führen werden, die man sich erhofft, kein einziges Wort haben wir hier von den Vertretern der führenden Parteien gehört, welche Ergebnisse mit den gemachten Erfahrungen in der Praxis vorliegen.“²¹

Merkmale der peripheren Revolution

Manfred Kossok führt sieben Merkmale an, von denen hier zwei bereits Erwähnung fanden: 1) die Unfähigkeit, die Produktivkräfte zu revolutionieren, und 2) das Demokratiedefizit. Die anderen fünf Merkmale sind: 3) die geografische Zuordnung zur Dritten Welt; 4) die nachholende Revolution; 5) die Unmöglichkeit, in das europäische Zentrum einzudringen; 6) die Antworten dieses Zentrums in Form von Gewaltanwendung oder Öffnung; und 7) der Entkolonialisierungsprozess.²² Ergänzend könnte man auf die von 1918 bis 1922 errungenen Siege über die Konterrevolution an der russischen Peripherie und die nicht erfolgte Lösung der nationalen Frage verweisen. (Ausgeblendet bleibt die territoriale Expansion nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939.)

Lenins Position und Reaktion auf die Kritiker

Der zunächst als opportunistisch verworfenen Argumentation stimmte Lenin später – beim Übergang vom Kriegskommunismus zur NÖP – wenn auch mit Abstrichen, zu. Weil seine Opponenten, unter ihnen der spätere Autor des „ABC des Kommunismus“ Jewgeni Preobraschenski²³, am Projekt der „revolutionären Demokratie“ festhielten, gehörten sie auf den Müllhaufen der Geschichte. „Man muß es verstehen“, belehrte Lenin Inessa Armand Ende 1916 in einem Brief, „den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu vereinigen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet.“²⁴ Furet führt dazu aus: „Die republikanische Idee und die sozialistische Idee sind nicht identisch, aber sie können zu einem gemeinsamen Weg führen, vorausgesetzt, man gibt dem Weg den Vorzug vor dem Ziel.“²⁵ Lenin

²¹ Irakli Zereteli: Rede. In: Wladislaw Hedeler; Horst Schützler; Sonja Striegnitz (Hrsg.) Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997, S. 412-413.

²² M. Kossok: a.a.O., S. 86-87.

²³ Michail Gorinov: Evgenij Preobraženskij, bol'shevik iz popovičej. Moskva 2015, S. 151.

²⁴ W. I. Lenin an I. F. Armand, 25. 12. 1916. In: W. I. Lenin, Briefe (= LB), Bd. IV, S. 344.

²⁵ François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München 1999,

gab dem Ziel den Vorzug. Und weiter: „Selbständigkeit und gesonderte Existenz unserer Partei, keinerlei Annäherung an andere Parteien – das ist für mich ultimativ. Ohne dies kann man dem Proletariat nicht helfen, über die demokratische Umwälzung zur Kommune zu gelangen, und anderen Zielen würde ich nicht dienen“, so umriss Lenin die Zielvorstellungen der Partei neuen Typus.²⁶ Avantgardepartei contra Nachtrabpolitik lautete das ABC des Leninismus. Lenin, konstatiert Furet, „gewann sein politisches Profil durch den erbiterten Kampf gegen diese Einheitsbestrebungen“.²⁷

Vom Umsturz zur Revolution

Den bewaffneten Aufstand der von den Bolschewiki ausgewählten und befehligten Truppenteile in Petrograd im Oktober 1917 bezeichneten die Menschewiki als „konterrevolutionäre Verschwörung“²⁸, Wladimir Lenin und Leo Trotzki sprachen vom Umsturz.²⁹ „Was eine Revolution von einem bloßen Aufruhr, Putsch³⁰ oder Staatsstreich³¹ auch unterscheidet, ist die Unterstützung durch breite Schichten der Bevölkerung.“³² Als Akt radikaler Übertreibung beschrieb auch der Chronist Nikolai Suchanow die Ereignisse in der Hauptstadt, Martow sprach vom Abenteuer. Gegen Ende des II. Sowjetkongresses in den Morgenstunden des 27. Oktober – bis auf die Bolschewiki und die linken Sozialisten-Revolutionäre hatten fast alle Delegierten der Menschewiki, des Bundes und der rechten Sozialisten-Revolutionäre diese Veranstaltung verlassen – wurde ein Beschluss über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung gefasst, der den Oktoberumsturz politisch vollendete und rechtskräftig machte.³³ In der Nacht auf den 26. Oktober, es war 22.40 Uhr, der II. Sowjetkongress hatte gerade begonnen, erfolgte die Verhaftung der Provisorischen Regierung, worüber der Sowjetkongress am Folgetag informiert wurde. John Reed: „So, unter dem Krachen der Geschütze, in dunkler

S. 91. Zur Kritik an Furet siehe: Hans-Peter Jaeck: Karl Marx und die Französische Revolution. Bemerkungen zu einem Buch von Francois Furet. In: Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf. Hrsg. von Walter Schmidt, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Berlin 1989, S. 33-54.

²⁶ W. I. Lenin an A. W. Lunatscharski, vor dem 25. 3. 1917. In: LB, Bd. IV, S. 409.

²⁷ François Furet: a.a.O., S. 97.

²⁸ John Reed, 10 Tage, die die Welt erschütterten. Berlin 1957, S. 141.

²⁹ W. I. Lenin, Werke (= LW), 26, S. 282 (November 1917); LW 26, S. 350, Rede über die Frage der Konstituierenden Versammlung am 1.(14.) Dezember 1917.

³⁰ Zur Ablehnung der These vom Oktoberaufstand als Putsch siehe: Stefan Bollinger: Die Oktoberrevolution im Widerstreit. Hoffnungen und Irrwege. Helle Panke e.V. 2007, Pankower Vorträge Heft 106, S. 32.

³¹ Archie Brown: Aufstieg und Fall des Kommunismus. Berlin 2009, S. 79.

³² Helmut Altrichter: Russland 1917, a.a.O., S. 17.

³³ N. N. Suchanov: Zapiski o revoljucii. Tom 3. Moskau 1992, S. 344. Vgl.: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997, S. 398.

Nacht, mit Haß, Furcht und sorglosem Wagen, kam das neue Rußland zur Welt.³⁴ Kritik kam auch aus den eigenen Reihen, von den rechten Bolschewiki³⁵ Kamenew und Sinowjew, die auf dem klassischen Modell einer proletarischen Massenmobilisierung bestanden und es ablehnten, den Aufstand auf ein Militärkomplott zu reduzieren. Die Akteure waren bäuerliche Regimenter, nicht die den Menschewiki folgenden Petrograder Arbeiter.

In der Bestimmung der dritten russischen Revolution lag der Schwerpunkt zunächst auf der Bestimmung ihrer Akteure. Einem Zeitungsbericht zu Folge sprach Lenin von der Arbeiter- und Bauernrevolution, in deren Ergebnis der Sozialismus siegt. (LW 26, S.228) Wenn, was nicht immer der Fall ist³⁶, Lenin von der Bauernschaft spricht, meint er nur die arme Bauernschaft.

Den Begriff der Oktoberrevolution verwandte Lenin zuerst in der Rede zur Bodenfrage auf dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongress am 28. Oktober (8. November).³⁷ Schon einen Tag nach dem Sturz der Provisorischen Regierung wurde der Aufstand also mit einer Revolution, einer zweiten Revolution gleichgesetzt, die nicht eine bürgerliche, sondern eine sozialistische Revolution gewesen sei (LW 26, S. 382). Sie stellt lediglich den Anfang der sozialistischen Weltrevolution dar.³⁸ Im Januar 1918 dann ist in Analogie zur Französischen Revolution von der „Großen Oktoberrevolution“ (LW 26, S. 429) und schließlich von der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ die Rede.

Der Februar 1917 als kritischer Punkt

Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich nicht der bolschewistische Oktober, sondern der ‚demokratische Februar‘ als der kritische Punkt im Jahre 1917. In der Wahlplattform der SDAPR(V) vom 25. Oktober 1917 war von der Großen Russischen Revolution, die den Zaren gestürzt hatte, die Rede.³⁹ Für die im paternalistischen Denken verhafteten Bauernmassen im Soldatenrock war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme. Sie folgten den

³⁴ John Reed, 10 Tage, die die Welt erschütterten. Berlin 1957, S. 138.

³⁵ W. I. Lenin: Polnoe sobranie sotschinenij (=PSS), Moskau 1962, Bd. 35, S. 188. Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Ausgearbeitende Themen.

³⁶ PSS, Bd. 35, S. 90. Hier schreibt Lenin am 11.11.1917 im Namen des revolutionären Proletariats Rußlands an die finnischen Genossen, die für eine sozialistische Reorganisation Finnlands eintreten.

³⁷ „Wir sind der Meinung, dass die Revolution gezeigt und bewiesen hat, wie wichtig es ist, die Bodenfrage in aller Klarheit zu stellen. Der Ausbruch des bewaffneten Aufstands, der Ausbruch der zweiten, der Oktoberrevolution, beweist ganz klar, dass der Grund und Boden den Bauern übergeben werden muss.“ (LW 26, S. 248)

³⁸ LW 26, S. 387f.

³⁹ Izbirateľ'naja platforma RSDRP(o) na vyborach v Učreditel'noe sobranie. In: Men'sheviki v 1917 godu. Ot Vremennogo Demokratičeskogo Soveta Rossijsskoj Respubliki do konca dekabnja. Moskva 1997, T. 3, č. 1, S. 228.

Bolschewiki, die ihre Forderungen nach Frieden, Boden und Brot wenigstens aufgriffen, während die sich von März bis Oktober 1917 ablösenden sechs Regierungen unter Hinweis auf die einzuberufende Konstituierende Versammlung nichts unternahmen. Die Bauernsoldaten waren die treibende Kraft der Agrarrevolution.

Für die in der II. Internationale organisierten Sozialisten war eine Beteiligung an bürgerlichen Regierungen ausgeschlossen. Die Sozialrevolutionäre verabschiedeten im April eine Erklärung gegen die Beteiligung an der Provisorischen Regierung. Eine Unterstützung der Regierung käme nur dann in Frage, wenn letztere im Sinne der Verwirklichung demokratischer Reformen wirkt. Die Vaterlandsverteidiger um Plechanow hingegen traten immer nachdrücklicher für die Bildung einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Sozialisten ein. Doch die Fraktion der Menschewiki war zunächst dagegen. Das änderte sich erst im Mai 1917, als die Menschewiki Irakli Zereteli und Matwej Skobelew das Post- bzw. Arbeitsministerium im Kabinett Lwow übernahmen. Es war ein demonstrativer Bruch mit der marxistischen Doktrin in der russischen Linken.

„Im ‚leninistischen‘ Geschichtsbild wurde der Februar als bürgerlich-demokratische Revolution streng vom Oktober, der ‚Großen Sozialistischen Oktoberrevolution‘, abgesondert. [...] Der Februar erschien nur als eine Art Vorspiel unreifer Charaktere und Volkselemente vor dem eigentlichen und sieghaften Revolutionsdrama mit dem ‚genialen Führer‘ Wladimir Lenin und den sich ihm anschließenden bolschewistischen Heroen.“⁴⁰ Zwischen der Februarrevolution und Lenins Ankunft auf dem Finnischen Bahnhof in Petrograd mit den „April-Thesen“ in der Tasche klafft in den sowjetischen Geschichtsdarstellungen eine zeitliche Lücke. Gorbatschows bereits erwähnte Rede bildet hier keine Ausnahme.⁴¹ Indem an den universellen Anspruch der Bolschewiki angeknüpft wird, erscheint der Februar als russisches Ereignis von lokaler Bedeutung. Hinzu kommt, daß die Februarrepublik ihre historische Identität zwischen Nikolaus II. und Lenin verliert.⁴²

In der sowjetischen Partei- und Revolutionsgeschichtsschreibung⁴³ wurden die spontanen Streiks im Februar als von Anfang an unter der Führung der Bolschewiki stehende Aktionen beschrieben. Diese auf Schljapnikow zurückgehende Umdeutung wurde in der DDR u. a. von Klaus Mammach aufgegriffen.⁴⁴

⁴⁰ Helmut Bock: Die russische Revolution. A.a.O., S. 346.

⁴¹ Michail Gorbatschow: A.a.O., S., S. 9.

⁴² François Furet: a.a.O., S. 101 und 106.

⁴³ Repräsentativ ist hier Isaak I. Minc, Autor einer 3 Bände umfassenden Geschichte des Großen Oktober, Moskau 1967, zu nennen.

⁴⁴ Klaus Mammach: Der Einfluß der russischen Februarrevolution und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse. Februar 1917 – Oktober 1918. Berlin 1955, S. 10-18.

Permanenz des Ausnahmezustandes statt Revolution in Permanenz

Plechanows 1917 und 1918 gebetsmühlenartig vorgetragene Argumentation, daß es „kein größeres historisches Unglück geben könne als die Machteroberung zu einem Zeitpunkt, da das Endziel wegen unüberwindlicher objektiver Bedingungen unerreichbar bleibt“⁴⁵ konterte Lenin mit dem bereits zitierten Hinweis auf die welthistorische Berechtigung falscher ökonomischer Schritte. „In seiner gegenwärtigen anarchistischen Stimmung“, fährt Plechanow fort, „kann Lenin natürlich eine derartige Mahnung nicht zur Vernunft bringen. Alle, die ihm im Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten widersprachen, hat er durchweg als Opportunisten, die dem Einfluß der Bourgeoisie erlegen seien und deren Einfluß auf das Proletariat übertragen, bezeichnet. Das ist wieder die Stimme eines Anarchisten.“⁴⁶

Die Entgegnung Lenins⁴⁷ und der Bolschewiki ließ nicht lange auf sich warten. Sie gleicht der von Nina Hager in einem Artikel über Georgi Plechanow, den „unermüdlichen Streiter für den Marxismus“, Ende 2016 entwickelten Argumentation: „Wenn wir [...] an den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland erinnern, dann wird unter den Namen der Revolutionäre der Plechanows nicht auftauchen.“⁴⁸ Eine eigenartige, wenn auch keineswegs originelle Schlussfolgerung aus dem dargebotenen Rückblick auf Plechanows „bewegtes, widersprüchliches Leben“. Die Bolschewiki waren den Trauerfeiern für Plechanow 1918 in Petrograd ferngeblieben und hatten vergeblich versucht, seinen Namen aus der Geschichte der russischen Revolutionen zu tilgen.⁴⁹ Es war Trotzki, der hervorgehoben hatte, „daß die Revolutionäre dem

⁴⁵ „Eine auf der Lehre von Marx beruhende sozialistische Politik hat natürlich ihre Logik. Wenn der Kapitalismus in einem bestimmten Land noch nicht jene höchste Stufe erreicht hat, auf der er zu Fesseln für die Entwicklung seiner Produktivkräfte wird, so ist es sinnlos, die Arbeiter in Stadt und Land sowie den ärmsten Teil der Bauernschaft dazu aufzurufen, ihn zu stürzen. Wenn es sinnlos ist, die von mir eben genannten Elemente zum Sturz des Kapitalismus aufzurufen, so ist es nicht weniger sinnlos, sie zur Eroberung der politischen Macht aufzurufen. Einer unserer Genossen, die Lenins Thesen im Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten anzeifelten, erinnerte ihn an die zutiefst wahren Worte von Engels, daß es für diese Klasse kein größeres historisches Unglück geben könne als die Machteroberung zu einem Zeitpunkt, da das Endziel wegen unüberwindlicher objektiver Bedingungen unerreichbar bleibt.“ G. W. Plechanow, *Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind* (1917), in: ders., *Zwischen Revolution und Demokratie*. Artikel und Reden 1917 – 1918, herausgegeben, kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa, Berlin 2016, S. 28.

⁴⁶ Ebd., S. 28f.

⁴⁷ V. I. Lenin: Plechanow o terrore. In: PSS, Bd. 35, S. 184-186. Hier erinnert Lenin an Plechanows Auftreten auf dem Programmparteitag 1903. Die demokratischen Prinzipien und die Unantastbarkeit der Person müssen dem Interesse der sozialen Revolution untergeordnet werden. „Der Erfolg der Revolution ist oberstes Gebot.“ Vgl. auch PSS, Bd. 35, S. 188. Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Ausgearbeitete Themen.

⁴⁸ Nina Hager: Ein unermüdlicher Streiter für den Marxismus. In: *Unsere Zeit*, 23.12.2016, S. 10.

⁴⁹ Vgl. hierzu: G. W. Plechanow: *Zwischen Revolution und Demokratie*. A.a.O., S. 268-281.

revolutionären Erbe Plechanows immer die Treue halten werden. Er könne aber nicht umhin, am offenen Grab auf die Tragik des Theoretikers hinzuweisen, der zu einem Versöhnler und Nationalisten geworden ist.⁵⁰

Jene Parteimitglieder, die Lenins Vorgaben widersprachen oder in Frage stellten, Losowski ist ein Beispiel, wurden ausgeschlossen.⁵¹

Das Verstummen der Kampfgefährten in Deutschland

Um die Geschehnisse in Russland – sie sprach vom Oktoberumsturz, Oktober-Aufstand oder Oktoberumschwung⁵² – zu erklären, musste Rosa Luxemburg das marxistische Lexikon beiseitelegen und sich des Begriffes „fatale Bedingungen“ bedienen. Der weitere Gang der Ereignisse würde die Bolschewiki in eine Sackgasse der Geschichte führen. „Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen [Sozialismus – W.H.] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“⁵³ In einem in Deutschland veröffentlichten und von der „Prawda“ nachgedruckten Artikel schrieb Clara Zetkin, dass sich eine Demokratie durchaus in ihr Gegenteil verwandeln könne, wenn es dem historischen Fortschritt nütze.

Ähnlich wie Käte Duncker⁵⁴ musste auch Rosa Luxemburg ihre prinzipielle Kritik an den Bolschewiki aus pragmatischen Überlegungen zurückhalten. „Man möchte die Bolschewiki mächtig beschimpfen, aber natürlich die Rücksichten erlauben das nicht...“ Kautsky musste sich dieser Selbstzensur nicht unterziehen. Seine auf Marx zurückgehenden Argumente waren denen Luxemburgs ähnlich, in den Schlussfolgerungen über die mögliche Entwicklung der sozialistischen Revolution vertraten beide jedoch diametral entgegengesetzte Auffassungen.

Als Rosa Luxemburg sich dann doch zur öffentlichen Kritik des politischen Regimes in Sowjetrußland entschloss, unternahmen ihre Kampfgefährten alles, um die Veröffentlichung von Luxemburgs Bemerkungen „Zur russischen Revolution“ zu verhindern.

⁵⁰ Ebd., S. 272.

⁵¹ PSS, Bd. 35, S. 213. Resolution des ZK der SDAPR(B) über den Ausschluss von S. A. Losowski aus der Partei.

⁵² Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1974, Band 4, S.332-365, hier S. 341, 346, 353, 359.

⁵³ Ebd., S. 364.

⁵⁴ „Nicht, als ob ich ihnen moralische Vorwürfe machen wollte. aber ein System, dass sich nur dadurch halten kann, dass es den Terror als Prinzip erklärt, ein System, bei dem Unbeteiligte als Geiseln erschossen werden, das kann sich nicht halten, das trägt den Todeskeim in sich.“ Käte Duncker an Hermann Duncker, 12. 9. 1918. In: Käte und Hermann Duncker. Ein Tagebuch in Briefen (1894–1953). Hg. von Heinz Deutschland, Berlin 2016. Der Brief ist unter der Nr. 1777 auf dem Datenstick abrufbar.

Das russische Beispiel als Masterplan

Alfons Paquet unternahm 1919, nach seiner Rückkehr aus Russland, den Versuch, den Deutschen den Geist der russischen Revolution zu erläutern. „Die Idee des Völkerbundes, der Rätegedanke, der Sinn des Sozialismus beschäftigt die Herzen“, schrieb er 1919, „und da die westlichen Formulierungen so schwach sind, fragt man ernsthaft nach östlichen.“⁵⁵ Am 13. Januar 1919 sprach er in Frankfurt am Main: „Die russische Revolution erscheint mir, trotz des Medusenantlitzes, das sie uns entgegenhebt, als das Urbild der Revolution schlechthin.“ John Reed hat es auf den Punkt gebracht: „Die Bolschewiki waren die einzigen in Russland, die ein konstruktives Programm aufzuweisen hatten und auch über die Macht verfügten, um es durchzusetzen.“⁵⁶ Doch gab es vor der 1921 eingeführten NÖP ein solches Programm? Was stattfand, war „die tatsächliche und bleibende Vernichtung der demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution“.⁵⁷ Die NÖP änderte bekanntlich nichts am Wesen der Diktatur.

Bela Kuns und Karl Radeks aus Budapest bzw. Berlin geschickte Briefe an Lenin sind voller Vergleiche der Entwicklung in beiden Ländern mit der Entwicklung in Russland im Jahre 1917. „Wenn in den nächsten 2-3 Wochen die Frage der Diktatur in Deutschland nicht entschieden wird“, schrieb Kun am 5. Januar 1919, „stehen uns die Julitage bevor.“⁵⁸ Karl Radek prognostizierte am 24. Januar 1919, daß sich „die Situation in unserem Sinne zuspitzt, die Führung der KPD jedoch nicht auf der Höhe der Zeit ist“.⁵⁹ Er sah in der KPD keine Partei mit Tradition, sondern erst eine Richtung.⁶⁰ Anstatt sich auf die straff organisierte Partei zu konzentrieren, würden alle möglichen diffusen Organisationen gegründet und toleriert.

Bela Kun bat Lenin im März 1920, sich mit der Kritik, insbesondere mit dem Hinweis darauf, dass Methoden des russischen Bolschewismus nicht für Westeuropa taugen, zurückzuhalten.⁶¹ Es ist besser, nach der russischen Methode, mit allen ihren Fehlern, zu handeln, als die bolschewistische Partei zu kastrieren.⁶²

Ex oriente lux

Nach dem Scheitern der Revolutionen im Westen blieb die Hoffnung auf die Revolution im Osten. Im Brief an die Spartakisten vom 9. März 1919 hatte

⁵⁵ Alfons Paquet: A.a.O., S. V.

⁵⁶ John Reed, 10 Tage, die die Welt erschütterten. Berlin, S. 14.

⁵⁷ Helmut Bock: Die russische Revolution. A.a.O., S. 358.

⁵⁸ Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Moskva 1998, S. 79.

⁵⁹ Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Moskva 1998, S. 90.

⁶⁰ Paquet : A.a.O., S. VIII.

⁶¹ Pis'mo B. Kuna V. Leninu o situacii v Vengrii i Avstrii. (Pozdnee 21 marta 1920 goda). In: Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Moskva 1998, S. 169.

⁶² Ebd.

Trotzki geschrieben: „[...] selbst jetzt noch kann man nicht sagen, dass das Tor von Berlin für einen russischen Kommunisten offen steht.“⁶³

Trotzki wandte sich bereits am 5. August 1919, nach der Niederlage der ungarischen Räterepublik und den Misserfolgen in der Ukraine, mit einem Brief an das ZK der KPR(B), in dem er die „Vorbereitung von Elementen ‚asiatischer‘ Orientierung“ forderte. Der Weg nach Indien ist kürzer, als der nach Sowjetungarn. Der Weg nach London und Paris führt über Afghanistan.⁶⁴ Die Komintern schuf zwischen dem I. und II. Kongress eine Reihe von Büros für die Koordinierung der Arbeit im Asien, Fernost und in Mexiko. Später wurde die Arbeit auf den Nahen Osten und Nordafrika ausgedehnt. Geld floss nach China und Korea.⁶⁵ Mit Gorbatschows Worten: „Erste Schritte zur Herstellung gleichberechtigter Beziehungen mit den Staaten des Ostens wurden unternommen – China, Türkei, Iran, Afghanistan.“⁶⁶

Der von der Kommunistischen Internationale im September 1920 organisierte Kongress der Völker des Ostens in Baku ist ein Ausdruck dieser institutionell verordneten Neuausrichtung. Anton Pannekoek hat diese asiatische Variante der Arbeiterrevolution im Westen gegenübergestellt.⁶⁷ „So bleiben am Schluss der historischen Tragödie zwei polemische Feststellungen“, konstatiert Helmut Bock. „Erstens können die unmittelbaren Revolutionsresultate von 1917 bis 1921 den zweifelhaften Titel der ‚Großen Sozialistischen Oktoberrevolution‘ keinesfalls rechtfertigen. Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte müsste im Traditionsverständnis heutiger Sozialisten und Kommunisten ernstlich geprüft und präzisiert werden. Zweitens aber sollte die historische Erfahrung unvergessen bleiben, daß ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die Krise Russlands und damit die Revolution bewirkte.“⁶⁸ So war es in Russland 1917 und in den Räumen Ost- und Mitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg. Während Russland nach dem Ersten Weltkrieg seine Rolle als Ordnungsmacht einbüßte, übernahm die Rote Armee nach dem Zweiten Weltkrieg die Rolle des Exporteurs der Revolution. Ein Zusammenhang mit der herbeigesehnten Weltrevolution lässt sich nicht herstellen. „Der Sozialismus habe ‚die Rolle einer entwicklungspolitischen Krücke für nachholende Entwicklung im peripher-kapitalistischen Umfeld‘ übernommen.“⁶⁹

⁶³ Wladislaw Hedeler/Alexander Vatlin (Hg.) Die Weltpartei aus Moskau. Berlin 2008, S. 270.

⁶⁴ Komintern i ideja mirovoj revoljucii. A.a.O., S. 146.

⁶⁵ Ebd., S. 130f.

⁶⁶ Gorbatschow: A.a.O., S. 49.

⁶⁷ Anton Pannekoek: Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution. In: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit. Beiheft 1. 2008, S. 98-104.

⁶⁸ Helmut Bock: Die russische Revolution. A.a.O., S. 359f.

⁶⁹ Dieter Senghaas: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt a. M. 1982, S. 305. Zit. nach Dietrich Beyrau: Oktoberrevolution. „Flammenschrift auf Europas östlicher Wand“, in: JHK 2017, S. 51.

Georg Fülberth

Engels, Revolution, Krieg*

Mit dem November 1989 wurde eine Tür zugeschlagen. Diese schloss die materialistische Geschichtsauffassung von der Zukunft aus und sperrte sie ins neunzehnte Jahrhundert ein. Manchmal verband sich damit auch der Vorschlag, das Werk von Karl Marx und Friedrich Engels zu akademisieren. Auf diese Weise ist immerhin die Marx-Engels-Gesamtausgabe, die MEGA, gerettet worden. Sie wurde fortgesetzt und wird mit staatlichen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder finanziert unter der Maßgabe, dass es sich um ein ausschließlich philologisches Projekt handle, in dem die Schriften von Marx und Engels ebenso als auf das 19. Jahrhundert begrenzte Angelegenheit ediert werden wie z. B. diejenigen Alexander von Humboldts, Jean Paul und der Brüder Grimm.

Die Enthistorisierung des Marxismus nimmt derzeit zwei Formen an.

Erstens in flacher Aktualisierung nach der Losung: „Sollte Marx nicht vielleicht doch Recht haben?“ Dies hört man immer wieder einmal, wenn es in der kapitalistischen Wirtschaft nicht recht rund läuft.

Die zweite Enthistorisierung ist ernster zu nehmen und letztlich erkenntnistheoretischer Natur. Gemeint ist die so genannte „Neue Marx-Lektüre“. Sie versucht aus dem „Kapital“ von Karl Max überzeitliche logische Strukturen herauszukristallisieren, die aus ihrem historischen Zusammenhang herausgelöst sind.

Im Folgenden soll historisierend verfahren werden. Dabei stellt sich die Frage, ob eine Theorie von den unmittelbaren Umständen, in denen sie entsteht und oder angewandt werden muss, bestimmt ist und ob sie aus ihnen herausgelöst werden kann. Inwieweit ist also die materialistische Geschichtsauffassung und die aus ihr gefolgerte Politik durch das 19. Jahrhundert geprägt worden?

Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, dieses 19. Jahrhundert zu charakterisieren. Es war erstens durch die industrielle Revolution, zweitens durch die politische Revolution und drittens durch den Krieg bestimmt. Der erste Punkt – industrielle Revolution – ist evident und wird deshalb hier nicht weiter erörtert, der zweite bedarf einer etwas näheren Erklärung, der dritte mag überraschen.

1.

Zunächst zum zweiten Punkt: politische Revolution.

Fasst man das 19. Jahrhundert nicht kalendarisch, also vom 1. Januar 1801 bis zum 31. Dezember 1900, sondern mit Eric Hobsbawm als das „Lange 19. Jahrhundert“, dann steht an seinem Anfang eine – ebenso in einer Formulie-

* Vortrag bei der Marxistischen Studienwoche 2017, Frankfurt/M., 13. März 2017.

rung von Hobsbawm – Doppelrevolution: die Industrielle Revolution in England und die große politische und gesellschaftliche Revolution in Frankreich. Beide haben dieses Jahrhundert beherrscht, auch die politische Revolution. Mit ihr entsteht nicht nur die Linke, sondern auch die Rechte, die es vorher nicht gab. Diese Rechte war hypnotisiert von der Revolution und von der Notwendigkeit ihrer Rückgängigmachung in Frankreich sowie ihrer Verhinderung in ganz Europa. Das war die Politik der Heiligen Allianz von 1815, von Metternich bis 1848 und die Staatsraison aller europäischen Staaten vor 1914. Auch die Mitte, die sich herausbildete, der Liberalismus mit seinen verschiedenen Varianten einschließlich des Sozialliberalismus, ging von der Notwendigkeit aus, einer Revolution vorzubeugen. Diese Revolution lag nicht in weiter Ferne, sie galt als präsent und musste aktuell bekämpft werden. Das Bild vom alten Maulwurf wurde zwar auf der Linken, so von Marx, verwandt, aber es war Gemeingut. Der alte Maulwurf war da – natürlich auch für die Linke. Die Präsenz der potentiellen Revolution prägte ebenfalls die Theorien in ihrer allgemeinen Form. Bei Marx und Engels ist das Revolutionsbewusstsein die Voraussetzung der Entstehung des Historischen Materialismus und Letztere genau datierbar: 1844. In den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ erörtert Marx erst die Möglichkeiten einer allgemeinen Revolution und entdeckt dabei das Proletariat. Von da aus kann es dann weitergehen zur Kritik der Politischen Ökonomie, die also, anders als bei Adam Smith und David Ricardo, nicht nur die Analyse einer bestehenden Gesellschaft ist, sondern auch der Möglichkeit ihrer Aufhebung. An gleicher Stelle, ebenfalls 1844 und ebenfalls in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, schrieb Friedrich Engels in seinen „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“, die Konkurrenz sei ein „Gesetz, das die Revolution erzeugt“¹ Damit wird Kritik der Politischen Ökonomie von Anfang an zugleich zur Revolutionstheorie. Diese Kombination aus Kritik der Politischen Ökonomie und Revolutionstheorie bestimmt auch die großen wissenschaftlichen Ausarbeitungen aufgrund der materialistischen Geschichtsauffassung, die am Beginn des 20. Jahrhunderts – tatsächlich am Vorabend einer großen Revolution – erscheinen sollten: „Das Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding (1910), „Die Akkumulation des Kapitals“ von Rosa Luxemburg (1913) und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ von Wladimir I. Lenin (1917). Nach 1945 findet sie sich z. B. in den Werken Ernest Mandels.²

Marxistische Kritik der Politischen Ökonomie im 19. und bei einigen Theoretikern noch des 20. Jahrhunderts war Revolutionswissenschaft. Ist sie das nicht, ist sie Volkswirtschafts- oder Betriebswirtschaftslehre und gehört in einen anderen Zusammenhang.

Kritik der Politischen Ökonomie wird geformt – Vertreter einer zweckfreien Wissenschaft werden sagen: deformiert – durch die Revolutionserwartung.

¹ MEW I: 514.

² U.a. Ernest Mandel, Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung, 1972.

Gleiches gilt bei Marx und Engels auch für die Politik: Sie betreiben Politik unter Revolutionsvorbehalt. Dabei ist Revolution für sie nicht eine Sache der langfristigen Perspektive, sondern der nächsten Jahre. 1850-1852 widersetzten sie sich zwar voluntaristisch-putschistischen Erwartungen im „Bund der Kommunisten“. Der qualitative Unterschied betraf die materiellen oder nichtmateriellen Voraussetzungen revolutionärer Politik, der quantitative aber nur wenige Jahre. Die nächste Revolution, so schrieb Marx 1850, werde mit der nächsten Krise kommen. Als diese 1857 ausbrach, haben Marx und Engels diese Auffassung nicht aufgegeben. Dem scheint eine berühmte Stelle aus Marx' Schrift: „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ von 1859 zu widersprechen: „Eine Gesellschaftsordnung geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“³

Das klingt sehr ruhig und langfristig. Wer dieses Zitat so auslegen wollte, als vertrage es sich auch mit der Prognose, dass der Kapitalismus vielleicht noch weitere 500 Jahre vor sich habe, mag Recht oder Unrecht haben, Marx aber sah das jedenfalls anders. Er war durchaus der Ansicht, dass in seiner eigenen Zeit und Lebenserwartung oder wenigstens bald danach der Zeitpunkt gekommen sei, in dem „die materiellen Existenzbedingungen“ der neuen Gesellschaft „im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ Die Revolution, über die Marx und Engels nachdachten, war eine Revolution des 19. Jahrhunderts und unter den Bedingungen dieses 19. Jahrhunderts. Von da aus erklärt sich auch die hektische Aktivität, mit denen sie den Fraktionskampf in der Arbeiterbewegung führten: es kam darauf an, im Moment der Revolution über die volle Schlagkraft einer zielbewussten Partei und aufgeklärter Massen zu verfügen. Wer die in dichter Frequenz abgeschickten Briefe liest, mit denen Engels in die Vorbereitung des internationalen Sozialistenkongresses 1889 eingriff, und wer die Briefe kennt, mit denen Lenin im Oktober und November 1917 aus seinem Versteck heraus die Entscheidungen der Bolschewiki zu beeinflussen suchte, entdeckt Parallelen: es ging um die unmittelbare Gegenwart.

2.

Die dritte Koordinate des 19. Jahrhunderts (neben der vorstehend nicht behandelten Industriellen Revolution und der politischen Revolution) war der Krieg.

Hier ist eine These Eric Hobsbawms etwas zu modifizieren: Vor dem Hintergrund des „Zeitalters der Katastrophen“ 1914-1945 erschien ihm das Lange

³ MEW 13: 9.

Neunzehnte Jahrhundert als ein friedliches Jahrhundert. Das war richtig für die Jahre 1815-1853 – also zwischen den napoleonischen Kriegen und dem Krimkrieg – und von 1871 bis 1914, aber nicht für die Zeit 1789-1815. Zwischen 1861 und 1871 ist die italienische und deutsche nationale Einheit durch Kriege herbeigeführt worden und fand der US-amerikanische Bürgerkrieg statt, von den britischen Kolonialkriegen ganz zu schweigen. Man hat sich angewöhnt, die Ergebnisse der preußischen Kriege 1864-1871 als Revolution von oben zu bezeichnen. Zum Bild vom friedlichen 19. Jahrhundert passen auch ganz und gar nicht die konterrevolutionären Blutbäder der Pariser Junischlacht 1848 und der Niederwerfung der Pariser Kommune im Mai 1871, exekutiert vom regulären Militär einer parlamentarischen Republik. Und was die gute alte Zeit des Friedens 1871-1914 angeht, so war sie nicht nur eine Periode des Wettrüstens, sondern auch der ständigen akuten Kriegserwartung. In den Briefen, die Bebel und Engels wechselten, wird immer wieder einmal der Krieg noch im nächsten Jahr erwartet. Das Diktum von Clausewitz, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, war im 19. Jahrhundert Gemeingut, auch für Marx und Engels. Wenn sie über Politik nachdachten, mussten sie auch über den Krieg nachdenken: nicht nur über den Bürgerkrieg, sondern auch über die Möglichkeit großer Kriege als Rahmen revolutionärer Politik. Insofern waren sie Bellizisten wie fast alle ihre Zeitgenossen. Innerhalb ihrer Arbeitsteilung fiel dabei das militärische Ressort Friedrich Engels zu. Er eignete sich dafür aufgrund einiger persönlicher Prägungen.

Dazu gehört sein Jahr als Einjährig Freiwilliger bei der Artillerie in Berlin 1841/42. Diese militärische Ausbildung ist offenbar nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Bis in seine spätesten Jahre bediente Engels sich in seinen Schriften und Briefen gern einer artilleristischen Metaphorik, etwa wenn er ankündigte, der dritte Band des „Kapital“ werde „wie eine Bombe einschlagen“⁴. Überhaupt die „Bombe“! Sie platzt bei Engels immer wieder einmal, zum Beispiel wenn er am 5. April 1889 an Wilhelm Liebknecht schrieb, ein unter dem Namen Eduard Bernsteins veröffentlichtes und von ihm zumindest redigiertes (wenn nicht auch zumindest mitverfasstes) Pamphlet habe „eingeschlagen wie eine Bombe und ein kolossales Loch gerissen“⁵. In seinen späteren strategischen Erörterungen werden häufig Stellungen „geräumt“ und „genommen“. Auch Marx benutzte die – ja auch heute noch gebräuchliche – Bomben-Metapher (z.B. in seinem Brief an Engels vom 20. Juli 1879)⁶, aber nicht so massenhaft wie Engels und vielleicht unter seinem stilistischen Einfluss.

Allerdings ist das Jahr bei der Artillerie nur die erste von insgesamt drei Phasen der militärtheoretischen und -praktischen Entwicklung von Friedrich Engels gewesen. Die zweite erfuhr er 1849 als Freischärler in Baden und in der Pfalz, die dritte durch seine ständigen militärwissenschaftlichen Studien seit den fünf-

⁴ MEW 37: 103.

⁵ MEW 37: 179.

⁶ MEW 33: 7.

ziger Jahren. Mit dem Jahr 1848 geriet die internationale Politik in den Horizont von Marx und Engels. Im Mai 1849 hatten russische Truppen an der Seite der Habsburger die ungarische Revolution niedergeschlagen. Das Zarentum war der Garant der Fortdauer der alten Ordnung in Europa. Seine Intervention gegen eine etwaige siegreiche Revolution in Deutschland musste als sicher gelten. Die Feindschaft gegen den Zarismus war seitdem eine Konstante in allen Überlegungen von Marx und Engels zur internationalen Politik. Ihre zweite Gegnerschaft galt den internationalen Hegemoniebestrebungen Louis Bonapartes, die er auch zur Stabilisierung seiner Herrschaft im Innern verfolgte. Nach seinem Sturz 1870 und der Errichtung der Dritten Republik war der Zarismus für Marx und Engels der zentrale internationale Feind einer künftigen deutschen Revolution.

Bei der Analyse dieser Kräfteverhältnisse richtete Engels seine Aufmerksamkeit auf die militärische Schlagkraft der russischen Autokratie, des französischen Bonapartismus und Preußen-Deutschlands. Dies wurde in den folgenden Jahren eines seiner Spezialgebiete. Im Londoner Exil absolvierte er anhand einschlägiger Literatur ein autodidaktisches Studium in Militärfragen und erwarb sich eine Kompetenz, die ihn später zu einem gesuchten Autor auch in nichtsozialistischen Blättern – zum Beispiel dem „Manchester Guardian“ und der „Pall Mall Gazette“ – machte. (In der Familie Marx und in seinem sonstigen engeren Umfeld nannte man ihn „General“.) Dabei verband er das Fachurteil durchaus auch mit Wertungen, die sich aus den von ihm und Marx seit 1848 entwickelten Ansichten zur internationalen Politik und zu den Etappen der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft (bis hin zu deren schließlicher Aufhebung) ergaben. Beide hatten in diesem Jahr einen Krieg gegen das zaristische Russland zur Verteidigung der deutschen Revolution für letztlich notwendig gehalten. Ebenso befürworteten sie ein energisches Vorgehen Englands und Frankreichs im Krimkrieg 1853-1856 und warfen diesen Zurückhaltung, die aus der Furcht vor revolutionären Konsequenzen resultiere, vor. Der Sieg der industrialisierten Nordstaaten der USA über den sklavenhaltenden Süden im Bürgerkrieg 1861-1865 erschien ihnen historisch folgerichtig und wurde von ihnen begrüßt. Engels' militärische Fachkritik sah auch hier einen letztlich klassenbedingten Mangel an Konsequenz des Vorgehens: Der Krieg sollte im Interesse der Bourgeoisie nicht zu jenem revolutionären Krieg werden, den einige deutsche Emigranten von 1848/49 (darunter sein ehemaliger Kommandant Willich) führen wollten.

Bis zum Sturz Napoleons III. und der Ausrufung der Dritten Republik 1870 begrüßten Marx und Engels einen Sieg der verbündeten deutschen Staaten. Danach entwarf Engels Betrachtungen über einen Feldzugsplan zur Verteidigung Frankreichs. Vorher hatte er sich enthusiastisch über die Tüchtigkeit der deutschen Truppen geäußert: „Was sagst Du aber zu unsern Soldaten, die eine verschanzte Position gegen Mitrailleusen und Hinterlader mit dem Bajonett nehmen? молодецъ!“⁷

⁷ Engels an Marx. MEW 33: 30. Russ. молодецъ! (heutige Schreibung: молодец!) = Prachtkerl. Als umgangssprachlicher Ausruf: Bravo! Alle Achtung!

Diese Stelle ist zweifellos interpretationsbedürftig, und zwar im Lichte der Erfahrungen, die Engels in der deutschen Revolution 1848/1849 gemacht hatte. In seiner Schrift „Die deutsche Reichsverfassungskampagne“ (1850) hatte er u.a. die militärische Untüchtigkeit eines Großteils der Aufständischen beschrieben. Diese ergab sich letztlich aus der in seiner Ausarbeitung „Revolution und Gegenrevolution in Deutschland“ (1851/1852) analysierten gesamtgesellschaftlichen Situation: Durch die Selbst-Unterwerfung der Bourgeoisie unter die Regierungen war die revolutionäre Bewegung gespalten, das Kleinbürgertum politisch geschwächt. Das Proletariat war zahlenmäßig noch zu klein und konnte keinen ausschlaggebenden Einfluss gewinnen. Die Aussichtslosigkeit der bewaffneten Aktion hatte ihre Kopfflosigkeit zur Folge. In dem Maße, in dem die industrielle Entwicklung voranschritt und die bisherigen Mittelschichten in die Arbeiterklasse absanken, wuchs deren Bedeutung. Der Zeitpunkt war abzusehen, in dem aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht die Mehrheit der Armeen aus Proletariern bestehen werde. Dies war von Wichtigkeit im Moment der Revolution, in dem das Kräfteverhältnis entweder zu einer Neutralisierung oder gar einem Seitenwechsel der Streitkräfte führen würde (wie – von Engels nicht vorhersehbar – in Russland im Februar 1917) oder die Aufständischen eigene, durch den Wehrdienst gut ausgebildete Formationen einsetzen könnten (wie in der Oktoberrevolution 1917). Für Marx war der Sieg deutscher Waffen 1870 u. a. sogar ein Beitrag zum Fraktionskampf: „Siegen die Preußen, so die Zentralisation der state power nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse. Das deutsche Übergewicht würde ferner den Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen, und man hat bloß die Bewegung von 1866 bis jetzt in beiden Ländern zu vergleichen, um zu sehn, daß die deutsche Arbeiterklasse theoretisch und organisatorisch der französischen überlegen ist. Ihr Übergewicht auf dem Welttheater wäre zugleich das Übergewicht unsrer Theorie über die Proudhons etc.“⁸

Mag diese Überlegung heute makaber klingen, so entsprach sie doch einer Vorstellung auch Engels' von einer Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, in der alle Teilelemente, auch die Waffengewalt, auf einen revolutionären Reifepunkt hinliefen.

Man findet diese Betrachtungsweise auch noch in seinem so genannten politischen Testament von 1895, seiner Einleitung zu Marx' wieder aufgelegter Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ von 1850. Diese ist bis heute vor allem als Absage an die alte Barrikaden-Kampfweise interpretiert worden. Angesichts der modernen Waffentechnik und des neuen Städtebaus mit seinen Boulevards, die den Kanonen freies Schussfeld geben, sei das aussichtslos und auch gar nicht mehr nötig. Wenn die Arbeiterorganisationen sich im Kapillarsystem der Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft so ausgebreitet hätten, dass sie daraus nicht mehr vertrieben werden könnten, dann bedeute das zwar keinen friedlichen Übergang zum Sozialismus, aber eine Infragestellung der bisherigen

⁸ Marx an Engels, 20. Juli 1870. MEW 33: 5. Hervorhebung: Marx.

Hegemonie der herrschenden Klassen. Es steige dann die Gefahr des militärischen Staatsstreichs und die Notwendigkeit revolutionärer Gegengewalt.

Zu diesem späten Zeitpunkt, kurz vor Engels' Tod, waren diese Überlegungen nur noch eine Nebenlinie. Seine bis dahin hörbare etwas frisch-fröhliche Zuversicht in Militärdingen war jetzt der Angst vor einem großen europäischen Krieg gewichen. Wie Bismarck war er geplagt vom „cauchemar des coalitions“, dem Alptraum einer russisch-französischen Allianz und einem daraus resultierenden militärischen Konflikt, in dem jede Revolutionsperspektive untergehe. Sie ging sogar so weit, dass er sich eine Situation vorstellte, in der die deutschen Arbeiter die Waffen in einem Verteidigungskrieg gegen eine solche Koalition ergreifen müssten: „Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des deutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, die Pflicht der deutschen Sozialisten sein? Sollen sie die Ereignisse passiv über sich ergehen lassen, die ihnen Vernichtung drohn, sollen sie widerstandslos den Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor dem Proletariat der ganzen Welt?

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, ebenso wenig vor dem äußern wie vor dem innern Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien. Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie. Gegenüber dem deutschen Kaisertum kann die französische Republik möglicherweise die bürgerliche Revolution repräsentieren. Aber gegenüber der Republik eines Constans, eines Rouvier und selbst eines Clemenceau, besonders aber gegenüber der Republik im Dienste des russischen Zaren repräsentiert der deutsche Sozialismus unbedingt die proletarische Revolution.“⁹ Darauf hat sich die SPD ab dem 4. August 1914 berufen. Es zeigt eine Grenze Engelsschen Denkens letztlich aus einer Ohnmachtsposition heraus: wenn nämlich die Revolution dem Krieg nicht zuvorkommt. Dann siegt eben die Außenpolitik, die laut Peter Hacks das Geistlose an der Politik ist.

Diese Wendung, die Engels das Katastrophenpotential eines Weltkriegs nicht nur als Chance, sondern auch als eine Gefahr für die Revolutionsperspektive erkennen lässt, ist zwischen 1887/1888 einerseits und 1889 andererseits zu beobachten.

In seiner Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung an die deutschen Mordspatrioten. 1806-1807“, geschrieben 1887, veröffentlicht 1888, führte Engels aus: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch

⁹ MEW 22: 255

nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse. Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt. Das ist es, meine Herren Fürsten und Staatsmänner, wohin Sie in Ihrer Weisheit das alte Europa gebracht haben. Und wenn Ihnen nichts andres mehr übrigbleibt, als den letzten großen Kriegstanz zu beginnen, uns kann es recht sein. Der Krieg mag uns vielleicht momentan in den Hintergrund drängen, mag uns manche schon eroberte Position entreißen. Aber wenn Sie die Mächte entfesselt haben, die Sie dann nicht wieder werden bändigen können, so mag es gehn wie es will: am Schluß der Tragödie sind Sie ruiniert und ist der Sieg des Proletariats entweder schon errungen oder doch unvermeidlich.“¹⁰

Anders äußerte sich Engels im März 1889 in einem Brief an Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue. 1888 hatte der ehemalige General Georges Boulanger eine rechtspopulistische Massenbewegung entfacht, die sich gegen die Eliten der Dritten Republik richtete, mit starker Betonung ihrer Korruption. Lafargue sah in deren Zulauf – nicht nur von Bauern und Kleinbürgern, sondern auch von Arbeitern – den Ausdruck einer vorrevolutionären Situation. Man dürfe sich nicht frontal gegen Boulanger stellen, sondern müsse seine Anhängerinnen und Anhänger dort abholen, wo sie stehen. Engels wandte sich scharf dagegen. Boulanger werde im Fall seines Sieges seine Versprechen nicht einholen können. Dann werde er seine stärkste Karte spielen, den Chauvinismus und im Bündnis mit Russland in den Krieg gegen Deutschland ziehen – er bedeute den Krieg. Lafargue schreckte das nicht. Prima, antwortete er, der Krieg bedeute die allgemeine Volksbewaffnung, und die allgemeine Volksbewaffnung sei die Revolution. Hierüber war Engels außer sich. Einen Weltkrieg auf dem neuesten Stand der Waffentechnik beschrieb er in seinen rein militärischen Einzelheiten wie noch in dem Text zu Borkheim, jedoch anders, was dies für das Verhältnis von Revolution und Konterrevolution anging: „Was einen Krieg betrifft, so ist er für mich die schrecklichste aller Möglichkeiten. Sonst würde ich mich den Teufel um die Launen von Madame Frankreich scheren. Aber ein Krieg, in dem es 10 bis 15 Millionen Kämpfende geben wird, der, allein um sie zu ernähren, eine noch nie dagewesene Verwüstung mit sich bringen wird; ein Krieg, der eine verstärkte und allgemeine Unterdrückung unserer Bewegung, eine Verschärfung

¹⁰ MEW 21: 350/351

des Chauvinismus in allen Ländern und schließlich eine Schwächung mit sich bringen wird, zehnmal schlimmer als nach 1815, eine Periode der Reaktion als Folge der Erschöpfung aller ausgebluteten Völker – und alles dies gegen die geringe Chance, daß aus diesem erbitterten Krieg eine Revolution hervorgeht – das entsetzt mich. Besonders wegen unserer Bewegung in Deutschland, die niedergeworfen, zermalmt und mit Gewalt vernichtet würde, während der Friede uns den fast sicheren Sieg bringt. Und Frankreich könnte während dieses Krieges keine Revolution machen, ohne seinen einzigen Verbündeten, Rußland, in die Arme Bismarcks zu treiben und sich durch eine Koalition vernichtet zu sehen. Die geringste revolutionäre Bewegung wäre Vaterlandsverrat. Wie würde die russische Diplomatie da lachen!¹¹

Dieses realistische Schreckensbild hatte Engels sich durch das Studium der Rüstungsentwicklung erarbeitet. Eine Scheitelerfahrung auf dem Weg dahin war für ihn der Krimkrieg. Dieser hat auf zwei Intellektuelle des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Wirkung. Der eine war Lev Tolstoi. Er hatte im Krimkrieg als Offizier gekämpft. In seinem Roman „Krieg und Frieden“ projizierte er in der furchtbaren Lazarettzene das, was er da gesehen hatte, in das Jahr 1812 zurück. Der andere war Engels. Der Weltkrieg war für ihn das Ende aller Hoffnungen für die Arbeiterbewegung, er war die Konterrevolution schlechthin, in der – von ihm selber erst halb begreifbar – die einst revolutionären Parteien Kriegsparteien wurden. Das, was 1917 geschah, konnte er sich 1889 nicht vorstellen. Seine Darlegung nahm den Materialkrieg 1914-1918 vorweg, nicht aber den Vernichtungskrieg 1939-1945 und die Perspektive eines Atomkriegs ab 1945.

Letztlich hielt Engels auch unter den Bedingungen des 19. Jahrhunderts wenig von der durch ihn 1887/1888 immerhin einmal erwogenen Möglichkeit, dass ein Weltkrieg eine Revolution nach sich ziehen könne. Umgekehrt: die soziale Revolution müsse dem Krieg zuvorkommen, indem sie die herrschenden Klassen zum Frieden zwingt. Eine operative Lösung auf diesem Weg war für ihn die Forderung nach Einfuhr eines Milizsystems nach dem Vorbild der Schweiz.¹²

3.

Das 19. Jahrhundert war für Friedrich Engels das Zeitalter der noch führbaren Kriege gewesen. Das 20. wurde das Jahrhundert der nicht mehr führbaren Kriege, die aber dennoch geführt wurden. Mit ihnen wäre Engels endgültig am Ende mit seinem Latein gewesen.

Und im 21. Jahrhundert? Da wäre er völlig fremd gewesen. In seiner Zeit hatte er gern Umgang mit Naturwissenschaftlern gehabt, darunter dem Chemiker Viktor Paul, einem der Gründer der späteren Farbwerke Hoechst. Besonders eng war seine Beziehung zu dem Chemiker Carl Schorlemmer in Manchester, der mehrere Elemente entdeckt hatte und Kommunist war. Wenn Schorlemmer zu einer politischen Versammlung kam, erschien er zuweilen recht be-

¹¹ MEW 37: 171.

¹² MEW 21: 345; MEW 22: 369-399.

schädigt: die Gesichtshaut war zerfetzt, weil ihm wieder einmal bei einem Versuch das Labor um die Ohren geflogen war. Das war eine typische Chemikererfahrung des 19. Jahrhunderts. Manche Chemiker hatten nur ein Auge, andere nur ein Ohr, als Schüler hatte Justus Liebig den Dachstock des elterlichen Hauses in Darmstadt in die Luft gejagt, als ihm ein Experiment missglückte. Das 19. Jahrhundert, das Revolutionsjahrhundert, war in den Naturwissenschaften auch das Jahrhundert der Experimente mit ungewissem Ausgang. Ein Teil dieser gefährlichen Experimente wird heute durch Modellierung und Simulation am Computer ersetzt. Ob Engels diesen Weg mitgehen würde, wissen wir nicht. Wir können annehmen, dass er ihn nur interessiert hätte, wenn es nach wie vor ein revolutionärer Weg wäre.

SONDERHEFT OKTOBERREVOLUTION

1917-2017

Was war, was wurde, was bleibt

Mit Beiträgen von Michail Krjukow, Jelena und Alexander Charlamenko (Russland), Sitaram Yechury (Indien), José Reinaldo Carvalho (Brasilien), Blade Nzimande (Südafrika), Domenico Losurdo (Italien), Jerónimo de Sousa (Portugal), Hans Hautmann (Österreich) und aus der Bundesrepublik: Peter Brandt, Gerrit Brüning, Raimund Ernst, Willi Gerns, Nina Hager, Lothar Schröter



Einzelpreis	12,50 €
Jahresabo	48,00 €
ermäßigtes Abo	32,00 €

**Neue Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

Winfried Schwarz

Karl Marx 1843-1848

Zum historischen Hintergrund von Raoul Pecks Film „Der junge Karl Marx“

Der Beitrag behandelt neun Schlüsselszenen des Films, jede auf drei Ebenen. Die erste Ebene ist die Filmszene selbst, die ich knapp wiedergebe, soweit sie mir nach mehrfachem Kinobesuch im Gedächtnis geblieben ist. Die zweite, genannt „biografische Grundlage“, stellt die den Szenen zugrunde liegenden historischen Sachverhalte vor, wie sie durch die Marx-Engels-Forschung verbürgt sind oder auch nicht. Derlei Kommentare sollen nicht besserwisserisch den Film zurechtrücken oder ihn gar kritisieren. Im Gegenteil, historische Fakten dienen der *Erklärung des Films*. Sicherlich gibt es interessante und weniger interessante solcher Fakten. Liest Marx im Film ein Buch, das erst drei Monate später erschienen ist, so wird das auf „Ebene Zwei“ zwar mitgeteilt, ist aber nicht besonders aufregend. Wenn aber erklärt wird, warum Wilhelm Weitling (wer war das überhaupt?) im Streit mit Marx von 40.000 Kriminellen spricht, die den kommunistischen Umsturz unterstützen sollen, dann ist das sicher auch für manche „Z“-Leser/innen neu. Die dritte Ebene („Hintergrund“) hätte ich nicht eingeführt, wenn ich sie nicht für besonders wichtig für alle diejenigen hielte, denen an Theorieentwicklung oder, wie man früher sagte, der Herausbildung des wissenschaftlichen Sozialismus gelegen ist. Vorlesen von Büchern ist in Filmen nur ausnahmsweise angebracht. Für die Wiedergabe von Texten eignen sich gedruckte Medien besser. Darum nutze ich die neun Filmszenen für kurze Zusammenfassungen derjenigen Werke und Studien (von Marx, Engels, auch Proudhon), die zum fraglichen Zeitpunkt entstehen oder entstanden sind, sofern es im Film einen Bezug darauf gibt.

1. Köln, März 1843: Verbot der Rheinischen Zeitung

In den Redaktionsräumen der „Rheinischen Zeitung“ wird hektisch das bevorstehende Verbot diskutiert. Marx rechtfertigt die oppositionelle Linie der Redaktion, erklärt aber, genug davon zu haben, infolge der Zensur nur „mit Nadelstichen statt mit Keulenschlägen“ für die Freiheit zu kämpfen; er wendet sich zugleich gegen den Junghegelianer Bruno Bauer, dessen und seiner Freunde vage Phrasen seine Tätigkeit erschwert hätten. Auch Arnold Ruge greift in die Diskussion ein. Moses Heß gibt sich wegen des Verbots gelassen. Mitten im Streit dringen Polizisten ein, verhaften Marx und andere. Die im Polizeiwagen angeketteten Arnold Ruge und Karl Marx beraten über neue Publikationspläne.

Biografische Grundlage. Am 12. Februar 1843 fand in Köln die Generalversammlung der „Rheinischen Zeitung“ statt, auf der Marx gegen die Absicht der Aktionäre protestierte, das für den 1. April beschlossene Verbot durch Entschärfung des Redaktionskurses doch noch rückgängig zu machen. Er trat im März,

zwei Wochen vor dem Verbot, zurück. Damals verhandelte er bereits mit Ruge über die gemeinsame Herausgabe von „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, nachdem dessen „Deutsche Jahrbücher“ zeitgleich mit der „Rheinischen Zeitung“ verboten worden waren. Im Herbst übersiedelten sowohl die Familie Ruge als auch der frisch mit Jenny verheiratete Marx nach Paris.

Die Filmszene fasst die Redaktionsversammlung mit der Polizeiaktion zeitlich zusammen. Von den streitenden Autoren war bei der polizeilichen Schließung keiner wirklich in Köln. Ende März befanden sich Marx in Holland, Bruno Bauer in Berlin, Arnold Ruge in Dresden, Moses Heß in Paris.

Hintergrund. Die „Rheinische Zeitung“ war eine Gründung des liberalen rheinischen Großbürgertums, das aufgrund des innerhalb Preußens relativ hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes des Rheinlands in Widerspruch zur halbfeudalen preußischen Monarchie geriet. Einige ihrer Aktionäre fühlten sich den Berliner Junghegelianern verbunden, einer radikalen politisch-philosophischen Strömung, die die Republik als Staatsform befürwortete und zum Teil der historischen Französischen Revolution anhing. Auch Marx zählte sich seit seinem Berliner Studium (1836-1841) dazu. Seine philosophisch begründete Ansicht, durch öffentliche Kritik sozialer Missstände den Preussischen Staat zu ihrer Beseitigung zu veranlassen, wurde erschüttert, als er in der Zeitung die harte Verfolgung von Holzdiebstahl und die von der Verwaltung missachtete Not der Winzer vergeblich anprangerte. Er begann, das Hegelsche Konzept eines selbständigen Staates über der bürgerlichen Gesellschaft zu hinterfragen, anders als die „ultralinke“ Fraktion der Junghegelianer um Bruno Bauer, die alles Bestehende durch geistige Kritik überwinden zu können glaubte. Marx schätzte in seiner Kölner Zeit und danach von den Junghegelianern besonders Ludwig Feuerbach und Arnold Ruge.

Arnold Ruge, 16 Jahre älter als Marx, war eine zentrale Figur im fortschrittlichen Geistesleben. Er gab seit 1838 Zeitschriften heraus, worin die Junghegelianer schrieben. Er hatte bereits 1830 vier Jahre Festungshaft hinter sich und wurde ab 1840 immer wieder mit Verboten seiner Zeitschriften konfrontiert – so 1841 der „Halleschen Jahrbücher“ und 1843 des Nachfolgeorgans „Deutsche Jahrbücher“ (wofür sowohl Engels als auch Marx Beiträge verfasst hatten). Nach dem Verbot der „Deutschen Jahrbücher“ radikalisierte sich Ruge und näherte sich vorübergehend sozialistischen Ansichten an, aus denen er eine „humanistische“ Revolution als Notwendigkeit ableitete.

Auch Moses Heß war Junghegelianer; er stand schon während seiner Mitarbeit an der „Rheinischen Zeitung“ französischen kommunistischen Positionen nahe.

2. Paris, Frühjahr 1844: Proudhon

Marx besucht das „Republikanische Bankett“ und hört der Rede Proudhons vor Handwerkern und einigen Fabrikarbeitern zu. Proudhon bezeichnet das Eigentum als Diebstahl. Eigentum sei zwar ein Naturrecht, aber es greife notwendigerweise in die Freiheit, Gleichheit und die Sicherheit anderer ein. Es sei deshalb ein „antisoziales“ Naturrecht. „Ich verlange nicht, dass jeder

am Eigentum teilhat. Ich verlange ganz einfach, dass es abgeschafft wird“, und unter Beifall: „Nieder mit dem Eigentum!“. Marx' Zwischenrufe, Eigentum sei eine Abstraktion, und, ob das private oder das modern-bürgerliche gemeint sei, werden von Proudhon nicht wirklich ernst genommen.

Nach der Rede wird Marx von Bakunin, der sich als Leser der „Jahrbücher“ vorstellt, mit Proudhon bekannt gemacht. Marx erinnert Proudhon an seine Frage nach der Definition von Eigentum als Diebstahl: „Wenn ich Eigentum stehle, was stehle ich dann? Den Diebstahl!“ Jenny ist es, die dem verdutzten Proudhon die Zirkelargumentation erläutert.

Biografische Grundlage. Die Rede wird nicht zufällig durch einen Zuhörer unterbrochen: Proudhon habe nur Handwerker begrüßt. Der Zwischenruf verdeutlicht den folgenreichen Umstand, dass Industriearbeiter im arbeitenden Volk damals erst eine kleine Minderheit bildeten.

Der Inhalt der Rede Proudhons ist dem Sinn nach authentisch, sie enthält wörtliche Formulierungen aus seinem berühmten Werk „Qu'est-ce que la propriété?“ (Was ist das Eigentum?) von 1840. Marx hatte 1842, als er als Redakteur den Kommunismus-Vorwurf gegen die „Rheinische Zeitung“ zurückwies, erklärt, dass diese Ideen, „vor allem das scharfsinnige Werk Proudhons“, nur nach eingehendem Studium kritisiert werden könnten. In Paris trat er mit Proudhon in Kontakt, sie führten „lange, oft übermächtige Debatten“, wie Marx 1865 in seiner Würdigung Proudhons berichtet. Sein Vorwurf, Proudhons Eigentumsbegriff sei unhistorisch und beziehe sich nicht auf das „modern-bürgerliche“ Eigentum, stammt ebenfalls daher. Dort weist er auch, wenngleich nur nebenbei, auf den Zirkelschluss hin, dass Diebstahl als Verletzung des Eigentums das Eigentum voraussetze.

Bakunin blieb sein ganzes Leben mit Proudhon befreundet, den er wegen seiner Ablehnung des Staates als Anarchisten verehrte. Marx stand in den 1840er Jahren mit Bakunin in Kontakt; er nahm ihn 1847 in den Brüsseler Arbeiterverein auf. Später wurden sie entschiedene Gegner.

Hintergrund. Proudhon stammte als Sohn eines Küfers und einer Dienstmagd aus armen Verhältnissen. Mit seinem 1840 erschienenen Werk „Was ist das Eigentum?“ erregte er national und international Aufsehen. Proudhon schrieb Elend und Armut dem Eigentum zu, das im Widerspruch zu den Naturrechten Freiheit und Gleichheit stehe, weil es sie zerstöre. Im Unterschied zum „Besitz“ als einer gesellschaftlichen Funktion sei „Eigentum“ ein ungerechtes Privileg. Ein Recht auf Eigentum – vor allem an Grund und Boden – gäbe es nicht; es sei weder durch ursprüngliche Besitznahme noch durch Arbeit zu rechtfertigen. Daraus leitet er die Abschaffung des Eigentums zugunsten der Gleichheit der Löhne ab, und zwar aller Löhne, unabhängig von individueller Leistung oder Talent. Trotz grundsätzlich kommunistischer Konsequenzen seiner Anschauungen vertrat er kein alternatives Gesellschaftsmodell und suchte daher nicht nach sozialen Kräften, die das Eigentum mittels Überzeugung oder gewaltsam abschaffen könnten. Später favorisierte er gegenseitige nicht-staatliche Hilfe und direkten Warentausch zwischen Kleinproduzenten.

3. Paris, Ende August 1844: Engels und Marx bei Arnold Ruge. „Deutsch-Französische Jahrbücher“

Engels besucht auf der Durchreise von England nach Barmen in Paris Arnold Ruge, um ihm Texte anzubieten. Ruge findet sie glänzend, könne sie aber nicht bezahlen. Er bemerkt abschätzig über Marx, dass der nie rechtzeitig mit seinen Texten fertig würde. Dieser tritt ein und fordert ausstehende Honorare für seine Artikel in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“. Ruge stellt ihm Engels vor, den Marx kühl fragt: „Haben wir uns nicht schon mal gesehen?“ Engels: „in Berlin“. Marx bleibt unfreundlich: „Sie waren sehr arrogant und haben das auch gezeigt“. Das Eis bricht erst, als sie sich gegenüber sitzen. Engels bewundert Marx als „größten materialistischen Denker“ und nennt dessen Artikel „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ „genial“. Marx gibt das Kompliment zurück: „Ihre Arbeit über die arbeitende Klasse in England“ ist „kolossal“. Als Ruge zurückkommt, sind die beiden weg.

Biografische Grundlage. Das Zusammentreffen von Engels mit Marx Ende Juli 1844 war tatsächlich ihr zweites. Das erste fand allerdings nicht 1841 in Berlin, sondern 1842 in Köln statt. Als Engels ab September 1841 in Berlin seinen einjährigen Militärdienst absolvierte und in der Freizeit in Verbindung mit den Junghegelianern trat, war Marx schon ein halbes Jahr weg. Allerdings besuchte Engels im November 1842 auf der Durchreise nach England Marx in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“, wo es recht kühl zugegangen sein soll; Marx hatte damals gerade mit der extremen Fraktion der Berliner Junghegelianern, den so genannten „Freien“, gebrochen. Gleichwohl schrieb Engels aus England danach für die „Rheinische Zeitung“, darunter auch einen kurzen Beitrag mit dem Titel „Lage der arbeitenden Klasse in England“. Er hatte für die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ (nachfolgend: DFJ) zwei Beiträge verfasst, darunter die „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, die Marx sehr schätzte. Ab Februar 1844 standen Marx und Engels in Briefwechsel, waren sich folglich in Paris nicht mehr ganz so fremd. Engels' Arbeit über die arbeitende Klasse in England, die das Prädikat „kolossal“ wirklich verdient, kann nur das Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ sein, das Ende Mai 1845 erschien, neun Monate nach dem Pariser Zusammentreffen. Die DFJ wurden in Paris erst zum Kauf angeboten, als Nachrichten über ihren erfolgreichen Schmuggel nach Deutschland vorlagen (März 1844). Wegen ihres finanziellen Misserfolgs wurden sie nicht fortgesetzt. Marx soll sein Honorar in Form von Belegexemplaren erhalten haben.

Hintergrund. Die DFJ enthalten 1844 zwei Artikel von Marx. Er befasst sich im ersten, „Zur Judenfrage“, mit dem Verhältnis zwischen rein politischer und allgemein menschlicher Emanzipation. Der Staat könne die Zustände der bürgerlichen Gesellschaft nicht verändern, da er aus ihr hervorgehe. Selbst im „vollendeten“ politischen Staat seien bürgerliche Gesellschaft und Privateigentum „nicht nur nicht aufgehoben, sondern sogar vorausgesetzt“. Im Staatsbürgertum trenne „der Mensch“ sein „Gattungswesen“ von sich ab; durch dessen Zurücknahme sei „menschliche Emanzipation“ möglich.

In „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ geht Marx einen Schritt weiter und definiert als Träger der allgemein-menschlichen Emanzipation das Proletariat. Zwar proklamiere jede besondere Klasse ihre politische Befreiung als allgemeine Befreiung, wie es in Frankreich die Bourgeoisie getan habe. Aber die „deutsche Emanzipation“ sei nur noch als allgemein-menschliche überhaupt möglich. Bedingung dafür sei eine Klasse „mit radikalen Ketten“, die „sich nicht emanzipieren kann, ohne ... damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren“.

Der Kommunismus wird in den DFJ nicht befürwortet. Im Gegenteil. In einem darin abgedruckten Brief „M. an R.“ (Marx an Ruge) distanziert sich M. von ihm als einer „dogmatischen Abstraktion“. Der Kommunismus, „wie ihn Cabet, Dézamy, Weitling etc. lehren“, sei eine „von seinem Gegensatz, dem Privatwesen, infizierte Erscheinung“; Aufhebung des Privateigentums und Kommunismus seien daher „keineswegs identisch“. Die Autorschaft des Briefes ist nicht sicher. Marx hat sich nie als Verfasser bezeichnet, weil er von Ruge „zurechtredigiert“ worden sei, der „allerlei Blödsinn hineingesetzt“ habe. Ruge nahm 1847 den Brief sogar in seine eigenen „Sämtliche Werke“ auf. Darum gibt der Brief nicht zwingend die Marxsche Position wieder.

4. Paris, Ende August 1844: Literarische Pläne. „Ökonomisch-Philosophische Manuskripte“

Beim Schachspiel in einem Café rät Engels Marx, die englischen Ökonomen zu lesen, vor allem Smith und Ricardo. Philosophische Kritik sei zwar maßgebend, aber die Ökonomie sei die „Grundlage für alles“. Marx kann noch nicht Englisch. Er informiert Engels über seinen Bruch mit Ruge. Er werde seine Texte nun dem „Vorwärts“ geben. Auf dem Heimweg teilt Marx, ange-trunken, Engels seine aus ihrem Gespräch gewonnene Erkenntnis mit: „Bis jetzt haben alle Philosophen die Welt nur interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Auf die Frage nach dem Wie fällt Marx Proudhon ein.

Am nächsten Morgen findet Jenny den aufgewachten Engels im Wohnzimmer vor. Marx erklärt ihr, dass sie beide eine gemeinsame Schrift planen, eine Abrechnung mit der Berliner Clique der „kritischen Kritiker“ um Bruno Bauer. Jenny schlägt als Titel vor: „Kritik der kritischen Kritik“.

Biografische Grundlage. Ende August 1844 war Marx kein Laie auf ökonomischem Gebiet mehr. Er war selber zur Erkenntnis gelangt, dass die ökonomischen Verhältnisse in der Gesellschaft die bestimmenden sind und hatte seit Mai ökonomisch-philosophische Manuskripte verfasst, auf Basis der modernen Ökonomen, insbesondere von Adam Smith (noch nicht von Ricardo). Er exzerpierte allerdings nur aus französischen Übersetzungen, so dass Engels' Rat, die Originale zu studieren, Sinn macht. Dass Marx auf dem nächtlichen Heimweg die 11. Feuerbachthese eingefallen sein soll – sei's drum. Man kann es ja nicht völlig ausschließen.

Zu Jenny Marx: Sie befand sich während Engels' Aufenthalt nicht in Paris, sondern mit ihrer kleinen Tochter in Trier.

Der deutschsprachige „Vorwärts“, der ab Januar 1844 in Paris zwei Mal wöchentlich erschien, war ein gemäßigt-politisches Blatt gewesen, bevor im Mai die Redaktion von Publizisten übernommen wurde, die mit Marx befreundet waren und die Zeitung radikalisierten. Marx machte darin Ende Juli seinen Bruch mit Ruge öffentlich, indem er dessen Abwertung des schlesischen Weberaufstands als bloßer Hungerrevolte entgegensetzte, dass die Weber ein „Bewusstsein über das Wesen des Privateigentums“ bewiesen hätten, was sicherlich eine Überbewertung gewesen ist. Als der „Vorwärts“ ein missglücktes Attentat auf den Preußischen König bedauerte, wurde er unter Druck der Preußischen Gesandtschaft verboten. Mehrere Autoren, darunter Ruge und Marx, erhielten Ausweisungsbefehle. Marx konnte seinen nicht abwehren. Er ging mit Familie nach Brüssel, wohnte dort die nächsten drei Jahre.

Hintergrund. Die Rolle des Proletariats als des allgemein-menschlichen „Emanzipators“ war in den DFJ eher eine philosophische Ableitung gewesen, keine wirkliche, gar ökonomische Begründung. Marx erster Versuch dazu sind „Ökonomisch-Philosophische Manuskripte“, die er ab Mai 1844 niederschrieb. Diese enthalten u.a. auch eine Bewertung des Kommunismus.

Im Hauptteil der (nicht vollständig erhaltenen, 1932 erstmals publizierten) Schrift exzerpiert Marx englische Ökonomen, vor allem Adam Smith, entlang der Einkommensformen der drei Grundklassen: Arbeitslohn, Profit, Grundrente. Seine Kommentare drehen sich um die „verheerenden“ Auswirkungen auf die Lage des Arbeiters, der „zur elendsten Ware herabsinkt“. Ausgangspunkt seiner Grundsatzkritik an den Ökonomen ist, dass ihre sämtlichen Gesetze nur Ausdrucksformen des Privateigentums seien. Da sie das Privateigentum als natürlich voraussetzen, begreifen sie diese Gesetze nicht und können nicht zeigen, wie sie aus dem Wesen des Privateigentums hervorgehen.

Der Ursprung des Privateigentums ist nach Marx die „entfremdete Arbeit“, nämlich die Entfremdung des Menschen von seinem Produkt, vom Akt der Produktion und von seinem „Gattungswesen“. Es zeige sich, dass „wenn das Privateigentum als Grund, als Ursache der entäußerten Arbeit erscheint, es vielmehr eine Konsequenz der selben ist“. Die These, entfremdete Arbeit als Ursache des Privateigentums, nicht als seine Folge zu begreifen, wird im Manuskript (soweit überliefert) nicht ausgeführt. Zwar stellt Marx noch die naheliegende Frage: „Wie kommt der Mensch dazu, seine Arbeit zu entfremden?“ und nähert sich damit seiner späteren historischen Sichtweise. Aber er nimmt das Thema im Manuskript – und auch in der Folgezeit – nicht wieder auf.

Neu ist eine differenzierte Bewertung des Kommunismus als Ziel der „Arbeiteremanzipation“. Marx bezeichnet ihn als „positive Aufhebung des Privateigentums“. Er sei die „Aneignung des menschlichen Lebens“, die Aufhebung „aller Entfremdung“. Dies gilt aber nur für die zweite Form des Kommunismus. Die erste Form sei der „rohe“ Kommunismus, der Talent und Persönlichkeit negiere, der eine Rückkehr sei „zur unnatürlichen Einfachheit des armen, rohen und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist“. Marx ordnet

den beiden Formen des Kommunismus keine Namen zu. Es lässt sich vermuten, dass er die rohe Form nicht für sich reklamierte. Euphorisch schließt er: „Der Kommunismus ist die notwendige Gestalt und das energische Prinzip der nächsten Zukunft“.

5. Paris, September 1844: Kritik der kritischen Proudhon-Kritik. Die „Heilige Familie“

Während Proudhon vom Maler Courbet porträtiert wird und über die Kunst der Zukunft redet, spielt Marx mit Bakunin Schach. Er stellt Proudhon seinen „Freund“ Friedrich Engels vor und teilt ihm ihre geplante Veröffentlichung mit, worin sie ihn gegen die Kritik deutscher Philosophen verteidigen wollen. Marx erläutert den Ansatz: „Sie haben zwei Herzen in der Brust“, den „kritischen“ Proudhon, der in abstrakten Kategorien denkt, und den „tatsächlichen“, der das wirkliche Elend sieht. „Wir verteidigen den zweiten; denn Sie sagen: Nichts zu besitzen, ist keine abstrakte Kategorie, das ist eine Tatsache. Wer nichts hat, zählt nichts. Das Geld macht seinen Wert aus.“ Marx lobt: „Deshalb haben sie zu Recht das ökonomische System analysiert. Die sozialistischen Autoren vor ihnen haben es nicht getan.“ Und: „Ihr Buch ist das erste wissenschaftliche Manifest des französischen Proletariats.“

Biografische Grundlage. Im September 1844 waren alle Beteiligten (Marx, Engels, Proudhon und Bakunin) in Paris anwesend, so dass das Treffen möglich war. Die Sätze von Marx sind authentisch; es sind Originalzitate aus der angekündigten Schrift „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“. Courbet hat Proudhon tatsächlich gemalt, wenn auch erst 1865.

Hintergrund. Die „Heilige Familie“ (August bis November 1844) war ursprünglich als eine Spottschrift gedacht, für die Engels noch bei seinem zehntägigen Pariser Aufenthalt sieben kleine Kapitel beisteuerte. Marx machte, zu Engels' Verwunderung, ein umfangreiches Buch daraus, das der geringen Bedeutung der „kritischen Kritik“ kaum angemessen war. Der erste Marx-Biograf Franz Mehring urteilte, dass manche Kapitel „die Geduld des Lesers auf eine harte Probe“ stellen. Doch in der Auseinandersetzung mit der Kritik an Proudhons „Was ist das Eigentum?“ finden sich längere Passagen, die Neues im Marxschen Denken markieren.

Marx betont, dass der „tatsächliche“ Proudhon eine wirkliche Wissenschaft der Nationalökonomie möglich gemacht habe, indem er das Privateigentum einer „entschiednen, rücksichtslosen und zugleich wissenschaftlichen Prüfung unterworfen habe“, und zwar nicht „diese oder jene Art des Privateigentums, sondern das Privateigentum schlechthin“. Dabei sei Proudhon von der „Tatsache der Armut, des Elends“ ausgegangen, die er durch die „Bewegung des Kapitals“ (sic!) erzeugt wisse. In diesem Zusammenhang geht Marx auf die „weltgeschichtliche Rolle“ des Proletariats ein. Erstmals sieht er sie in der ökonomischen Entwicklung begründet, darin, dass das Privateigentum in seiner „unabhängigen, bewusstlosen“ Entwicklung das „seines Elends bewusste Elend“, die „sich selbst aufhebende Entmenschung“ erzeugt. Das Proletariat ist

zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen und muss sich selbst befreien. Marx bekräftigt die in „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ konstatierte Einheit von proletarischer und allgemeiner Befreiung: Das Proletariat „kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne alle unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft ... aufzuheben“. Zu Konzepten des Kommunismus äußert sich Marx in der „Heiligen Familie“ nicht.

Die später verworfenen Begriffe „Selbstentfremdung“ „der“ Mensch, kommen in der „Heiligen Familie“ zwar noch vor, sind aber in den Hintergrund getreten. „Entfremdete Arbeit“ wird nicht erwähnt.

6. Marx und Engels, Juli 1845: Reise nach England. Der Bund der Gerechten

Jenny ermuntert ihren Mann, Engels' Einladung nach London anzunehmen, um Mitglieder des Bundes der Gerechten, darunter den „Schneider Weitling“, zu treffen. In London angekommen, stellt Mary Burns Marx und Engels den Führern des Bundes vor. Ihr Sprecher Moll ist sehr reserviert, da die Besucher nicht zu den „Menschen gehören, die von harter Arbeit geformt und gestählt“ wurden. Marx deutet auf die Losung des Bundes „Alle Menschen sind Brüder“ und schlägt vor: „Lehnen Sie uns ab, wenn wir nicht von Nutzen sind“. Weitling schneit herein und brüstet sich mit einer Vortragsreise nach Brüssel über die Abschaffung des Geldes. Er zeigt sein von Gefängnis Ketten gezeichnetes Bein: „Aber meine Seele haben sie nicht brechen können“. Moll weist ihn zurecht, dass es sich hier um keine Kundgebung handle. Marx bietet Brüssel als belgischen „Brückenkopf“ des Bundes an und bringt seine guten Kontakte mit Proudhon ins Spiel, was offenbar beeindruckt.

Biografische Grundlage. Mitte Juli 1845 reisen Marx und Engels von Brüssel für sechs Wochen nach England, zunächst nach Manchester, wo Marx englische Ökonomen (im Original) liest. Engels trifft Mary Burns wieder, die mit ihm für ein Jahr nach Brüssel mitkommen wird. Die letzten beiden Wochen sind Marx und Engels in London und treffen u.a. Vertreter der Massenpartei der Chartisten, die fast 40.000 Mitglieder zählt. Engels führt Marx auch beim Bund der Gerechten ein. Über dieses Treffen ist wenig bekannt. Vorbehalte im Bund gegenüber Intellektuellen sind naheliegend, der Vorwurf der „Gelehrten-Arroganz“ fällt auch später noch, als Marx und Engels mit der Bundesführung eng kooperieren. Die Vorbehalte sind bei Weitling viel stärker ausgeprägt als bei den drei Londonern, die zu Vorträgen und Vorlesungen in ihrem Arbeiterverein regelmäßig „Gelehrte“ einladen. Weitling hielt sich seit 1844 in London auf. Heinrich Heine hat darüber geschrieben, wie er erschrak, als ihm der „famose Weitling“ sein von Ketten gezeichnetes Bein zeigte.

Hintergrund. Der Bund der Gerechten entstand 1836 in Paris, getragen von wandernden und sesshaften deutschen Handwerksgesellen, die in Paris zahlreich vertreten waren. Von den Schreibern, Schneidern und Schuhmachern in Paris soll die Hälfte Deutsche gewesen sein. Zentrale Forderung des geheimen Bun-

des war, wie bei den französischen Utopisten, die Gütergemeinschaft (*communauté des biens*). Der Schneidergeselle Wilhelm Weitling wurde mit der Abfassung eines Programms beauftragt, das 1838/39 unter dem Titel „Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte“ erschien und die Gütergemeinschaft bis in alle Einzelheiten beschrieb. In seinem Hauptwerk, den „Garantien der Harmonie und Freiheit“ (1842) stellte er der Schilderung der Gütergemeinschaft die „gesellschaftlichen Übel“ voran, die sie beseitigen würde und deren Wurzel er im Eigentum sah. Anders als der populäre französische Utopist Étienne Cabet, der Musterkolonien innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung befürwortete, trat Weitling für eine „soziale Revolution“ durch das Volk ein. Außer der klaren Absage an eine „politische Revolution“ der „Reichen“, die den „Arbeitern und Armen“ nichts nütze, blieben seine Gedanken über den Umsturz recht allgemein: Er sei jederzeit möglich, wenn dem Volk der „Geduldsfaden reißt“.

Bereits 1839 erlitt der Bund einen schweren Rückschlag. Er wurde aufgelöst wegen der ihm vorgeworfenen Mitwirkung an einem gescheiterten Putsch französischer Geheimgesellschaften. Weitling ging 1841 von Paris in die Schweiz, wo er bis zu seiner Verhaftung 1843 agitierte, neue Bundesgemeinden gründete und die Zeitschrift des Bundes herausgab. Der Sitz des Bundes („Zentralbehörde“) wurde 1840 nach London verlegt, wo Vereins- und Versammlungsfreiheit bestand. Die führenden Köpfe waren die aus Paris geflüchteten Gründungsmitglieder des Bundes Karl Schapper (Schriftsetzer), Heinrich Bauer (Schuhmacher) und Joseph Moll (Uhrmacher), die unter dem Motto „Alle Menschen sind Brüder“ einen Arbeiterverein gründeten, der bald nicht nur deutsche Mitglieder umfasste, sondern auch Arbeitsemigranten aus anderen europäischen Ländern.

Die reorganisierte Bundesgemeinde in Paris wurde von Hermann Ewerbeck (Arzt) und German Mäurer (Sprachlehrer) geleitet – eben dem Mäurer, bei dem die Familie Marx anfangs wohnte. Marx pflegte auch mit Ewerbeck Kontakt, der als Leser der DFJ seinerseits an dem radikalen Philosophen interessiert war. Engels wurde 1843 in England mit den Londoner Führern des Bundes bekannt. Obwohl ihm und Marx unabhängig voneinander die Mitgliedschaft angetragen wurde, lehnten sie damals ab. (Sie traten erst Anfang 1847 ein.) Engels räumte 1885 ein: „Ich trug ihrem bornierten Gleichheitskommunismus damals noch ein gut Stück ebenso bornierten philosophischen Hochmut entgegen“.

Als Weitling 1844 nach zehnmonatiger Haft in der Schweiz in London eintraf, stieß er auf eine durch ihren Arbeiterverein selbstbewusst gewordene Zentralbehörde. Auf dem Kontinent hatte er zwar zahlreiche Anhänger, die ihn als Führer nicht nur akzeptierten, sondern regelrecht verehrten. Für die moderne Arbeiterbewegung jedoch, die sich in England im Zuge der industriellen Revolution formierte, hatte der „Handwerkerkommunist“ wenig Verständnis. Seine Überlegungen gingen sogar in die Gegenrichtung, indem er verelendete Menschen, die aus Not zu Dieben und Plünderern geworden waren, in den Umsturz einzubeziehen vorschlug. Ewerbeck hatte Weitlings Überlegung, „zwanzigtausend mutige pfliffige Kerle“ zu gewinnen, scharf kritisiert, auch wenn er zugab, dass „Proudhon ganz recht hat, dass Eigentum etwas Gestohlenes“ sei. Ein anderes,

nicht näher bekanntes Pariser Führungsmitglied wollte von Weitling gehört haben, der Bund solle „an der Spitze einer Bande von 90.000 Halunken“ den Umsturz durchführen. Schapper in London war über Weitlings Vorschlag besorgt. Er fürchtete, „statt des Kommunismus würde der schmachvollste Militärdespotismus ihr Resultat sein“. Weitlings Aktionismus stieß in London auf Ablehnung, auch deshalb, weil dort die Konzentration auf bloße Aufklärung viele Anhänger hatte. Weitling verließ enttäuscht London und kam 1846 nach Brüssel, wo Marx und Engels parallel zum Bund der Gerechten ein „Kommunistisches Korrespondenz-Komitee“ gegründet hatten.

7. Brüssel, 30. März 1846: Bruch mit Weitling. Die „Deutsche Ideologie“

Auf einem politischen Treffen wird über eine verständliche „Doktrin“ für Arbeiter beraten, die keine Zeit zum Studieren haben. Weitling stimmt dem Vorhaben zu und schlägt als einfaches Ziel das „Glück des Volkes“ vor. Marx fordert von ihm statt Schwärmerei eine theoretische Grundlage. Weitling lehnt „neue“ Theorien ab. Denn „um die Tyrannei der Bourgeoisie zu beenden, genügen 100.000 bewaffnete Proletarier unter Beistand von 40.000 Kriminellen“. Marx nennt das ein unehrliches Spiel – ein inspirierter Prophet auf der einen Seite und Schwachsinnige auf der anderen. Die Arbeiter müssten wissen, wofür sie kämpfen: „Ignoranz hat noch nie jemandem genützt“. Weitling empört sich: „Ich werde das erste Opfer der Guillotine sein, dann seid ihr an der Reihe, deine Freunde, und zum Schluss schneidest du dir selber den Hals ab.“

Biografische Grundlage. Am 30. März 1846 tagte in der Brüsseler Wohnung von Marx das Anfang des Jahres gegründete „Kommunistische Korrespondenz-Komitee“ unter Beisein von Weitling. Dieser war nach Brüssel gekommen, um mit dem Komitee zusammenzuarbeiten. Das war keine gute Idee gewesen, denn Marx und Engels lehnten noch entschiedener als die Londoner Bundeszentrale willkürliche Aktionen ab. Sie waren im Laufe ihrer Arbeit an der „Deutschen Ideologie“ zur Überzeugung gelangt, dass Kommunismus nicht heißen konnte: Aushecken eines vollkommenen Gesellschaftsideals, sondern: Einsicht in die gesellschaftliche Entwicklung, um Voraussetzung und Reife für die Durchsetzung einer kommunistischen Regelung der Gesellschaft bestimmen zu können. Diese konnte ihrerseits nur das Werk des modernen Industrieproletariats sein, nicht deklassierter Schichten, die sich nach alten Zunftzeiten zurücksehnten.

Über die Sitzung liegt die bei Enzensberger 1973 zitierte Erinnerung des eher zufällig anwesenden Pavel Annenkow vor, mit der die Filmszene großenteils übereinstimmt. Weitlings Ausruf über die Opfer der Guillotine findet sich darin allerdings nicht; ebenso wenig die „100.000 Proletarier und 40.000 Kriminellen“, die sicher erwähnt worden wären, hätten sie eine Rolle gespielt. Ihr Kontext ist (siehe vorigen Abschnitt) die Kontroverse innerhalb der Bundesführung über Weitlings Umsturzpläne. Weitling selber beklagt sich in einem Brief an Moses Heß am folgenden Tag auch, dass sich Marx für die Unterstützung der

Bourgeoisie ausgesprochen habe; diese solle zuerst an die Macht gelangen, weil der Kommunismus in absehbarer Zeit nicht möglich sei. Dies habe er zurückgewiesen. 1846 ging Weitling für zwei Jahre nach Amerika, wo er, mit Unterbrechung durch die 1848er Revolution, bis zum Lebensende bleibt. Nebenbei sei zur Filmszene angemerkt, dass der Begriff „Doktrin“ von Marx oder Engels nie im positiven Sinn gebraucht worden wäre.

Hintergrund. Die „Deutsche Ideologie“ (erste Teilveröffentlichung 1926) ist eine gemeinsame Arbeit von Marx und Engels, die nicht nur polemische Kritiken à la „Heilige Familie“ enthält (wenngleich sie wiederum großen Platz einnehmen), sondern auch die positive Darlegung ihrer neuen Auffassung der Geschichte. Diese wurde im Wesentlichen zwischen November 1845 und März 1846 entwickelt, und zwar in Auseinandersetzung mit Ludwig Feuerbach, von dessen abstrakten Kategorien wie „der Mensch“ sie sich gleich zu Beginn ausdrücklich und endgültig trennen, weil sie von den „wirklichen historischen Menschen“ ausgehen wollen.

Im Verlauf der Arbeit werden die zentralen Begriffe „Produktivkräfte“ und die ihrer Entwicklung entsprechenden – oder widersprechenden – „Verkehrsformen“ (ab „Elend der Philosophie“: „Produktionsverhältnisse“) eingeführt, die eine bestimmte historische Produktionsweise bilden, welche wiederum die „Basis“ des Staates und der „sonstigen idealistischen Superstruktur“ ist. Für Marx und Engels sind Stammeigentum, antikes, feudales und bürgerliches Eigentum historisch aufeinander folgende Entwicklungsstufen, deren Zusammenhang darin besteht, dass „an die Stelle der früheren, zur Fessel gewordenen Verkehrsform eine neue, den entwickelteren Produktivkräften entsprechende gesetzt“ wird. Für den Kommunismus gilt dasselbe Prinzip: Das Privateigentum ist für „gewisse industrielle Stufen“ notwendig; seine Aufhebung wird „erst möglich“, wenn es zur Fessel der Produktivkräfte geworden ist. Andererseits ist für den Kommunismus „diese Entwicklung der Produktivkräfte (...) auch deswegen eine absolut notwendige Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert“ würde. Die Entwicklung der Produktivkräfte bereitet insofern nicht nur die kommunistische Gesellschaft materiell vor, sondern erzeugt mit dem wachsenden Proletariat zugleich die Kräfte zu ihrer Errichtung, wofür, und das wird ausdrücklich hervorgehoben, das Proletariat „zuerst die politische Macht erobern muss“.

8. Brüssel, Mai 1846: Absage Proudhons. Das „Elend der Philosophie“

Marx und Engels warten nervös auf Proudhons Zusage, für den Bund der Gerechten französischer Korrespondent zu werden, worum Marx ihn brieflich gebeten hatte. Proudhon lehnt ab und begründet das mit Zeitmangel, will aber keinen Abbruch der Diskussion. Er warnt Marx davor, nicht wie Luther zu verfahren, der zwar katholische Dogmen zerstört, aber dafür neue verbreitet habe. Wie zufällig drückt er Marx sein neues, zweibändiges Werk in die Hand: „Philosophie de la misère“.

Biografische Grundlage. Die Szene setzt den Briefwechsel zwischen Marx und Proudhon (Marx: 5. Mai 1846; Proudhon: 17. Mai 1846) in einen authentischen Dialog um, mit Originalzitaten aus Proudhons Antwortbrief. Insofern ist es irrelevant, dass Marx Proudhons Buch erst im Dezember erhielt. Er verfasste umgehend eine Kritik - zielgruppengerecht auf Französisch. Den Titel „Philosophie de la misère“ drehte er ironisch um in „Misère de la philosophie“. Das Buch ist wieder eine polemische Auseinandersetzung, allerdings nicht so weitschweifig und kleinlich wie die „Heilige Familie“. Die Polemik gibt Marx immer wieder Gelegenheit, eigene Erkenntnisse zu präsentieren. Diese betreffen sowohl die Auffassung der Geschichte, entworfen in der „Deutschen Ideologie“, als auch die Ökonomie, deren Kenntnisse er seit den Pariser Manuskripten von 1844 wesentlich vertieft hat.

Hintergrund. Anlass für geschichtsphilosophische Bemerkungen ist die Auffassung u.a. Proudhons, die bürgerlichen Einrichtungen seien natürliche, die des Feudalismus künstliche. Dagegen setzt Marx, dass beide einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte entsprechen und daher abgelöst werden, wenn die Stufe erreicht ist, „auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können“. In dem Maße, wie die Bourgeoisie die modernen Produktivkräfte entwickelt, entwickeln sich in ihrem Schoß sowohl das moderne Proletariat als auch die materiellen Bedingungen zur „Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft“.

Was die Ökonomie betrifft, so schwebt Proudhon eine egalitäre Anwendung der Wertbestimmung durch die Arbeit vor, dergestalt, dass die einzelnen Privatproduzenten im Austausch ihrer Produkte die aufgewendete Arbeitsmenge vollständig zurück erhalten. Das werde gegenwärtig verhindert durch die „organisierte und legalisierte Beraubung“ seitens der Eigentümer, deren Macht auf der Rolle des Geldes für den Tausch gründe. Das führe zu ungerechter Entlohnung und erzeuge auf der einen Seite Elend und auf der anderen Einkommen ohne Arbeit. Tausch sei auch ohne Geld möglich, die Produkte seien selbst unmittelbar austauschbar, wenn die Arbeitszeit im Voraus bekannt sei.

Gegen diese Auslegung der Werttheorie führt Marx drei Argumente an: 1.) Der Wert der Arbeit, wie auch Marx den Arbeitslohn nennt, ist nicht dasselbe wie der durch die Arbeitsmenge bestimmte Warenwert. Die vollständige Erstattung der geleisteten Arbeit durch den Lohn ist nicht möglich. 2.) Die „gegenwärtige Organisation der Produktion“ bedarf eines besonderen Austauschmittels. Nicht „jede Ware“, nur das Geld ist stets austauschbar. 3.) Individuelle Arbeitsmengen sind nur ausnahmsweise gleichwertig, weil nicht die tatsächliche, sondern die notwendige Arbeitszeit den Wert bestimmt.

Die Marxschen Argumente stützen sich ganz auf Ricardo und reichen für die Kritik an Proudhon aus. Sie teilen aber auch Ricardos Schwächen, die Marx viele Jahre später überwinden wird. Erstens: Geld ist nicht einfach ein Hilfsmittel für den Tausch, wie Ricardo als Quantitätstheoretiker annimmt, sondern gründet in der Wertform der Ware, genauer in ihrer allgemeinen Äquivalent-

form. Geld ist die Naturalform, mit der die Äquivalentform „gesellschaftlich verwächst“ – damals meist Gold. Zweitens: Der Begriff „Wert der Arbeit“ ist irreführend, denn die Arbeit *hat* keinen Wert, sie *bildet* Wert. Es ist die Arbeitskraft, die einen Wert hat (in Form des Arbeitslohns auch einen Preis), und der niedriger ist als der Wert des gebildeten Produkts. Nur diese begriffliche Klarheit erlaubt die Erklärung von Mehrwert bei gleichwertigen Warentausch („Wertgesetz“). Hinzu kommt, dass Marx Engels folgte, der den „Wert der Arbeit“ quantitativ dem Minimum des Lohns gleichsetzte, was dauerhafte Bezahlung unter Wert impliziert und ebenfalls mit dem Wertgesetz nicht vereinbar ist.

9. London, November 1847: Kongress des Bundes der Kommunisten

Am Rande des Kongresses erfährt Engels, dass er kein Rederecht hat, weil er nur delegiert, nicht aber akkreditiert sei. Er verlangt eine Abstimmung und gewinnt sie, auch deswegen, weil entgegen der Gepflogenheiten nicht zuerst die Ja-Stimmen, sondern die Nein-Stimmen aufgerufen wurden. Seine Rede über künftige „gewaltige Kämpfe“ wird unterbrochen (von Hermann Kriege), der von „Güte, Brüderlichkeit und Freundlichkeit“ schwärmt. Engels akzeptiert den Einwand, aber nur für die Beziehungen innerhalb des Bundes. Im Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiter gäbe es keine Brüderlichkeit. Die Bourgeoisie sei nicht mit Güte zu erobern. „Sie sind nicht Brüder, sondern Feinde“. Aufkommende Hochrufe für Weitling und Proudhon bringt Marx mit der Bemerkung zum Verstummen, dass Weitling aufgegeben habe und Proudhon Frankreich nicht verlasse. Engels hält das Buch „Elend der Philosophie“ hoch und zitiert mit nicht geringem Pathos, dass der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie eine totale Revolution bedeute, in der das Proletariat nicht nur sich, sondern die ganze Menschheit befreie. „Diese Freiheit trägt den Namen Kommunismus“. Bei diesen Worten stürmen die Schwestern Mary und Lizzy Burns aufs Podium und ersetzen das Banner „Alle Menschen sind Brüder“ durch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“. Engels lässt über seinen Vorschlag abstimmen, den Bund der Gerechten in Bund der Kommunisten umzubenennen (die Ja-Stimmen zuerst!). Eine klare Mehrheit hebt die Hände.

Biografische Grundlage. 1847 fanden in London zwei Kongresse des Bundes statt. Am ersten (2.-9. Juni 1847) nahm Engels teil, Marx mangels Reisegeld nicht. Der Kampftruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ wurde zur neuen Losung des Bundes, der sich in „Bund der Kommunisten“ umbenannte (ohne Mithilfe der Burns-Schwester). Neue Statuten wurden beraten. Auf dem zweiten Kongress (29. November bis 8. Dezember 1847) wurden die Statuten beschlossen, und Marx und Engels wurden mit der Ausarbeitung eines Programms beauftragt, aus dem schließlich das „Manifest der Kommunistischen Partei“ wurde. Der Film fasst beide Kongresse zu einem Ereignis zusammen, so dass auch Marx gezeigt werden kann, der ja nur an einem der beiden Kongresse teilnahm. Die Zentralbehörde hatte ihn am 18. Oktober

dringend gebeten, zum zweiten Kongress zu erscheinen. Die wesentlichen Resultate der beiden Kongresse, die zusammen achtzehn Tage dauerten, werden im Film prägnant auf den Punkt gebracht. Engels' Rede deckt sich sinngemäß und teilweise wörtlich mit dem Schluss des „Elends der Philosophie“.

Die Abstimmung über Engels' Rederecht ist verbürgt; allerdings fand sie nicht in London statt, sondern bereits in Paris bei der Delegiertenwahl für den ersten Kongress. Engels' Kandidatur war umstritten - wegen des Widerstands von Anhängern Weitlings und sich auf Proudhon berufender „wahrer“ Sozialisten. Die Intrige mit den „Gegenstimmen zuerst“ sicherte Engels, einem Bericht des ihm befreundeten Diskussionsleiters Stephan Born zufolge, die knappe Mehrheit.

Hintergrund. Das „Manifest der Kommunistischen Partei“, das Marx Ende Januar 1848 endgültig fertigstellt (auf der einzigen erhaltenen Originalseite findet sich auch die Handschrift von Jenny Marx), spiegelt in den theoretischen Passagen des entscheidenden ersten Kapitels („Bourgeois und Proletariat“) die in der „Deutschen Ideologie“ und dem „Elend der Philosophie“ entwickelte Geschichtsauffassung wider. Diese Erkenntnisse, die in jenen Texten mehr oder weniger verstreut und außerdem entweder gar nicht oder nur einem kleinen französischen Publikum öffentlich zugänglich waren, entfalten ihre enorme Wirkung durch die Einordnung in eine stringente Argumentation.

Durch die Reorganisation des Bundes der Gerechten und seine Umwandlung in eine kommunistische politische Partei mit demokratischen Statuten und einem klaren Programm standen Marx und Engels und ihre nächsten Anhänger allerdings vor einem Dilemma. Das „Manifest“ zielte im gesamten Text auf das moderne Industrieproletariat als der einzigen „wirklich revolutionären Klasse“, der gegenüber die „übrigen Klassen“ verkommen und mit der großen Industrie untergehen. So richtig diese Aussagen im Großen auch sind, sie bildeten empirisch einen unübersehbaren Gegensatz zur sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Nach wie vor stellten vorindustrielle Handwerker die Mehrheit, entsprechend der rückständigen wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Herkunftsländer. Die zahlreichen „Weitlingianer“ und Anhänger der „wahren Sozialisten“ und anderer kommunistischer Ideen malten sich viel lieber die Gütergemeinschaft aus, als sich mit Revolutionstheorie zu befassen. Die einheitliche Ausrichtung des neuen Bundes war noch nicht abgeschlossen, als – fast gleichzeitig mit dem Druck des „Manifests“ – die europäische Revolution ausbrach und neue, praktische Aufgaben auf die Tagesordnung der Kommunisten setzte.

Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2016

Die Zahl der streikbedingten Ausfalltage hat sich nach dem außergewöhnlichen Streikjahr 2015 wieder normalisiert (vgl. Schneidemesser/Kilroy 2016a). Diese Entwicklung hatte sich bereits im ersten Halbjahr 2016 abgezeichnet. Auch der Trend zur Zersplitterung und Dezentralisierung der Konflikte hat sich fortgesetzt. Der Großteil der 199 Konflikte, die 2016 in der Datenbank des Streikmonitors¹ aufgenommen wurden, fand in einzelnen Unternehmen statt. 15 Konflikte wurden im Rahmen von Flächentarifverhandlungen geführt, davon nur vier in der zweiten Jahreshälfte (zum Erhebungsverfahren: Schneidemesser/Kilroy 2016b)².

Neben der Aufsplitterung des Arbeitskonfliktes lässt sich eine weitere Dynamik beobachten. Die Privatisierung und Deregulierung der öffentlichen Infrastrukturdienstleistungen seit den frühen 1990er Jahren schlägt heute wie ein Bumerang zurück und führt zu neuen Konflikten. Dies ist auf die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Absenkung von Standards wie die Abschaffung des Beamtenstatus, niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten und größeren Leistungsdruck zurückzuführen. Der Rückzug des Staates wurde deshalb in den vergangenen Jahren immer wieder zu einer direkten oder zumindest indirekten Streikursache, etwa beim Streik bei der Deutschen Post – DHL Group 2015 oder bei den Lokführerstreiks 2007, 2011 und 2014/15 (vgl. auch Dörre et al. 2016: 153ff.). Im zweiten Halbjahr 2016 war dieses Phänomen insbesondere bei den Streiks in der Luftfahrtbranche zu beobachten. Zudem fand eine Reihe kleinerer Konflikte wie beim Charité Facility Management in Berlin oder bei der Magdeburger Verkehrsgesellschaft (MVG) statt.

Diese oftmals eher defensiven Konflikte stehen im Mittelpunkt dieses Berichts. Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über die Gesamtdaten des Jahres 2016 gegeben. Im Anschluss wird der Flugsektor in den Blick genommen. Die Luftfahrtbranche hat eine extreme Privatisierung und Liberalisierung erfahren. Dies äußert sich in einem Dickicht von über 80 Tarifverträgen und Streiks von unterschiedlichen Beschäftigtengruppen wie Flugbegleiter_innen und Pilot_innen sowie Bodenpersonal und Sicherheitskräften. Danach betrachten wir genauer einen regionalen Konflikt im öffentlichen Sektor:

¹ Das Projekt „Streikmonitor: Standardisierte Erhebung zur langfristigen Erfassung von Streikaktivitäten in Deutschland“ wird von der Heinz Jung-Stiftung (Frankfurt am Main) gefördert und von Stefan Schmalz (Friedrich-Schiller-Universität Jena) geleitet. Die Berichte erscheinen halbjährlich in Z; letzter Bericht: Schneidemesser/ Kilroy 2016a.

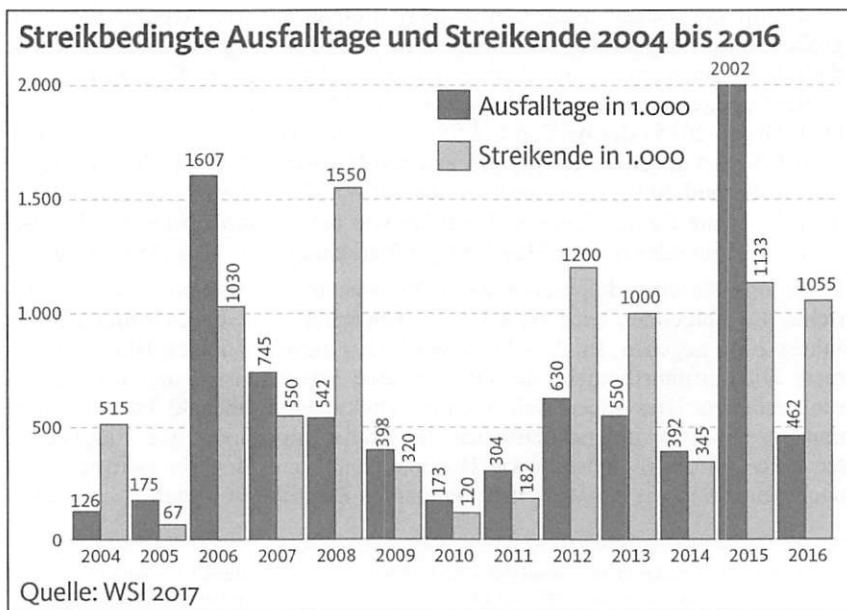
² In diesem Artikel verwendete Daten beziehen sich, falls nicht anders gekennzeichnet, auf die Daten aus dem Projekt Streikmonitor. Die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie sind zwar als zwei Konflikte dokumentiert, die einzelnen Streiks und Aktionen in verschiedenen Städten konnten auf Grund des Erhebungsdesigns aber nicht aufgenommen werden (siehe hierzu: Schneidemesser/Kilroy 2016a: 154f.).

Die Angestellten der Stadt Naunhof bei Leipzig streikten nach über zwei Jahrzehnten staatlicher Tarifflicht für eine Wiedereinführung des TVöD. Wir kommen zum Schluss, dass staatszentrierte Konflikte wie bei der Lufthansa oder in Naunhof die Streikdynamik in Deutschland in den kommenden Jahren weiter prägen werden.

Überblick Streiks 2016: Wenige Streiktage, viele Beschäftigte

Streikzahl, -beteiligte und -dauer

Der Jahresbilanz des WSI zufolge gab es im Jahr 2016 insgesamt 462.000 streikbedingte Ausfalltage (sh. nachstehende Abb.). Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit zwei Millionen registrierten Ausfalltagen (vgl. WSI 2017), während die Zahl der an Streiks beteiligten abhängig Beschäftigten auf einem ähnlich hohen Niveau blieb. Die Daten deuten auf eine Zersplitterung der Arbeitskonflikte hin: Ähnlich wie in den Jahren 2008, 2012 und 2013 verteilt sich eine große Zahl von Beteiligten auf viele Konflikte mit kurzer Dauer.



In der Datenbank des Streikmonitors (vgl. Tab. 1) wurden 2016 insgesamt 603 Streiks und Aktionen dokumentiert, die 199 Konflikten zugeordnet werden

konnten³. Nur 7 Prozent der Konflikte fanden im Rahmen von Flächentarifverhandlungen statt⁴, die restlichen Auseinandersetzungen blieben auf einzelne Unternehmen beschränkt. Die Konflikte gingen zudem meist mit einzelnen Streiks bzw. Aktionen einher, deren Länge überwiegend zwischen wenigen Stunden und drei Tagen variierte. 164 Konflikte bestanden aus einem bis zwei Streiks, nur 35 Konflikte wurden mit drei und mehr Aktionen geführt.

Neben wenigen Streiks, die vier, fünf oder sechs Tage andauerten, fanden 2016 zwei Dauerstreiks statt – jeweils einer in den Organisationsbereichen von ver.di und der IG Metall. Über den 78-tägigen Streik im Organisationsbereich von ver.di in den Ameos-Kliniken Osnabrück und Hildesheim haben wir bereits ausführlich berichtet (vgl. Schneidemesser/ Kilroy 2016a: 153f.). Doch auch bei dem Leuchtenhersteller Zumtobel in Usingen kam es zu einem 50 Tage andauernden Streik. Die Verkaufsverhandlungen für das Werk waren Ende August gescheitert und eine Standortschließung wurde wahrscheinlich. Die Schließung konnte selbst durch den langen Streik, bei dem die Beschäftigten täglich 24 Stunden das Werkstor bewachten, um einen möglichen Abtransport von Maschinen zu verhindern, nicht abgewendet werden. Die IG Metall handelte jedoch einen Sozialtarifvertrag mit dem Arbeitgeber aus, der die Folgen der Standortschließung für die Beschäftigten abfederte. So erkämpften die Zumtobel-Beschäftigten eine Lohnfortzahlung bis Ende des Jahres und nicht nur bis Ende August 2016, wie es die Unternehmensleitung ursprünglich geplant hatte (vgl. Frankfurter Rundschau 27.10.2016).

Streiks nach gewerkschaftlichen Organisationsbereichen

Die Verteilung der Konflikte auf die gewerkschaftlichen Organisationsbereiche ergibt mit einer großen Streikdichte im Dienstleistungsbereich ein ähnliches Bild wie in den Vorjahren (vgl. WSI 2016). Ver.di war mit 358 Streiks/Aktionen, die sich 81 Konflikten zuordnen ließen, der streikintensivste Organisationsbereich.

Die hohe Zahl an Streiks bei ver.di entstand auch dadurch, dass die zwei Konflikte mit den meisten Streiks im Organisationsbereich von ver.di geführt wurden. Dies waren der Konflikt bei der Telekom mit 57 Streiks an 10 verschiedenen Tagen im März und April sowie der seit 2013 andauernde Konflikt um ei-

³ Unter Konflikt ist dabei eine Auseinandersetzung zu verstehen, die aus mehreren Streiks oder Aktionen bestehen kann und sich ggf. über einen längeren Zeitraum erstreckt. So werden alle Streiks um einen Tarifvertrag bei Amazon, der bereits seit 2013 geführt wird, dem gleichen Konflikt zugeordnet. Aber auch ein einmaliger Warnstreik in einem einzelnen Betrieb ist ein eigener Konflikt. Streiks und Aktionen werden mit der Stadt aufgenommen, in der sie stattfinden. Finden Streiks koordiniert an mehreren Standorten in verschiedenen Städten statt, so werden die Streiks in jeder Stadt einzeln gezählt.

⁴ Aufgrund einer Neuberechnung muss die Zahl der Flächentarifauseinandersetzungen im ersten Halbjahr 2016 von 13 auf 11 korrigiert werden. Mit vier Konflikten im Rahmen von Flächentarifverhandlungen im zweiten Halbjahr 2016 ergibt sich eine Gesamtzahl von 15 Konflikten im Zusammenhang mit Flächentarifverhandlungen für 2016.

Tab. 1: Übersicht zu zentralen Streikdaten 2016	
Ausfalltage*	462.000
Streikbeteiligte*	1.055.000
Erfasste Streiks/ Aktionen insgesamt	603
Erfasste Konflikte insgesamt	199
Davon:	
- Flächentarifauseinandersetzungen	15
- Konflikte außerhalb von Flächentarifauseinandersetzungen	184
Konflikte mit:	
- max. zwei Protestaktionen	164
- mehr als zwei Protestaktionen	35
Konflikte nach Organisationsbereichen des DGB:	
- ver.di	81
- IG Metall	60
- NGG	18
- Weitere DGB Gewerkschaften	17
Konflikte ohne Beteiligung des DGB	22
Konflikte ohne gewerkschaftliche Beteiligung	14
Themen/ Forderungen:	
- Tarifvertrag	40
- Anbindung an Flächentarifverträge	24
- Angleichung	28
Darunter:	
- an Westniveau	6
- an andere Unternehmensformen oder Beschäftigtengruppen	15
- Arbeitszeit	11
- Stellenabbau	18
- Renten- und Altersteilzeit	8
- Verlagerung/ Schließung/ Auslagerung	13

Mit * gekennzeichnete Daten sind der WSI Arbeitskampfbilanz 2016 entnommen (WSI 2017); die übrigen Daten stammen aus dem Streikmonitor.

nen Tarifvertrag beim Onlinehändler Amazon. Dort kam es zu 70 Streiks an 34 Streiktagen. Acht der neun Amazon-Logistikzentren in Deutschland wurden 2016 mindestens einmal bestreikt, nur das Logistikzentrum in Briselangen beteiligte sich nicht am Arbeitskampf. Die streikaktivsten Standorte waren im vergangenen Jahr Leipzig mit 17 Streiks, Bad Hersfeld mit 13 Streiks und Rheine mit 12 Streiks. Auch die Beschäftigten von Amazons DVD-Verleiher und Video-Streaming-Dienst Prime Instant Video in Elmshorn beteiligten sich an min-

destens einem Streik (vgl. golem.de 28.9.2016). Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd: Auch 2016 sind die Amazon-Beschäftigten ihrem Ziel, dem Abschluss eines Tarifvertrags, nicht sichtbar näher gekommen.

Im Organisationsbereich der IG Metall fanden insgesamt 110 Streiks/Aktionen im Rahmen von 60 Konflikten statt. Für die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) wurden 48 Streiks/Aktionen, die sich 18 Konflikten zuordnen lassen, in der Datenbank des Streikmonitors aufgenommen⁵. Die DGB-Gewerkschaften waren an insgesamt 176 Konflikten beteiligt. Die Sparten-gewerkschaften waren durch die höchst öffentlichkeitswirksamen und die Bevölkerung direkt betreffenden Streiks bei der Lufthansa (Vereinigung Cockpit) und Germanwings/Eurowings (UFO) präsenter als im ersten Halbjahr 2016.

Es wurden insgesamt 14 Konflikte ohne gewerkschaftliche Beteiligung geführt. Dabei handelte es sich u.a. um einen Streik von rumänischen und polnischen Erntehelfern im Juli auf einer Heidelbeerplantage im niedersächsischen Lichtenhorst, bei dem es um „Lohn, Essen und Glühbirnen“ (die Harke 29.7.2016) ging. Erwähnenswert ist auch ein Streik bei dem bayerischen Bauunternehmen Strasser im September, der vom Unternehmer selbst initiiert wurde: Eher eine symbolische Aktion als ein Arbeitskampf, bei dem es um den Schutz eines afghanischen Belegschaftsangehörigen ging, dem auf Grund seines fehlenden Passes die Abschiebung drohte. Die Beschäftigten des Unternehmens machten mit einem zweistündigen Streik auf allen bayrischen Baustellen auf die Situation des gut integrierten Kollegen aufmerksam (vgl. BR 24 30.9.2016).

Konfliktthemen

Beim Großteil der Auseinandersetzungen 2016 standen jedoch klassische gewerkschaftliche Konfliktfelder im Mittelpunkt, an erster Stelle das Thema „Lohnerhöhung“. Große Bedeutung hatten jedoch auch andere Streikgründe: Bei 20 Prozent der Konflikte ging es um den Abschluss eines Tarifvertrags als erstmaligen Haustarifvertrag oder um die Rückkehr in die Tarifbindung⁶. Bei 12 Prozent der Konflikte forderten die Beschäftigten die Anbindung, den Erhalt oder die Wiederanerkennung eines Branchentarifvertrags. Bei 14 Prozent der Konflikte ging es um eine Angleichung von Lohn- und Arbeitsbedingungen (darunter in sechs Fällen Angleichung der Löhne der Standorte in Ostdeutschland an das Westniveau).

⁵ Ein Abgleich mit den Streikdaten, die die Gewerkschaften dem WSI-Tarifarchiv für deren jährliche Arbeitskampfstatistik zur Verfügung stellen, hat ergeben, dass besonders im Organisationsbereich der NGG über viele Streiks nicht medial berichtet wird. Über etwa ein Drittel der von der NGG geführten Konflikte wurde 2016 in Onlinemedien nicht berichtet. Die Anzahl der im Streikmonitor aufgenommenen Konflikte ist demnach bedeutend geringer als die Anzahl tatsächlich geführter Konflikte.

⁶ Konflikte, in denen es um eine eher routinemäßige Neuverhandlung eines bestehenden Tarifvertrags ging, wurden dieser Gruppe nicht zugeordnet, sondern entlang der konkreten Forderungen wie Lohnerhöhung, Altersteilzeit, Arbeitszeit etc. aufgenommen.

In 15 Fällen wurde die Schlechterstellung bestimmter Beschäftigtengruppen thematisiert, die meist ein Resultat von Ausgründungen ist. Dabei wurde gefordert, die Mitarbeiter in Tochterunternehmen und Servicegesellschaften zu den gleichen Bedingungen zu beschäftigen wie die Belegschaften der Mutterunternehmen. Gerade in solchen Konflikten zeigen sich die Auswirkungen staatlicher Tarifflicht. Rund die Hälfte derartiger Konflikte können auf staatliche Privatisierungsstrategien der letzten Jahre oder andere Varianten der Umgehung des TVöD oder der Tarifverträge der Länder zurückgeführt werden. So war eine Ausgründung die Ursache für den Streik der Mitarbeiter des Charité Facility Management (CFM). Der Berliner Senat hatte vor zehn Jahren in der CFM aus Kostengründen Bereiche wie Reinigung, Küchen und technische Dienstleistungen ausgelagert (vgl. rbb 24 7.9.2016). Die Beschäftigten kämpften 2016 für die gleichberechtigte Anwendung des Tarifvertrags für die gesamte Belegschaft. Auch in Magdeburg fand ein Konflikt statt, dem eine vergleichbare Strategie der Auslagerung vorausging. Dort streikten im Januar 2016 die bei der Magdeburger Verkehrsgesellschaft (MVG) beschäftigten Busfahrer_innen. Die Hälfte der Magdeburger Busfahrer_innen ist nicht bei den Magdeburger Verkehrsbetrieben (MVB) beschäftigt, sondern bei deren einhundertprozentiger Tochter MVG. Sie werden nicht wie ihre Kollegen beim MVB nach dem Tarifvertrag für den Nahverkehr in Sachsen-Anhalt bezahlt, sondern nach einem Haustarifvertrag mit niedrigeren Löhnen (vgl. Volksstimme.de 23.1.2016).

Weitere Konfliktthemen waren Arbeitszeit (5,5% der Konflikte), Stellenabbau (9%), Rente und Altersteilzeit (4,5%) sowie die Verlagerung oder Schließung von Betrieben (6,5%).

Streiks nach Regionen und Branchen

Bei der regionalen Verteilung der Streiks/Aktionen lagen Nordrhein-Westfalen (14,2%), Bayern (13,9%) und Baden-Württemberg (12,3%) weit vorne, was wenig überrascht und auf die Größe, Bevölkerungszahl und wirtschaftliche Bedeutung dieser Regionen zurückzuführen ist. Allerdings sind auch die Beschäftigten in Sachsen sehr aktiv gewesen. Dort fanden 11,1% aller Streiks statt und somit jeder zweite der 137 Streiks/Aktionen in den neuen Bundesländern (22,6%).

Die Branchenverteilung der Konflikte weist darauf hin, dass der Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau mit 31 Konflikten der streikintensivste Sektor war, gefolgt von 28 Konflikten im Gesundheitswesen und 24 Konflikten im Bereich Verkehr und Lagerei. Mindestens 17 der 28 Konflikte im Gesundheitsbereich fanden in Krankenhäusern oder deren ausgelagerten Servicegesellschaften statt. Streiks im Bereich Verkehr und Lagerei gab es vor allem bei regionalen Bahngesellschaften, bei Busunternehmen und insbesondere im Flugsektor, auf den 7 der 24 Konflikte entfielen. Viele der Konflikte dieser streikintensiven Branchen können auf den Rückzug des Staates als Arbeitgeber zurückgeführt werden: Streiks ereigneten sich in privatisierten Krankenhäusern genauso wie bei Tochterunternehmen von Busunternehmen, regionalen Privatbahnen oder bei ehema-

ligen Staatsunternehmen wie der Lufthansa. Die Dynamiken, die diesen Konflikten zugrunde liegen, werden wir im Folgenden genauer beleuchten.

Rückzug des Staates als (neues) Konfliktpotenzial

Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge und der Dienstleistungen sowie die Restrukturierung ehemaliger Staatsunternehmen, darunter die Deutsche Post, die Deutsche Bahn oder die Lufthansa, sind keine neuen Entwicklungen, sondern nahmen ihren Anfang bereits in den frühen 1990er Jahren unter der Regierung Kohl (Deckwirth 2008). Seitdem ist es in vielen Sektoren zu Privatisierungen und Deregulierungen gekommen, darunter die netzgebundene Infrastruktur (Energie, Wasser, Telekommunikation, etc.), der Gesundheits- und Pflegesektor und sogar das Bildungssystem. Durch den Liberalisierungskurs sind zudem neue Märkte geschaffen worden, auf denen die noch bestehenden oder ehemaligen öffentlichen Dienstleister (Deutsche Post oder Telekom) mit privaten Anbietern konkurrieren. Diese Dienstleister bieten aufgrund fehlender Tarifbindung oftmals Dumping-Preise an und setzen auf schlechte Arbeitsbedingungen. So haben sich etwa in der Paketzustellung vielfältige Formen von niedrig entlohnter, prekärer und sogar informeller Arbeit etabliert (Holst/Singe 2013).

Auf den steigenden Wettbewerbsdruck wird von öffentlicher Seite mit weiteren Privatisierungen oder Deregulierungen reagiert, die die Flächentarifverträge auf legale Weise unterlaufen (vgl. Brandt/Schulten 2008: 571). Viele Konflikte in den vergangenen Jahren standen in direktem Zusammenhang mit dem Rückzug des Staates als Arbeitgeber, etwa durch Ausgründungen von Unternehmensteilen als Tochterunternehmen, was auch bei der Deutschen Post – DHL Delivery Group 2015 zu einem heftigen Konflikt geführt hatte (dazu Siebler 2015; Dörre et al. 2016: 154ff.). Neben aktuellen Entscheidungen geht es in den Konflikten häufig um die Auswirkungen von Weichenstellungen, die bereits Jahre zurück liegen. Die darin begründeten Spaltungslinien innerhalb von Betrieben, Belegschaften und Branchen entwickeln ein neues Konfliktpotenzial. Solchen Konflikten kam auch im Jahr 2016 eine wichtige Rolle zu.

Der Flugsektor – Sozialdumping als neues Geschäftsmodell

Seit einigen Jahren ist es in der deutschen Luftfahrtbranche immer wieder zu größeren Streiks gekommen. Allein im Jahr 2016 ereigneten sich sieben Konflikte in diesem Sektor mit z.T. mehreren Streiks, zuzüglich einer Reihe von Streiks während der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes (vgl. Schneidemesser/Kilroy 2016a: 149). Von den Arbeitskämpfen sind nahezu alle Bereiche und Beschäftigtengruppen des Industriezweigs betroffen: Pilot_innen, Flugbegleiter_innen, das Sicherheitspersonal und das Servicepersonal am Boden. Die Arbeitskämpfe sind das Resultat jahrzehntelanger Liberalisierungen, die vor allem durch die Europäische Kommission (EC) vorangetrieben wurden (vgl. Schenk 2004: 90). Seit 1987 wird auf europäischer Ebene versucht, die nationalen, in Staatsbesitz befindlichen Fluggesellschaften, sog. „Legacy Air-

lines“, in ihrer Macht zu beschneiden. Hierzu wurden die nationalen Hoheitsrechte aufgelöst und der Luftraum schrittweise liberalisiert. Dies gestaltete sich jedoch schwieriger als gedacht, da die staatsgeführten Airlines ihre Vorrechte, z.B. beim Marktzugang oder der Slotvergabe⁷ an den heimischen Flughäfen, nicht einfach aufgeben wollten. Erst mit der (Teil)Privatisierung der großen Staatsairlines, wie der Lufthansa, Air France oder British Airways, setzte der Wettbewerb zwischen den Fluggesellschaften in neuer Form ein.

Seit Beginn der 2000er Jahre herrscht ein schonungsloser Konkurrenzkampf zwischen den Airlines im europäischen Luftraum. Dabei haben die europäischen, ehemals staatlichen Fluglinien an zwei Fronten zu kämpfen: Zunächst bekommen sie es wie die Lufthansa mit innereuropäischer Konkurrenz zu tun. Diese besteht vor allem aus den sogenannten „Low-Cost“ Airlines, wie Ryanair, Thomson Airways oder EasyJet, die mit günstigen Flugpreisen – ermöglicht durch Unterwanderung sozialer Standards – den Markt aufmischen. Sie bauen ihr Streckennetz immer weiter aus und laufen den großen Airlines an den zentralen Flughafendrehkreuzen zunehmend den Rang ab. Ryanair hat 2016 den Klassenprimus Lufthansa in Europa überholt und sich nach Passagierzahl an die Spitze der Fluggesellschaften gesetzt. Zugleich drängen Fluggesellschaften außerhalb der Europäischen Union auf den europäischen Binnenmarkt. Vor allem kapitalstarke, (teil)staatlich geführte Airlines aus den arabischen Golfstaaten oder der Türkei, wie Flying Emirates, Ethiad oder Turkish Airlines, machen den großen europäischen Airlines Konkurrenz. Die eingesessenen Fluggesellschaften versuchen, ihre Marktmacht aufrecht zu erhalten, indem sie ein Billigflugsegment aufbauen und ihre „Großvaterrechte“, also die begehrten Slots an den Flughafendrehkreuzen, verteidigen.

Der Konkurrenzkampf hat Auswirkungen auf die gesamte Branche und hat zu einem enormen Wachstum geführt. So ist das Passagieraufkommen zwischen 2004 und 2015 von 1,98 Mrd. auf 3,55 Mrd. gestiegen (vgl. ITF 2016). Auch sind die Fluggesellschaften hoch profitabel. Allein 2016 hat die Branche ca. 36 Mrd. US\$ an Gewinnen verbucht. Die hohen Passagierzahlen und Renditen gehen jedoch mit Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einher. Denn um im Konkurrenzkampf bestehen zu können, haben Konzerne wie die Lufthansa auf den Preisdruck mit Ausgründungen reagiert und eigene Billigairlines aufgebaut. Im Fall der Lufthansa sind diese Billiganbieter unter den Namen Germanwings oder Eurowings bekannt. Der ständige Preisdruck und die steigenden Passagierzahlen haben dazu geführt, dass die Löhne der Beschäftigten niedriger als beim Mutterkonzern sind und dass es über Jahre hinweg keine oder nur minimale Lohnerhöhungen gab. Zusätzlich kam es zu einer Arbeitsverdichtung und zur Unterschreitung von Sozialstandards, die in den bis dahin gültigen Tarifverträgen festgeschrieben waren.

Die Pilot_innen der Lufthansa haben sich 2014 das erste Mal gegen die Sparmaßnahmen des Konzerns und ihrer Tochtergesellschaften aufgelehnt. Der Konflikt

⁷ Ein Flughafenlot ist ein Zeitfenster, in dem es einer Fluggesellschaft erlaubt ist, einen Flughafen zum Landen oder Starten zu benutzen. Sie werden von den Flughäfen vergeben.

dauert seitdem an. Doch nicht nur die Pilot_innen wehren sich gegen Kürzungen und schlechte Arbeitsbedingungen. In den letzten Jahren kam es auch unter den Flugbegleiter_innen zu Arbeitskämpfen. Allein 2016 gab es in Deutschland in der Luftfahrt, wie oben erwähnt, sieben diesbezügliche Konflikte. Eine der intensivsten Auseinandersetzungen wurde von den Flugbegleiter_innen der Tochtergesellschaften der Lufthansa, Eurowings bzw. Germanwings, geführt. Dies ist kaum verwunderlich, trägt die Lufthansa doch mit den beiden Airlines einen erbitterten Konkurrenzkampf mit Ryanair und anderen „Low-Cost“-Fluglinien aus.

Der Arbeitskampf der Flugbegleiter_innen bei der Eurowings⁸

Auch der Tarifkonflikt des Kabinenpersonals bei Eurowings ist ein Ergebnis der Deregulierung und des Rückzugs des Staates als Arbeitgeber im Flugsektor. Die Eurowings GmbH ist eine von vielen Tochterunternehmen des Lufthansa-Konzerns und soll in Zukunft Germanwings als Flaggschiff im Billigflugsegment bei der Lufthansa ablösen. Letztere ist immer noch zu teuer, um im Konkurrenzkampf mit Ryanair und anderen Billigfliegern zu bestehen. Diese Entwicklung äußert sich beim Lohnniveau. Zum Vergleich: Ein/e Steward_ess verdient bei Eurowings nach 10 Dienst-Jahren 24.400 Euro im Jahr, beim Mutterkonzern Lufthansa dagegen 52.200 Euro (vgl. ZDF Magazin Frontal 21 02.02.2016).

Die Kernthemen beim Tarifkonflikt der Flugbegleiter_innen der Eurowingsflotte waren (a) die niedrige Entlohnung: Keine Lohnerhöhung seit sieben Jahren; (b) die Arbeitszeit: Das Kabinenpersonal kritisierte, dass es die Innenraumreinigung selbst übernehmen muss, was zu kürzeren Erholungszeiten führt; (c) die Altersvorsorge: Die Beschäftigten wollten eine rein arbeitnehmerfinanzierte betriebliche Altersvorsorge verhindern. Dieses Konzept wurde von der Spartengewerkschaft Unabhängige Flugbegleiter Organisation (UFO) mitgetragen. Anders als ver.di vertritt die UFO eine betriebssyndikalistische Philosophie und ist traditionell stark bei den Flugbegleiter_innen vertreten, während ver.di versucht, die Beschäftigten im gesamten Sektor nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu organisieren.

Der Tarifkonflikt zog sich über vier Monate hin, in denen insgesamt drei Mal gestreikt wurde: im September von ver.di, im Oktober von der UFO und im November noch einmal von ver.di. Die drei Streiks – jeweils an zwei Standorten gleichzeitig – waren notwendig, um die Unternehmensleitung zu einer Reaktion zu bewegen. Bei den Streiks von ver.di ging es vor allem darum, dass der Lufthansa-Konzern ausschließlich mit der ver.di-Tarifkommission verhandelt. Die UFO hingegen hatte mit ihrem Streik wiederum versucht, sich an den Verhandlungstisch zu bringen. Da die Produktions- bzw. Zirkulationsmacht der Beschäftigten im Luftverkehr besonders hoch ist, d.h. die Fähigkeit der Beschäftigten den Unternehmensablauf und den (Flug)Verkehr zu stören und auf diese Weise

⁸ Die Informationen zum Arbeitskonflikt bei Eurowings stammen aus Gesprächen mit den zwei zuständigen Gewerkschaftssekretär_innen auf der Bundesebene von ver.di sowie mit einem aktiven ver.di-Gewerkschaftsmitglied am Standort Hamburg.

hohe Kosten zu verursachen (zum Konzept der „Produktionsmacht“: Schmalz/Dörre 2014: 222), hatte das Unternehmen ein großes Interesse daran, mit beiden Gewerkschaften gemeinsam zu verhandeln, um so mögliche Streiks zu verhindern. Der zweite Streik von ver.di im November war jedoch ausschlaggebend dafür, dass Eurowings sich bereit erklärte, alleine mit ver.di zu verhandeln. Letztlich erkämpften die Mitglieder von ver.di einen Vergütungstarifvertrag, der eine Lohnerhöhung zwischen sechs und neun Prozent über zwei Jahre vorsieht.

Der Abschluss bringt die UFO in Bedrängnis. Ver.di hingegen hat nun gute Chancen, der UFO beim neuen „Low-Cost“ Flaggschiff der Lufthansa Eurowings den Rang abzulaufen, so dass der UFO nur noch eine starke Basis bei der Lufthansatochter Germanwings bleibt. Der Erfolg von ver.di war auf das Engagement einer Aktivengruppe zurückzuführen, die den arbeitgeberfreundlichen Kurs der UFO – Zustimmung zur Lohnstagnation und zur arbeitnehmerfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge – nicht mehr hinnehmen wollte und sich schließlich bei ver.di organisierte. Durch ihr Engagement wurde es möglich, dass ver.di nunmehr die mitgliederstärkste Gewerkschaft bei Eurowings ist. Dies ist von großer Bedeutung, da das Tarifeinheitsgesetz der jeweils größten Gewerkschaft den Vertretungsanspruch – und damit auch das Streikrecht – zuspricht.

Zusammengefasst: Der Tarifkonflikt bei Eurowings ist das Ergebnis einer Deregulierung der Luftfahrtbranche. Jahrzehntelange Liberalisierungen haben zu einer hohen Arbeitsverdichtung, schlechten Bezahlung und gesundheitlichen Risiken in nahezu allen Bereichen des Sektors geführt. Die Arbeitskämpfe sind letztlich als Abwehrkämpfe gegen den Sog der Deregulierung zu verstehen. Gerade die Doppelstandards beim Kabinenpersonal im Lufthansa-Konzern und bei deren Töchtern Eurowings und Germanwings spielten eine wichtige Rolle für die Unzufriedenheit der Beschäftigten und die Streikbereitschaft bei den „Low-Cost“ Airlines. Konfliktverschärfend wirkte im Fall Eurowings paradoxerweise das Tarifeinheitsgesetz, da UFO und ver.di nunmehr nicht mehr nur für bessere Arbeitsbedingungen und unterschiedliche Gewerkschaftskonzepte kämpfen, sondern um den Alleinvertretungsanspruch in der Branche und, so die Logik der Tarifeinheit, um das nackte Überleben im Betrieb. Die Arbeitskämpfe werden darum härter geführt, es kann zudem zu mehreren Streiks im gleichen Unternehmen kommen. Außerdem entstehen neue Auseinandersetzungen in anderen Bereichen des Luftfahrtsektors: Zu Beginn des Jahres 2017 folgten neue Streiks, die diesmal vom Bodenpersonal geführt wurden (vgl. ZEIT online 13.4.2017).

Kampf gegen Tariffucht: Die Naunhofer Beschäftigten⁹

Auch auf regionaler Ebene kam es zu vergleichbaren Konflikten: Die 170 Mitarbeiter der strukturschwachen Stadt Naunhof bei Leipzig, in der die Stadt selbst den größten Arbeitgeber darstellt, kämpften im vergangenen Jahr für eine Wie-

⁹ Die Informationen über den Konflikt in Naunhof stammen, abgesehen von den zitierten Medienberichten, aus Gesprächen mit einem Beschäftigten der Stadt Naunhof, der einer der Hauptinitiatoren von Beschäftigtenseite war.

dereingliederung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Die Gemeinde war 1994 aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und hatte damit den TVöD für nicht mehr bindend erklärt. Nachdem sich der Stadtrat 2015 gegen das Vorhaben des Bürgermeisters Volker Zocher (parteilos) gestellt hatte, wieder in den Arbeitgeberverband einzutreten und somit den TVöD wieder in Kraft treten zu lassen, wendeten sich die Beschäftigten an die Deutsche Verwaltungsgewerkschaft (DVG) Sachsen. Bei einer Urabstimmung sprachen sich 95 Prozent der Beschäftigten für Arbeitskampfmaßnahmen aus. Diese begannen mit einer ersten Protestkundgebung Ende November 2015 (vgl. dbb Pressemitteilung 26.11.2016). Darauf folgten 2016 sechs Streiks zwischen Ende Januar und Mitte September mit insgesamt 11,5 streikbedingten Ausfalltagen. Die Proteste begannen mit einem kurzen Warnstreik Ende Januar. Später weiteten die Beschäftigten die Streiks auf zwei dreitägige Arbeitskämpfe aus, die allesamt Anfang September stattfanden (vgl. MDR Sachsen 7.9.2016; MDR Sachsen 14.9.2016). An den Streiks beteiligten sich geschlossen alle Beschäftigten.

Im Konflikt entstand eine Spaltung des Stadtrats in zwei Lager mit dem parteilosen Bürgermeister Volker Zocher und den zwei Stadtratsmitgliedern der Linkspartei als Befürworter von Tarifverhandlungen auf der einen Seite, während sich auf der anderen Seite CDU, FDP und Unabhängige Wählervereinigung (UWV) gegen jegliche Verhandlungen mit der Gewerkschaft sperrten. Dem Bürgermeister wurde sogar per Stadtratsbeschluss die Aufnahme von Gesprächen mit der Gewerkschaft untersagt. Als er trotz des Verbots den Kontakt zur Gewerkschaft suchte, schaltete sich der Landrat des Landkreises Leipzig, Henry Graichen (CDU), ein. Er forderte den Naunhofer Bürgermeister auf, sich an die Entscheidung des Stadtrates zu halten und drohte mit einem Amtsenthebungsverfahren (vgl. MDR Sachsen 3.5.2016). Auch wurde versucht, die Streikenden zu spalten, indem den Erzieher_innen der fünf Kitas die Übernahme der Regelungen des Sozial- und Erziehungsdienstes angeboten wurde. Doch die Naunhofer Beschäftigten blieben bei ihrer Haltung. Für sie kam nur ein Tarifvertrag für alle Beschäftigten in Frage (vgl. Leipziger Volkszeitung 27.6.2016; Leipziger Volkszeitung 26.8.2016).

Anfang Oktober begannen schließlich die Verhandlungen um einen Tarifvertrag zwischen Gewerkschaft und Stadtrat. Dem Bürgermeister war untersagt worden, die Verhandlungen zu führen. Nach fünf Verhandlungsterminen konnten sich die Konfliktparteien auf einen Tarifvertrag einigen, der weitgehend die Regelungen des TVöD übernimmt. Abweichungen gibt es bei den Urlaubsregelungen und bei der verzögerten Übernahme von Tarifierhöhungen. Der Tarifvertragsentwurf wurde Ende Januar 2017 mit gut 98 Prozent der Stimmen in einer Urabstimmung angenommen und vom Stadtrat einstimmig bestätigt (dbb Pressemitteilung 27.1.2017).

Der Konflikt führte also zum Erfolg. Der Tarifvertrag stellt vor allem für die Erzieher_innen in den Kitas und im Schulhort eine deutliche finanzielle Verbesserung dar und schafft eine Gleichbehandlung aller Beschäftigten. Zuvor existierten verschiedene Verträge für Beschäftigte, die vor und nach 1994 ein-

gestellt wurden. Zudem gab es keine Stellenbewertungen, wodurch Beschäftigte bei gleicher Arbeit in unterschiedliche Entgeltgruppen eingruppiert werden konnten (vgl. dbb Pressemitteilung 7.12.2016). Ferner hat der Konflikt zu einer starken Mobilisierung der Beschäftigten geführt. Während vor dem Konflikt nur eine Beschäftigte Mitglied der DVG war und weitere fünf bei ver.di organisiert waren, traten alle nicht-geringfügig Beschäftigten – insgesamt 133 – während des Konflikts der DVG bei. Auch die Akzeptanz des Arbeitskampfes bei den Bürgern, besonders den Eltern der Kinder, die in den städtischen Kitas betreut werden, war groß. Dies war, so ein involvierter Beschäftigter, vor allem der intensiven Aufklärung durch die Erzieher_innen zu verdanken.

Der Konflikt in Naunhof ist sicherlich ein ungewöhnliches Beispiel für staatliches Tarifdumping. Dennoch handelt es sich im Kern um einen Verteilungskampf um finanzielle Ressourcen in einer verschuldeten Gemeinde, wie er an vielen Orten in Deutschland zu finden ist. Noch sehr viel weitgehend als in den meisten Kommunen wurde die finanzielle Misere einseitig zu Lasten des städtischen Personals gelöst. Uneinigkeit unter den Stadträten über die richtige Allokation der knappen finanziellen Ressourcen führte in Naunhof zum Zeitpunkt der Streiks zu einem unbestätigten Haushalt (vgl. Leipziger Volkszeitung 14.6.2016). Ein Teil des Stadtrats war sogar der Meinung, dass sich einige Haushaltsposten durch eine weitere Senkung der Personalkosten finanzieren ließen, eine Strategie, die auch 1994 den damaligen Bürgermeister zum Austritt aus dem Arbeitgeberverband bewegt hatte. So brachten die Unabhängige Wählervereinigung, die FDP und die Wählervereinigung Ammelshain (WVA) während des laufenden Konflikts der Naunhofer Beschäftigten eine Privatisierung der fünf städtischen Kitas in die Diskussion (vgl. Leipziger Volkszeitung 22.4.2016). Durch eine Übernahme der Kitas von einem freien Träger wären die Kitabeschäftigten nicht mehr Beschäftigte der Stadt, Naunhof würde sich als Arbeitgeber somit weiter zurückziehen. Diese Strategie, die viele andere Gemeinden wählten, scheiterte jedoch an einer Initiative für ein Bürgerbegehren (Leipziger Volkszeitung 28.5.2016). Die Bürger stellten sich hier, wie auch die städtischen Beschäftigten im Tarifkonflikt, gegen einen Rückzug des Staates.

Vom Staat zum Markt – vom Konflikt zur Re-Regulierung?

Das Streikjahr 2016 und auch die Vorjahre deuten auf die neue Rolle von staatszentrierten Konflikten bei der Entstehung von Arbeitskämpfen hin. Staatliche Akteure werden nicht nur durch ihre unmittelbaren Entscheidungen über Ausgründungen und Deregulierungen zum Pacemaker von Streiks (Dörre et al. 2016: 213), vielmehr entsteht aus Entscheidungen, die teilweise über zwei Jahrzehnte zurückliegen, neues Konfliktpotenzial, das sich mitunter erst Jahre später in Streiks entlädt.

Aus einer theoretischen Perspektive scheint es fast so, als ob die „zweite große Transformation“ (Burawoy 2000) mit ihrer „Entbettung des Marktes“ dazu beiträgt, dass sich verschiedene Konfliktformen mischen. Bei vielen der

Streiks handelt es sich nämlich um eine Verschränkung von Konflikten des polanyischen Konfliktypus, der die Kommodifizierung von öffentlichen Gütern und nicht-kapitalistischen Sphären betrifft, und des marxischen Konfliktypus, der sich vor allem um die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft dreht (vgl. hierzu Silver 2005: 34ff.). Anders ausgedrückt: Die Absenkung von Standards, die aus der Schaffung neuer Märkte in Bereichen wie der Postzustellung, dem Bahnverkehr oder der Luftfahrt resultiert, kann nach einer Weile zu Arbeitskämpfen führen. Diese haben vorrangig eine Rückkehr zu besseren Arbeitsbedingungen und verbesserter Entlohnung der Beschäftigten zum Ziel, richten sich zugleich jedoch gegen die Privatisierung öffentlicher Güter, da diese für die Absenkung früherer Standards verantwortlich ist. Das Beispiel der Stadt Naunhof zeigt sogar, dass diese Streikbewegungen sich mit Bürgerinitiativen verbinden können und somit mitunter eine neue Dynamik gewinnen.

Die Regierung Merkel könnte die Streikintensität in den betroffenen Branchen mit dem Tarifeinheitsgesetz paradoxerweise noch weiter angeheizt haben: In stark zerklüfteten Branchen wie dem Luftfahrtsektor kann es zur Konkurrenz zwischen Gewerkschaften um den Vertretungsanspruch kommen, die dann wieder zu zusätzlichen Streiks führt. Es bleibt abzuwarten, ob solche Prozesse zukünftig auch in anderen Sektoren zu beobachten sind, und ob sie weitere Regulierungen hervorrufen.

Literatur

- Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten (2008): Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Erosion des Flächentarifvertrags. In: WSI Mitteilungen 10/2008, S. 570-576.
- BR24 (30.9.2016): Baufirma geht in Streik. Kampf gegen Abschiebung eines afghanischen Kollegen. <http://www.br.de/nachrichten/strasser-abschiebung-streik-102.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Burawoy, Michael (2000): A Sociology for the Second Great Transformation? In: Annual Review of Sociology, Vol. 26, S. 693-695.
- dbb – beamtenbund und tarifunion Pressemitteilung (27.1.2017): Naunhof – Kommunale Beschäftigte bekommen Tarifvertrag: Zeitenwechsel! <http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/naunhof-kommunale-beschaeftigte-bekommen-tarifvertrag-zeitenwechsel.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- dbb – beamtenbund und tarifunion Pressemitteilung (7.12.2016): Großer Erfolg! Stadt Naunhof: Einigung im Tarifkonflikt. <http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/stadt-naunhof-einigung-im-tarifkonflikt.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- dbb – beamtenbund und tarifunion Pressemitteilung (26.11.2016): Stadt Naunhof: Protestkundgebung der Beschäftigten. <http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/stadt-naunhof-protestkundgebung-der-beschaeftigten.html> (letzter Zugriff 31.3.2017).
- Deckwirth, Christina (2008): Erfolg der Global Player. Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hans-Jürgen Bieling/Christina Deckwirth/Stefan Schmalz (Hg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa: Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union; Münster, S. 64-95.

- die Harke (29.7.2016): Revolte bei Bolte. https://www.dieharke.de/Lokales/Lokales-6/47464/Revolte_bei_Bolte.html (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Dörre, Klaus, Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel (2016): Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West; Campus Verlag, Frankfurt/New York.
- Frankfurter Rundschau (27.10.2016): Sozialplan bei Zumtobel steht. <http://www.fr.de/rhein-main/usingen-sozialplan-bei-zumtobel-steht-a-296774> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- golem.de (28.9.2016): Bundesweite Streiks bei Amazon und Prime Instant Video. <https://www.golem.de/news/onlinehandel-bundesweite-streiks-bei-amazon-und-prime-instant-video-1609-123500.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Holst, Hajo/ Singe, Ingo (2013): Ungleiche Parallelwelten – Zur Organisation von Arbeit in der Paketzustellung, in: AIS Studien, 6.Jg., H. 2; S. 41-60.
- ITF = International Transport Federation (2016): Whitepaper Airports United: Record Profits for airlines; airport workers under pressure. Online verfügbar unter: <https://www.twu.com.au/getmedia/65918376-abb-4c77-8278-4c64da40438d/ITF-Whitepaper-May-31-2016/> (letzter Zugriff 20.4.2017)
- Leipziger Volkszeitung (26.8.2016) Verhandlungsverbot. Alle Räder stehen still: Naunhof droht im Tarifstreit der unbefristete Erzwingungsstreik. <http://www.lvz.de/Region/Wurzen/Alle-Raeder-stehen-still-Naunhof-droht-im-Tarifstreit-der-unbefristete-Erzwingungsstreik> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Leipziger Volkszeitung (27.6.2016). Protest-Demo: GDL-Chef Weselsky stärkt Naunhofer Streikenden den Rücken. <http://www.lvz.de/Region/Grimma/GDL-Chef-Weselsky-staerkt-Naunhofer-Streikenden-den-Ruecken> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Leipziger Volkszeitung (14.6.2016): Investitionen in Gefahr? Naunhof weiter ohne Haushalt – Stadträte fordern Änderungen. <http://www.lvz.de/Region/Grimma/Naunhof-weiter-ohne-Haushalt-Stadtraete-fordern-Aenderungen> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Leipziger Volkszeitung (28.5.2016): Parlamentsbeschluss. Naunhofer Stadtrat stoppt Befragung der Freien Träger zur Übernahme von Kitas. <http://www.lvz.de/Region/Grimma/Naunhofer-Stadtrat-stoppt-Befragung-der-Freien-Traeger-zur-Uebernahme-von-Kitas> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Leipziger Volkszeitung (22.4.2016): Bürgerentscheid denkbar. Soll Naunhof seine Kindertagesstätten an Freie Träger übergeben? <http://www.lvz.de/Region/Wurzen/Soll-Naunhof-seine-Kindertagesstaetten-an-Freie-Traeger-uebergeben> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- MDR Sachsen (14.9.2016): Der MDR SACHSEN-Ticker 14.09.2016. <http://www.mdr.de/sachsen/mdr-sachsen-ticker-346.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- MDR Sachsen (7.9.2016): Streit um Tariflohn: Öffentliches Leben in Naunhof steht still. <http://www.mdr.de/sachsen/leipzig/streik-in-naunhof-ab-mittwoch-100.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- MDR Sachsen (3.5.2016): Schlichtung gesucht: Naunhof streitet um Tarifvertrag. <http://www.mdr.de/sachsen/leipzig/tarifstreit-in-naunhof-100.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).

- rbb24 (7.9.2016): Verhaltene Reaktion auf Verdi-Aufruf-Nur wenige Charité-Service Mitarbeiter streiken. <http://www.rbb-online.de/wirtschaft/beitrag/2016/09/berlin-wirtschaft-charite-verdi-streik-facility-management.html> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Schenk, Gordon Paul (2004): Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt im Luftverkehr. Entwicklung der Liberalisierung und der Verkehrsmärkte in den USA und Europa; Hamburg. Online verfügbar unter: <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2004/2129/pdf/Dissertation.pdf> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: Industrielle Beziehungen. Jg. 21, H.3, S.217–237.
- Schneidmesser, Lea/ Kilroy, Juri (2016a): Streikmonitor: Die Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2016. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 108, Dezember 2016, S. 145–158.
- Schneidmesser, Lea/Kilroy, Juri (2016b): Der Streikmonitor. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 106, Juni 2016, S. 160–171.
- Siebler, Werner (2015): Poststreik 2015 – mehr als ein Tarifkonflikt. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 103, Sept. 2015, S. 117–225.
- Volksstimme.de (23.1.2016): Mehr Lohn. Warnstreik legt Busverkehr lahm. <http://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/20160123/mehr-lohn-warnstreik-legt-busverkehr-lahm> (letzter Zugriff 20.4.2017).
- WSI (2017): WSI-Arbeitskampfbilanz 2016. Deutlicher Rückgang der Ausfalltage bei hoher Streikbeteiligung. https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2017_03_14.pdf (letzter Zugriff 20.4.2017).
- WSI (2016): WSI-Arbeitskampfbilanz 2015. Ein außergewöhnliches Streikjahr – Zwei Millionen Streiktage, ganz unterschiedliche Arbeitskämpfe fielen zusammen. http://www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2016_03_03.pdf (letzter Zugriff: 19.04.2017).
- ZDF Magazin Frontal 21 (2.2.2016): <https://www.youtube.com/watch?v=rCXDwzvYkA> (letzter Zugriff 31.3.2017).
- ZEIT online (13.4.2017): Streik an Berliner Flughäfen wird verlängert. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/verdi-bodenpersonal-streik-berlin-flughafen-tegel-schoenefeld> (letzter Zugriff 20.4.2017).

contrast zeitung für selbstorganisation 392 34. JAHRGANG MAI 2017 4,50 EUR		SCHWERPUNKT QUEERFEMINISTISCHE SELBSTORGANISATION
<p>Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus - für nur 7,50 €! Endet automatisch und muss nicht verlängert werden! Gegen Vorkasse: Schein / Bankmarken / Banküberzug. Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel www.contraste.org</p>		

Die Familienpolitik der AfD – Geschichte und Aktualität

„Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht irgendjemandem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben. Stabile Familien sind die Mitte und Grundlage jeder sich selbst erhaltenden Gesellschaft, in der Wohlstand und sozialer Frieden herrschen und Werte weitergegeben werden.“¹ So steht es im Wahlprogramm der „Alternative für Deutschland“ (AfD), das am 23. April 2017 in Köln verabschiedet wurde. Wer sind „wir“, wer sind „unsere Väter und Mütter“, wer ist „irgendjemand“ und was sind „unsere Werte“? Mein Vater und meine Mutter hatten kein Land und mein Großvater gründete 1914 mit vielen anderen sozialistischen Arbeitern eine Siedlungsgenossenschaft. Das war kurz vor der Auslösung des Ersten Weltkrieg. Ihm und den meisten seiner Genossen war es verhasst, ihr „Vaterland“ zu verteidigen.

Familismus ist keine neue Erscheinung

Wohlfahrtsverbände und christlichen Organisationen appellierten während des Ersten Weltkrieges an „Vaterlandsliebe“ und Opferbereitschaft von Frauen und Männern. Der Satz: „Der Mann [muss] hinaus ins feindliche Leben, die Frau zur stillen, helfenden, dienenden Liebesarbeit im Innern“², stammt aus der bürgerlichen Frauenbewegung, schien jedoch bei vielen Frauen aller Schichten Zustimmung zu finden. Und er zeigt, wie sich zu Kriegszeiten die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der gewünschten „Normalfamilie“ verstärkte, auch wenn sie andere Züge annahm. Schließlich war das gewünschte „geordnete“ Familienleben gar nicht mehr möglich, weil die meisten Frauen nun alleine mit ihren Kindern im „trauten Heim“ saßen. Sie kämpften an der „Heimatfront“ als Ergänzung zur heroisierten kriegerischen Männlichkeit. Auch in der Nazi-Zeit sollte die „Normalfamilie“ die „Keimzelle des Staates“ sein, mit dem Mann als Ernährer und Beschützer und der Hausfrau, die die Kinder versorgte. Frauen sollten sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen, den ihnen gemäßen Platz in der Familie einnehmen, um sich der „wunderbaren Aufgabe“ zu widmen, „ihrem Land und Volk Kinder zu schenken.“³

¹ Alternative für Deutschland: Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017, verabschiedet auf dem Parteitag der AfD am 22. und 23. April 2017 in Köln, Kapitel 7, Willkommenskultur für Kinder: Familien und Bevölkerungsentwicklung, S. 34. Die Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, sind aus diesem Programm.

² Einladung zum Vortrag „Saat und Ernte in der Kriegsarbeit“ von Agnes Harnack, in: Neckar-Zeitung, Heilbronn vom 18. 3. 1916, S. 5.

³ Joseph Goebbels, zit. Nach Renate Wiggershaus: Frauen unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1984, S. 15.

Dafür gab es Steuererleichterungen, Kredite und Mutterkreuze. Dies galt allerdings nur für junge „reinrassige deutschblütige“ Frauen, die „sittlich einwandfrei“ waren und dem Führer zur Verfolgung seiner Blut- und Bodenideologie ein „arisches“ und „erbgesundes“ Kind schenkten. Schließlich ging es um „völkisch wertvollen Nachwuchs“. Das Mutterkreuz – verliehen an Mütter, die zwischen vier und acht und mehr Kinder bekamen – sollte eine ähnliche Funktion für die Mütter erfüllen wie das „Eiserne Kreuz“ für die Soldaten, indem es einen Ehrenplatz in der „Volksgemeinschaft“ symbolisierte. Dass Frauen während beider Kriege schließlich in der Rüstungsindustrie und anderswo gebraucht wurden, änderte nichts an der Verherrlichung der arischen Mutter und des in den Krieg ziehenden Vaters. Der verheerende Ausgang ist bekannt.⁴

In der Nachkriegszeit war es Bundeskanzler Konrad Adenauer, der bereits in seiner Regierungserklärung „die wachsende Überalterung des deutschen Volkes“ beklagte. Starken Beifall erhielt er für seine Aussage: „Helfen kann nur eines: Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind.“⁵ Immer wieder gab es konservative Politiker und andere, die sich für die Aufklärung der Bevölkerung zuständig fühlten. Die Zuwanderungspolitik und die „Überfremdung“ wurden schon vor der „Wiedervereinigung“ von DDR und BRD als Schreckgespenst an die Wand gemalt. „Geschähe nicht umgehend ein Umdenken“, bestünden die „äußere Gefahr der fremdstämmigen Besetzung“ und die „innere Gefahr der fremdstämmigen Vermehrung“, so der Publizist Pierre Krebs bereits 1987.⁶ Robert Hepp, seinerzeit Leiter der Forschungsstelle für phänomenologische Soziologie und Bevölkerungswissenschaft an der Universität Osnabrück, sprach damals von einem „sanften Völkermord an sich selbst“ und – indem er nicht vor dem Gebrauch nationalsozialistischen Vokabulars zurückschreckte – von einer „Endlösung der Deutschen Frage.“⁷ Das sind nur zwei Beispiele. Die Argumente rechter Bevölkerungswissenschaftler aus rechten Zeitschriften ließen sich, ergänzt durch Positionen von Theologen und Soziologen aus der „Jungen Freiheit“, der „Nation Europa“ und anderen Publikationen bis heute fortsetzen.⁸ Sie sind Wasser auf die Mühlen der konservativen Familisten.⁹

⁴ Siehe hierzu: Gisela Notz: Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes, Stuttgart 2015, Kapitel 2.7.

⁵ Titelgeschichte ohne Autor: Wuermeling: Des Papstes Garde, in: DER SPIEGEL vom 15. 9. 1954, Nr. 38/1954, S. 8 und 10-15; hier S. 10.

⁶ Pierre Krebs: Spektrale Analyse des Geburtenrückganges, in: Elemente zur Metapolitik 3/1987, S. 7 – 16; hier S. 7.

⁷ Robert Hepp: „... als würde der deutsche Wald das deutsche Volk überleben“, in: Elemente zur Metapolitik 3/1987, S. 16 – 24; hier: S. 20 ff.

⁸ Siehe hierzu: Gisela Notz, Kritik des Familismus, S. 165 ff.

⁹ Unter Familismus versteht man in der Sozialwissenschaft die Position, die die klassische heterosexuelle, monogame Kleinfamilie mit Vater, Mutter, Kind/ern zum Dreh- und Angelpunkt der Gesellschaft hochstilisiert und die Politik auf ihre Förderung ausrichtet.

„Geschichte wiederholt sich nicht“ ist ein Spruch, der wieder Konjunktur hat. Gerade so, als wollte man sich und andere damit trösten, dass alles nicht so schlimm sein kann. Freilich sind die historischen Situationen komplex, die Ursachen unterschiedlich und vielfältig sind Wirkungen und Gesamtzusammenhänge. Dennoch hat der August Bebel zugeschriebene Satz „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten“, immer noch Gültigkeit. Geschichte ist niemals nur etwas Vergangenes, sondern auch Wegweiser für die Zukunft.

Das Thema „Familienpolitik“ in der AfD und bei ihrem Umfeld

Die Alternative für Deutschland (AfD) positioniert sich als politische Kraft rechts von der CDU/CSU. Zudem pflegt sie gute Kontakte in das Milieu der christlichen Rechten und Evangelikalen. Trotz der wesentlichen Bedeutung von Familienpolitik wird das Thema „Familie“ selten problematisiert, wenn es um die AfD geht. Im Zentrum kritischer Veranstaltungen und Publikationen stehen meist die Zuwanderungspolitik, die EU-Politik, und völkische Rhetorik der AfD. Selten werden die familistischen und bevölkerungspolitischen Positionen der Partei angegriffen.

Durch die Wahlsiege der AfD sind Antifeminismus und Familismus in den Kommunal- und Länderparlamenten verstärkt worden. Beatrix von Storch sitzt seit 1. Juli 2014 für die AfD im Europaparlament. Dort kämpft sie gegen Abtreibung, „Genderei“, Feminismus, gegen die Ausweitung von Familienformen, gegen Sexualaufklärung und Homosexualität. Die Forderung nach Aufrechterhaltung des Familismus und der nationalen Werte verbindet die AfD mit der antimuslimisch-rassistischen Pegida-Bewegung, mit den selbsternannten „Lebensschützern“, die jegliche Abtreibung verbieten wollen, sowie mit „Männerrechtlern“ und „besorgten Eltern“, die finden, dass Sexualaufklärung nichts in Kindergarten und Schulen zu suchen haben. Das konservativ-reaktionäre Weltbild der AnhängerInnen all dieser „Bewegungen“ steht in scharfem Gegensatz zur Ausdifferenzierung der Lebensformen ebenso wie die Annahme vielfältiger geschlechtlicher Identitäten. Sie setzen Homophobie und Islamophobie gegen gesellschaftliche Vielfalt. Sie propagieren die standesamtlich geschlossene und möglichst mit kirchlichem Segen versehene, monogame, heterosexuelle Ehe mit eigenen Kindern als die einzige gültige Lebensform. Argumentiert wird weniger mit den eigenen Bedürfnissen der FamiliengründerInnen, als damit, dass es keinen Zweifel daran gebe, dass Kinder eine traditionelle Familie wünschen und nachhaltige Schäden davontragen, „wenn dieser ‚elementare Wunsch‘ nicht erfüllt wird“.¹⁰ Familie wird als „Keimzelle des Staates“ gepriesen. Wer kinderlos oder unverheiratet ist, gilt als „Demografiedienstverweigerer“¹¹, so der mit dem katholischen Jour-

¹⁰ Gabriele Kuby: Auf dem Weg zum neuen Gender-Menschen, Kisslegg 2007, S. 26.

¹¹ Andreas Püttmann: Runter vom Sockel, in: Christ und Welt, H. 26/2013.

nalistenpreis ausgezeichnete Andreas Püttmann, der „Familie“ der „menschlichen Sozialnatur“ zuordnet und damit andere Lebensformen diffamiert und als widernatürlich ausgrenzt.

„Positive Unterordnungsfähigkeit“

Die AfD bezeichnet sich selbst als Familienpartei. Bereits in ihrem Grundsatzprogramm heißt es: „Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren. Die Familie aus Vater, Mutter und Kindern als Keimzelle der Gesellschaft zu verstehen und den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden“. Die Partei fordert „eine solidarische Förderung der Familien“ als Investition „in unsere gemeinsame Zukunft“. Für die „Bildung als Kernaufgabe der Familie“ sollen in erster Linie die Eltern verantwortlich sein. Der flächendeckende Ausbau von Kitas und Krippen wird zwar gefordert, eine „Kita- und Krippenpflicht“, die niemand verlangt hat, wird jedoch abgelehnt.¹² Allen anderen Lebensentwürfen außerhalb der „Normalfamilie“ mit Vater, Mutter, Kind wird häufig die Berechtigung abgesprochen. Auch beim Parteitag der AfD am 22. und 23. April 2017 in Köln wurde betont, dass der Begriff „Familie“ nicht auf andere Lebensgemeinschaften ausgedehnt werden dürfe.¹³ Besonders der Queerfeminismus wird dadurch zur Angriffsfläche, da er vielfältige Familien- und Lebenskonzepte entwirft und an tradierten Vorstellungen rüttelt.

Alleinerziehende Elternteile wurden nach dem Grundsatzprogramm zwar anerkannt, aber: „Der Idealfall für die kindliche Entwicklung ist jedoch immer das Vorhandensein von Mutter und Vater“.¹⁴ Auch beim Bundesparteitag im April 2017 votierten die Delegierten für einen Antrag, in dem das Alleinerziehen als ein „Notfall“ bezeichnet wird und als „Ausdruck eines Scheiterns eines Lebensentwurfs“. Eine „vorbehaltlose Förderung Alleinerziehender“, wie sie von etablierten Parteien praktiziert werde, sei falsch.¹⁵

Die Vorsitzende Frauke Petry betonte in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ausdrücklich: Familienpolitik, das dürfte man heute wieder sagen, sei Bevölkerungspolitik.¹⁶ Ihr Idealbild: Jede deutsche Familie sollte drei Kinder haben. Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im thüringischen Landtag und Star des reaktionär-rechtskonservativen Milieus, sieht das ebenso: „Wir brauchen eine politische Elite, die bereit ist, gegen den Zeitgeist

¹² <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>. (Zugriff: 24.4.2017).

¹³ www.br.de/nachrichten/bundesparteitag-afd-duo-schlussstueck-100.html (Zugriff: 24.4.2017).

¹⁴ <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>. (Zugriff: 24.4.2017).

¹⁵ www.zeit.de/news/2017-04/23/parteien-das-afd-programm-zur-bundestagswahl-23135808 (Zugriff: 24.4.2016).

¹⁶ Andreas Kemper: Keimzelle der Nation – Teil 2, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2014, S. 12.

der Dekadenz eine Drei-Kind-Familie zu postulieren und vorzuleben“, denn „die Familie ist die wichtigste Sozialisationsinstanz. Es werden dort Werte vermittelt, Gemeinschaftsorientierung, eine positive Unterordnungsfähigkeit“ (!).¹⁷

Auf dem Kölner Parteitag nahm das Thema „Familie“ einen breiten Raum ein, während die Presse vor allem über das neue oder abgedankte Führungspersonal berichtete. An der Politik der AfD ändert diese Auseinandersetzung nichts. Aus der Überschrift des Kapitels im Wahlprogramm: „Willkommenskultur für Kinder: Familien und Bevölkerungsentwicklung“, wird deutlich, dass ein enger Zusammenhang zwischen Zuwanderungspolitik Familien-, Bevölkerungs- und Kinderwunschnpolitik besteht. Deutlich wird, dass es beim Thema Bevölkerungspolitik keinesfalls lediglich um „mehr Kinder“ geht, oder um eine generell familien- und kinderfreundliche Politik; es geht auch um die ‚richtigen‘, gewünschten deutschen Kinder und um ‚ordentliche‘ als ‚normal‘ bezeichnete Zusammenlebensformen. Ihnen alleine gilt die Freundlichkeit (nicht nur) im Wahlprogramm:

„Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien – von den etablierten Parteien längst als alternativlos hingenommen – sorgen für eine Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, mit stark steigender Tendenz. Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten.“

Auf der anderen Seite lehnt die AfD jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab und will „ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf [der deutschen Wirtschaft – G.N.] zulassen“. Darüber hinaus wird eine feste jährliche Abschiebequote gefordert. Sollten die Herkunftsländer ihre BürgerInnen und deren Kinder nicht wieder zurücknehmen, müsse durch Einstellung der Entwicklungshilfe Druck ausgeübt werden. Dass täglich 30.000 Kinder auf der Welt verhungern, ist kein Thema der „familien- und kinderfreundlichen“ Politik der AfD.

Maßnahmen zur Geburtenförderung

Auch konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenzahl wurden beim Parteitag genannt. So sollen Familien durch Steuerentlastungen stärker gefördert werden, junge Eltern sollen ein „Baby-Begrüßungsgeld“ erhalten. Ein „Familiensplitting“ soll zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen. Zunächst bleibt unklar, ob nur „deutsche junge Eltern“, die „deutsche Kinder“ bekommen, gefördert werden sollen. Was ist ein „deutsches Kind“? In Deutschland war die Staatsbürgerschaft bis zum Jahr 2000 an die blutsverwandte Abstammung einer Person gebunden. Erst nach der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes 2000 wurde das Geburts- und Territorialprinzip einbezogen. Das Abstammungsprinzip gilt weiter. Die AfD will nun das Geburtsprinzip wieder abschaffen: „Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen

¹⁷ Zit. nach Andreas Kemper: „Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen 2016.

Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren.“¹⁸

Der § 218, dessen Streichung aus dem Strafgesetzbuch für alle emanzipatorischen Kräfte längst überfällig ist, soll verschärft werden: „Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben“, heißt es im Wahlprogramm. Dieses Recht dürfe nicht der Selbstverwirklichung oder sozialen Zukunftsängsten untergeordnet werden. Die AfD fordert eine Meldepflicht für Abtreibungen. „Bei Nichterfolgen soll eine spürbare Strafe ausgesprochen werden.“ Auch die bereits jetzt restriktive Pflichtberatung (Beratungsscheinregelung) soll überprüft und gegebenenfalls gesetzlich verschärft werden, damit die Schwangerschaftskonfliktberatung „tatsächlich dem Schutz des Lebens“ dient.

Junge Menschen sollnahegelegt werden, eine Familie zu gründen. Ihnen soll durch die Lehrpläne und Schulbücher „aller allgemeinbildenden Schulen“ ein positives Bild von Elternschaft vermittelt werden. Hingegen sollen die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ und „staatlich geförderte Umerziehungsprogramme“ aus Kindergärten und Schulen beseitigt werden.

Das Scheidungsrecht will die AfD restriktiver gestalten: „Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität muss bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden.“ Das heißt, das erst nach langen Auseinandersetzungen 1977 abgeschaffte Schuldprinzip bei Scheidungen soll wieder eingeführt werden.

Dürfen Frauen berufstätig sein?

Die AfD kritisiert, dass „die Wirtschaft“ die Frauen als Arbeitskräfte betrachtet. Sie will Gender Mainstreaming, Quotenregelungen, und „Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ abschaffen. Es sei falsch verstandener Feminismus, wenn Frauen einseitig im Erwerbsleben geschätzt werden, nicht aber Frauen, die „nur“ Mutter und Hausfrau sind. Sie würden auch finanziell benachteiligt.

Laut Wahlprogramm will die AfD prekäre Beschäftigung abbauen und Mindestlöhne einführen, weil „das Fehlen einer materiellen Grundlage durch eigene Arbeit z.B. Familiengründungen erschwert“ und negative Auswirkungen „für die Demografie“ die Folge seien. Sie denkt dabei weniger an die vielen Mini-Jobs, die Frauen innehaben, sondern eher an die „Leih- und Werkarbeiter“. Die sollen nur noch 15 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen ausmachen dürfen. Was in der aktuellen Situation wie eine gewerkschaftliche Forderung klingt, hat für die vielen Verkäuferinnen und andere Frauen, die im Niedriglohnssektor beschäftigt sind, keine Wirkung. Bei einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren plädiert die AfD dafür, den Rentenanspruch „abschlagfrei“ zu gewähren. 45 Jahre sind eine Lebensarbeitszeit, die Frauen in aller Regel nicht erreichen, wenn sie Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten ausfüllen. Dafür, dass die Stabilisierung der Sozialsysteme mit Schwierigkeiten verbunden ist, macht die AfD wie-

¹⁸ Wahlprogramm, S. 29.

derum eine „unverantwortliche Zuwanderungspolitik“ verantwortlich, die „unsere begrenzten Mittel“ angeblich auffrisst.

Darüber, dass Familie auch Ort der Gewalt und Unterdrückung ist, wird von der AfD nicht gesprochen. „Wenn Sie Gewalterfahrungen suchen, gleich ob als Opfer oder als Täter, gründen Sie am besten eine Familie“, lautet das zugespitzte Fazit, das Kai Bussmann, Professor für Strafrecht an der Universität Halle-Wittenberg, aus seiner Forschung zieht.¹⁹ Bussmann erklärt: „Es gibt in unserer hochzivilisierten Gesellschaft keinen unsichereren Ort als die Familie.“ Insgesamt sei Gewaltkriminalität in Deutschland rückläufig. Aber aus dem öffentlichen Raum sei sie erfolgreicher verdrängt worden als aus dem privaten Bereich.

Schlussbemerkungen

Familienpolitik ist im Jahr der Bundestagswahlen für alle Parteien im Fokus. Zu befürchten ist, dass antifeministische und familistische Inhalte nicht nur extrem rechte Wahlkämpfe durchziehen, sondern in Teilen der Gesellschaft an Salonfähigkeit gewinnen. Eine erstarkende AfD, die bereits in mehreren Landtagen vertreten ist und ein sich auch in bürgerlichen Kreisen immer weiter ausbreitendes autoritäres und antifeministisches Denken verleiten selbst etablierte Parteien dazu, sich nationalkonservativen Positionen anzunähern, auch in der Hoffnung auf Wählerstimmen. Etablierte Parteien passen sich schon jetzt der Programmatik der AfD an: „Einige Dinge, die vorher unsagbar waren, werden mittlerweile sogar von der CDU aufgenommen.“, hieß es bereits beim Kölner Parteitag der AfD.²⁰ Andere Parteien könnten folgen. Das Engagement gegen den Abbau emanzipatorische Errungenschaften sollte Potentiale für feministische und antifamilistische Gegenwehr zusammenführen. Notwendig werden breite Bündnisse zur Organisierung von Protest und Widerstand gegen Rechts – europaweit und weltweit. Dazu braucht es eine Zielvorstellung davon, wie die Welt, die es zu verändern gilt, aussehen soll. Es sollte keine Rolle spielen, ob Menschen alleine, zu zweit oder in Gemeinschaften, mit oder ohne (eigene) Kinder, monogam oder polygam, homo-, hetero-, bisexuell oder in anderen (nicht-)sexuellen Beziehungen friedlich zusammenleben. Es sollte auch egal sein, aus welchem Land sie kommen, welche Hautfarbe sie haben und welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen. Es geht um die Möglichkeit von freien Zusammenschlüssen unter freien Menschen ohne Unterdrückung und Gewalt. Es geht um eine Lebens- und Arbeitswelt, in der alle Menschen an dem viel zitierten „guten Leben“ teilhaben können.

¹⁹ Nicola Siegmund-Schultze: Schlachtfeld Familie, in Süddeutsche Zeitung vom 19. 5. 2010.

²⁰ Zugriff: 23. 4. 2017.

Ralf Krämer

Wertschöpfung und Mehrwertaneignung in der digitalen Ökonomie

Zur Kritik an Christian Fuchs' Theorie des „produktiven Konsums“

In Z 107 hat Christian Fuchs eine Kritik an Paul Masons Buch „Postkapitalismus“ vorgelegt¹, der ich in weiten Teilen zustimme. Im Digitalisierungshype der letzten Jahre werden offenbar diverse Ideologien wieder aktiviert und weiterentwickelt, die etwa schon im New-Economy und High-Tech-Hype Ende der 1990er ein vogue waren.² Bereits in Z 103 und 104 hatte Fuchs Elemente einer „Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit“ dargestellt³, in der sich viele interessante und wichtige Ausführungen zur internationalisierten kapitalistischen Produktion digitaler Hard- und Software finden. Seine in diesen und in anderen Texten dargestellten Auffassungen zur politischen Ökonomie der Internetkonzerne und insbesondere zur vermeintlichen Wertschöpfung durch „Online-Prosumption“, also die Betrachtung konsumtiver Nutzung digitaler Medien als vermeintlich wertschöpfende digitale Arbeit, bedürfen jedoch einer marxistischen polit-ökonomischen Kritik.

Fuchs kritisiert (in Z 107, S. 102ff.) die spezielle Marx-Lesart des „autonomen Marxismus“, auf die sich Mason stützt. Diese interpretiert Passagen aus Marx' Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie, das „Maschinenfragment“, so, als würde im Übergang zum „kognitiven Kapitalismus“ das Wertgesetz außer Kraft gesetzt. Demgegenüber betont Fuchs, dass auch in der Informationsökonomie die Arbeit und die Ausbeutung der Arbeitenden die Grundlage der Wertschöpfung und des Mehrwerts bzw. Profits seien. Dem stimme ich völlig zu. Offenbar gibt es und dominiert hierzulande und weltweit weiterhin kapitalistische Warenproduktion und der Wert und die Ausbeutung abhängiger Arbeit sind für diese grundlegend.⁴

Fuchs verweist dann auf vier Aspekte: 1. Die Produktion von Software und anderen Informationsgütern erfordere erheblichen und wachsenden (Erwerbs-)Arbeits-

¹ Christian Fuchs, Henryk Grossmann 2.0. Eine Kritik an Paul Masons Buch „Postkapitalismus: Grundrisse einer kommenden Ökonomie“, in: Z 107 (September 2016), S. 98-114.

² Vgl. Ralf Krämer, Informationsrente – zur politischen Ökonomie des Informationskapitalismus, in: Das Argument Nr. 248, 5/6 2002, S. 637-652.

³ Christian Fuchs, Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit, Teil I, in: Z 103 (September 2015), S. 85-95; Teil II, in: Z 104 (Dezember 2015), S. 73-86.

⁴ Vgl. dazu auch Ralf Krämer, Kapitalismus verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart, Hamburg 2015, S. 175f. (Download im Volltext: <https://www.rosalux.de/publikation/id/4096/>), und zur vertieften Kritik an Paul Mason: Rainer Fischbach, Die schöne Utopie, Köln 2017.

aufwand. 2. Die Internetkonzerne seien ökonomisch betrachtet im Kern Werbeagenturen und dies basiere auf der Zeit, in welcher die KundInnen ihnen Aufmerksamkeit widmen. 3. Die „digitale“ Branche beruhe auf intensiver internationaler Arbeitsteilung mit hohen Ausbeutungsraten. 4. fänden sich in der digitalen Arbeitswelt unzählige Formen irregulärer, unbezahlter, prekärer, outgesourcter Arbeit. Hierzu gehöre auch die unbezahlte Arbeit bei der Nutzung digitaler Güter. Diese bezeichnet er als „produktiver Konsum, der Wert hervorbringt“ (Z 107, S. 105).

Beim Punkt 4 geht nun allerhand durcheinander. Prekäre und andere Erwerbsarbeit in der Produktion digitaler Waren ist ökonomisch etwas völlig anderes als die unbezahlten Tätigkeiten bei der Nutzung digitaler Güter. Auch wenn es sich bei diesen Tätigkeiten um Arbeit im allgemeinen Sinne handelt, also zweckbestimmte Tätigkeit, um ein vorher überlegtes Arbeitsergebnis zu erzielen, ist es dennoch keine im ökonomischen Sinne produktive, Wert schaffende Arbeit. Erst recht gilt das bei bloßem Konsum für spielerische, kommunikative oder andere Zwecke, auch wenn dabei gleichzeitig Datenspuren produziert werden, die ein Internetunternehmen für seine Geschäfte nutzt (dazu weiter unten).

Wertschöpfung und produktive Arbeit

Wir müssen hier präzise sein und den ökonomischen Charakter der verschiedenen Aktivitäten genau betrachten. Im ökonomischen, kapitalistischen Sinne ist Wert schaffende Arbeit solche, die Waren (dies können auch kommerzielle Dienstleistungen sein) produziert. Der Verkauf dieser Waren und damit die Realisierung der durch die Arbeit produzierten Werte in Geld ist die primäre Quelle der Einkommen. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen fließt der Verkaufserlös den Besitzern der Produktionsmittel zu, die daraus den Lohn für die abhängig beschäftigten Arbeitskräfte zahlen. Der dann nach Abzug der Vorleistungen (Aufwand für zirkulierendes konstantes Kapital) und des Wertverlusts der Anlagen (Abschreibungen des fixen konstanten Kapitals) verbleibende Überschuss ist der Mehrwert, der vom Kapital angeeignet wird.

Dies ist nicht nur von Marx und anderen theoretisch dargelegt worden, es spiegelt sich auch im betrieblichen Rechnungswesen und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wider – mystifiziert, weil dort auch das Anlagekapital, also Bauten, Ausrüstungen und geistiges Eigentum, als Quelle der Wertschöpfung betrachtet wird.⁵ Die gesamtwirtschaftliche (Netto-)Wertschöpfung entsteht in der Produktion der Güter und Dienstleistungen, wird primär verteilt auf Löhne und auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen und verwendet für privaten oder öffentlichen Konsum oder Investitionen. Betrachtet werden realwirtschaftliche ökonomische Prozesse, die in Geldgrößen realisiert oder bewertet werden, denn darauf kommt es in der kapitalistischen Produktions-

⁵ Auch die im öffentlichen Dienst und aus Zwangsabgaben und nicht Verkaufserlösen bezahlte Lohnarbeit wird dort als wertschöpfend betrachtet, der Begriff ist also weiter als bei Marx. Auch sonst ist die Darstellung hier etwas vereinfacht.

weise letztlich an. Die Summen der produzierten, verteilten und verwendeten Werte sind dabei bilanziell notwendig identisch. Bewertungsbedingte Zuwächse von Vermögensbeständen erhöhen nicht die Summe der Werte im realwirtschaftlichen Kreislauf. Wenn Wertsteigerungen fiktiven Kapitals oder von Anlagevermögen durch Verkauf in Geld realisiert werden, drückt dies nicht Wertschöpfung aus, sondern bedeutet Umverteilung und Aneignung von Wert, der anderswo durch Arbeit produziert wurde.

Dass prekäre oder outgesourcte Arbeit, die für die Produktion digitaler Waren notwendig ist, in diesem ökonomischen Sinne produktive Arbeit ist, sehe ich auch so. Je mehr von dieser Arbeit gesellschaftlich notwendig ist und je höher die Produktivität dieser Arbeit relativ zu anderen Arbeiten ist, desto höher ist der Wert und damit der durchschnittlich zu realisierende Preis der digitalen Waren. Ein durch den Ausbeutungsgrad der Arbeit bestimmter Teil dieser Wertschöpfung fließt den Arbeitenden als Entgelt für die von ihnen geleistete Erwerbsarbeit zu, sei es in der Form des Lohns oder auch als Honorar für formal selbstständige, aber ökonomisch oftmals abhängige Arbeit. Meines Erachtens macht es Sinn, auch die im Werbesektor und anderen Dienstleistungsbereichen für das Kapital geleistete Lohnarbeit als kapitalistisch produktiv zu betrachten, weil sie den realisierbaren Wert der Waren erhöht und sich damit vom hier bestimmenden Standpunkt des Kapitals als „gesellschaftlich notwendig“ erweist.

Bei den von Fuchs „produktiver Konsum“ oder „Schattenarbeit“ genannten Tätigkeiten ist das nicht der Fall. Fuchs weist selbst darauf hin, dass es solche auch außerhalb des Internets und der digitalen Ökonomie gibt. Selbstbedienung und Do-it-yourself-Tätigkeiten, Heimwerkerei und die gesamte Hausarbeit haben ökonomisch letztlich den gleichen Charakter wie Online-Banking, Online-Bestellungen usw. Sie schaffen Gebrauchswert für die NutzerInnen, aber keine Waren und damit keinen ökonomischen Wert. Fuchs betrachtet dies allerdings in einer sehr besonderen Weise: Diese Tätigkeit „ersetzt bezahlte Arbeit durch prekäre und unbezahlte Arbeit und hilft so den Unternehmen dabei, Profite zu erhöhen, indem sie ihre Lohnkosten senken können.“ (Z 107, S 105)

Das ist aber ökonomisch etwas ganz anderes als Wert und Mehrwert schaffende Arbeit zu sein. Selbstbedienung und Do-it-yourself und alle Arten von Eigenarbeit bedeuten nicht nur geringere Lohnkosten als bei der Produktion der entsprechenden fertigen Güter und Dienstleistungen als Waren, sondern auch geringere Verkaufserlöse und Wertschöpfung, denn die Bausätze und Selbstbedienungswaren werden deswegen gekauft, weil sie billiger sind. Ob die damit erzielten Profite höher oder niedriger sind, ist im Einzelnen unbestimmt und eine Frage der Konkurrenzbedingungen. Insgesamt betrachtet ist das Resultat von mehr Eigenarbeit, dass in diesen Wirtschaftszweigen weniger produktive Erwerbsarbeit angewendet wird und die Produkte weniger Wert haben und realisieren, als wenn sie fertig gebaut und mit Service verkauft worden wären.

Die Lohnabhängigen können allerdings das bei den billigeren Do-it-yourself und Selbstbedienungswaren eingesparte Geld für andere Waren ausgeben, was dort die Bedingungen für höhere Wert- und Mehrwertrealisierung setzt, bei an-

deren Kapitalisten in anderen Branchen. Fertiggerichte und Fast-Food oder Coffee to go verdrängen nicht den gelegentlichen Restaurantbesuch, sondern das heimische selber Kochen, sie erweitern insgesamt den Gastronomie-Markt. Es verändern sich also vor allem die Proportionen der verschiedenen Wirtschaftszweige und Erwerbsarbeiten. Würde dagegen gesamtwirtschaftlich der Konsum kapitalistisch produzierter Waren immer mehr durch Eigenarbeit ersetzt, würde dies nicht zu höheren Profiten führen, sondern im Gegenteil zu massiven Erlösrückgängen und Überproduktionskrisen und damit auch zu sinkenden Masseneinkommen und einem fortschreitenden Schrumpfungsprozess der Wertschöpfung und der Profite. Davon kann in der Realität nicht die Rede sein.

Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise

Ebenso unangemessen wie die Betrachtung digitaler „Prosumer“ als wertschöpfend Arbeitende ist auch die von Fuchs angesprochene und in Teilen feministischer Theorie verbreitete Betrachtung von Haus- oder Reproduktionsarbeit als im ökonomischen Sinne produktiv. Es liegt hier eine unscharfe Begriffsverwendung vor. Diese Arbeiten sind in dem allgemeinen Sinne wie alle Arbeiten produktiv, dass sie nützliche Produkte und Ergebnisse schaffen, Güter oder Dienstleistungen mit Gebrauchswert. Sie sind sogar unverzichtbar für den gesellschaftlichen Lebensprozess. Aber die Frage ihrer ökonomischen Produktivität unter kapitalistischen Verhältnissen ist eine andere, ist die, ob sie zusätzlichen Wert und Mehrwert, letztlich realisiert in Geld, für das Kapital schaffen.

In die Wertbestimmung der Arbeitskraft gehen die Reproduktionsarbeiten im privaten Haushalt aber nur indirekt ein, insoweit sie Auswirkungen darauf haben, wie hoch der Geldlohn sein muss, um die Reproduktionskosten der Lohnarbeitenden zu finanzieren. Sie senken den notwendigen Lohn, insoweit im Haushalt selbst produzierte Güter und Dienste nicht gekauft werden müssen. Auf der anderen Seite erhöhen sie ihn, insoweit der Lohn auch reichen muss, nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätige Familienmitglieder mit zu versorgen. Reproduktionsarbeit im eigenen Haushalt produziert jedoch keine Waren⁶ und erzeugt keine Einkommen, schafft somit keinen Wert und Mehrwert.

Die Tendenz der kapitalistischen Produktion ist darauf gerichtet, immer mehr Mehrwert zu produzieren und anzueignen. Sie geht daher auch nicht dahin, unbezahlte Reproduktionsarbeiten auszuweiten, sondern im Gegenteil dahin, möglichst viel der notwendigen Arbeit als kapitalistisch produktive Arbeit zu organisieren. Dies gilt insbesondere, wenn die Bevölkerung qualifiziert ist, was ja auch mit Kosten verbunden war, und dann in Erwerbsarbeit wesentlich höhere Beiträge zur Wert- und Mehrwertproduktion leisten kann, als sie andernfalls durch Arbeit im privaten Haushalt vielleicht an Reproduktionskosten der Arbeitskraft einsparen könnte. Zudem verhindert zunehmendes Arbeitskräfteangebot, dass die Löhne knappheitsbedingt steigen. Deshalb unterstützt

⁶ Auch nicht die besondere Ware Arbeitskraft, die an die lebendige Person gebunden ist, sondern sie produziert Dienstleistungen, die für die Reproduktion der Arbeitskraft genutzt werden.

das Kapital Politik zur Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, selbst wenn dies mit zunehmendem gesellschaftlichem Aufwand für Erziehungs-, Bildungs- und Pflegeeinrichtungen verbunden ist. Es versucht allerdings, einerseits die Kosten auf Staat und Steuerzahler abzuwälzen und andererseits, auch diese Einrichtungen zu privatisieren und in Orte kapitalistischer Mehrwertproduktion zu verwandeln.

Es ist grundsätzlich eine selbstwidersprüchliche Bewegung der kapitalistischen Produktionsweise. In der Konkurrenz werden die Einzelkapitale dazu genötigt, ihre Kosten möglichst zu senken um so ihre Gewinne zu steigern oder zu halten. Einerseits versucht das Kapital daher, bezahlte Arbeitskräfte einzusparen und möglichst viele Kosten abzuwälzen, sich den Gebrauchswert von Gütern und Diensten unbezahlt anzueignen und negative Effekte zu externalisieren – sei es auf die Natur, auf die Lohnarbeitenden oder auf andere Menschen, die dafür kein Geld bekommen, im Inland oder im Ausland, global. Es nutzt etwa indirekt die Dienste von Personen, immer noch überwiegend Frauen, die in privaten Haushalten und Familien Arbeit leisten und für die Reproduktion der Arbeitskräfte sorgen.

Andererseits erhöht die Senkung von Kosten nicht die Summe des insgesamt produzierten Werts und Mehrwerts. Eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Mehrwertproduktion kommt längerfristig nur zustande, wenn die kapitalistische Wertschöpfung, also der Umfang und die Produktivität der angewendeten Lohnarbeit ausgeweitet werden. Die kapitalistischen Unternehmen wollen akkumulieren und wachsen, ihre Produktion und damit Profite ausweiten, neue Geschäftsfelder und Märkte erschließen. Die kapitalistische Produktionsweise hat daher die Tendenz zum Wachstum und zur „Landnahme“, zur kapitalistischen Erschließung und Durchdringung immer neuer Regionen und Tätigkeitsfelder und zur Einbeziehung von immer mehr Menschen in kapitalistische Produktion und Wertschöpfungsketten, in Lohnarbeit oder abhängige und ausgebeutete selbstständige Arbeit.⁷

Der widersprüchliche Gesamtprozess aus einerseits ständiger Freisetzung von Arbeitskräften vor allem mittels steigender Arbeitsproduktivität durch verbesserte Produktionsmethoden und Technik bis hin zur Automatisierung von Prozessen sowie durch Externalisierung, andererseits Akkumulation, Wachstum und Ausweitung kapitalistischer Produktion und Beschäftigung, vollzieht sich gesamtwirtschaftlich ungeplant und krisenhaft. Grundsätzlich gibt es im Kapitalismus gleichzeitig Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung und Spaltung einerseits, die Tendenz zu Wachstum und steigender Beschäftigung andererseits. Welche Tendenz gerade überwiegt, hängt von der ökonomischen und gesellschaftlichen Lage und Dynamik ab, nicht von der technischen Entwicklung. Längerfristig gab und gibt es eine Expansion der kapitalistischen Wertschöpfung und Beschäftigung, die auch durch die neue Stufe der Digitalisierung voraussichtlich nicht beendet wird.⁸

⁷ Vgl. dazu auch Ralf Krämer, *Kapitalismus verstehen*, a.a.O., S. 70f.

⁸ Vgl. Ralf Krämer, *Die Roboter kommen, die Arbeit geht?*, in: *Zeitschrift Luxemburg* 3/2015,

Woher kommen die riesigen Profite der Internetkonzerne?

Doch worauf beruhen die tatsächlich massiven Profite der großen transnationalen Internetkonzerne Apple, Amazon, Microsoft, Google, Facebook und Co.? Abgesehen von Amazon, das als Handelskonzern die mit Abstand meisten Beschäftigten hat, und zwar mehrheitlich in seinen Versandzentren, und das bisher vorrangig auf Expansion statt maximale Profite setzt, liegen diese Profite um ein Mehrfaches höher, als sie durch die Wertschöpfung und Ausbeutung der bei diesen Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte zu erklären sind. Auch nicht, wenn diese als in besonders hohem Maße qualifiziert und produktiv zu betrachten sind und wenn die Ausbeutung outgesourcter Arbeit und der Beschäftigten von Zulieferern einbezogen wird, deren Mehrwertproduktion teilweise von diesen Konzernen angeeignet wird.⁹

Fuchs erklärt dies einerseits mit der genannten „Schattenarbeit“ im „produktiven Konsum“, was – wie dargestellt – nicht tragfähig ist. Andererseits verweist er speziell in Bezug auf Google und Facebook und andere soziale Medien darauf, dass schon die bloße Aufmerksamkeit der NutzerInnen beim Besuch dieser Websites als unbezahlte Arbeitszeit zu betrachten sei. Diese Konzerne nutzen „ein Geschäftsmodell, dessen Grundlage die Verwandlung von Nutzerdaten (Inhalte, Profile, soziale Netzwerke und Onlineverhalten) in Ware ist.“ Die NutzerInnen würden hier durch ihre Nutzung der Plattformen „digitale Arbeit“ leisten und „Datenwaren“ produzieren, die von den Internetplattformen an Werbekunden verkauft werden und die Grundlage für deren Profite bilden. (Z 104, S. 80f.)

Auch hier ist eine präzisere Betrachtung erforderlich. Zuzustimmen ist zunächst der Analyse, dass Google, Facebook und Co. ökonomisch als Werbeunternehmen zu betrachten sind. Über 90 Prozent ihrer Umsätze und Gewinne machen sie mit Werbung, insbesondere auch mit personalisierter Werbung, bei der die genannten Nutzerdaten von den Algorithmen der Plattformen genutzt werden, um die Werbewirkung zu optimieren. Aber die Ware, die diese Unternehmen an die zahlenden Kunden verkaufen, ist Werbung, eine Dienstleistung, die sie auf bzw. mittels ihrer Plattformen realisieren. Sie verkaufen nicht die Nutzerdaten als Ware. Und selbst wenn sie das täten, wären der Wert dieser Daten und der Preis, der für ihren Verkauf oder den Verkauf von Nutzungsrechten an diesen Daten zu erzielen wäre, nicht durch die „Arbeitszeit“ bestimmt, die die Nutzerinnen und Nutzer damit verbracht haben, diese Daten zu „produzieren“.

Die NutzerInnen geben Daten an und hinterlassen durch ihre Aktivitäten auf den Plattformen mehr oder minder umfangreiche weitere Datenspuren. Die

S. 30 – 37, <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-roboter-kommen-die-arbeit-geht/>

⁹ Zu den Internetkonzernen und ihrer Ökonomie vgl. Ulrich Dolata, Apple, Amazon, Google, Facebook, Microsoft, SOI Discussion Paper 2017-01 (<http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/publikationen/Dolata.2017.Apple.Amazon.Google.Facebook.Microsoft.pdf>) und ders., Apple, Amazon, Google, Facebook. Konzentration, Konkurrenz und Macht im Internet, in Z 108 (Dezember 2016), S. 55-68.

Netzaktivität ist aber nicht eine Arbeit, die auf die Produktion der Datenspuren gerichtet ist, die dann abgeschöpft werden, sondern diese sind lediglich Nebenwirkungen, gewissermaßen externe Effekte ihrer Tätigkeit, unabhängig davon, ob diese Nutzung im Rahmen von Arbeitsprozessen erfolgt oder rein konsumtiven oder spielerischen Charakter hat. Selbst wenn man z.B. das Suchen und Bestellen im Netz als Arbeit betrachten würde (so wie man auch das Shopping in Kaufhäusern als Arbeit betrachten kann anstatt als Freizeitbeschäftigung und Vergnügen), sind das Motiv und angestrebte Arbeitsergebnis das Finden und Kaufen, nicht die damit verbundenen Datenspuren. Diese Arbeit gilt nur als konkrete für die NutzerInnen selbst, nicht als abstrakte und wertschöpfende Arbeit für andere.

Auch hierzu gibt es Analogien in der nichtdigitalen Welt. So leisten auch die NutzerInnen von elektronischen Geräten keine Wert schaffende Arbeit, wenn sie diese in einer gelben Tonne oder bei einem Recyclinghof entsorgen, wo dann daraus durch Recycling Wertstoffe gewonnen werden. Die KonsumentInnen von Getränken in Pfandflaschen leisten nicht dadurch produktive Arbeit, dass sie die leeren Flaschen irgendwo hinterlassen, wo sie von FlaschensammlerInnen eingesammelt und gegen Geld abgeliefert werden. Und wenn aus menschlichen Exkrementen in entsprechenden Anlagen Biogas und Dünger gewonnen werden, wird die Produktion dieser Exkremente dadurch nicht zu produktiver Arbeit.

Wert schaffende Arbeit würden die NutzerInnen in diesen Beispielen nur dann leisten, wenn sie selbst diese von ihnen hinterlassenen Abfall- oder Nebenprodukte aufarbeiten und die gewonnen Wertstoffe verkaufen würden. Oder eben ihre Datenspuren selbst erfassen und verkaufen würden. Der Wert der individuellen Daten wäre allerdings null oder marginal, und auch jetzt werden die NutzerInnen für ihre Daten ja nicht bezahlt. Sie bekommen ggf. das unentgeltliche Recht zur Nutzung der Plattform und vielleicht auch mal irgendwelche Gutscheine oder ähnliche Vergünstigungen. Diese sind aber als Maßnahmen der Werbung und Kundenbindung für die Plattformen zu betrachten, keinesfalls als Arbeitsentgelt.

Ökonomisch relevant werden die Nutzerdaten erst, wenn es um Daten sehr großer oder sehr spezifischer Mengen von NutzerInnen geht, die auf dieser Grundlage dann mit gezielter Werbung adressiert werden können. Erst durch die Vernetzung und Verarbeitung und Nutzbarmachung der Daten auf der Plattform, die dafür entsprechend produziert und zur Verfügung gestellt werden muss, bekommen die Nutzerdaten Gebrauchswert für die Werbekunden und werden potenzielle „Datenwaren“ produziert. Die Plattform bietet auch erst die Grundlage dafür, dass die KundInnen durch ihre Aktivität den Gebrauchswert der Plattform selbst erhöhen, der wesentlich davon abhängt, dass möglichst viele Personen und Aktivitäten auf ihnen vernetzt werden.

Es ist aber zu beachten, dass der Gebrauchswert, die Nützlichkeit von Waren nicht ihren ökonomischen Wert bestimmt. Waren müssen einen Gebrauchs-

wert haben, um einen Wert zu haben und überhaupt als Ware zu gelten, aber es gibt keinen quantitativen Zusammenhang zur Wertgröße. Sondern diese wird durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige abstrakte Arbeit bzw. kapitalistisch modifiziert als Produktionspreis durch den Kostpreis und den darauf entfallenden Profitaufschlag bestimmt. Bei als Kapital eingesetzten Eigentums- oder Nutzungsrechten bestimmt sich ihr Wert als der eines „fiktiven Kapitals“ auf Grundlage der erwarteten Profite in Relation zur durchschnittlichen Rendite.¹⁰

Die abstrakte Arbeit, die zur Produktion der relevanten Daten und der Plattformen und damit ihres produktionsseitig bestimmten Werts nötig gewesen ist, ist aber nicht die Arbeit der Nutzer, sondern die vom Unternehmen in Erwerbsarbeit organisierte oder auch eingekaufte Programmierung und Support und Bewerbung und Verbreitung der Plattform und ihrer Nutzung. Auch der Wert der Nutzerdaten entsteht nicht durch die Tätigkeiten der Nutzer, sondern durch die von dem Plattformunternehmen organisierte Verarbeitung, die zwar automatisch durch Algorithmen passiert, zu deren Aufbau aber insgesamt sehr viel Arbeitsaufwand erforderlich war.

Die Aufwendungen für den Aufbau und die Etablierung solcher Plattformen und Netzwerke sind erheblich und übersteigen in der ersten Zeit regelmäßig die Einnahmen deutlich. Die Unternehmen machen also Anlaufverluste, und viele schaffen es auch nicht, hinreichend groß und einnahmekräftig zu werden. Sie werden dann irgendwann mit großen Verlusten verkauft oder dichtgemacht, die geleistete Arbeit und das eingesetzte Kapital werden entwertet. Bei Unternehmen wie Google, Facebook und anderen, die es „geschafft“ haben und dann sehr große Gewinne machen, lassen diese sich aber auch nicht mit der „normalen“ Ausbeutung der Beschäftigten und dem „normalen“ Profit auf das vorgeschossene Kapital erklären. Aber eben auch nicht mit einer vermeintlichen wertschöpfenden Arbeit in Form der Nutzung der sozialen Medien.

Informationsrenten und Verteilungsverhältnisse

Tatsächlich beruhen die teils exorbitanten Profite dieser Konzerne auf der monopolistischen Position, die sie auf ihrem Marktsegment errungen haben. Wer in bestimmten Bereichen und in großem Maßstab potenzielle KundInnen erreichen will, findet hier die weitaus wirksamsten und weitreichendsten Möglichkeiten. Allein auf Google entfielen in den USA 2015 etwa die Hälfte der Umsätze der Internet-Werbung, die wiederum ein Drittel aller Werbeumsätze ausmachte, mit steigender Tendenz.¹¹ Eine wesentliche Grundlage dafür ist ihr Monopoleigentum an den zugrunde liegenden intellektuellen Eigentumsrechten an der Programmierung und den Algorithmen der Plattformen. Diese erschweren die Etablierung von Konkurrenzangeboten und ermöglichen

¹⁰ Vgl. Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 482ff., und Ralf Krämer, Kapitalismus verstehen, a.a.O., S. 118f.

¹¹ Vgl. Ulrich Dolata, SOI Discussion Paper, a.a.O., S. 8.

eine monopolistische Preisgestaltung und die Aneignung riesiger Informationsrenten. Wenn die Plattformen einmal stehen und etabliert sind, ist zwar weiterhin viel Aufwand zu ihrer Unterhaltung und Fortentwicklung erforderlich, aber die Grenzkosten einer zusätzlichen Werbung sind minimal in Relation zu den Einnahmen aus dieser Werbung.

Ökonomische Renten können allgemein als Entgelte für die Nutzung nicht beliebig reproduzierbarer Produktionsbedingungen bzw. Monopole betrachtet werden, die deren Eigentümern zufließen. Werttheoretisch betrachtet stellen sie eine Aneignung bzw. Umverteilung gesellschaftlicher Wertschöpfung aus anderen Wirtschaftsbereichen zugunsten der Eigentümer der den Renteneinkommen zugrunde liegenden Eigentumsrechte dar. Ökonomisch am bedeutendsten sind hier weiterhin Grundrenten, die einen wesentlichen Anteil der Mieten und Pachten ausmachen. Auch Renten aus der Rohstoffextraktion, am bedeutendsten Rohöl, gehören hierhin. Aber auch die Profite, die aufgrund monopolistischer geistiger Eigentumsrechte angeeignet werden, lassen sich als Renten analysieren, als Informationsrenten.

Wertschöpfung ist letztlich die Produktion von Ansprüchen auf quantitativ bestimmte Anteile am gesellschaftlich in Form von Waren (oder Dienstleistungen) käuflichen Reichtum durch Arbeit. Davon streng zu unterscheiden ist die Aneignung von Anderen erarbeiteter Werte aufgrund des exklusiven Eigentumsrechts an notwendigen Produktions- oder Lebensbedingungen. Informationsrente kann in diesem Sinne kritisch als eine weitere grundlegende Einkommensform und geistiges Eigentum als weitere primäre Revenuequelle und Basis für Mehrwertaneignung im Kapitalismus analysiert werden. Die von Marx dargestellte und kritisierte „trinitarische Formel“ „Kapital – Profit (Unternehmergewinn plus Zins), Boden – Grundrente, Arbeit – Arbeitslohn“ (MEW 25, 822) wäre dann um ein viertes Glied zu ergänzen: geistiges Eigentum – Informationsrente. Wobei es im konkreten Fall zumeist nicht möglich ist, die in einem Unternehmen oder Sektor angefallenen Profite genau zu zerlegen und den Anteil der Informationsrenten zu bestimmen, da sie oft in den Unternehmen anfallen, die selbst auch Eigentümer der intellektuellen Eigentumsrechte sind.¹² Es gibt auch kaum statistische Daten dazu.

Informationsrenten und Monopolprofite, letztere hier verstanden als besonders hohe Profite aufgrund einer dominierenden Marktposition (die zumeist kein Monopol im strengen Sinne ist), bedeuten eine besonders hohe Aneignung von Mehrwert, aber nicht, dass dem eine entsprechend hohe Wertschöpfung in dem Unternehmen oder dem Wirtschaftszweig zugrunde liegt. Es handelt sich dabei um Aneignung von Wert, der in anderen Bereichen der Wirtschaft oder auch in anderen Ländern produziert und zu den Internetkonzernen umverteilt wird. Die zugrunde liegende Wertschöpfung durch Arbeit findet überwiegend außerhalb der Digitalwirtschaft statt, die Kunden der Konzerne, die deren

¹² Vgl. Ralf Krämer, Informationsrente, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/II.

Produkte (Werbung, Software, Hardware, Vermittlungsdienstleistungen usw.) kaufen, sind überwiegend Unternehmen aus anderen Sektoren oder Privatpersonen. Im Endeffekt bedeuten die exorbitanten Profite der Internetkonzerne und Informationsrenten allgemein entsprechend geringere Profite anderer Unternehmen und geringere Reallöhne. Sie sind damit auch ein zunehmend bedeutender Mechanismus internationaler Umverteilung zugunsten der kapitalistischen Metropolen und insbesondere der USA.

Es sind ausschließlich die ökonomische, sich in Geld realisierende Wertschöpfung und die daraus entspringenden Einkommen die Quelle auch aller staatlich organisierten Umverteilung. Es muss daher auch klar sein, dass die Profite der Digital- und Internetwirtschaft ebenso wie die Profite aus der Anwendung von Robotern, künstlicher Intelligenz, automatisierter Anlagen aller Art oder der Informations- und Kommunikationstechnik keine zusätzliche davon unabhängige Quelle der Finanzierung darstellen können. Erst recht gilt das für die vermeintliche „Wertschöpfung“ aus „produktivem Konsum“ oder „Schattenarbeit“ – wo kein Einkommen entspringt, kann auch keines umverteilt werden. Auch in einer noch viel stärker als heute durch Digitalisierung und Automatisierung geprägten Wirtschaft der Zukunft bleibt die lebendige Arbeit im ökonomischen Prozess, die Erwerbsarbeit, die einzige Quelle der Wertschöpfung, die ein gesellschaftlicher und kein stofflicher Prozess ist.

Auch in Zukunft wird es keine andere Quelle für Sozialleistungen, sei es die Altersrente oder ein Grundeinkommen, geben als das im gesellschaftlichen Arbeitsprozess erzeugte und in Geld realisierte Volkseinkommen, das sich auf Löhne einerseits, Gewinne und Vermögenseinkommen andererseits verteilt. Der gesamte Bereich der Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, Medien, Werbung usw. macht dabei größenordnungsmäßig vielleicht fünf Prozent aus. Auch in Zukunft bleibt es die primäre verteilungspolitische Aufgabe, den Anteil der Löhne zu halten und wenn möglich wieder zu steigern. Die Vorstellung, wenn dies im Klassenkampf nicht gelänge, könne dies durch eine entsprechend massiv erhöhte Besteuerung der Profite und Vermögen kompensiert werden oder sogar daraus ein komfortables Grundeinkommen für alle finanziert werden, geht an den ökonomischen und verteilungspolitischen Realitäten und Kräfteverhältnissen völlig vorbei.¹³ Fuchs kritisiert Mason zu Recht, dass dieser die ökonomische Bedeutung der IT-Wirtschaft völlig überbewerte, aber hier scheint er auch selbst kein realistisches Bild der gesamtwirtschaftlichen Proportionen und Verteilungsverhältnisse zu haben.

¹³ Vgl. Ralf Krämer, Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Alternative für Gewerkschaften?, in: Gegenblende 37/2016; <http://gegenblende.dgb.de/37-2016/++co++c903ab94-20bd-11e6-8774-52540088cada>.

100 Jahre Spaltung der deutschen Sozialdemokratie

Kolloquium der Friedrich Ebert Stiftung, 16. bis 17. Februar 2017, Berlin

Der auf Einladung von Prof. Uli Schöler und Thilo Scholle in Kooperation mit dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte Autorenworkshop am 16./17. Februar 2017 befasste sich intensiv mit der Aufarbeitung des 100 Jahre zurückliegenden Spaltungsprozesses der deutschen Sozialdemokratie und der Formierung der sich in Konkurrenz und Systemkonflikt bewegenden Strömungen der Arbeiterbewegung. Nicht die Beschwörung tradierter Muster der politisch-ideologischen und historiographischen Identitätsstiftung seit dem I. Weltkrieg und der Novemberrevolution stünden im Blickpunkt dieses Kolloquiums, sondern die Betrachtung und Diskussion vielgestaltiger Prozesse, die in diesen Spaltungsprozesses hineinwirkten, so *Prof. Dr. Uli Schöler* (Berlin) in seiner Eröffnung. Die alten Deutungsmuster von Reformismus, Zentrismus und Radikalismus als kontingenten Strömungen der alten Sozialdemokratie und der Herausbildung der neuen Parteien (M)SPD, USPD und KPD hielten neueren Erkenntnissen wie schon damals beobachtbaren Realitäten längst nicht mehr stand, da allein die USPD ideologisch Vertreter aller Strömungen in sich vereinte. Mithilfe eines biographisch orientierten Ansatzes, so der Jurist *Thilo Scholle* (Düsseldorf/Berlin), soll in diesem Arbeitsprozess ein wissenschaftliches Diskussionsergebnis entstehen, das noch 2017 als Buch erscheinen soll. Und tatsächlich war das deutliche Bemühen der anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer spürbar, alte Gräben durch neue tragfähige Pfade zu überwinden.

Im ersten Block gab der Germanist *Dr. Jens Ebert* (Berlin) einen Einblick in sozialdemokratische Feldpostkorrespondenzen während des Krieges, etwa von Käthe und Hermann Duncker oder von Helene und Wilhelm Kaisen. Die „Europadiskussion 1914-1922“ wiederum thematisierte *Dr. Willi Buschak* an den Protagonisten Max Cohen, Georg Ledebour, Hermann Kranold und Richard Calwer. Während bei Ledebour das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine gleichberechtigte Konföderation konstituierte, liebäugelten Cohen, Kranold und Calwer mehr oder weniger mit einem von Deutschland hegemonisierten kontinentalen Staatenbund ohne Großbritannien und Russland. *Moritz Rudolph* (Doktorand, Leipzig) charakterisierte die Positionen von Joseph Bloch, des Herausgebers der „Socialistischen Monatshefte“. Dieser favorisierte ein friedliches Kontinentaleuropa, in dem Frankreich dank seiner revolutionären Tradition eine Führungsrolle zukäme.

Den langen Atem Wolfgang Heines auf dem Weg zur „Burgfriedenspolitik“ beschrieb *Dr. Bernward Anton* (München). Heine habe seit 1898 eine „Kompensationspolitik“ gegenüber dem Reich vertreten, die 1914 zur Zustimmung der SPD-Fraktion zur Bewilligung der Kriegskredite in der Erwartung geführt habe, politische Zugeständnisse für die Arbeiterschaft als Gegenleistung zu erhalten („nationale Integration“). In der historischen Situation des August

1914 zeigte sich, dass festgefügte Blöcke in der SPD nicht zwingend bestanden: „Revisionisten“ wie Bernstein und Eisner waren Burgfriedensgegner, „Zentristen“ wie Cunow und Lensch letztlich Befürworter des Burgfriedens. Und nicht alle Oppositionellen fanden den Weg zur SAG/USPD, wie auch *Uli Schöler* hervorhob und Gustav Hoch nannte. Mit Hugo Haase wies er auf den Vertreter einer Verständigungslinie zwischen den Konfliktparteien hin, der vergeblich versuchte, Brücken zu bauen und 1916 selbst Opfer antisemitischer Schmähungen aus den eigenen Reihen wurde. Dass auch Gewerkschafter in diesen Spaltungsprozess eingebunden waren, erläuterten der in Mainz lehrende *Dr. Reiner Tossdorff* (Robert Dissmann) und *Prof. Dr. Karl Christian Führer* (Carl Legien) von der Universität Hamburg.

Am Folgetag, der eher einem biographisch orientierten Ansatz folgte, präsentierten *Dr. Felicitas Söhner* (Ulm) die bayerische Sozialistin und Pazifistin Antonia Pfülf sowie *Dr. Siegfried Heimann* (Berlin) den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Auch Braun stand einer Ausgrenzung der Opposition nach 1916 keineswegs uneingeschränkt positiv gegenüber. An der Person Rudolf Hilferdings wurde im Vortrag von *Stefan Hillger* (Braunschweig) erkennbar, wie sehr diese Frage die handelnden Personen umtrieb. Hilferdings Marxismus war stets begleitet vom Bestreben, die Flügel der Partei programmatisch zu einen. Dasselbe konstatierte Uli Schöler für Karl Kautsky, der noch am 4. August 1914 der zerstrittenen Fraktion vergebens einen Kompromissvorschlag vorlegte und zeit lebens für eine gemeinsame Sozialdemokratie stand. *Holger Czitrich-Stahl* (Glienicke) charakterisierte Georg Ledebour als einen Politiker, an dem sich die Geister schieden und die sich durch eher konfrontatives denn integratives Agieren auszeichnete. So betrachtet musste sein Plädoyer für eine pluralistische linkssozialistische Partei incl. der Kommunisten ins Leere laufen. Es folgten der Historiker *Dr. Volker Stalman*, der den Rätetheoretiker Ernst Däumig vorstellte, und *Thilo Scholle* mit einem Vortrag über Paul Levi, an dessen Leben sich die ganze Differenziertheit auch der politischen Gruppen zwischen SPD und KPD ausdrückte. *Prof. Dr. Jörg Wollenberg* (Bremen) schließlich sprach über die deutlich links agierende Bremer Sozialdemokratie, die Arbeiterräte und sozialistische Zeitungen wie die „Bremer Bürgerzeitung“ und die „Arbeiterpolitik“.

Prof. Dr. Detlef Lehnert (FU Berlin/Paul Löbe Stiftung) eröffnete den Schlussteil des Kolloquiums mit einem Vortrag über Paul Löbe und dessen Arbeit in der „Einigungsstelle“ SPD/USPD. Auch Löbe als moderater Kritiker des Burgfriedens war in der MSPD verblieben. Den Schlusspunkt setzte *Philipp Kufferath* (*Bonn/Archiv für Sozialgeschichte*), der die Entstehung der Arbeiterwohlfahrt aus dem Kontext von Weltkrieg und Spaltung herleitete.

Abschließend einigten sich die Teilnehmer darauf, den biographischen Ansatz zu erweitern. Z. B. sollten die persönlichen Dimensionen der Spaltung zwischen den handelnden Personen stärker betrachtet und bewertet werden, denn die Trennung der Sozialdemokratie in MSPD, USPD und KPD war viel mehr als eine reine ideologische Spaltung, sowohl persönliche als auch generationspezifische Ursachen sowie die jeweilige Grundhaltung zu Krieg, Frieden und

Landesverteidigung standen jeweils Pate. Außerdem bedarf es einer historisch-konkreten und organisationspolitischen Einbettung der biographischen Betrachtung der Handelnden in die herrschenden Rahmenbedingungen. Dies soll in die in erweiterter Form gestaltete Buchausgabe einfließen.

Holger Czitrich-Stahl

Echo der Russischen Revolutionen

**Treffen von Gewerkschaftslinken und Bewegungsaktiven, 23.
Februar 2017, Berlin**

Eine gutbesuchte Halbtageskonferenz fand am 23. Februar 2017 in der „Hellen Panke“ – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin zum Thema „Das Echo der Russischen Revolutionen“ statt. Nach einer Einführung von *Stefan Bollinger* sprachen fünf Referenten. Während die im Programm vorgesehenen Beiträge ein differenziertes, generell aber die historische Bedeutung der Oktoberrevolution unterstreichendes Bild zeichneten, ging es in der freien Diskussion kontrovers zu. Im Einzelnen lassen sich die Streitpunkte in einem knappen Bericht nicht wiedergeben. Die Geister schieden sich vor allem an zwei Fragen: 1. am Verhältnis zwischen Februarrevolution und Oktoberrevolution und dem historischen Stellenwert beider Ereignisse, 2. an der Frage, ob die Oktoberrevolution von vornherein einen Bruch mit dem emanzipatorischen Anspruch der Arbeiterbewegung dargestellt habe oder ob sie auch emanzipatorische Veränderungen eingeleitet habe.

Je positiver die Februarrevolution und die durch die Provisorische Regierung betriebene Politik bewertet wurde, desto negativer wurde die Oktoberrevolution beurteilt (im Einzelfall bis hin zur Stigmatisierung als Pogrom oder Putsch). Und umgekehrt, je deutlicher die Defizite der auf den Februar folgenden Politik und die Verantwortung der Provisorischen Regierung für die Fortführung des Krieges, für die ungelöste Agrarfrage und für die Bekämpfung der radikalen Linken benannt wurden, desto stärker trat die Unausweichlichkeit und Berechtigung des Oktoberumsturzes hervor. Hob die eine Position darauf ab, dass im bolschewistischen Verständnis von Revolution, Macht und Partei per se eine antiemanzipatorische, zum Stalinismus hinführende Politik angelegt war, so betonte die andere die Rolle der Bolschewiki bei der Beendigung des Krieges, der Übergabe des Landes an die Bauern, den kulturellen Aufbruch im jungen Sowjetstaat, die Anerkennung der Homosexualität, des Rechtes auf Abtreibung und andere Errungenschaften.

In den Meinungsverschiedenheiten offenbarten sich letztlich zwei theoretisch-methodologisch unterschiedliche Zugänge zur Geschichte: Eine vom Kollaps des „Realsozialismus“ ausgehende, aus Fehlentwicklungen Schlussfolgerungen ziehende Betrachtungsweise und eine auf die realen Umstände in Zeit und Ort verweisende, das gesamte Umfeld, die realen Handlungsspielräume und den zeitgenössischen Erfahrungshorizont respektierende Interpretation.

Die Anstöße zu den hier skizzierten Debatten, in denen die Mehrheit die historische Bedeutung der Oktoberrevolution anerkannte und Verständnis für das Agieren der Bolschewiki zeigte, gingen von den Referenten aus. Bollinger hatte die Geschehnisse von Februar 1917 bis zum Beginn der Neuen Ökonomischen Politik und der Gründung der UdSSR im Jahre 1922 als durchgängigen revolutionären Prozess vorgestellt und die weltweite Fanalwirkung der Oktoberrevolution und Sowjetrusslands hervorgehoben. Diese sei für das 20. Jahrhundert so zentral gewesen wie die Französische Revolution von 1789 für das Europa des 19. Jahrhundert. *Marga Voigt* hatte – gestützt auf die unlängst von ihr herausgegebene Briefedition – Clara Zetkin mit deren eigenen Texten als konsequente Befürworterin der Oktoberrevolution zu Wort kommen lassen. Es war nicht zuletzt diese unreflektierte Wiedergabe, die Kritiker der Oktoberrevolution auf den Plan rief.

Es tat der Tagung gut, dass in zwei Beiträgen auf das Echo der Russischen Revolutionen in anderen Ländern eingegangen wurde und sich somit Vergleichsmöglichkeiten boten. *Hans Hautmann* stellte die Vorgänge in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie – wie Russland ein Vielvölkerstaat mit einer maroden Dynastie – vor. Hier wurde der Impuls der russischen Revolutionen früh aufgegriffen und führte zu starken Protestbewegungen gegen Krieg und Verelendung. Als aufschlussreich erwiesen sich seine Erklärungen, wie durch das Agieren der Austromarxisten das Entstehen einer starken kommunistischen Partei in Deutschösterreich verhindert wurde. Auf die überwiegend unter anarchistischem Einfluss stehende revolutionäre Bewegung in Spanien ging *Reiner Tossdorf* ein. Auch hier sahen sich die herrschenden Klassen unter dem Druck der von Russland inspirierten Bewegungen zu Zugeständnissen an die arbeitende Bevölkerung gezwungen.

Mario Keßler stellte anhand von Reiseberichten (Alfons Goldschmidt, Franz Jung, H. G. Wells und Bertrand Russel) vor, wie ausländische Beobachter den frühen Sowjetstaat erlebt und dessen Perspektiven beurteilt hatten. Diesen begrenzten Gesichtskreis ergänzte *Marcel Bois* durch eine umfassendere Analyse der Rezeption der Russischen Revolutionen in der deutschen Arbeiterbewegung im ersten Jahrzehnt. Sein Blick richtete sich auf die unter dem Einfluss der Russischen Revolutionen ausbrechenden Massenstreiks wie auch auf die unterschiedlichen Positionierungen von Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakisten/Kommunisten. Deutsche Revolutionäre und Lenin waren sich einig, dass das Schicksal der Russischen Revolution davon abhing, ob ihr Impuls in Mittel- und Westeuropa aufgegriffen werde oder ob sie isoliert bliebe, und dass bei einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in Deutschland die Vorreiterrolle von Russland auf Deutschland übergehen werde. Diese Konstellation wird von den Kritikern der Bolschewiki oft außer Acht gelassen.

Eine einvernehmliche Klärung der aufgeworfenen Probleme war weder von dieser Tagung zu erwarten, noch ist überhaupt jemals damit zu rechnen. Realistisch angestrebt werden kann nur ein entideologierter, tatsächennaher, die

Zeitumstände wie die Langzeitfolgen berücksichtigender fairer Diskurs. Deshalb war Stefan Bollinger gut beraten, in seinen Schlussbemerkungen darauf zu verzichten, einen nichtexistierenden Konsens herzustellen. Festgehalten sei sein Hinweis, dass die weltweite Wirkung der Russischen Revolutionen auch unabhängig von den inneren Verhältnissen und Auseinandersetzungen im ehemaligen Zarenreich gegeben war.

Günter Benser

50 Jahre Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945

Frankfurt am Main, 25. Februar 2017

In diesem Jahr blickt der in Frankfurt am Main ansässige Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 auf ein halbes Jahrhundert Geschichte zurück. Für das Team und die Mitglieder des Studienkreises Anlass, zur Rückschau und Vorbereitung auf künftige Aufgaben. Wie die Erinnerungskultur sich verändert und welchen Weg sie nehmen wird – auch darum ging es bei einer Festveranstaltung Ende Februar in Frankfurt.

„Wir dürfen nicht bei der Erforschung des Widerstandes gegen Nazi-Deutschland stehen bleiben, Wir müssen analysieren, wo wir heute stehen, und welche Lehren wir aus der Geschichte ziehen müssen.“ Mit dieser Forderung von *Edgar Weick* endete die Feier zum 50. Jubiläum des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945. Weick gehörte zu den Initiatoren des Vereins, der im Anschluss an eine Schulbuchkonferenz im Februar 1967 in Frankfurt gegründet wurde. Ziel war es damals, den Widerstand gegen das NS-Regime in seiner gesamten sozialen und politischen Breite zu erforschen und zu vermitteln. Damit sollte auch der Widerstand der Arbeiterbewegung in die Schulbücher gebracht werden. Aus diesem Vorhaben entstand das Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes, das heute seinen Sitz im Frankfurter Westend hat. Das Arbeitsgebiet hat sich in den vergangenen 50 Jahren erweitert auf die Erforschung und Vermittlung aller Formen des Widerstands gegen den Nazi-Terror: die widerständigen Aktionen von Frauen, Jugendlichen, jüdische Menschen, den Angehörigen verschiedener Konfessionen oder Sinti und Roma.

Das Anliegen des Studienkreises wird heute von vielen politischen Kräften geteilt. So überbrachte zur Jubiläumsfeier mit 130 Gästen die Frankfurter Kulturdezernentin *Dr. Ina Hartwig* die Glückwünsche der Stadt. Die Arbeit des Studienkreises sei unverzichtbar für die historische Spurensuche in Frankfurt. Hartwig mahnte, wie andere Redner, zur Wachsamkeit vor allen, die die Demokratie untergraben wollen. Auch die Leiterin des Gedenkstättenreferates der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) *Dr. Monika Hölcher* gratulierte der „vermutlich ältesten Gedenkeinrichtung zur NS-Zeit in Hessen“ zum 50-jährigen Bestehen. Zu den Gratulanten gehörten auch *Cornelia Kerth* (VVN-BdA) und *Dr. Gunnar Richter* (Gedenkstätte Breitenau, LAG Hessen).

In der anschließenden Diskussionsrunde unter der Leitung von *Dr. Thomas Lutz* (Topographie des Terrors, Berlin) wurde die Bedeutung des Widerstandes, aber auch die Schwierigkeit seiner künftigen Vermittlung erläutert. Ohne Frage: Die Epoche der Zeitzeugen geht zu Ende; statt ihrer sprechen nun ihre Kinder, wie *Mirjam Heydorn* eindrücklich bewies. Die Tochter der Widerstandskämpfer Irmgard und Heinz-Joachim Heydorn hat den Mut ihrer Eltern, die sich als junge Menschen für den Widerstand entschieden, als Verpflichtung für ihr eigenes Leben angenommen. Sie und Edgar Weick berichteten eindrücklich, wie wenig Widerstandskämpferinnen und -kämpfer in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren anerkannt und akzeptiert waren. Der Makel der Vaterlandsverräter haftete ihnen lange an. Erst spät konnte Irmgard Heydorn vor Schülerinnen und Schülern von ihren Erlebnissen berichten und so etwas von ihren Erfahrungen weitergeben.

Dr. Christine Müller-Botsch von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin zeigte sich überzeugt, dass das Wissen um die vielfältigen Arten des Widerstands heute zum allgemeinen Wissen gehört. Anders als in den Nachkriegsjahren gelten heute die Widerstandsaktivisten eben nicht mehr als negative Figuren, sondern vielmehr als Vorbilder. Von einem ähnlichen Wandel in der Wahrnehmung berichtete der Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), *Dr. Gerhard Baumgartner*. Das Wiener DÖW hatte vor 50 Jahren bei der Gründung des Studienkreises Pate gestanden.

Einig waren sich alle TeilnehmerInnen der Veranstaltung, dass der lange Weg der Erforschung und Vermittlung des antifaschistischen Widerstands noch nicht zu Ende ist. In Zeiten des zunehmenden Populismus gilt es, die Sinne zu schärfen für nationalistische Strömungen und wachsam zu bleiben. Dabei hilft der Blick in die Geschichte, wenn man auch mit Analogien zur Jetzt-Zeit vorsichtig sein sollte. Und es gilt, die Geschichte des Widerstandes auch über 70 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes, für jüngere Generationen verständlich zu vermitteln.

Der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 zeigt mit seinem umfangreichen Jubiläumsprogramm, dass es Brücken vom Damals zum Heute gibt. Ein Reihe mit Film-Klassikern, die sich mit dem Widerstand in Europa befassen, ein Konzert mit den „Grenzgängern“, die Lieder des Widerstands neu interpretieren. Mehr Details zum Programm: http://www.widerstand-1933-1945.de/resource/system/3_1479980931.pdf.

Thomas Altmeyer

Prekarisierung Unbound?

Konferenz zum gegenwärtigen Stand der Prekarisierungsforschung aus interdisziplinärer Perspektive – 2. bis 3. März 2017, Humboldt-Universität zu Berlin

Das Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien und das DFG-Projekt „Ungleiche Anerkennung? ‚Arbeit‘ und ‚Liebe‘ im Lebenszusammenhang pre-

kär Beschäftigter“¹ der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) Berlin lockten knapp 200 TeilnehmerInnen zu einer Tagung, bei der die Begriffe *Prekarisierung*, *Prekarität* und *Prekariat* im Mittelpunkt standen. Begriffe, mit denen in den letzten beiden Jahrzehnten auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts Bezug genommen und nach wissenschaftlichen Diagnosen und Handlungsempfehlungen gesucht wird. Die Tagung war ursprünglich als Abschlusskonferenz des eingangs erwähnten DFG-Projekts geplant. Im Zuge ihrer Vorbereitung kamen jedoch „Fragen über Fragen“ auf, die im Zusammenhang mit Prekarität zu sehen seien, was zu einer Ausweitung der Konferenzthemen führte – so *Christine Wimbauer* (HU Berlin), in ihrem Eingangsstatement. Einige dieser Fragen lauteten: Was ist für wen prekär geworden? Wie kann man Prekarität messen? Gibt es ein Prekariat und falls ja, wer gehört dazu? Welche Bedeutungen haben Prekarisierung und Prekarität außerhalb westlicher Arbeitsgesellschaften? Welcher gesellschaftspolitische Handlungsbedarf ist hier entstanden?

Hauptvorträge kamen von den drei renommierten Prekaritäts-Forschern *Brigitte Aulenbacher*, *Klaus Dörre* und *Isabell Lorey*. Verschiedene Panels näherten sich der im Veranstaltungstitel aufgeworfenen Frage „Prekarisierung Unbound?“ aus unterschiedlichen Perspektiven. Aus Platzgründen können hier keine einzelne Beiträge herausgegriffen werden, daher sei auf die Veranstaltungshomepage² verwiesen, auf der die Abstracts der einzelnen Konferenzbeiträge zu finden sind. Viele der TagungsteilnehmerInnen bewerteten die Konferenz positiv, was nicht zuletzt der thematischen Vielfalt und der Möglichkeit des Austauschs geschuldet war. Die Panel-Vorträge stellten Ergebnissen aus laufenden Forschungsprojekten oder aus Promotionsvorhaben vor. In den Vorträgen der Keynote Speaker wurden vor allem gesellschaftskritische und politische Dimensionen thematisiert, was für das notwendige „kritische Narrativ“ auf der Konferenz sorgte.

Brigitte Aulenbacher (Johannes-Kepler Universität Linz) stellte in ihrem Vortrag fest, dass Fragen von Gerechtigkeit nicht erst seit den Auftritten von Martin Schulz öffentliche Beachtung erfahren, sondern seit geraumer Zeit im Kontext prekärer Arbeits-, Sorge- und Lebensverhältnisse neu aufgerufen werden. Mit diesen Fragen wird eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Leistungsanforderungen einerseits und Gerechtigkeitsvorstellungen andererseits verhandelt. Die Wandlung zum Social Investment State, in dem Altenpflege als reiner Kostenfaktor einer humankapitalorientierten Strategie gilt, führt Aulenbacher als Beispiel für den Widerspruch zwischen Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit in kapitalistischen Gesellschaften an. Mit Social Freezing³ werden biologische Grenzen einzig und allein deswegen außer Kraft ge-

¹ In Kooperation mit dem Institut für Sozialwissenschaften der HU Berlin und der Sektion Soziale Ungleichheit der DGS.

² <https://www.gender.hu-berlin.de/de/veranstaltungen/gender-kolloquien/prekarisierung-unbound/abstracts>

³ Definition: „Bei dieser Methode lassen sich Frauen unbefruchtete Eizellen entnehmen und aus nicht-medizinischen Gründen einfrieren. Die Gründe dafür sind etwa ein fehlender Partner oder

setzt, um die kapitalistische Verwertung menschlicher Arbeitskraft ununterbrochen aufrecht zu erhalten. Daraus leitet Aulenbacher die These ab, dass wir es mittlerweile mit einer neuen Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung sozialer Reproduktion zu tun haben. Selbst- und Fürsorge und Sorgearbeit werden in verschärfter Weise in Wert gesetzt. Aufkeimende Protestfähigkeit und wachsenden Widerstand erkennt Aulenbacher nicht nur in dem in Deutschland verbreiteten Netzwerk Care-Revolution, dass für eine neue Wertschätzung von Care-Arbeit streitet, sondern auch an der international zunehmenden Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Isabell Lorey (Universität Kassel) konstatierte in ihrem Input „Prekarisierung, Schulden und Zeit“, dass das Normalarbeitsverhältnis, das den Beschäftigten in der Nachkriegszeit materiellen Wohlstand sicherte, zunehmend durch einen Prozess zerstört wird, den sie als „Normalisierung von Prekarisierung“ bezeichnet. Gute Beschäftigungsverhältnisse unterliegen der Verknappung. Die meisten der neu entstandenen Arbeitsplätze sind in Branchen anzutreffen, in denen prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen. Am auffälligsten kann dies für den Erziehungs- und Sozialsektor festgestellt werden. Lorey spitzte ihre Diagnose dahingehend zu, dass soziale Beziehungen messbar gemacht würden, um folglich als reine Produktivitätskennziffer bewertet zu werden. Eine Möglichkeit sich dieser Marktlogik zu entziehen, wird derzeit – unter krisenhaften Bedingungen – in Griechenland sichtbar. In den öffentlichen Krankenhäusern, wo massenhafte Entlassungen stattfanden, wurde mittels Alternativstrukturen die Krankheitsversorgung notdürftig aufrechterhalten, was als solidarische Formen sozialer Beziehungen gedeutet werden kann.

Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena) stellte ein Zitat von Jürgen Habermas, nach dem die Saat für einen neuen Faschismus gelegt sei, an den Anfang seines Vortrages und erklärte, dass wir uns angesichts des Erstarkens rechtsgerichteter Strömungen in der westlichen Welt in einer außergewöhnlichen politischen Situation befinden. Mit dem Vortragstitel „Prekarisierung – Triebkraft eines neuen Rechtspopulismus?“ verbunden war die Frage, ob sich Zusammenhänge zwischen sozialer Unsicherheit und rechtspopulistischen Orientierungen nachweisen lassen. Anknüpfend an die Forschungsergebnisse Robert Castels, der vor vielen Jahren diesen Zusammenhang bejaht hatte, stellte Dörre seine Einschätzungen zu neuen Tendenzen der gegenwärtigen Entwicklungen dar.

Dabei konstatierte er eine populistische Lücke, die von rechten Gruppierungen genutzt werde und deren Aufkommen teilweise dem Versagen der linken Parteien zuzuschreiben sei, deren Ausstrahlung kaum noch zu den Arbeitern generell, geschweige denn zu den prekär Beschäftigten vordringe. Aus der Beobachtung heraus, dass Rechtspopulisten „Meister der Ambivalenz“ sind, da sie einerseits gegen das Establishment hetzen, jedoch wiederum die Vermögenssteuer als Zwangssolidarität begreifen und damit der sozialen Un-

gleichheit keinen Riegel verschieben wollen, erkennt Dörre eine Möglichkeit, Gegenpositionen zu formulieren. Der Aufstieg der Rechtspopulisten sei aufzuhalten, wenn klar wird: „Die wollen nicht umverteilen“.

Dörre plädierte in seinem Schlusswort dafür, den Elfenbeinturm der Universität zu verlassen und an den Brennpunkten der Gesellschaft zu forschen. Es sei sinnvoll, den Zusammenhang von sozialer Frage, Zivilgesellschaft und Demokratie zum Gegenstand öffentlicher Soziologie zu machen.

Daniel Menning

Zwei Veranstaltungen zum 90. Geburtstag von Hans Heinz Holz

25. Februar 2017, Berlin, und 3./4. März, TU Darmstadt

Am 26. Februar dieses Jahres wäre der 2011 verstorbene marxistische Philosoph Hans Heinz Holz neunzig Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass fanden Ende Februar/Anfang März zwei Veranstaltungen statt, welche dem Leben und Werk von Hans Heinz Holz Reverenz erwiesen.

In der Berliner Urania wurde am 25. Februar von der Fondazione Centro di Studi Filosofici, Sant' Abbondio, der Gesellschaft für Dialektische Philosophie und dem Parteivorstand der DKP eine Konferenz und Feier zu Ehren Holzens ausgerichtet, die unter anderem von der Marx-Engels-Stiftung und der Leibnizsozietaät mitunterstützt wurde. „Die raue See des Widerspruchs“, so der Titel der Veranstaltung, stand paradigmatisch nicht nur für das Werk und Leben von Hans Heinz Holz, sondern auch für den Konferenzteil der Veranstaltung. Dieser sollte den Veranstaltern gemäß die zentralen Begriffe des Holz'schen Denkens in moderierten Streitgesprächen prüfen, wenden und kontrovers diskutieren.

So trafen in den zwei vormittäglichen Panels, die sich mit der Widerspiegelungstheorie und der Metaphysik als „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ befassten, in der Tat Verfechter und Kritiker dieser zwei zentralen Aspekte des Holz'schen Werkes aufeinander. Hans Heinz Holz hat mit Vehemenz, die Auffassung vertreten, dass der Marxismus, will er den Imperativ von Marxens 11. Feuerbachthese für die Einheit von Theorie und Praxis erfüllen, wissenschaftliche Weltanschauung sein muss, also „eine Philosophie, die sich nicht bloß mit diesem oder jenem Aspekt der Welt befaßt – mit dem richtigen Denken (wie die Logik), mit den Prinzipien und Verfahren des Erkennens (wie die Erkenntnistheorie), mit den Regeln des richtigen Verhaltens (wie die Ethik); er will eine Auffassung der Welt als ganzer, Natur und Gesellschaft, in ihrer Entwicklung geben und diese Auffassung von den Einsichten der Wissenschaften und ihrer Interpretation zu einem Gesamtzusammenhang aus gewinnen ... Die Welt im ganzen kann nie ein Gegenstand unserer Erfahrung sein, weil sie über jede mögliche Erfahrung hinausreicht; aber sie ist die Voraussetzung dafür, daß wir Erfahrung von Teilen und Ausschnitten der Welt haben, denn jeder begrenzte Erfahrungsgegenstand schließt ein, daß es jenseits der Grenze ein Anderes gibt, etwas

‚Umgebendes‘, aus dem das Eingegrenzte (Segment) ‚herausgeschnitten‘ ist. Der in der Erfahrung nicht vorkommende Gesamtzusammenhang kann nur methodisch konstruiert und in einem Modell abgebildet werden. Genau dies leistet die universelle Widerspiegelungstheorie, die die Welt als ein Wechselwirkungssystem, als ein Reflexionssystem aller ihrer Elemente und Teile konstruiert, in dem Widersprüche auf geregelte Weise koexistieren und aufgehoben werden.“

Der Soziologe *Richard Sorg* moderierte das Streitgespräch über die von Holz im Sinne des Leibniz’schen „miroir vivant“ – eines (lebenden, besser) wirkend-bewirkten Spiegels – verwendete Metapher der Widerwiderspiegelung zum Ausdruck des ontologischen Verhältnisses, dass jedes Einzelne mannigfach in seinen verschiedenen Zusammenhängen Wirkendes und von den verschiedenen Zusammenhängen Bewirktes ist, wodurch Wirken in seinem dialektischen Doppelcharakter sowohl aktiv als auch passiv als übergreifende Strukturrelation eines wechselseitigen materiellen Verhältnisses zu verstehen ist, dessen höchste Form die menschliche Reflexions- und Erkenntnistätigkeit ist. Als Kontrahenten in diesem Streitgespräch traten *Hans-Joachim Petsche*, Philosophieprofessor an der Universität Potsdam, und der Schüler Hans Heinz Holz’ und Vorsitzende der Gesellschaft für Dialektische Philosophie, *Andreas Hüllinghorst*, gegeneinander an. Während Petsche seine Kritik an der Widerspiegelungstheorie entlang eines naturwissenschaftlichen Verständnisses des Spiegels entwickelte, hob Hüllinghorst das metaphorisch-phänomenale Begreifen der Spiegellogik hervor.

Ähnlich kontrovers verlief das zweite von der Philosophin *Renate Wahsner* moderierte Streitgespräch zwischen den Nachwuchswissenschaftlern *Jan Loheit* (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) und *Martin Küpper* (Universität Potsdam) über Hans Heinz Holz’ Rehabilitierung des Metaphysikbegriffs für eine materialistische Dialektik. Während Loheit der Metaphysik als einem Konzept einer außerhalb von Raum und Zeit stehenden Philosophie den Wert in der konkret-historischen Bewährung absprach, verteidigte Küpper die Metaphysik als Wissenschaft der Formbestimmungen des Seins, die im Sinne von Holz als System qua Methode der materialistischen Dialektik sich selbst in der Einheit von Theorie und Praxis – in der dreifachen Hegel’schen Bedeutung – aufhebe.

Bei den Panels am Nachmittag, die einerseits Hans Heinz Holz’ Schaffen als Kunsttheoretiker und -kritiker, andererseits seinem Engagement als kommunistischer Politiker gewidmet waren, ging es dann weit weniger kontrovers zu. Der österreichische Jurist und Stiftungsrat der Holz-Stiftung *Alfred J. Noll* und der Schweizer Konstruktive Künstler *Hans Jörg Glattfelder*, ein langjährige Freund wie Diskussionspartner von Holz, sprachen miteinander über die Holz’sche Ästhetik. Diese versteht Kunst, wie Noll und Glattfelder herausarbeiteten, als sinnliche Reflexion und Kunstwerke – bei Holz vor allem jene der bildenden Künste – als Medien der Erfahrung der menschlichen Wirklichkeit als Widerspiegelungsverhältnis. *Patrik Köbele*, Vorsitzender der DKP, und jeweils ein Vertreter der türkischen Partei der Arbeit (EMEP) und der Partei der Arbeit Österreichs (PdA), mit welchen Holz politisch und persönlich verbunden war, unterhielten sich in einem von *Jürgen Lloyd*, dem Leiter der Karl-Liebnecht-Schule der

DKP, moderierten Gespräch entlang eines Holz'schen Textes zur Zukunft des Marxismus über die politische Organisation als Ort der Vermittlung von Theorie und Praxis. Die Diskutanten stimmten darin überein, dass Hans Heinz Holz mit seinen Werken einen entscheidenden Beitrag zur philosophischen Grundlegung einer revolutionären Theorie-Praxis für am Marxismus orientierte Organisationen geleistet habe und dass es heute mehr denn je darum gehe, den theoretischen und praktischen Auf- bzw. Ausbau eben dieser zu forcieren.

Den Abschluss der von mehr als hundert Menschen besuchten Veranstaltung bildeten Erzählungen von Hans Heinz Holz' internationalen FreundInnen und WeggefährtInnen wie *Isabel Monal Rodriguez*, Direktorin der kubanischen Philosophiezeitschrift *Marx ahora*, und dem Juristen und Rechtsphilosophen *Hermann Klenner*, die von der Musik Mikis Theodorakis' – hervorragend dargebracht vom *Künstlerkollektiv Quijote* – umrahmt wurden.

Nicht weniger würdig, aber von gänzlich anderem Charakter gestaltete sich das am 3./4. März von der Holz-Stiftung und dem Institut für Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt ebendort durchgeführte akademische Kolloquium „Dialektik – Ontologie – Kunst“. *Christoph Hubig*, als Philosophieprofessor an der TU Darmstadt der Gastgeber des Workshops, sprach über „spekulative Sätze“ und die „logische Grammatik eines Denkens von und in Verhältnissen“ und setzte sich hierbei kritisch mit Holzens Begriff der „Reflexion der Reflexion“ und dessen Fassung der Spiegelmetapher auseinander.

In den Vorträgen von *Hans Jörg Glattfelder* über „Konstruktion, Spekulation und Metapher“, jenem des Künstlers *Jochen Stankowski*, dem Neffen Anton Stankowskis, und *Michael Weingarten*, Philosophieprofessor an der Universität Stuttgart, gemeinsam gehalten über „Kunst, Konstruktion, Dialektik“ stand unter anderem Hans Heinz Holz' Realismusbegriff im Mittelpunkt, dessen Prinzip in der veranschaulichenden-verwesentlichenden Reflexion zu finden ist, das sich in verschiedensten künstlerischen Ausdrucksformen bis hin zur abstrakten, konkreten und seriellen Kunst verwirklichen lässt.

Der nächste Tag stand im Zeichen einer jüngeren Generation von Forschenden. *Robert Caner Liese* von der Universität Barcelona sprach zur Kleist-Deutung von Hans Heinz Holz und problematisierte die Subjekts- und Freiheitstheorie in dessen sprachphilosophischen Überlegungen. Der Autor dieser Zeilen sprach im Anschluss an Hans Heinz Holz über Dialektisches in der antiken Philosophie Chinas, speziell im *Dào dé jīng*, der Gründungsschrift des Daoismus, im Vergleich mit den Sentenzen der frühen griechischen Philosophen Heraklit. *Daniel Hackbarth* von der Universität Stuttgart sprach zum „Materialismus-Problem“ bei Holz und Horkeimer, wobei er die Bedeutung des Festhaltens des letzteren am Erkenntnisanspruch einer Gesellschaftstheorie gegen eine ontologische Grundlegung des Denkens wie bei Holz hervorhob. *Claus Baumann*, ebenfalls von der Universität Stuttgart, beschäftigte sich mit dem „Tätigkeits- und Arbeitsbegriff“ bei Karl Marx und Hans Heinz Holz und wies auf mögliche Unterschiede in deren Fassung bei beiden hin in kritischer Auseinandersetzung mit Holzens naturgeschichtlicher Herleitung der menschlichen Praxis.

Die Beiträge und Diskussion beider Veranstaltungen, die in Bälde auch in Buchform erscheinen sollen, zeigen auf, wie fruchtbar und lohnend die Aneignung des und die kritische Auseinandersetzung mit dem umfangreichen Oeuvre von Hans Heinz Holz für die dialektische Philosophie, die Ästhetik und die marxistische Theorie und Praxis sind. Insofern ist es positiv hervorzuheben, dass die Organisatoren beider Veranstaltungen auch in Zukunft in regelmäßigen Abständen Konferenzen und Workshops zu Hans Heinz Holz' Werk abzuhalten gedenken.

Hannes Fellner

Bloch und Lukács: Die Russische Revolution als philosophisches Schlüsselereignis

Internationale-Georg-Lukács-Gesellschaft, Ernst-Bloch-Gesellschaft, Bloch-Assoziation und Helle Panke e.V., Berlin, 11. März 2017

Wenn am Ende einer Tagung der Bogen zu deren Einleitung geschlagen, das Gesagte auf seinen Aktualitätswert geprüft wird und es zum Abschluss hoch her geht, dann ist das ein gutes Zeichen. Organisiert hatten die Konferenz vier eigenständige Vereine, die Internationale-Georg-Lukács-Gesellschaft, die Ernst-Bloch-Gesellschaft, die Bloch-Assoziation und die gastgebende Helle Panke aus Berlin. In acht Stunden kamen 10 ReferentInnen zu Wort, die inhaltliche Spanne war groß, die Teilnehmerzahl an der Kapazitätsgrenze. Wer da war, konnte erfahren, wie die damaligen Jugendfreunde Ernst Bloch und Georg Lukács die Oktoberrevolution aus dem westlichen Ausland wahrnahmen, und wie sie das welthistorische Ereignis verarbeiteten. Das persönliche Verhältnis zwischen beiden marxistischen Denkern, ihre unterschiedlichen Auffassungen von Praxisphilosophie bis hin zum Einfluss der zwei auf die westliche Neue Linke und 1968 waren Themen der Tagung.

Eröffnet wurde sie mit einem Referat des stellvertretenden Vorsitzenden der Hellen Panke, *Stefan Bollinger*. Er führte mit Lenin sogleich den Anführer der Bolschewiki, der für beide Philosophen zeitlebens ein positiver Bezugspunkt blieb, in die Veranstaltung ein. Bollinger ging kritisch auf Demokratiedefizite in Lukács' Werk ein. Um diesem gerecht zu werden, müsse man aber zugleich die demokratisch-sozialistischen Elemente bei ihm betonen. Bollinger nutzte Lukács' „Geschichte und Klassenbewusstsein“ (1923), um nach dem heutigen Ort des „Proletariats“ und dem schwierigen Verhältnis der – aktuell noch immer auf Identitätspolitik ausgerichteten – Linken zur Arbeiterklasse zu fragen.

Über Blochs Verhältnis zu Lukács sprach im Anschluss *Rüdiger Dannemann* (Essen). Die beiden kannten sich seit Anfang des Jahrhunderts aus der gemeinsamen Heidelberger Studienzeit. Sie gewannen damals zunächst eine „prä-marxistische Denkperspektive“, von der jeder auf seine Weise später profitieren sollte. Obwohl beide damals gleichermaßen produktive Denker waren, habe Lu-

kács Bloch die Ermutigung zu einem eigenen philosophischen Ansatz zu verdanken. Dafür war Lukács wiederum früher als Bloch Anhänger der Bolschewiki. In den 20er Jahren entzweiten sich die beiden dann im Streit über den Expressionismus, den Lukács, im Gegensatz zu Bloch, als „bürgerlich“ ablehnte.

Der auf Englisch referierende *Eric-John Russell* (London) sprach über Lukács als „lebende Antinomie“. Lukács habe die Notwendigkeit bestimmter Antinomien aus dem Deutschen Idealismus übernommen (über Antinomien bei Kant referierte später im Detail Martin Blumentritt), sie aber nicht auf die Vernunft zurückgeführt, sondern auf die warenförmige Vermittlung der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft. Dieses Verhältnis sei nicht nur entscheidend für „Geschichte und Klassenbewusstsein“, auch Lukács selbst habe sich in seinem Leben in bestimmte Antinomien verstrickt.

Patrick Eiden-Offe (Berlin) meinte, dass sich in Lukács' Frühwerk deutliche Einflüsse eines romantischen Antikapitalismus ausmachen lassen. Dieser werde zwar häufig kritisiert, könne aber auch als „Wärmestrom“ im Sinne Blochs verstanden und somit als eine Urkraft der Arbeiterbewegung interpretiert werden. Das gelte jedoch nur, wenn man romantischen Antikapitalismus nicht regressiv verstehe, sondern als Ausgang für kritisches Denken nutze.

„Die Bedeutung von ‚Geschichte und Klassenbewusstsein‘ für die Entwicklung der Blochschen Philosophie“ beschrieb *Hans-Ernst Schiller* (Düsseldorf). Er attestierte dem Gesamtwerk Blochs eine chiliastische Grundhaltung. War diese anfangs noch theologisch geprägt, so habe sie sich Anfang der 20er Jahre marxistisch aufgeladen. Schiller meint, dass dies wesentlich dem Einfluss von Lukács zu verdanken sei und untermauerte dies mittels Zitaten. Völlig habe Bloch dessen Position jedoch nicht übernommen, so Schiller, denn „trotz aller Bewunderung und entschlossener Adaption einiger Grundgedanken aus ‚Geschichte und Klassenbewusstsein‘ ist Bloch nicht bereit, die metaphysische Dimension seines Denkens aufzugeben“.

Martin Küpper (Berlin) schilderte in seinem Vortrag, wie Bloch das Spekulieren der Philosophie wieder in die marxistische Gesellschaftskritik einführte. Er sah im Spekulieren einen Modus des Denkens, der für die Begriffsgenese genutzt werden sollte. Denken, Schauen, Vorstellung und Selbsterkenntnis seien Kernpunkte in dem Prozess, in welchem das Subjekt sich seine Umwelt erst schaffe. In Blochs Anfang der 20er Jahre entstandenem „Zehlendorfer Manuskript“ habe dieser allerdings gefordert, nicht auf hegelianische Weltgeister, sondern auf Materie zu spekulieren. Damit bestätigte Küpper die von Schiller beschriebene Entwicklung Blochs hin zum Materialismus.

Doris Zeilinger (Nürnberg) von der Bloch-Assoziation widmete sich dessen Kategorienlehre, die er in jungen Jahren begonnen hatte, aber erst Anfang der 1970er fertigstellen konnte. Die Frage, wie man fertige Kategorien für eine unfertige Welt schaffen sollte, beschäftigte ihn sein Leben lang. Das Resultat findet sich im Spätwerk „Experimentum Mundi“ von 1975. Zeilinger zeigte zudem in einem Vergleich von Passagen einschlägiger Kategorien die Unterschiede zwischen Bloch und Lukács: Bloch habe eine Ontologie des Noch-Nicht-Seins

verfasst, Lukács hingegen eine Ontologie des gesellschaftlichen Seins, Bloch sah Natur als hypothetisches Subjekt, Lukács als Basis.

Im anschließenden Panel der Bloch-Gesellschaft beschrieb *Werner Wild* (Tübingen), dass Bloch zur Zeit der Oktoberrevolution in seinem Schweizer Exil den Bolschewiki sehr zurückhaltend gegenüberstand. Während Lukács durch die Tat zum Marxisten geworden sei, war für Bloch die Zeit für die Tat noch nicht reif. Bloch hielt die Taktik der Bolschewiki für falsch, er kritisierte ihren Revolutionsbegriff als zu schlicht und warnte vor neuem Despotismus. Er wird, so Wild, erst 1923 zum Marxismus übergehen und die kritische Distanz zunehmend aufgeben. Gipfeln wird dies später in seiner Rechtfertigung der Moskauer Schauprozesse. *Francesca Vidal* (Landau) ging auf die Funktion „des Neuen“ bei Bloch ein. Der Wunsch nach einem „Neuen Menschen“ habe in der Utopiegeschichte der Neuzeit das Eschaton vom Jenseits in das Diesseits verlagern wollen. Dies setzt sich bis heute fort, wie beispielsweise das Human Enhancement belegt. Auch nach dem Ersten Weltkrieg sollte alles neu sein, anders werden: Kunst, Sprache, Ästhetik, Denken. Bloch las Enttäuschungen, wie z.B. den Krieg, nicht gegen die Hoffnung, sondern als Beleg für Unabgegoltene, mithin als Handlungsanweisung. Sein „Geist der Utopie“ sei deshalb gegen den Ungeist der damaligen Zeit gerichtet gewesen.

Über den Ungeist der heutigen Zeit sprach abschließend *Micha Brumlik* (Berlin). Sein Versuch, das Gesagte in die Jetztzeit zu holen, war provokant zugespitzt und führte zu einer lebhaften Abschlussdiskussion. Brumlik knüpfte an aktuelle Debatten unter Linken über das Proletariat an. Darin, dass viele Arbeiter und Arbeitslose Trump wählen und auch in Europa zum Lager der Rechtspopulisten überlaufen, sah er den Beleg für das Ende der im „Kommunistischen Manifest“ eröffneten „Utopie vom Proletariat“. Lukács sei in „Geschichte und Klassenbewusstsein“ zwar davon ausgegangen, dass die Krise ohne wachsendes Klassenbewusstsein des Proletariats nicht zu bewältigen sein wird, er habe aber dieses revolutionäre Bewusstsein ohne Rücksicht auf die empirische Situation rein philosophisch-kategorial abgeleitet und dem Proletariat „zugerechnet“. An ein revolutionäres Klassenbewusstsein sei jedenfalls „heute überhaupt nicht mehr zu denken“, so Brumlik. Die Globalisierung habe nicht zur Weltrevolution, sondern offenbar zu einer reaktionären Regression der Arbeiterklasse geführt. Die Befriedung der Klassengegensätze durch den Sozialstaat habe den Rest erledigt. Er kam zu einer pessimistischen Einschätzung, hielt aber noch Blochs „Prinzips Hoffnung“ am Leben, falls – aber nur falls – das „Freiheitsverlangen die Basis für die freiheitliche Tat“ ist. Brumlik bezweifelte jedoch, dass die Arbeiterklasse solch ein Verlangen in ausreichendem Maße habe. Deshalb forderte er von der Linken, „mehr Soziologie zu betreiben“, politische Aufklärungsarbeit zu leisten und das Proletariat, das zumindest in den klassischen Industrienationen im Schwinden begriffen sei, nicht länger zu idealisieren, wie es Bloch und Lukács noch getan hätten.

Auf diese zugespitzten Thesen folgte eine Diskussion darüber, was das Proletariat denn eigentlich (gewesen) sei und was es, bei aller Kritik, in über 160 Jahren erreicht habe. Ein Einwand war, ob der Befund seines Schwindens nicht

vielmehr selbst dem idealisierten engen Begriff des traditionellen Marxismus folge, der Proletariat mit dem Industrieproletariat gleichsetze. Aktuell gebe es schließlich nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch in den klassischen Industrienationen eine Zunahme der „Ware Arbeitskraft“ sowie eine Verschärfung ihrer Ausbeutung und Arbeitsbedingungen.

Alexander Amberger

„1917 – 2017. Die Oktoberrevolution, das 20. Jahrhundert und wir“

10. Marxistische Studienwoche, 13. bis 17. März 2017, Frankfurt/M.

Genau einhundert Jahre nach dem Sturz des Zaren Nikolaus II. widmete sich im „Haus der Jugend“ die diesjährige Marxistische Studienwoche (MaWo) der Bedeutung der Oktoberrevolution und der durch diese angestoßenen „gewaltigsten Revolutionsbewegung der modernen Geschichte“ (Eric Hobsbawm) für die globalpolitische Entwicklung des „kurzen 20. Jahrhunderts“ sowie – nach dessen Ende – für aktuelle Problemlagen und Strategien heutiger sozialistischer und kommunistischer Bewegungen. Organisiert wurde die Veranstaltung, an der knapp 50 Studierende teilnahmen, von „Z“, der *Heinz-Jung-Stiftung* (Frankfurt/M.) sowie einer engagierten aus früheren Teilnehmern und Teilnehmerinnen bestehenden Gruppe. Als theoretische Vorbereitung und textliche Grundlage für das umfangreiche Programm aus Vorträgen, Arbeitsgruppen und Kulturveranstaltungen dienten Z 109, Eric Hobsbawms Schlüsselwerk der marxistischen Historiographie des 20. Jahrhunderts, „Das Zeitalter der Extreme“, sowie ein mit vielfältiger Literatur versehener Reader.

Nach einem an Thesen Hobsbawms anschließenden Inputreferat der Vorbereitungsgruppe von *Dominik Feldmann* (Siegen) und *Patrick Ölkrug* (Winterberg) eröffnete *Georg Fülberth* (Marburg) die Reihe der Vorträge mit einem Blick auf das „lange“ 19. Jahrhundert. Mit dem Ziel einer Historisierung der materialistischen Geschichtsauffassung beleuchtete er diese im Verhältnis zu zwei prägenden Charakteristika ihrer Entstehungszeit: Der politischen Revolution und dem Krieg.¹ Die sichere Erwartung einer unmittelbar bevorstehenden Revolution habe Marx und Engels nicht nur die Kritik der Politischen Ökonomie von Beginn an als eine Revolutionswissenschaft entwerfen lassen, sondern sich auch durch ihre gesamten politischen Aktivitäten gezogen. Die Beschäftigung mit dem Krieg sei primär das Metier des militärisch und militärtheoretisch geschulten Engels gewesen, doch habe auch Marx zeitlebens die Möglichkeit eines revolutionären Krieges gesehen und aus der Feindschaft gegenüber dem französischen

¹ Vgl. Georg Fülberth, Engels, Revolution, Krieg, in diesem Heft, S. 105-114.

Bonapartismus sowie dem russischen Zarismus als Hort der Reaktion eine Befürwortung militärischer Gegenwehr Preußens begründet. An die Stelle dieser zuversichtlichen Haltung sei in Engels' letzten Jahren jedoch die vorausschauende Befürchtung eines möglichen Weltkriegs gerückt, die von den tatsächlichen Ereignissen des folgenden Jahrhunderts in einem für ihn wohl nicht mehr greifbar gewesenem Maße übertroffen worden sei.

Den Dienstag begann *Stefan Bollinger* (Berlin) mit einer Neuaneignung des einheitlichen revolutionären Prozesses von der bürgerlich-demokratischen Februar- über die sich sozialistisch verstehende Oktoberrevolution bis hin zur sich stabilisierenden staatlich organisierten Revolution mit dem Schwenk zur NÖP 1921 und der Gründung der UdSSR 1922.² Dabei wies er bei aller Unvollkommenheit und Widersprüchlichkeit der durch die Revolution hervorgebrachten Ordnung auf ihre zivilisatorische Kraft hin: So habe sie nicht nur gegen massiven nationalen und internationalen Widerstand den Frieden und eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse durchgesetzt, sondern sei zudem Fanal für alle unmittelbaren Widerstandsaktionen gegen Krieg und Ausbeutung auch in den anderen kriegführenden Ländern gewesen. Noch radikaler habe die Russische Revolution mittel- und langfristig durch den Anstoß einer mehrere Jahrzehnte andauernden Welle der Revolutionen und antikolonialen Bewegungen sowie durch die hiermit etablierte Weltordnung gewirkt, in der ein Drittel der Erde von Regimen beherrscht wurde, die sich konstitutiv auf das Vorbild des „Roten Oktober“ bezogen hätten. Doch auch auf der anderen Seite der bipolaren Ordnung wäre das „sozialdemokratische Jahrhundert“ ohne den Realsozialismus nicht möglich gewesen und habe folglich gemeinsam mit dessen Niederlage sein Ende gefunden.

Anschließend beleuchtete *Wladislaw Hedeler* (Berlin) die historiographisch wenig beachtete nichtbolschewistische Linke vom Februar bis Oktober 1917 hinsichtlich ihrer kritischen Beiträge zu jenen Problemen, die Manfred Kosok als Ursachen für die „periphere Revolution“ bezeichnete, die nicht in der Lage gewesen sei, ins hochindustrialisierte „Zentrum“ vorzustoßen. Die hierfür von ihm herangezogenen Debatten hätten unter anderem die Unreife Russlands sowie Lenins Strategie sowohl der Inkaufnahme „ökonomisch falscher Entscheidungen“ als auch der Durchführung eines Militärkomplots statt einer wirklichen proletarischen Massenbewegung zum Thema gehabt. Weitere Streitpunkte hätten der Umgang mit den Errungenschaften der Februarrevolution und der (bürgerlichen) Demokratie sowie die Hinwendung der Sowjetunion gen Osten nach dem Scheitern der Revolutionen im Westen gebildet.³

² Vgl. Stefan Bollinger, Krieg und Revolution. Die russischen Revolutionen von 1917 bis 1922, in: Z 109 (März 2017), S. 32-44.

³ Wladislaw Hedeler, Oktoberrevolution – periphere Revolution? Leitrevolution? In diesem Heft, S. 93-104.

Am Mittwoch sprach *Frank Deppe* (Marburg) zu den Ursachen der Oktoberrevolution sowie der widersprüchlichen Entwicklung des von ihr eingeleiteten Systems und erweiterte die Perspektive auf die Dynamik von Revolution und Konterrevolution im 20. Jahrhundert. Hinsichtlich dieses permanenten Widerspruchs erläuterte Deppe die verschiedenen historischen Konstellationen seit dem frühen Auftreten der sozialistischen Bewegung im Jahre 1848 und vor allem im Gefolge der Oktoberrevolution: Nach dem Sieg über den Gipfel der Konterrevolution, den Faschismus, habe zunächst in vielen Ländern die Erwartung eines baldigen Übergangs zum Sozialismus bestanden, bis mit der Truman-Doktrin eine neue Phase der weltweiten Gegenrevolution, der Kalte Krieg, eingeläutet worden sei. In diesem an der Peripherie durchaus „heiß“ und opferreich geführten Krieg habe sich die kapitalistische Seite nicht ausschließlich repressiv durchgesetzt, sondern ebenso durch große Hegemoniekapazitäten im ideologischen Bereich, durch eine erfolgreichere ökonomische Modernisierung als die stagnierende Sowjetunion unter Breschnew und nicht zuletzt durch das gegenseitige Aufrüsten, das für den Osten immer eine Überdehnung bedeutete. In Bezug auf eine (aktuelle) marxistische Revolutionstheorie betonte er die notwendige Vermittlung einer langfristig orientierten Strukturanalyse mit unmittelbaren politischen Handlungskonstellationen im Gegensatz zur Annahme u. a. Auguste Blanquis, die Revolution könne jederzeit stattfinden.

Ebenfalls am Mittwoch referierte *Kerstin Wolter* (Berlin) über die Rolle der Frauen in der Revolution. In den Revolutionen 1917 seien neben dem konterrevolutionären Frauenbataillon vor allem die „Bolschewitschki“ aufgetreten: Diese überdurchschnittlich gebildeten, dem als bourgeois gescholtenen Feminismus gegenüber kritisch eingestellten Frauen seien zwar fast nie Teil der oberen Führung gewesen, hätten aber auf lokaler Ebene oft leitende Funktionen in politischen Büros und nach dem Bürgerkrieg wichtige Positionen in der staatlichen Verwaltung übernommen. Obwohl der fortschrittliche Anspruch der Bolschewiki vor allem mit Zunahme autoritärer Parteistrukturen in der Praxis immer weniger habe erreicht werden können und wichtige Reformen unter Stalin rückgängig gemacht worden seien, hätten sich in den ersten Jahren nach der Revolution zahlreiche neue Partizipationsmöglichkeiten für Frauen nicht nur in der Partei oder der Roten Armee ergeben, sondern seien mit der Einführung des Wahlrechts, der Möglichkeit von Abtreibung und Scheidung sowie der Legalisierung von Homosexualität weltweit die fortschrittlichsten Rechte jener Zeit durchgesetzt und die Überwindung der patriarchalen Familie durch Vergesellschaftung der bisherigen „Frauenaufgaben“ und des Alltagslebens aktiv angestrebt worden.

Am Donnerstag betrachtete *Sabine Kebir* (Berlin) Teile des theoretischen Denkens Antonio Gramscis als praktische Verarbeitung der Oktoberrevolution.⁴ Eine Besonderheit dieser Rezeption sei die antikoloniale Perspektive

⁴ Vgl. Sabine Kebir, Antonio Gramsci: Die Revolution im Osten, im Süden und im Westen, in diesem Heft, S. 83-92.

Gramscis gewesen, der im Gegensatz zu weiten Teilen der sozialistischen Bewegung bereits vor der Revolution gegen koloniale Expansion gekämpft hätte: Für ihn habe die Oktoberrevolution nicht nur den Sieg über den Zarisismus, sondern auch den Beginn einer Ära der antikolonialen Befreiungskämpfe bedeutet. Ein anderer maßgeblicher Aspekt im Werk Gramscis habe in der Differenzierung der Revolutionsvoraussetzungen in Russland und den westlichen Ländern bestanden: Während im halbfeudalen Zarenreich die Revolution staatsstreichartig hatte vollzogen werden können, bräuchten bürgerlich-demokratische Systeme nicht mehr ausschließlich staatliche Repression zum Unterdrücken widerständiger Bewegungen, da das Phänomen der integrativen „Zivilgesellschaft“ die Klassenherrschaft verschleierte und stabilisierte, was einen längeren Stellungskrieg und Auseinandersetzungen im Bereich der kulturellen Hegemonie notwendig mache. Der bürgerlichen Zivilgesellschaft habe Gramsci die Notwendigkeit einer in der Sowjetunion noch fehlenden sozialistischen Zivilgesellschaft entgegengesetzt, die den Staat „absorbieren“ müsse.

Danach skizzierte *Michael Brie* (Berlin) Lenins Jahre „der Ohnmacht“ in der Schweiz von 1914 bis 1917. Die Phase der eigenen Handlungsunfähigkeit habe der Dialektiker Lenin dazu genutzt, in einer Bewegung des „Zurückgehens, um sicherer zu treffen“ die Voraussetzungen für sein eigenes eingreifendes Handeln (wieder)herzustellen. Dies sei geschehen durch: 1. die „Formulierung eines konkreten NEIN“ gegenüber der II. Internationale und dem Krieg, 2. die „Arbeit an einer Philosophie der dialektischen Praxis“ durch Hegel- und Marx-Studien, 3. die „Entwicklung einer eigenen Erzählung“ zur Identitätsbildung, 4. eine „strategisch orientierte Gesellschaftsanalyse“ in Form der Imperialismustheorie, 5. eine „Theorie der Revolution“, 6. den Entwurf von „Szenarien der Transformation und einer Definition der Epoche als konkrete Handlungssituation“ durch die Bestimmung zentraler langfristiger Entwicklungstendenzen und unmittelbarer Handlungsoptionen, 7. der „Begründung eines konkreten emanzipatorischen Horizonts“ in Form der Diktatur des Proletariats sowie 8. der „Ausarbeitung einer Strategie mit konkreten Einstiegsprojekten als alternatives JA“. Dabei habe sich Lenins Bürgerkriegsstrategie des „unversöhnlichen Gegensatzes“ unter den Bedingungen Russlands 1917 zwar als Stärke erwiesen, in den folgenden Jahren aber zunehmend zu widersprüchlichen Entwicklungen geführt.

Neben den Vorträgen boten die Arbeitsgruppenphasen eine vertiefte Lektüre und Diskussion ausgewählter Texte im Reader unter verschiedenen Schwerpunkten sowie die Möglichkeit, gemeinsam mit einzelnen Referentinnen und Referenten bestimmte Themenaspekte der Vorträge aufzugreifen und detaillierter zu bearbeiten.

Ein weiterer elementarer Bestandteil der MaWo war außerdem das vielfältige Kulturprogramm: Am Montag bot *Erich Schaffner* (Mörfelden) im Club Voltaire ausgewählte Lyrik, Lieder und Anekdoten zum Titelthema „Lenin, Majakowski und ich. 100 Jahre Oktoberrevolution“ dar. Am Dienstag lief im Deut-

schen Filmmuseum Frankfurt eigens für die MaWo Sergej Eisensteins Klassiker „Panzerkreuzer Potemkin“ über die Revolution von 1905, zu dem *Günter Giesenfeld (Marburg)* einen Einführungsvortrag hielt. Den „freien“ Mittwochabend nutzten zudem einige, um außerhalb des offiziellen Programms den „jungen Karl Marx“ im Kino zu sehen. Dem Charakter der ganzen Woche entsprechend wurde das Kulturprogramm sehr diskussionsreich abgeschlossen durch die bilderten Ausführungen *Reiner Diederichs (Frankfurt/M.)* zur russischen Avantgarde 1915-1932 am Donnerstagabend im Club Voltaire. Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine lebhafte Podiumsdiskussion zwischen *Michael Brie, Frank Deppe* und *Philipp Kissel (Frankfurt/M.)* zum Thema „Revolution, Reform, Transformation – sozialistische Strategie heute“.

Jonathan Riedl

150 Jahre „Das Kapital“ – Das Kapital in der Kritik

Oldenburg, 24. bis 25. März 2017

Vom 24. bis zum 25.03.2017 fand an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg die Tagung *150 Jahre ‚Das Kapital‘ – Das Kapital in der Kritik* statt. Erklärte Intention der Veranstalter, zusammengeschlossen im *Forum für Marx Forschung Oldenburg*, war das *Begreifen* der Spezifik der auf der kapitalistischen Produktionsweise basierenden Vergesellschaftungsform. Ein Begreifen, das nicht von dem politischen Impuls losgelöst werden kann, das Begriffene abzuschaffen. Der „neue Anlauf“ des Forums, „in der Alma Mater jenes politisch brisante Buch zum Gegenstand wissenschaftlicher Debatten zu machen“ (so der Programm-Flyer), stand damit vor der Herausforderung, das Verhältnis von Theorie und Praxis (bei Marx wie auch in der heutigen Kritik der politischen Ökonomie) zu reflektieren und sich zu einer Institution quer zu stellen, die selbst dem Verblendungszusammenhang der kapitalistischen Gesellschaft unterliegt und die damit das Marxsche Werk seit jeher ausgrenzte. Die Veranstaltung einer Tagung, bei der *Das Kapital* (und damit auch das Kapital) zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht wird anstatt das Marxsche Werk bloß als Teil einer als kontingent unterstellten Philosophiegeschichte zu verstehen, deren Dynamik Begriffe frei entlässt und nicht mehr an die Kritik der politischen Ökonomie rückbindet, könnte damit schon als ein Erfolg bewertet werden. Dies wird auch durch das große Interesse der ca. 150 Teilnehmenden bestätigt (darunter viele junge Menschen), die durchgängig allen Vorträgen konzentriert beiwohnten. Unterstützt wurde die Veranstaltung u. a. durch die *Rosa Luxemburg Stiftung* und das DFG-Projekt *Marx und die ‚Kritik im Handgemenge‘* der Universität Osnabrück, so dass zugleich einige der sehr wenigen Marx-Projekte im bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb zusammengeführt wurden.

Das Ereignis hat für die Universität Oldenburg auch insofern Symbolkraft, als bis 2013 die Marxsche Theorie in Oldenburg noch durch eine außerplanmäßi-

ge Professur vertreten war, wohingegen danach der inhaltlichen Ausgestaltung des Instituts für Philosophie eine deutlich andere Richtung aufgeprägt wurde. Auch wenn eine solche Initiative zum Erhalt dieses in Deutschland an den Hochschulen kaum vertretenden Forschungsschwerpunkts sehr spät und nunmehr ohne größeren institutionellen Rückhalt kommt, so ist die Wichtigkeit von regelmäßigen Versammlungen derer, die in der Kritik der politischen Ökonomie die Grundlage von Gesellschaftskritik sehen, umso mehr hervorzuheben.

Die Universität als institutioneller Rahmen bietet sich dafür nach wie vor an, wiewohl aus o.g. Gründen gerade dort die Gefahr besteht, Marx einzugemeinden oder sich in *Das Kapital*-immanenten Detailfragen zu verstricken und jeden politischen Impetus aus den Augen zu verlieren. Der formale Erhalt eines Forschungsschwerpunktes hilft überhaupt nichts. Indes ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung unabdingbar, um die Verbindlichkeit Marxscher Theorie durch Begriffe darzulegen, die das Wesen des Kapitals erkennen lassen und die bis heute standhalten, wie im Programm-Flyer formuliert. Diese Herausforderung wurde auf der Tagung von mehreren Vortragenden angenommen. So gab es zahlreiche Beiträge, die sich mit der Entwicklung grundlegender Begrifflichkeiten in Marxens Kapital auseinandersetzten. Der Vortrag des Philosophen *Andreas Arndt* (Berlin) lieferte dabei insofern einen provokanten Auftakt, als er eine Deckung der dialektischen Methode Hegels und Marx behauptete. Die anderen Vorträge zeigten dagegen gerade anhand der Differenz zu Hegel die historische Spezifität der Marxschen Theorie auf. Dass dies in mehreren Vorträgen anhand zentraler Begrifflichkeiten aus dem ersten Band des Kapitals erfolgte, so am Begriff der Freiheit (*Sabine Hollewedde* und *Frank Kuhne*, Philosophen aus Oldenburg bzw. Hannover), am Begriff der Substanz (*Ulrich Ruschig*, Oldenburg/Philosoph) oder am Begriff des Widerspruchs (*Hans-Ernst Schiller*, Düsseldorf/Philosoph), ist dabei nicht per se zu kritisieren, sondern stellt einen notwendigen Bedingung für eine reflektierte Kritik der politischen Ökonomie heute dar. Diese grundlegende, eine Reflexion auf die Marxsche Theorie ermöglichende Auseinandersetzung wurde durch Beiträge ergänzt, die konzeptionelle Probleme bei Marx untersuchten und das Projekt einer materialistischen Dialektik weiter zu entwickeln versuchten. *Hans-Georg Bensch* (Hannover und Oldenburg/Philosoph) machte das achte Kapitel des Kapitals zum Gegenstand und versuchte anhand einer systematischen Deutung dieses als historisch verstandenen Kapitels den Begriff des Kapitals weiter zu entwickeln. *Fritz Fiehler* (Hamburg/Wirtschaftswissenschaftler) bemühte sich um eine genaue Bestimmung des allgemeinen Gesetzes kapitalistischer Akkumulation und *Dieter Wolf* (Mühlheim an der Ruhr/Soziologe) arbeitete Probleme bei Marx hinsichtlich der wissenschaftlichen Verfahrensweise bei der Bestimmung des Doppelcharakters der Arbeit heraus. Weitere Vorträge kritisierten mystifizierende Sichtweisen auf die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, wie zum Beispiel in der japanischen Uno-Schule (*Elena Louisa Lange*, Zürich/Philosophin und Japanologin), oder falsche Trennungen von wissenschaftlichem und politischem

Anspruch des Marxschen Werkes (*Matthias Spekker*, Osnabrück/Sozial- und Politikwissenschaftler). Dieses Programm hat eine solide Basis geschaffen, um mit der kollektiven Arbeit am Begriff weiterzumachen und den Blick auf aktuelle Herausforderungen zu lenken, wie auf die Auseinandersetzung mit dem Finanzkapital. Eine Folgeveranstaltung ist also dringend zu empfehlen!

Die Beiträge dieser Tagung werden in einer Ausgabe der *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie* veröffentlicht werden.

Steffen Stolzenberger

Ungleichheit und Kapitalkriminalität

Fachtagung von Business Crime Control, Frankfurt a.M., 1. April 2017

Im Bürgerhaus Bornheim fand die jährliche Fachtagung von Business Crime Control zum Thema: „Wachsende Ungleichheit und Kapitalkriminalität – Folgen neoliberaler Deregulierung“ statt. Mitveranstalter war wie in den vergangenen Jahren die Friedens- und Zukunftswerkstatt. Unterstützt wurde die Tagung vom Frankfurter Club Voltaire, der KunstGesellschaft und attac Frankfurt am Main.

Für den BCC-Vorstand begründete *Peter Menne* zu Beginn die Wahl des Themas. Was haben wachsende soziale Ungleichheit und Kapitalkriminalität miteinander zu tun? Der gemeinsame Hintergrund ist zunächst einmal die Dominanz des Neoliberalismus seit Jahrzehnten. Löhne und Gehälter wurden unter dem Gesichtspunkt der „Marktfreiheit“ und der internationalen Konkurrenz gedrückt, Gewinneinkommen stiegen und wurden immer weniger besteuert. Die Schere zwischen Reichtum und Armut öffnete sich zunehmend.

Andererseits förderte der neoliberale Abbau von Regulierungen eine Selbstbedienungsmentalität, das Unrechtsbewusstsein bei „Grenzüberschreitungen“ sank. Der größere Überschuss an Kapital, der durch die immer ungleichere Verteilung entstand, führte – auch wegen weniger lukrativen produktiven Investitionsmöglichkeiten – zu spekulativen und riskanten Anlagestrategien, oft hart an der Grenze der Legalität und über sie hinaus.

Für den Mitveranstalter, die Zukunfts- und Friedenswerkstatt, sprach *Karl-Heinz Peil* ein Grußwort. Die soziale Ungleichheit sei für die Friedensbewegung zunehmend ein Thema. Denn sie werde durch forcierte militärische Aufrüstungsprogramme mit scheinbar unbegrenzten finanziellen Mitteln verstärkt – sowohl in Deutschland wie in vielen anderen Ländern. Bei der Kapitalkriminalität gehe es nicht nur um Machenschaften von Industrie und Finanzwirtschaft, sondern um die Kumpanei mit der Politik bzw. das Zusammenspiel mit korrupten Politikern. Als Beispiel nannte er den Diesellabgas-Skandal. Die aktuelle Debatte um die Autobahnprivatisierung zeige, dass es sinnvoll gewesen wäre, bei der seinerzeit nur durch die Gewerkschaften und die Partei Die Linke getragenen Kampagne gegen die Verankerung einer Schuldenbremse in der Hessi-

schen Landesverfassung von einer „kriminellen Handlung“ zu reden, die dazu dienen sollte, Projekte der „Öffentlich-privaten Partnerschaft“ zu fördern. Bei diesen Projekten profitieren erfahrungsgemäß hauptsächlich die beteiligten Unternehmen.

Das erste Referat der Tagung hielt *Markus Grabka* vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Grabka stellte empirische Daten zum Auseinanderdriften sowohl von Einkommen wie auch von Vermögen in der Bundesrepublik vor. Während die mittleren Einkommen von 1991 bis 2014 um mehr als acht Prozent stiegen, legten die höchsten Einkommen um bis zu 26 Prozent zu. Die unteren Einkommen gingen dagegen real zurück. Folglich hat die Einkommensungleichheit insgesamt zugenommen. Auch das Risiko, arm zu sein, ist zuletzt wieder gestiegen. Grabka betonte, wie unvollständig die Daten bei der Vermögensverteilung sind. Über die Superreichen ist wenig bekannt. Die gut erfassten unteren 50 Prozent der Bevölkerung haben einen verschwindend geringen Anteil am Gesamtvermögen. Ganz unten gibt es kein Vermögen, sondern nur Schulden.

Die Bundesrepublik schneidet auch im internationalen Vergleich schlecht ab, was die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und die ungleiche Verteilung der Steuerlast zwischen Lohn- und Gewinneinkommen betrifft.

Benedict Ugarte Chacón, Referent der Fraktion Die Linke im Cum/Ex-Untersuchungsausschuss des Bundestages, stellte in seinem Referat anschaulich dar, wie die sogenannten Cum/Ex-Geschäfte funktionierten, wer dabei nichts oder zu wenig gegen sie unternahm, und wer von ihnen profitierte oder profitieren wollte. Durch die Cum/Ex-Geschäfte mit Aktien wurden dem Staatshaushalt ca. 12 Mrd. Euro an Steuern entzogen. Es ging um die mehrfache Erstattung nur einmal gezahlter Kapitalertragssteuern auf Dividenden. Die FAZ nannte dies den „größten Steuerbluff aller Zeiten“. Er wurde lange Zeit geduldet. Die Cum/Ex-Geschäfte sind, so Chacón, typisch für wirtschaftskriminelles Handeln – ob formal noch legal, geduldet oder bereits juristisch verfolgt.

Das dritte Referat der Tagung hatte die Rolle der Medien zum Thema – klären sie über die wachsende soziale Ungleichheit und Kapitalkriminalität genügend auf? *Mathew D. Rose*, der als investigativer Journalist unter anderem an der Aufdeckung des Berliner Bankenskandals beteiligt war, verneinte das. Die zunehmende Konzentration von Reichtum in den Händen einer kleinen Minderheit bewirkt, dass sie immer stärker die Medien beeinflussen oder sogar kontrollieren kann. Diese Entwicklung bedroht eines der grundlegenden Elemente jeder demokratischen Gesellschaft: die Vielfalt und den freien Fluss von Informationen und Meinungen.

In der Diskussion wurde der These von Rose, dass auch die öffentlich-rechtlichen Medien bereits weitgehend auf eine Linie gebracht worden seien und man den Fernseher getrost abschalten könne, widersprochen. Hier gebe es durchaus noch Beispiele für kritischen Journalismus, informative Sendungen und Meinungsstreit. Rose stellte die in Gründung befindliche Genossenschaft „EDM European Democratic Media“ vor. EDM möchte „einen länderübergrei-

fenden demokratischen Austausch von Ideen unterstützen, um eine egalitäre, gerechte und soziale Alternative zum dominanten neo-liberalen Europa zu fördern“. Beteiligt sind Wissenschaftler aus verschiedenen europäischen Ländern, zum Beispiel Yanis Varoufakis, Heiner Flassbeck und Wolfgang Streeck.

Bei der abschließenden Diskussion der Tagungsergebnisse mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden einige Forderungen aufgestellt, die sich der Vorstand von Business Crime Control zu Eigen machte und in einer Pressemitteilung veröffentlichte (siehe www.businesscrime.de):

- Die wachsende soziale Ungleichheit und das Auseinanderdriften der Gesellschaft in Deutschland machen ein Umsteuern in der Steuer- und Sozialpolitik notwendig.
- Ungerechtigkeiten durch die Steuerprogression müssen beseitigt, hohe Einkommen und Vermögen höher besteuert werden. Die Vermögenssteuer ist wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer sozial und wirtschaftlich funktional zu reformieren.
- Steueroasen in Deutschland und Europa müssen geschlossen werden. Die Steuerverwaltung ist personell und organisatorisch so auszustatten, dass sie systematischem Steuerbetrug in Zukunft wirksam entgegenzutreten kann.
- Die Unabhängigkeit der Medien von Kapitalinteressen muss gestärkt werden, damit sie über alle Formen von Wirtschaftskriminalität umfassend aufklären und die Debatte über notwendige Gegenmaßnahmen befördern können. Dazu gehört auch die Förderung alternativer, zivilgesellschaftlicher Medien-Initiativen.

Reiner Diederich

express	ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT	Probekostenlos? Probekostenlos anfordern!!!
Niddstr. 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 express-afp@online.de www.express-afp.info	Ausgabe 4/17 u.a.: Timmo Scherenberg: »Ein bisschen Fördern und viel Fordern« – Erste Bilanz des Integrationsgesetzes Interview: »Widersprüche und Visionen« – Initiative bietet unkomplizierte Hilfe bei Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter Hifumi Okunuki: »Arbeiten an der Karoshi-Linie« – Gewerkschaftliches Versagen bei Überstundenregeln in Japan Johannes Schulten: »Land - und Freiheit für Gewerkschafter« – neue Besetzungskampagne in Spanien Beata Siekanska / Piotr Tyszler: »Durchwachsen« – Bewegung in der polnischen Gewerkschaftslandschaft	

Abgeschlossen: Rosa Luxemburg, Werk-Ausgabe

Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 7/1 und 7/2 (1907 bis 1918). Herausgegeben und bearbeitet von Annelies Laschitzka und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitzka, Karl Dietz Verlag, Berlin 2017, S. 576 und 672, je Band 49,90 Euro

Das bekannte deutschsprachige Werk der nachhaltigsten Denkerin des Sozialismus ihrer Zeit liegt mit zwei Halbbänden der Nummer 7 der Gesammelten Werke nunmehr komplett vor. Der strategisch spürsinnigen Recherchearbeit Eckhard Müllers, der konzentrierten Entzifferungs- und russisch-deutschen Übersetzungsarbeit von Wladislaw Hedeler und der editorischen Anstrengung einer auf diesem Gebiet virtuoson Annelies Laschitzka verdanken wir die Erschließung dieses wissenschaftlich wichtigen Quellenmaterials.

Wie der vorangegangene Ergänzungsband ist auch der siebente mit seinen 160 Dokumenten der Jahre 1907 bis 1918 wegen des die Periodenzäsur übergreifenden Materials weniger von zeitbedingter politischer und theoretischer Charakteristik als vielmehr der Quellenkategorie nach von eigener Spezifik. Denn Band 7 reflektiert mit polizeilichen Versammlungs- und Zeitungsberichten, vor allem aber mit handschriftlichen Skripten, Literatur-exzerpten, den sehr authentischen Mitschriften der Parteischüler Rosi Wolfstein und Jakob Walcher zu den Vorlesungen Rosa Luxemburgs an der sozialdemokratischen Parteischule und un-signierten Artikeln Rosa Luxemburgs deren Erkenntnisprozess. Das Markante an den Halbbänden 7 sind Quellen,

die das Werkstattdenken Rosa Luxemburgs, aber auch Reflexionen ihrer Verallgemeinerungen aus sekundärer Hand wiedergeben und damit die Wirksamkeit ihrer Vermittlung durch Vergleich mit ihrem Gesamtwerk erkennen lassen.

Annelies Laschitzka hat das im Vorwort exzellent deutlich gemacht und damit zugleich einen Leitfaden zum Umgang mit diesem Editionsband gegeben. Die Vorworte zu den Gesammelten Werken haben durch die Nachauflagen inzwischen auch eine halbhundertjährige Geschichte, die von der Herausgeberin geprägt wurde. Sie verarbeitete auch die Erfahrungen der Jahrzehnte nach 1989, ohne sich hinsichtlich der Bewertung der Quellen ideologisch verbiegen zu müssen. Das war, wie der aufmerksame Leser bemerken kann, eher vor 1989 der Fall. Das Vorwort des siebenten Bandes ist noch kein Gesamtresümee, weil die Reihe noch nicht endgültig abgeschlossen ist und Laschitzka darin auch der nächsten Generation Anregungen für weitere, wenn auch sehr aufwendige Editionsarbeit gibt. Es enthält aber im Rahmen dieses Projekts noch einmal die letzten Bemerkungen der Autorin zur Editions-geschichte und damit auch zu den Auslassungen der originären fünf-bändigen Auswahl der Gesammelten Werke. Diese Erläuterung begründet den Eigenwert der Handschriften und Exzerpte, die Rosa Luxemburgs aufklärerisches Engagement für die Themen Wahlkampf, Massenstreik, Militarismus, Geschichtsverständnis und dessen Anwendung bei der Bewertung der Revolution in Russland reflektieren. Der Zusammenhang zwischen Texten des Band 7 mit denen der

Werk- und Briefausgabe der 1970er und 80er Jahre ist durch das Vorwort, aber auch den Anmerkungsapparat, beeindruckend nachvollziehbar.

Und auch die Passage des Vorwortes im Hinblick auf Rosa Luxemburgs „Gefängniskalender“ und die einzige poetische Arbeit Rosa Luxemburgs über die „Geheimnisse eines Gefängnishofes“ eröffnet meisterhaft einen bisher weniger belichteten biographischen Aspekt, Rosa Luxemburgs Umgang mit der deutschen Sprache. Dieser Gedanke ist so bewegend vermittelt wie von der Verfasserin empfunden. (7/1, 62) Und auch unter den Stichworten „Gedankengipfel“ und „Jahrhundertprophetie“ versetzt das Vorwort den aufmerksamen Leser in das Denken einer weitsichtigen und tiefgründigen Frau, die im Stress gesundheitsbedrohlicher Haft in einer Katastrophensituation epochalen Ausmaßes über die Zukunft nachdachte, und deren Warnungen und Visionen sich in vielem heute neu bewahrheiten. Dieses Vorwort ist der Autorin Abschied von einem lebenslangen erfüllenden Ringen um die Luxemburg-Edition und -Rezeption, aber auch von ihrer letzten großen Anstrengung vor mehr Muße. Angeregt durch dieses Vorwort und motiviert durch darin weniger konkret besprochene Quellen sollen nachfolgend wenige markante Beispiele erkenntnistheoretischer Relevanz benannt werden.

Im Auftrage der SDAPR erklärte Rosa Luxemburg 1907 am Grabe von Ignaz Auer, Russland werde erst für die Revolution reif sein, wenn dessen Proletariat neben den todesmutigen, begeisterten Soldaten auch Strategen und Führer vom Weitblick des Verstorbenen hervorgebracht haben wird.

(7/1, 101) In ihrem Vortragszyklus zur Einführung in die Nationalökonomie in Kreuzberg im gleichen Jahr polemisierte sie zur Parteilichkeit der Wissenschaft mit dem Argument, letztere habe wie die Entwicklungslehre im Rahmen der Naturwissenschaften so auch die historisch-materialistische Geschichtsauffassung von Anfang an den Klassenkampf gefördert. (7/1, 110) Diesen erkenntnistheoretisch wichtigsten Gedanke der weltanschaulichen Auseinandersetzung zwischen der lohnabhängigen Klasse und dem Bürgertum verstand sie als die philosophische Grundfrage des kapitalistischen Industriezeitalters. In diesem Sinne konzentrierte sie sich auf die Erklärung der ökonomischen Eigengesetzlichkeit des Kapitalismus und seiner geschichtlichen Tendenz theoretisch-methodisch und praktisch-politisch. In ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ charakterisierte sie die verklausulierte Gegenstandbestimmung des bürgerlichen Ökonomieverständnisses mit dem treffenden Urteil: „Wer sich dunkel und verstiegen ausdrückt, wo es sich nicht um reine Gedankenbilder der Philosophie oder Hirngespinnste der religiösen Mystik handelt, zeigt nur, daß er über die Sache selbst im unklaren ist oder aber der Klarheit aus dem Wege zu gehen Ursache hat.“ (5, 527.) Und am Endes des Abschnitts 4 heißt es: „Das erste Wort, der Grundbegriff der heutigen Nationalökonomie ist eine wissenschaftliche Mystifikation im Interesse der Bourgeoisie.“ (5, 563) Daran hat sich bis heute in Wissenschaft, Bildung, Politik und Medien verständlicherweise nichts geändert.

Indem Rosa Luxemburg demgegen-

über die gesamte Ökonomiegeschichte auf die Produktion der materiellen Existenzbedingungen der arbeitsteiligen Gesellschaft unter ihren – durch die Produktivkraftentwicklung determinierten – konkret historischen Familien-, Eigentums-, Macht- und damit Klassenverhältnissen reduzierte, entsprach sie der elementaren Entdeckung von Marx und Engels, dass auch der Mensch – egal unter welchen kulturellen Verhältnissen – den Sachzwängen von Natur und Gesellschaft unterworfen bleibt und damit nur insofern frei sein kann, wie er diese Verhältnisse beherrscht, als Elite, Klasse oder Menschheit. Darin besteht die entscheidende wissenschaftliche Leistung des theoretischen Sozialismus, auch wenn diese Denkrichtung damit keineswegs Immunität gegen den permanenten Rückfall in bürgerliche Abhängigkeit erlangt hat. Empirisch konnten sich auch die Begründer des theoretischen Sozialismus nur auf bürgerliche und die Literatur ihrer Geistesverwandten stützen, wie die Quellen dieses Bandes ausweisen. Zu welcher Argumentationsstärke Rosa Luxemburg fähig war, beweist der Polizeibericht vom 23. November 1907 über ihren letzten Vortrag zur Nationalökonomie, in dem der Beamte treffend die Grundlage des Klassenbewusstseins mit der vollständigen Trennung von Kapital und Arbeit durch die vollständige Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln reflektierte. (7/1, 114) Höhere gesellschaftsrealistische philosophische Abstraktionen sind nur noch naturphilosophisch möglich.

Der gesamte erste Halbband reflektiert das Bemühen Rosa Luxemburgs (die auch das zeitgenössische russi-

sche Ökonomieverständnis rezipierte), über Marx hinausgehend neben der inneren Widersprüchlichkeit des Kapitalismus die ökonomischen Grenzen der Kapitalverwertung zu erfassen und in diesem Zusammenhang auch aus der vorkapitalistischen Wirtschaftsgeschichte Schlüsse zu ziehen. Es ist ein Charakteristikum der historisch-materialistischen Methode des theoretischen Sozialismus, dass dieser vom *Kommunistischen Manifest* an die Ökonomie in ihrem globalen Zusammenhang gesehen hat. Ohne diese Sichtweise wären Marx und Engels gar nicht im Stande gewesen, die Kategorie der Produktionsweise zu definieren und deren kulturelle Unterscheidungen in den von ihnen charakterisierten Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation zu definieren. Das trifft auch auf das Systemverständnis des Kapitalismus und dessen historische Reproduktionsgrenzen zu. Hier liegt auch der Ansatzpunkt für die Kritik der aktuellen Methodendiskussion um die Globalgeschichtsschreibung. Deren Erkenntnisgewinn ist nichts als die Anerkennung sich zunehmend vernetzender arbeitsteiliger Interaktion, wie sie Marx und Engels in *Die deutsche Ideologie* 1845/46 benannt hatten, bei Ausblendung der gesellschaftlichen Antagonismen. Rosa Luxemburgs Geschichts- und Ökonomieverständnis gründet sich auf ein entsprechendes, durch das Studium zeitgenössischer Literatur untermauertes Verständnis der Geschichte im Wechselverhältnis von Produktivkraftentwicklung, sozialer Differenzierung und politischen Verhältnissen. Die Frage stellt sich, weshalb auf dieser empirischen Grundlage bis heute methodisch so gegensätzliche theoretische

sche Verallgemeinerungen möglich sind. Auf dieses erkenntnistheoretische Problem stößt man immer wieder bei Lektüre des ersten Halbbands 7.

Der zweite Halbband zeigt neben den Handschriften, welche Materialfülle Eckhard Müller in der zeitgenössischen Presse für die zweite Dekade des 20. Jahrhunderts noch einmal erschließen konnte. Auch wenn Rosa Luxemburgs Werk hinsichtlich der Zeitfragen dieser Periode (preußischer Wahlrechtskampf, Antimilitarismus, Weltkrieg, Revolution) und die Konsequenzen des internationalen Sozialismus im Hinblick auf das Ende dieser Epoche erschlossen ist, die hier akzentuierten Gedanken sind ein Jahrhundert danach noch einmal hervorhebenswert. Neben Rosa Luxemburgs parlamentstaktischer Zustimmung zu Ablehnung heischen den Gesetzesparagrafen, „wenn dies der Zwang der Lage fordert, um eine sehr wichtige Errungenschaft zu retten“, (7/2, 679) ist insbesondere ihre zunehmende Warnung vor der weltpolitischen Krisensituation und den Illusionen der sozialistischen Pazifisten seit 1911 von Interesse. Der Kriegsausbruch nur zweieinhalb Jahre später bestätigte ihre realistische Beurteilung der krisensymptomatischen Komplexität von außenpolitischen Sturmzeichen und innenpolitischen sozialen Spannungen, die die Idylle der Belle Époque Lügen strafen, auch wenn subjektiv 40 vermeintliche Friedensjahre das öffentliche Bewusstsein eingelullt hatten. Parallelen zu heute sind unverkennbar. Das betrifft auch die Bedeutung, die Rosa Luxemburg der Einsicht der internationalen Arbeiterschaft in historischer „Entscheidungsstunde, wo

die Geschicke der Völker in den Händen des internationalen Proletariats liegen werden“, zusprach: „Dann werden die Zeiten kommen, wo es mit der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels allein nicht mehr getan ist!“ (7/2, 720) Auch im Hinblick auf die Wahlergebnisse legte sie in diesem Zusammenhang mehr Wert auf das Gewicht, nicht auf die Zahl der Stimmen, weil es nicht um Parteimandate, sondern um aktionsbereite Massen geht, die im Krisenfall Politik machen müssen.

Wirkungsvoll war Rosa Luxemburgs Bloßstellung des preußischen Protestantismus, dessen oberster Kirchenherr der Kaiser war, im Zusammenhang mit ihrer Verurteilung wegen ihrer Kriegsverweigerungs- und Antikadavergehorsam-Agitation. Juristisch unanfechtbar hatte sie sich allein auf das Gebot „Du sollst nicht töten“ berufen, und ihren Reden nach der Verurteilung entnimmt man den Triumph ihrer Logik. Ihre Begründungen, weshalb allein die Sozialdemokraten ethische Werte wie christliche Gebote, Vaterlandsliebe, Freiheitsverständnis und Kulturfortschrittlichkeit verkörpern, sind unübertroffen und vermochten zu ihrer Zeit auch noch entsprechende Wirkung zu erzielen, wie Spitzelberichte glaubhaft machen. Diese medial genutzte antimilitaristische Agitationskampagne war ein Meisterstück sozialistischer Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit. Das geschliffene Wort kombiniert mit der Ratio geschichtlicher Erfahrungen und der Widerlegung manipulierender systemischer Propaganda bewies zumindest ihre Wirkung zu einer Zeit, als sich das „Offiziösentum“ (wie Ro-

sa Luxemburg das Kautskysche Theorie- und Politikverständnis und den sozialdemokratischen (Mainstream apostrophierte) noch nicht auf die von den Dunkelmännern inszenierte Kriegsregie berufen konnte. Und es war diese Vorkriegsunerfahrenheit, die Rosa Luxemburg vor revolutionärem Selbstbewusstsein strotzen ließ. „...wie glauben denn die Knirpse, die heute das Ruder in der Hand haben, mit unserer Bewegung fertig zu werden? ... Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt in den Händen einiger Leute, die nimmer der allgemeinen Volksstimmung Ausdruck zu geben vermögen. Aber erfolgreiche Kriege werden nur geführt – das lehrt uns die Geschichte – solange die Völker mit Begeisterung hinter einem Krieg stehen oder ihn wenigstens erdulden und ertragen.“ (840) Dennoch war ihr bereits vor dem Sommer des Jahres 1914 klar, dass selbst in der Partei die Illusionen über den Imperialismus des globalen Kapitalismus einen verfehlten Glauben an die Stabilität des Friedenszustandes erzeugt hatten, der durch acht Kriege, vier Revolutionen und drei Wirtschaftskrisen globalen Ausmaßes und die Aufrüstung, bereits ad absurdum geführt war. (7/2, 851)

Als wenige Wochen später der inszenierte Weltkrieg mit seiner beispiellosen, das öffentliche Bewusstsein vernebelnden nationalen, chauvinistischen und alle systemischen Antagonismen leugnenden Manipulation begann, schrieb sie unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und der Unterwerfung der Parteimehrheit unter die Militärdiktatur ungezeichnete und deshalb nicht in die originäre fünfbandige Werkausgabe aufgenommene Artikel

für die linke „Sozialdemokratische Korrespondenz“. Der Artikel „Die alte Wahrheit“ spiegelt mehr als die Kraft der Argumentation den Grad der Verblödung der öffentlichen Meinung, den die herrschenden Eliten einschließlich der in ihr Lager übergelaufenen Parteimehrheit zustande gebracht hatten. Dieser Artikel ist ein Mahnmal der Dummheit auch 100 Jahre später! „Partei und Vaterland“ ist mit Rückblick auf die Kriege 1813 und 1870 historisch-argumentativ stark, aber weniger populär verständlich als die bildhafte Sprache in „Die Alternative“. Luxemburgs zentraler Epochengedanke lautet: „Eine Gesellschaftsordnung, die zum Chaos führt, muß über kurz oder lang im Chaos untergehen. Rückfall der Menschheit in die Barbarei oder Wiedergeburt durch eine planmäßig organisierte, auf der Völkerverbrüderung basierende Gesellschaftsordnung – das ist die Alternative, vor der alle Kulturen durch den heutigen Weltkrieg, mag er ausgehen, wie er will, gestellt werden.“ (7/2, 893) In „Das Friedensgestade“ sah sie mit dem Regierungseintritt der Sozialisten die Chance eines „ehrvollen Friede[ns] mit Frankreich“ und machte auf die Wandlung des deutscherseits als Verteidigung deklarierten Krieges in einen Annexionskrieg aufmerksam. (7/2, 895) „Der letzte Krieg“ stellte fest: „Mögen die Aushängeschilder dieses Krieges Vaterland, Nation, Rasse oder wie immer heißen. Seine wirkliche Wurzel ist der kapitalistische Imperialismus.“ (7/2, 897) Dies bekräftigend reflektierte „Eine verhängnisvolle Parole“ den zentralen deutsch-englischen Gegensatz als den epochebestimmenden imperialistischen Widerspruch. (7/2, 903) Geradezu für heute ge-

schrieben sind die Empfehlungen Rosa Luxemburgs, was unter den Bedingungen von kapitalistischer Krise, Krieg und Elend „Die Aufgaben der Arbeiterpresse“ gegen die „Salbadereien“ des populistischen „Philisterstammtisch[s]“ sein sollten: nämlich nicht „vom Leder“ zu ziehen ... „gegen die halbwilden verschlepten Inder, Turkos, Zuaven, Neger und anderes Geschmeiß“ (7/2, 909). „Sie nähren und schüren ... afterpatriotische Gesinnung. (...) Wer so handelt, „hilft nur neue Geißeln flechten für die Zukunft“. (7/2, 910) In „Halbaffen“ konstatierte Rosa Luxemburg: „Unter der dünnen Politur der geistigen Gesittung gähnt rohe Verachtung für ganze Völker, fließt der Geifer des Hasses für Millionen von Menschen anderer Sprache und anderer Gesichtsfarbe.“ (7/2, 912) Am Beispiel Werner Sombarts zeigte sie, dass die Stimmungsmache für den Krieg auch im akademischen Milieu jeden Glauben an die „bürgerlichen Menschheitsideale“ zerstört „und die Hautbitzen die letzten Forts der bürgerlichen Ideologie zerschossen“ hatten. (7/2, 913) Im Dezember 1914 demonstrierte Rosa Luxemburg, wie sich mit dem Angebot Japans an Frankreich, Indochina für zehn Armeekorps gegen den Dreibund abzutreten, der Krieg globalisierte und der japanisch amerikanische Gegensatz im Stillen Ozean ankündigte. (7/2, 917)

Die historischen Parallelen zwischen dem beginnenden 20. und 21. Jahrhundert lassen Rosa Luxemburg nicht im Geringsten antiquiert erscheinen. Angesichts der heutigen Krisen und der Unfähigkeit, zu einer globalen tragfähigen Lösung der humanitären Katastrophe zu gelangen, und mit

Blick auf die Frage, in welcher Gesellschaft die Menschheit perspektivisch leben will, zählt Rosa Luxemburg auch weiterhin zum intelligentesten geistigen Erbe. Der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist zu wünschen, die Luxemburg-Edition in absehbarer Zeit um die inzwischen teilweise in deutscher Übersetzung bekannten polnisch-sprachigen Schriften zu komplettieren. Die unendliche Geschichte dieser nunmehr ins 21. Jahrhundert verschlepten Edition sollte endgültig beendet werden, nicht zuletzt auch um dem verhängnisvollen geistigen Klima dieser Welt abzuhelpfen.

Hartmut Henicke

Totalitarismus oder Revolution

Orlando Figes, Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert, Berlin 2014, Hanser-Verlag, 384 S., 26,- Euro

Orlando Figes, geb. 1959, ist ein britischer Historiker und lehrt neue und neueste russische Geschichte am Birkbeck College an der University of London. Figes ist in der Zunft der Historiker nicht unumstritten, da er als anonymes Rezensent Eigenlob und Kollegenverriß betrieben haben soll und ihm vorgeworfen wurde, methodisch unsauber gearbeitet zu haben. Gleichzeitig kann er einige Auszeichnungen für seine Werke über die Geschichte Russlands, die ihm in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts verliehen wurden, verbuchen. Dass er ein Spezialist für russische Geschichte ist, steht allerdings außer Frage, manche seiner Deutungen hingegen bedürfen einer grundsätzlichen Auseinandersetzung.

Sein Ziel mit dem Buch „Hundert Jahre Revolution“ umschreibt der Autor in der Einleitung, sei es „die russische Revolution als Ganzes zu beschreiben und hundert Geschichtsjahre in Form eines einheitlichen revolutionären Zyklus darzustellen.“ (7) Und so setzt er ihren Beginn im Jahre 1891 an, als die Hungerkrise Hunderttausenden das Leben kostete. Das Ende des Revolutionszyklus wiederum falle mit dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 zusammen. (Ebd.) Schon in der Einleitung lässt Figes am Beispiel des kalten Krieges erkennen, wie er die Phasen der Revolution und der Sowjetunion zu historisieren beabsichtigt: „Der Kalte Krieg ist in diesem Sinne als Fortsetzung des internationalen Bürgerkriegs zu sehen, den die Bolschewiki 1917 einleiteten.“ (9) Alle sowjetischen Führungen hätten seit Lenins Tod 1924 an denselben Richtzielen festgehalten: dem Kommunismus als Gesellschaftsordnung und an einem neuen kollektiven Menschentyp. Insofern meint Figes, die Epoche des Sowjetkommunismus bzw. -sozialismus als einen einheitlichen Gesamtprozess behandeln zu können.

Gegen eine solche Periodisierung lässt sich mancher Einwand vorbringen. Wenn man eine ganz bestimmte, in sich zusammenhängende, weil von Staat, Ökonomie und Recht her formal definierte Geschichtsperiode zu einer revolutionären, d.h. im Kontext von Transformation und Kontinuität besonderen Periode erklärt, kann man sie theoretisch leichter als einen „Sonderfall“ oder „Unfall“ einer Nationalgeschichte charakterisieren. Dann wären die europäische Geschichte und die Weltgeschichte der letzten rund einhundert Jahre ein durch den Kommu-

nismus herausgeforderter Kampf des Totalitären gegen das Demokratische, ein Kampf, der seit 1991 entschieden sei, allerdings Russland heute noch beherrsche. Francis Fukuyamas Illusion vom „Ende der Geschichte“ mag hier genauso Pate gestanden haben wie Ernst Noltes „bolschewistischer Pries“ aus dem Historikerstreit von 1986/87. So wird Geschichtsschreibung reideologisiert und könnte im neuen Kalten Krieg erneut instrumentalisiert werden. Wenn Figes bereits in der Einleitung von der Kollektivierung der Landwirtschaft und deren teilweise katastrophalen Folgen als von einem „sozialen Holocaust“ schreibt, so kann man nur – und sei es noch so oft wiederholt – einwerfen, dass eine solche Begriffsverwendung die Singularität des faschistischen Völkermordes an den Juden relativiert. (11) Letztlich scheint es ihm aber vor allem um den Nachweis zu gehen, dass Revolutionen vor allem das Produkt von „bad governance“, also schlechter Regierungsführung, sind: „Folglich wurde die aufstrebende Arbeiterbewegung in hohem Maße von der zaristischen Regierung geschaffen“ (28), wie er stellvertretend für weitere Belegstellen am Beispiel der Unterdrückung von Gewerkschaften und Koalitionsfreiheit schlussfolgert.

Es ist sicher nichts Falsches an der Analyse, dass die Februarrevolution als eine allgemeine, alle Bereiche der Gesellschaft umgreifende Autoritätskrise verstanden werden sollte. (98) Doch hier an der Phänomenologie zu deuteln, als sei die Februarrevolution ein Vorläufer von „1968“, zielt am Kern vorbei. Es handelte sich um eine allgemeine Systemkrise, ausgelöst durch die ökonomische und politische Rückständigkeit und die militärische

Schwäche. Doch so konnten weiter drängende revolutionäre Kräfte wie z.B. die Bolschewiki die soziale Revolution im Massenbewusstsein verankern und die politische Achse nach links zu den Räten hin und weg von der „Provisorischen Regierung“ treiben, die seit Juli vom Menschewiken Alexander Kerenskij angeführt wurde. Schon die Vorgängerregierung des Fürsten Lwow hatte ihren Schwerpunkt nicht auf soziale Reformen, sondern auf Landesverteidigung gelegt. Und so nahmen sich die bürgerlich-demokratischen Regierungen von Februar bis Oktober 1917 selbst die Luft zum Atmen, aber nicht durch „bad governance“, sondern durch Ignoranz den Interessen der Massen der Arbeiter und Bauern gegenüber. Dass ab dem Jahr 1918 die Herrschaft des neuen Sowjetrussland immer stärker autoritäre Züge annehmen konnte, liegt weniger an den Charakteren der Revolution wie Lenin, Trotzki oder Stalin, sondern vor allem an den Rahmenbedingungen, die der aufgenötigte Bürgerkrieg schuf. Dass es keine Anknüpfung an demokratisch-sozialistische Herrschaftspraktiken gab, steht sicherlich in einem Kontinuitätskontext der politischen Kultur Russlands, etwa des Nationalismus. Doch bedeutete gerade Stalins „Sozialismus in einem Lande“ eine Abkehr von internationalistischen Prinzipien des Sozialismus und den Verzicht auf revolutionäre Fortentwicklung, wie es Trotzki durchaus im Sinn hatte. Von daher stellt Stalins Herrschaft nicht den Bestandteil einer Revolution dar, wie Figes es deutet, sondern die Stabilisierung einer neuen Herrschaftsform auf diktatorischer Basis und staatssozialistischer Wirtschaft. Und dies angesichts einer latenten Bedrohung durch

die „globale Gegenrevolution“. (Frank Deppe, Z 109: 8-31) Genau so wenig ist es historisch geboten, die Zeit von 1914-1990 in Deutschland als einen gesamtrevolutionären Prozess zu verstehen, der erst mit der deutschen Einheit und der Gültigkeit des westlich-liberalen Parlamentarismus im Gesamtstaat sein Ende gefunden habe. Dieser Neigung jedoch unterliegt Figes latent in seiner Grundthese, die eigentlich wenig Anderes besagt, als dass der Westen seinen Frieden mit sich selbst gefunden habe, Russland hingegen noch immer durch die Allgegenwart autoritärer Herrscher im geistigen und politischen Unfrieden mit sich selbst lebe: „Nach 1991 konnten die Russen durchaus den Eindruck haben, dass sich nichts verändert hatte, jedenfalls nicht zum Besseren. Zweifellos waren viele nach 1917 einer ähnlichen Meinung gewesen“. (345) Diese und andere Pauschalurteile und Voreingenommenheiten überlagern bei weitem auch zutreffende Feststellungen des Autors. Spitzfindig müsste man die Methodik des Autors mit der Bemerkung hinterfragen, wo denn eigentlich eine Revolution stattgefunden habe, wenn sich in Herrschaft, Wirtschaft und Kultur eigentlich nichts verändert habe. Insofern ist Figes' Buch weniger ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen oder historischen Debatte über die Rolle der Sowjetunion im „kurzen 20. Jahrhundert“ (Hobsbawm), sondern eher zur politisch-kulturellen Kluftbildung innerhalb Europas.

Holger Czitrich-Stahl

Honecker, anders

Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. München: Verlag C. H. Beck 2016. 623 S., 27,95 Euro.

Während der Prozesse gegen Mitglieder des SED-Politbüros nach 1989 wurde von der Justiz Personal beschäftigt, das teilweise noch in der DDR ausgebildet war und in diesem Fall den neuen Herren gefällig zu sein suchte. Die Archivarin und Historikerin Dr. Monika Kaiser gab bekannt, Erich Honecker habe 1935 die Kurierin Sarah Fodorová verraten. Dies wurde eine Vorlage für den Juristen Peter Przybylski. In der DDR prominent als Teilnehmer der Fernsehserie „Der Staatsanwalt hat das Wort“, äußerte er sich 1991 wie folgt: „Der Freispruch für die Jüdin Sarah Fodorová dürfte sie kaum vor der Gestapo gerettet haben. (...) Das Geheime Staatspolizeiamt beeilte sich, Beschwerde gegen den Fodorová-Freispruch einzulegen und eine Verurteilung der Frau zu verlangen – unter Verweis auf die belastenden Aussagen Honeckers während der Voruntersuchung. Von da an verliert sich die Spur der Tschechin.“

Die solcherart Totgesagte meldete sich aus Israel, wo sie – nach ihrer Heirat unter dem Namen Wiener – hochbetagt als Ärztin lebte: sie sei gerettet worden, weil Erich Honecker sie damals gedeckt habe.

Im Spätsommer 2016 kündigte „Der Spiegel“ das Buch „Erich Honecker. Das Leben davor 1912-1945“ von Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung (ZZF) in Potsdam, an. Dort würden Unwahrheiten, die der Staatsratsvorsitzende der DDR in seinem

Buch „Aus meinem Leben“ (1980) über sein Verhalten 1933-1945 verbreitet habe, widerlegt. Wer eine Wiederholung der Kaiser-Przybylski-Ente erwartet haben mochte, sieht sich allerdings enttäuscht.

Auch dieses Buch ist eine Dekonstruktion: nicht einer Person, sondern des Lebensberichts Erich Honeckers von 1980, der im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED erstellt, von Ghostwritern (hauptsächlich Harald Wessel) niedergeschrieben, allerdings vom Generalsekretär autorisiert wurde. Dieser steuerte Tonbänder, auf die er seinen Bericht gesprochen hatte, bei. Bereits 1970 hatte er seinen Kaderunterlagen einen autorisierten Lebensabriss beigelegt.

Für Sabrow sind die Selbstzeugnisse nicht beschönigende Abweichungen von der tatsächlichen Geschichte, sondern Beispiele einer „kommunistischen Kontinuitätsbiografie“ (18), in der das Leben eines Funktionärs als Teil der Gesamtbewegung dargestellt und dabei ausgespart wird, was mit dieser nicht übereinstimmt. Sie folgen einem „kämpferischen Heldennarrativ“. (322) Womit man es hier zu tun habe, sei „der auf Kontinuität und unwandelbare Standfestigkeit ausgelegte Typus der kommunistischen Herrscherbiographie“ (449). Die Dekonstruktion, die Sabrow vornimmt, erfolgt durch Heranziehung alles derzeit verfügbaren Quellenmaterials zum Leben Erich Honeckers. Dabei wird eine andere Person sichtbar: facettenreicher und lebendiger als das Denkmal.

Dabei bedient sich auch Martin Sabrow eines Typus, der älter ist als

das Muster der kommunistischen Selbstdarstellung: es ist die klassische „bürgerliche“ Biografie, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat und mittlerweile für bestimmte Personen – Goethe, Bismarck, neuerdings durchaus auch Marx – in nahezu jeder Generation neu geschrieben wird. Üblicherweise beginnt sie mit dem, was man früher die „Ahnen“ nannte. Im Fall Erich Honeckers gehen sie bis ins späte Mittelalter zurück. Ursprünglich hieß die Familie „Honegger“, stammt aus der Schweiz und wurde später weit verstreut: einige blieben, andere gingen in die USA, eine Linie kam an die Saar. Sie waren lange Zeit bäuerliche Pächter auf Lehnland. Sabrow lässt es sich nicht nehmen, unter Rückgriff auf Regionalgeschichtsschreibung weit auszuholen: „Für den Hof, der bis zu deren Aussterben Eigengut der Herren von Batzenberg gewesen war, ist aus dem Jahr 1467 eine Korn und Federvieh umfassende Zinsaufstellung erhalten, die ein Hanns Honegger oder Hochnegger dem Kloster Rüti zu entrichten hatte.“ (33) Zu den äußersten Verzweigungen dieser Verwandtschaft gehört wahrscheinlich auch der Komponist Arthur Honegger, auf jeden Fall aber ein anderer Staatsmann: „1982 bekleidete der eigenössische FDP-Politiker Fritz Honegger, Nachfahre Hans Honeggers in der elften Generation, das Amt des Schweizer Bundespräsidenten und der ostdeutsche SED-Politiker Erich Honecker, Nachfahre desselben Hans Honeggers in der zehnten Generation, das Amt des DDR-Staatsratsvorsitzenden.“ (34)

Entgegen der offiziellen Biografie waren die saarländischen Honeckers des 19. und 20. Jahrhunderts nicht

reines Bergbauproletariat, sondern Mondscheinbauern: sie betrieben lange Zeit nebenbei noch Landwirtschaft, von der sie sich nur langsam lösten. Der Vater Erich Honeckers, Wilhelm Honecker, war im Ersten Weltkrieg zwar bei der Marine, aber kein „Roter Matrose“: er wurde bereits 1917 für den heimischen Bergbau reklamiert. Nach der Revolution schloss er sich der KPD an. Bekannt ist eine Fotografie des Spielmannszugs von Wiebelskirchen: der Vater an der großen Trommel, sein Sohn Erich an der kleinen. Letzterer war von früh an über Kindergruppe und den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) in das die Partei umgebende Milieu integriert. Die Dachdeckerlehre brach er ab, als er – schon ein regionaler Jugendfunktionär – an die Internationale Lenin-Schule in Moskau delegiert wurde. Allerdings hatte er die Ausbildung erst beginnen können, nachdem er eine Zeit Gehilfe gewesen war. Die Berufsbezeichnung „Dachdecker“ – auch in den späteren offiziellen Haftunterlagen – ist in diesem Sinn nicht unzutreffend. Honecker hat noch im Alter Wert auf die Feststellung gelegt, dass er durch seine Dachdecker-Einsätze in Außenkommandos seiner Zuchthauszeit die Lehre praktisch abgeschlossen und es als Vorarbeiter sogar zu einer Art Meister gebracht habe.

Er kam als Berufskader aus Moskau zurück und war ab 1933 im Widerstand für den KJVD Polleiter an der Saar, dann im Ruhrgebiet, „Oberberater“ in Südwestdeutschland und schließlich – während des Abstimmungskampfs 1935 – wieder an der Saar.

Bedrückend lesen sich die Schilderungen der Repressionen im Ruhrgebiet: Ein V-Mann der Gestapo war in den regionalen KP-Apparat eingeschleust, unter der Folter wurden Verhaftete zu Spitzeln umgedreht oder doch zu Aussagen gepresst. Offenbar war es nahezu unmöglich, der Tortur zu widerstehen. Wer mit seinen Einlassungen Genossinnen und Genossen nicht belastete, hatte das Glück im Unglück, nur das preisgegeben zu haben, was die Gestapo ohnehin schon wusste. Das war nicht nur eine Sache der Intelligenz und des körperlichen und psychischen Durchhaltevermögens, sondern auch der jeweiligen Umstände. Martin Sabrow hat sich mit der kleinräumlichen Topographie von Widerstand und Verfolgung vertraut gemacht, unter anderem der Gegend um das Kino „Lichtburg“ in Essen, das als illegaler Treffpunkt diente.

In Südwestdeutschland wurde Erich Honecker von Herbert Wehner angeleitet. In seinem Auftrag organisierte er einen demonstrativen Sprengstoff-Anschlag am Tag der Saar-Abstimmung. Laut Sabrow habe er nicht nur damals, sondern auch in seinem gesamten späteren Leben zu Wehner aufgeblickt. Noch in seinem Buch „Aus meinem Leben“ sei dies spürbar. Hier schrieb er über Wehner: „Ich habe damals viel von ihm gelernt.“ (175) Nach seinem Sturz äußerte er in einem Interview mit Reinhard Andert: „In dieser Zeit entwickelte sich ein enges persönliches Verhältnis zwischen Herbert Wehner und mir.“ (Ebenda) In einem Protokoll einer gerichtsärztlichen Untersuchung von 1992 findet sich der Vermerk: „Überhaupt erzählt er,

ohne dazu aufgefordert zu sein, so, dass er den besten Kontakt mit Herbert Wehner gehabt habe.“ (Ebenda)

Im Fall des ersten Zitats könnte es sein, dass Sabrow der von ihm ja sonst sorgfältig beachteten Tatsache nicht Rechnung trug, dass es in einer Art parteioffiziellen Dokument steht und zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wurde, in dem sich die SED um bessere Beziehungen zur SPD und auch um eine Revision ihres bisherigen negativen Wehner-Bildes bemühte.

Der junge Honecker wird als ein guter Redner im Abstimmungskampf, mit Ausstrahlung über die Verbandsgrenzen hinaus, geschildert. In Moskau und an der Ruhr unterhielt der offenbar attraktive junge Mann Liebesbeziehungen, schließlich verlobte er sich an der Saar mit Charlotte Schon, die ebenfalls aus einer kommunistischen Familie kam.

Nach der verlorenen Abstimmung wich Honecker nach Paris aus, wo er das prekäre Leben eines Emigranten führte, der von der Organisation nur kärglich unterstützt werden konnte und zunächst keinen Auftrag hatte. Seine schließliche Abordnung nach Berlin war ein Himmelfahrtskommando. Er war nicht ortskundig. Honecker sollte abgerissene Verbindungen des KJVD wieder anknüpfen. Nach kurzer Zeit, am 4. Dezember 1935, erfolgte seine Verhaftung.

Der Autor geht deren Umständen detailliert nach. Als Honecker im Anhalter Bahnhof einen Koffer mit Propagandamaterial, den Sarah Fodorová in der Gepäckaufbewahrung deponiert hatte, abholte, fühlte er sich beobachtet. Um schneller entkommen zu können, nahm er ein Taxi und nannte sei-

ne Adresse, musste aber feststellen, dass ein Auto die Verfolgung übernommen hatte. Deshalb stieg er wieder aus, ließ den Koffer zurück, um schnell flüchten zu können, und konnte tatsächlich entkommen. Das Material wurde zwar gefunden, aber aus ihm ergaben sich keine Hinweise auf Fodorová oder Honecker. Doch konnte die Gestapo vom Taxifahrer die Adresse erfahren, und am nächsten Morgen erfolgte im Wedding der Zugriff.

Honecker wurde nicht gefoltert, die Gestapo gab den Fall nach kurzer Zeit an die Staatsanwaltschaft ab. Die Ursache: der KJVD in Berlin war schon weitgehend dekonspiriert. Eine junge Genossin war festgenommen, wieder freigelassen, aber weiter dicht beschattet worden. Ohne es zu wissen, führte sie bei den Treffs, die sie wieder aufnahm, die Verfolger zu den verbliebenen Verbindungsstellen. Honecker berichtete später, dass er, nachdem die Staatsanwaltschaft die weiteren Vernehmungen übernommen hatte, von dem Amts- und Landrichter Hans-Joachim Rehse geschlagen wurde. Dessen Nachkriegskarriere in der Bundesrepublik wurde zu einem der skandalösen Beispiele für ungesühnte Nazi-Justiz.

Sabrow würdigt Honeckers flexibles Verteidigungsverhalten. Dieser machte in der Untersuchungshaft und vor Gericht umfangreiche Aussagen, ohne jemanden zu belasten oder zu verurteilen. Seine scheinbare Kooperationsbereitschaft wirkte offenbar ablenkend: Staatsanwaltschaft und Gericht vermuteten bei ihm kein weiteres, ihnen noch unbekanntes Wissen. Ausführlich geht Sabrow dem „Fall Fodorová“ nach. Er widerlegt

die Legende über Honeckers angeblichen Verrat und berichtet, dass diese „sogar noch die Bundesregierung in ihrer Entschlossenheit, die Rücküberstellung des 1991 nach Moskau geflohenen Ex-Diktators mit allem gebotenen Nachdruck zu betreiben,“ bestärkt habe. (317). Er zitiert zwei Erklärungen von Dr. Sarah Fodorová-Wiener aus dem Jahr 1992: „Ich verdanke Erich Honecker mein Leben. Daran besteht für mich gar kein Zweifel“, (Ebenda) und: „Ich bin vom Gericht freigesprochen worden aus Mangel an Beweisen. Das geschah dank der Aussagen und des Verhaltens von Honecker.“ (Ebenda)

Nach Honeckers Verhaftung brach die Verbindung zu Charlotte Schon ab. Eine Kurierfahrt nach Berlin für den KJVD war für sie mit solcher Angst verbunden, dass sie sich anschließend von aller politischen Arbeit zurückzog. Sie heiratete einen Schlosser aus einer konservativen Familie. Einem Versuch Honeckers nach 1945, noch einmal Kontakt zu ihr aufzunehmen, entzog sie sich ebenso wie fast allen Fragen nach diesem Teil ihrer Vergangenheit. Sie starb 2001. Ihre Schwester Emilie Stölzer kam 1941 im Arbeitslager Workuta ums Leben. Deren Mann war 1938 als angeblicher Trotzlist in der Nähe von Moskau erschossen worden.

Erich Honecker, 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde Häftling 523/37 in Brandenburg Görden. Er war Kalfaktor und wird als unauffälliger Gefangener beschrieben. Die Kommunisten im Zuchthaus hielten Kontakt untereinander. Honecker war einbezogen, aber nicht an führender Stelle. Auf seine Bitte hin stellte sein Vater im Oktober 1939 ein Gnaden-

gesuch, das „in erniedrigender Sklavensprache gehalten war“. (347) Sein Sohn sei von einer auswärtigen Macht verführt worden und habe sich inzwischen, wie er selbst, gewandelt. In seiner Bitte an den Vater hatte Erich Honecker angeführt, „daß ich nicht hinter jenen zurückstehen möchte, die den Frieden und die Zukunft des deutschen Volkes mit der Waffe verteidigen.“ (346)

Unter den kommunistischen Gefangenen in Brandenburg gab es keine einheitliche Position dazu, „ob es sich für einen Straferlass um den Preis der eigenen Demütigung zu kämpfen lohne. Einzelne vertraten vehement die stolze Meinung, dass jedes Gnadengesuch das Eingeständnis der eigenen Schuld verlange und sich daher von selbst verbiete; mehrheitlich fand man aber wohl, dass der Zweck das Mittel heilige und jede Chance genutzt werden müsse, die Freiheit wiederzuerlangen.“ (347)

Es gab 1939 einen Kontext, den Martin Sabrow nicht erwähnt. Nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt schrieb Ernst Thälmann per Kassiber an Stalin, es sei angebracht, dass er jetzt aus der Haft entlassen werde.¹ Jungkommunisten aus dem Ruhrgebiet, die nach kurzer Haft in die Niederlande gewechselt waren, wurden dort mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als feindliche Ausländer interniert. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht schrieben sie an die Besatzungsmacht und verlangten ihre Freilassung, da jetzt ja

Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion bestehe.²

Das Gnadengesuch von Erich Honeckers Vater wurde abgelehnt und 1942 neu gestellt. Es war die Zeit, als in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern Freiwillige für die Wehrmacht angeworben wurden. Wieder waren die kommunistischen Gefangenen darüber geteilter Meinung. Einige waren für Weigerung. Andere, die die revolutionären Positionen vom Ende der Weimarer Republik beibehalten hatten, argumentierten, hier habe man die Chance, an Waffen heranzukommen; wieder Andere hofften auf die Möglichkeit, zur Roten Armee überzulaufen, was in Einzelfällen gelang. (376)

Statt in die Wehrmacht kam Erich Honecker in ein Außenkommando: Bomben- und Trümmerräumung und Dachdecken in Berlin. Wegen der ständigen Einsätze kehrte sein Trupp nicht mehr nach Brandenburg zurück, sondern wurde in der Hauptstadt inhaftiert. Als am 26. Februar 1945 beim schwersten Luftangriff auf Berlin Luftminen einen Zellenflügel des Frauengefängnisses in der Barnimstraße trafen, retteten Honecker und die Wachtmeisterin Charlotte Schanuel unter Einsatz ihres Lebens Verschnittete. Der für die Berliner Haftanstalten zuständige Erste Staatsanwalt Erich Kolb ließ ihn sich vorführen, um ihn zu belobigen. Jetzt wurde eine Begnadigung wahrscheinlicher. Honecker wollte sie aber nicht mehr, denn der Ring um die Stadt schloss sich. Zusammen

¹ Siehe Wolfram Adolphi und Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Ernst Thälmann. An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941. Berlin 1996.

² Mündliche Mitteilung von Heinz Junge (Essen) 1992 (GF).

mit seinem Genossen Erich Hanke flüchtete er am 6. März. Doch die Anlaufadressen, an denen sie vorsprechen wollten, existierten nicht mehr. Während Hanke bei Verwandten unterkam, wurde Honecker von Charlotte Schanuel in ihre Wohnung aufgenommen. Als ein Teil des Hauses zerbombt wurde, konnte er dort nicht bleiben. Er kehrte ins Gefängnis zurück. Normalerweise hätte dies die Auslieferung an die Gestapo nach sich gezogen. Doch Kolb hielt seine Hand über ihn und gliederte ihn stillschweigend in sein Arbeitskommando ein, das wieder nach Brandenburg verlegt wurde. Denkbar ist, dass Charlotte Schanuel dabei vermittelte.

Am 27. April 1945 wurde das Zuchthaus Brandenburg durch die Rote Armee befreit. Die Mehrzahl der Gefangenen, vor allem Kriminelle, verließ sofort die Haftanstalt. Die Effektenkammer wurde geplündert. Dagegen blieben die politischen Gefangenen noch einen Tag, bemühten sich, Ordnung herzustellen und marschierten dann unter Vorantragen einer roten Fahne nach Berlin, wo sie eine enttäuschende Begegnung mit Walter Ulbricht hatten.

Erich Honecker war nicht dabei: er hatte Brandenburg bereits am 27. April mit der Mehrheit der Gefangenen verlassen und zog wieder zu Charlotte Schanuel. Nun führte er eine Art Doppelleben: Er beteiligte sich an einem Antifa-Ausschuss und wurde von Ulbricht als Kader rekrutiert; seine Privatleben aber blieb getrennt davon. Charlotte Schanuel war unpolitisch. Ein Aufnahmeantrag für die NSDAP war nicht beschieden worden. 1946 heirateten die beiden. Trauzeuginnen waren zwei Strafvoll-

zugsaufseherinnen, Genossen waren nicht anwesend. 1947 starb Charlotte Schanuel an einer Gehirnkrankheit. Die „in der Boulevardpresse geäußerte Vermutung, er [Honecker] habe den Tod seiner Frau womöglich selbst herbeigeführt, um für eine neue Beziehung, diesmal zu Edith Baumann, frei zu sein, ist auf nichts gegründet als auf die Phantasie ihres Autors.“ (585)

In „Aus meinem Leben“ (1980) sprach der Staatsratsvorsitzende ohne Namensnennung von einer „Aufseherin“, nach seinem Sturz in einem nicht autorisierten Interviewband von der „Wachtmeisterin Charlotte Schanuel“. (363/364) Die Ehe mit ihr erwähnte er nicht.

Martin Sabrows Buch „Erich Honecker. Das Leben davor 1912-1945“ ist eine große wissenschaftliche, literarische und moralische Leistung. Das letzte Adjektiv meint die faire Distanz und die menschliche Empathie gegenüber einem Mann, dem der Autor keinen politischen Rabatt gibt.

Zwei Mini-Fehler: Nicht 1889, sondern 1890 hat eine Wahl zum Deutschen Reichstag stattgefunden. (46) „Ernst Mey“ (75) hieß May.

Georg Fülberth

Bürokratie der Vernichtung

Robert Cohen, Der Vorgang Benario. Die Gestapo-Akte 1936-1942, edition berolina, Berlin 2016, 188 S., 15,50 Euro

Die kommunistische Kämpferin Olga Benario gehört zu den Protagonistinnen in Robert Cohens großartigem Roman „Exil der frechen Frauen“ (vgl. die Rezension in Z. 86). Cohen

hat mit diesem Roman am Schicksal dreier Frauen aus der kommunistischen Weltbewegung ein Panorama der politischen und kulturellen Kämpfe der 1930er und 1940er Jahre und vor allem des Widerstands von Frauen entworfen.

Olga Benario hat den Autor auch über den Roman hinaus als historische Figur interessiert, steht sie doch für das Schicksal ungezählter, häufig namenloser Frauen (und auch Männer) des kommunistischen Widerstands, die in der Gewaltmaschinerie der Nazis, andere im Stalinismus, zerrieben wurden. Schon 2013 hat Cohen den Briefwechsel von Olga Benario und ihrem Lebensgefährten, Luiz Carlos Prestes, wie sie ihn zwischen dem Gefängnis in Brasilien und Konzentrationslager in Deutschland führen konnten, herausgegeben. Jetzt legt Cohen mit „Der Vorgang Benario“ die von ihm gesichteten Aktenbestände zum Fall Benario vor, wie sie sich in einer Onlinepublikation bisher unzugänglicher Akten des deutschen Reiches in russischen Archiven fanden.

Acht Aktenbände mit bis zu 2000 Blatt zum Vorgang Benario hat Cohen gesichtet und damit, wie er schreibt, „die vielleicht umfassendste Sammlung von Dokumenten zu einem einzelnen Opfer des Holocaust“ vorgelegt (8). Eine Auswahl von ca. 250 Blatt wird im Buch präsentiert, vom Autor gekürzt und „bis in einzelne Sätze und Formulierungen hinein bearbeitet.“ (29) Weder Geschichtsbuch noch Dokumentensammlung sei das Ziel der Veröffentlichung. Die Bearbeitung solle die Spezifik der Nazisprache deutlicher hervortreten lassen. Ziel der literarischen Bearbeitung sei es gewesen, „dem nicht abschließbaren Versuch

des Verstehens ein Maß an Erkenntnis hinzuzufügen.“ (29)

Olga Benario, geboren 1908 in gutbürgerlichen Verhältnissen in München. Jüdisch-deutsche Familie, Vater Sozialdemokrat, Mutter konservativ und um Anschluss an die bürgerlichen Kreise der Stadt bemüht, dem jedoch der Antisemitismus der Vornazizeit im Wege stand. Mit 15 Jahren tritt Olga dem kommunistischen Jugendverband bei, 1925 lebt sie bereits in Berlin. Otto Braun, Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes, wird ihr Geliebter. Ihn befreit sie in einer spektakulären Aktion 1928 aus der JVA Moabit – mit dieser Szene setzt Cohens Roman „Exil der frechen Frauen“ ein und zeigt gleich: hier handeln Frauen nicht als Anhängsel von Männern sondern als selbständige und selbstbewusste Akteurinnen. Benario und Braun fliehen nach Moskau, wo Olga Benario als Agentin der Komintern ausgebildet wird. „Sie kann alles, was angeblich nur harte Männer können: mit Waffen umgehen, Fallschirmspringen, ein Flugzeug pilotieren, körperliche Leiden ertragen (...)“ (11) Von Braun mittlerweile getrennt lernt die Benario 1934 in Moskau Luiz Carlos Prestes kennen. Prestes, Aufständischer und Revolutionär in Brasilien, wird von der Komintern unterstützt, um den Aufstand in Brasilien zu organisieren. Olga Benario wird seine Leibwächterin auf dem Weg nach Brasilien und später seine Geliebte. Vier Monate sind sie von Moskau nach Rio unterwegs. Im April sind sie dort, im November bricht der Aufstand – zu früh – aus und bricht schnell zusammen. Gefängnis, Folter, Trennung. Während Prestes in Brasilien der Prozess gemacht wird,

deportiert man Olga Benario, im siebten Monat schwanger, zusammen mit ihrer Genossin Elisabeth „Sabo“ Ewert nach Deutschland, wo die Nazis auf sie warten. Anita Leocádia, ihre Tochter, kommt am 27. November 1936, in der Gefangenschaft, zur Welt.

Vom Frauengefängnis in Berlin/Barnimstraße über das KZ Lichtenburg bis nach Ravensbrück reichen die Orte des Leidens für Olga Benario. Knapp sechs Jahre, vom September 1936 bis Mai 1942 ist sie Gefangene der Nazis, dann wird sie in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg mit Gas ermordet.

Die präsentierten Aktenstücke zeigen eine Bürokratie der Verfolgung und Vernichtung, die das Leid der davon Betroffenen hinter der hölzernen Sprache der Ämter zum Verschwinden zu bringen droht. Auf der einen Seite wundert sich der Leser über die unendlichen Briefwechsel zu Fragen der Schreib- und Besuchserlaubnis, zur Übergabe von Paketen, Geldanweisungen, Zensur von Briefen und Konfiszierung von Büchern und Zeitschriften. Die von Ernst Fraenkel beschriebene Spaltung des NS-Staates in den Normen- und Maßnahmestaat lässt sich anhand der Akten nachvollziehen. Wo man dem Faschismus begründungslose Willkürmaßnahmen zutraut wundert man sich, warum über Wochen und Monate zwischen Ämtern über Auslandsdelegationen in Sachen Benario, die Frage einer möglichen Ehe zwischen Benario und Prestes und den weiteren Umgang mit dem Kind verhandelt wird. Und doch basiert der gesamte Vorgang auf Willkür, gibt es doch keinerlei Verfahren gegen Olga Benario, geschweige denn ein Urteil.

Drei Punkte erschienen dem Verfasser bei der Lektüre der präsentierten Aktenauszüge besonders interessant. Auf den ersten Punkt weist Robert Cohen selber im Vorwort hin. Inhaftiert und als Staatsfeindin behandelt wird Olga Benario als „gefährliche Kommunistin“. Als solche wird sie mehrfach von der Gestapo befragt bzw. zu schriftlichen Darlegungen aufgefordert. Der ausführliche und auch präsentierte Lebenslauf enthält jedoch nichts, was die Nazis nicht ohnehin über sie wussten. Keine Namen, keine Orte, keine organisatorischen Zusammenhänge gibt sie preis. Im Laufe der Zeit spielt jedoch der jüdische Hintergrund der Benario eine immer größere Rolle, parallel zur wachsenden Bedeutung des Antisemitismus für das Regime. Von der „kommunistischen Jüdin“, der „Volljüdin“ ist dann die Rede, schließlich wird ihrem Namen der Vorname Sara hinzugefügt. Während sich Olga Benario noch um den Nachweis ihres Austritts aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft bemüht, um ihr Kind als „dissident“ und nicht als „mosaisch“ eintragen zu lassen, wird sie von den Nazis wieder zur Jüdin gemacht.

Der Nachweis der Ehe mit Prestes ist ein zweiter Strang ihres Ringens, der sich über Jahre zieht. Die Ehe mit einem ausländischen Staatsbürger hätte zumindest die geringe Hoffnung auf Freilassung und Ausweisung begründet. Jedoch geben Benario und Prestes mit Moskau und Frankreich zwei unterschiedliche Orte der angeblichen Hochzeit an, so dass die Nazis ihre Zweifel bestätigt sehen.

Während ihre „Schwiegermutter“, Dona Leocádia Prestes, sich über Jahre für ihre Freilassung einsetzt und

schließlich Anita aus dem Gefängnis holen kann, will ihre leibliche Mutter nichts mehr mit der kommunistischen Tochter zu tun haben und auch ihre Enkeltochter nicht aufnehmen, sollte die Tochter weiter Kommunistin und der Vater des Kindes ebenfalls Kommunist sein. Genützt hat Eugenie Benario diese Distanzierung von der Tochter nichts. Als Jüdin wird auch sie von den Nazis 1943 im KZ Theresienstadt ermordet, ein Jahr nach ihrer Tochter.

In ihrer Nüchternheit erschrecken die präsentierten Aktenstücke erst beim zweiten Blick. Kein Fanatismus, kein Hass macht sich sprachlich bemerkbar, aber in ihrer Unerbittlichkeit scheinen sie dem Individuum keine Lebenschance in der Maschinerie der Vernichtung einzuräumen. Hört man am Anfang noch die Stimme von Olga Benario in Briefen und Eingaben, verstummt diese immer mehr, bis nur noch das Räderwerk des Todes zu vernehmen ist.

Gerd Wiegel

Ihre Kultur – und unsere

Luciana Castellina, Die Entdeckung der Welt, mit einem Vorwort von Lucrezia Reichlin, aus dem Italienischen von Christiana Barckhausen-Canala, herausgegeben von Gabriella Angheleddu, LAIKA-Verlag Hamburg 2016, 216 Seiten, 21 Euro

„Ich vermute ja, dass meine Probleme im reglementierten Bachelor-Studiengang etwas zu tun haben könnten mit den Problemen der Auszubildenden in den Betrieben. Aber ich kenne überhaupt keine. Wann und

wo könnte ich die denn treffen?“ Diese Frage eines jungen Studenten in einer Debatte über Rechtspopulismus und Klassenbewusstsein in der Frankfurter Brotfabrik am 27. März 2017 manifestiert den Verlust der gemeinsamen Kultur von Intellektuellen und Arbeiter_innen, einer einst sehr lebendigen Kultur. Von ihr erzählt ein spannendes, heiteres Buch, das 2011 in Italien erschien und dort für den renommierten Premio Strega nominiert war: *La scoperta del mondo*. Dankenswerter Weise hat es der Hamburger Laika-Verlag im vergangenen Jahr auf Deutsch publiziert, in sorgfältiger Übersetzung und Edition; die erklärenden Anmerkungen machen es zu einem kleinen Compendium der italienischen Nachkriegsgeschichte. Es stammt aus der Feder einer Grande Dame der europäischen, zugleich Protagonistin des wechselvollen Schicksals der italienischen Linken: Luciana Castellina. Juristin, Journalistin, 1929 in Rom geboren, 1947 Mitglied des PCI, 1969 Mitbegründerin von *il manifesto*, Parteiausschluss, Mitbegründerin des Partito di Unità Proletaria per il Comunismo (PdUP), 1985 wieder im PCI. „Wir kehrten in Ehren zurück. Im gemeinsamen Kommuniqué hieß es ..., dass Brüche manchmal nützlich seien, um zu einer tiefergehenden Debatte anzuregen.“ (192). Von 1976 bis 1983 war Luciana Castellina Abgeordnete im italienischen, von 1979 bis 1999 im europäischen Parlament, dort lange Jahre Mitglied im Kulturausschuss.

„Oma, stimmt das, dass du Kommunistin bist?“ „Ja klar, Vito. Auch dein Opa ist Kommunist.“ „Opa? Nein, Oma, das kann nicht sein! Opa ist doch so nett.“ So kramte Luciana

Castellina ihre alten Tagebücher vom Juli 1943 bis zum Herbst 1947 wieder hervor, die ihren keineswegs geradlinigen Weg als Vierzehn- bis Achtzehnjährige in die kommunistische Bewegung dokumentieren, und machte daraus ein Buch für ihre Kinder und Enkel. Ein Buch, das wie ihre Tochter Lucrezia Reichlin im Vorwort zur italienischen Ausgabe bemerkt, auch den Titel „Das Glück“ tragen könnte. „Denn was ist Glück, wenn nicht das Erkennen der humanistischen Wahrheit, der zufolge man ein Individuum ist und wählen kann, die Existenz aber erst eine Bedeutung erlangt, wenn man Teil von etwas Großem ist – wenn man entdeckt, dass man entscheiden kann, Teil einer Gemeinschaft und in ihr man selbst zu sein.“ (Lucrezia Reichlin, 11)

Das Glück kann man sehen: Mit Schwung springt auf dem Coverfoto die kleine Luciana Castellina von einem Boot ins offene Meer, in die Welt: Eine ebenso beherzte wie lustvolle Reise beginnt am 25. Juli 1943, auf einem Tennisplatz in Riccione. Lucianas Partnerin, Anna Maria, muss auf Zuruf eines Wachmanns plötzlich das Spiel unterbrechen. Wie erst in der Nacht darauf bekannt wird, hatte man gerade ihren Vater verhaftet, Benito Mussolini. Bis zu diesem Ereignis hatten eine heiß verehrte, faschistische Lehrerin und ein unkonventionelles, bildungsbürgerliches Elternhaus Luciana Castellina gleichermaßen geprägt. Nino, ihr geliebter Stiefvater, als Kriegsrichter nach Verona eingezogen, „...brachte eine gute Portion Gegnerschaft zum Regime in unsere Familie ... Nicht, dass Nino irgendetwas getan hätte, Gott bewahre... Aber dem legendären Buchhänd-

ler Tombolini ... gelang es, ihm aus Paris verbotene Bücher zu besorgen... Nach und nach begann ich, in ihnen zu blättern. Interessanterweise geriet das, was ich da las und in den Gesprächen zuhause hörte, nicht im Geringsten in Kollision mit dem, was in der Schule erzählt wurde...“ (29) Zunächst geht der Krieg weiter, an der Seite der Deutschen. Brüder von Freundinnen geraten in Gefangenschaft, fallen. Bombardements, Sirenengeheul. Die grauenvollen Verbrechen der Faschisten, die Massaker an Widerstandskämpfer_innen, Partisan_innen geraten erst nach der Befreiung wirklich in ihr Blickfeld, dann aber umso eindrücklicher, schmerzhafter. Und erst nach Mussolinis Sturz, in der „offenen Stadt Rom“ wird dem jungen Mädchen klar, dass die jüdischen Verwandten ihrer Mutter in großer Gefahr schweben. Einige von ihnen verstecken sich in der kleinen, römischen Villa ihrer Familie. – Übrigens war Roberto Rosselinis Roma, città aperta hierzulande bis 1960 für öffentliche Vorführungen verboten und ist seitdem nur in einer mit Abschwächungen und sinnentstellenden Kürzungen versehenen deutschen Fassung gezeigt worden. Neugierig auf Bücher und Filme ist die kleine Luciana schon vor dem Neorealismus, zur Mussolini-Zeit: „Ich glaube, dort im Saal des Kinos Guf in Verona, höre ich zum ersten mal die Worte ‚Sowjetunion‘ und ‚Kommunist‘. So sehr die Autoren des Films auch bemüht sind, sich der Kriegspropaganda anzupassen, erscheint mir das, was sich hinter den beiden Begriffen verbirgt, interessant zu sein.“ (31)

Das herauszufinden, dauert nur wenige Jahre. Die abenteuerliche Expedi-

tion führt Luciana Castellina zunächst auf die Straßen und Plätze „ihrer Stadt“ Rom, wo sie bei Demonstrationen Menschen begegnet, die sie bis dahin noch nie getroffen hat: Arbeitern, Kommunisten, Sozialisten, die als Partisanen gekämpft haben. Die Expedition führt sie weiter in ihr bis dahin völlig unbekanntes Stadtviertel, nach La Gabartella zum Beispiel, deren „Bewohner ... – unter ihnen auch Frauen – schon in den dreißiger Jahren gegen den Faschismus zusammengehalten haben“ (April 1947, 135). Darunter auch junge Leute, die nach Bildung dürsten. „Abendschulen für junge Arbeiter? Ich finde das richtig. Aber wer arbeitet, wenn alle lernen? Und warum soll ich lernen, anstatt arbeiten zu gehen? Ich beginne, an meinen Privilegien zu zweifeln, die ich bisher für selbstverständlich gehalten habe, fast so, als seien sie naturgegeben.“ (15. Mai 1945, 98) Die Expedition führt Luciana Castellina in den Süden, nach Kalabrien. „Mir ist, als wäre ich in einem anderen Land angekommen. ... An den Fenstern eines Hauses von Santa Maria hängt ein weißes, reichlich mit Blut beflecktes Laken. Es ist der Beweis für die Jungfräulichkeit der Ehefrau am Tag nach der Hochzeit.“ (September 1946, S. 119) Die Reise geht weiter nach Paris, mit einem Studentenaustausch, in den sich die Oberstufenschülerin hineingekämpft hat. Ein Abenteuer mit Sammelpass, denn im April 1947 sind in Europa für Privatreisende die Grenzen nahezu geschlossen. Glückliche Ankunft nach 48 Stunden in der Gare de Lyon: „Diese Stadt symbolisierte alles, was ... in der Welt existierte, uns jedoch verboten war: die Literatur, das Theater, der Film, aber

für mich vor allem die Malerei.“ (139) Impressionistische und kubistische Bilder im Original zu sehen, ist eine Offenbarung. Denn „(m)ehr noch als die Literatur ... war es die moderne Malerei, die der Faschismus und der italienische Provinzialismus von uns ferngehalten hatten. Und so wurde sie zu einem Symbol der Befreiung ...“ (87/89) Luciana rennt in alle Ausstellungen, sie malt mit Inbrunst, sie lernt Renato Guttuso kennen und nahezu alle wichtigen italienischen Maler der Nachkriegszeit, fast alle Kommunisten. Die erste Aufgabe, die sie in der kommunistischen Jugendorganisation übernimmt, ist ein Vortrag über den Kubismus. Im Juli 1947 reist Luciana dann mit einer Delegation zu den Jugendfestspielen nach Prag: „... das wirkliche Ende des Krieges. Es war der Freudenausbruch einer neuen Generation von Jugendlichen, die von allen Kontinenten in die tschechische Hauptstadt kamen und einander in einem Sprachengewirr wie am Turm zu Babel ihre ... Geschichten erzählten.“ (150) Die Freiheit ist allerdings nicht vollkommen grenzenlos. Der Kalte Krieg ist in Griechenland schon zum heißen Bürgerkrieg geworden. Die Mitglieder der griechischen Delegation können nicht anreisen, sie kämpfen. Und dass Puritanismus etwas mit Kommunismus zu tun haben kann, lernt Luciana, als sie – zur Empörung der PCI-Genossen – in der Tschechoslowakei zum ersten Mal in ihrem Leben per Anhalter fährt und danach auf der Suche nach einem Schlafplatz: „... mitten in der Nacht werde ich vertrieben, als ... (die Männer) schockiert entdecken, dass ein Mädchen das Zimmer mit ihnen teilen will. Das ist eine

nicht hinnehmbare Freizügigkeit.“ (164) „Prag war grundlegend für mein Dasein. Hier habe ich 1947 die Welt entdeckt, die für mich gleichbedeutend mit dem Kommunismus war – die für mich einzig mögliche Lesart, um die neue Landkarte des Erdballs zu begreifen ... Und 21 Jahre später wurde Prag wieder der Mittelpunkt meines Lebens, denn es lag an Prag, dass ich aus dem PCI ... ausgeschlossen wurde.“ (152). In Prag, im Sommer 1947, hat sich Luciana spontan entschlossen, nach Jugoslawien weiter zu reisen, um dort als volunteer mit der „Eisenbahn der Jugend“ die Linie Šamac – Sarajewo mit aufzubauen. Dass Lucianas geliebter Großvater aus Triest stammt, dass sie erst vor einigen Monaten von den faschistischen Verbrechen an der slowenischen Bevölkerung und vom Befreiungskampf der Tito-Partisanen gehört hat, spielt bei dieser Entscheidung sicher eine Rolle. Drei Tage Eisenbahnfahrt durch ein zerstörtes Europa. Indonesische und vietnamesische Befreiungskämpfer_innen, junge Inder_innen, die in Prag ihre Unabhängigkeit feiern konnten, aber noch immer mit britischen Pässen reisen müssen, englische Jungkommunisten, ein niederländischer Maler, ein junger Kanadier teilen sich mit Luciana ihre Marmeladenbrote und die Schlafplätze in den Gepäcknetzen. Ein Ansichtskarte an ihre Familie in Rom ist frankiert mit einer Jan-Masaryk-Briefmarke – der Außenminister der tschechoslowakischen Republik, Sohn des legendären Tomáš Garrigue Masaryk, starb einige Monate später, am 10. März 1948 unter nie ganz geklärten Umständen in Prag –, „Preis 1,20. Wenn ich sie jetzt betrachte, frage ich

mich, was das für eine Währung war ... Es muss so eine Art de-facto-Euro gegeben haben. ... Ich grüße meine Familie mit einer ‚kollektiven Umarmung‘, füge aber, um ... (sie) nicht allzu sehr zu erschrecken, hinzu, dass der Begriff ‚kollektiv‘ nicht politisch gemeint ist.“ (167) Die bunte Truppe erreicht nach Aufhalten in Budapest, Belgrad und Sarajewo –, „die erste wirklich exotische Stadt, die ich in meinem Leben gesehen habe“ (169) schließlich ein Lager in der Nähe von Zenica. Dort sollen die Freiwilligen eine alte k. und k.-Bahnlinie durch eine neue, moderne ersetzen. Überall Bilder des jungen, schönen Josip Broz Tito, „der erste Kommunistenführer, der mich in seinen Bann zieht.“ (169) „Das Leben ist hart im Lager Zenica.“ (172). Wecken fünf Uhr früh, karges Frühstück, Gymnastik, kalt Waschen, langer Fußmarsch durch Gestrüpp, dann fünf Stunden lang hartes Gestein mit der Hacke aus dem Boden holen, in sengender Sonne. Luciana strengt sich sehr an und wird „Udarnicka“, „Stachanowistin“. Das rote Abzeichen und die Urkunde sind quasi Eintrittsbillets in ihr neues Leben. „Ich bin sehr, sehr stolz.“ (172) Über Triest fährt Luciana Castellina im Oktober 1947 zurück nach Rom und stellt fortan ihr Leben in den Dienst „von etwas Großem“ ohne dabei je ganz aufzuhören, sie selbst zu sein. Ihre Expedition ist bis heute nicht zu Ende.

Das Glück all' dieser Entdeckungen steht der 87jährigen Luciana Castellina ins Gesicht geschrieben. Schönheit hat eine ganze Menge zu tun mit Erfahrung, Liebe zum Leben und zu den Menschen. Luciana Castellinas langjähriger Gefährte Alfredo Reichlin, der schon als junger Partisan für Frieden,

Menschenrechte und ein besseres Leben gekämpft hat, ist am 21. März 2017, 91jährig in Rom gestorben. Sein Vermächtnis bleibt seine, Luciana Castellinas, unsere Kultur. Eine Kultur, die Lust macht auf kubistische und sozialrealistische Bilder, auf Jazz, auf neorealistic und Zeichentrick-Filme, auf Rilke-Gedichte, Existentialismus und marxistische Theorie, auf Grenzüberschreitungen, Nachdenken, Debatten, Feste, die Liebe und den Kampf gegen das Unrecht. Eine Kultur der Freiheit, die Intellektuelle und Gewerkschafter_innen zusammenbringt, in Europa und anderswo. Wir müssen uns nur wieder einmal treffen. Vielleicht bei einer Demonstration?

Elisabeth Abendroth

Aufgaben und Einsichten eines DDR-Kombinatsdirektors

Hans-Joachim Lauck, Edel sei der Stahl, stolz der Mensch. Erinnerungen eines Kombinatsdirektors und Ministers, Berlin 2017, Verlag Das Neue Berlin, 352 S., Abb., 19,99 Euro

Zwei Jahrzehnte lang war der gelernte Betriebsschlosser und studierte Dr. Ing. Direktor des Stahl- und Walzwerks Brandenburg (SWB) bzw. (ab 1979) Generaldirektor (GD) des Qualitäts- und Edelstahlkombinats (QEK), dessen Stammbetrieb das SWB wurde. Anschaulich schildert Lauck seinen üblichen Tagesablauf in dieser Funktion von der Meldung des Pfortners bei seiner Ankunft um 7:40 Uhr, dass es „keine besondere Vorkommnisse“ gebe über die Besprechung mit seiner Sekretärin über eventuelle Änderungen des vorgesehenen Terminplanes für den Tag bis

zum Rapport der Fachdirektoren um 8:00 Uhr. Danach ging es an die Bewältigung der anstehenden Aufgaben. „Normale Tage gab es für mich als Generaldirektor nicht allzu viele“, schreibt Lauck, „aber zumindest der Start in den Tag hatte eine gewisse Ordnung.“ (178) Was danach kam konnten Produktionsbesprechungen in aktuellen Schwerpunktbereichen sein, Beratungen zu den Investitionen, Detailabstimmungen mit dem Hauptbuchhalter oder Kadergespräche. Hinzu kamen Plandiskussionen in den Betrieben und Betriebsteilen des Kombinats, oft auch Termine im zuständigen Ministerium bzw. bei der Staatlichen Plankommission. Der volle Terminkalender ließ kaum noch Zeit für die von Lauck geschätzten Rundgänge im Brandenburger Stammwerk des Kombinats. Meistens nutzten die Arbeiter das Gespräch mit dem GD, um sich über fehlende Ersatzteile zu beschweren, sich über den Mangel an guten Werkzeugen zu beklagen, auf Rückstände in der Materialbereitstellung aufmerksam zu machen oder auch auf die unzureichende Ausstattung der Duschen und Umkleieräume.

Wichtigstes Produkt des Kombinats waren die im SWB hergestellten Grobwalzbleche, die im Chemieanlagenbau, im Schiffs- und Waggonbau, von den Herstellern von Kranen, Förderanlagen und Tagebauausrüstungen weiterverarbeitet wurden. Wenn es in der größten Blockbrammen-Walzstraße Europas Probleme gab, dann bekam das die gesamte DDR-Wirtschaft zu spüren. Die Kontakte zu den Partei- und Staatsorganen waren daher intensiver als in manch anderem Industriezweckkombinat und da-

mit auch die Erfahrungswelt des Generaldirektors vom QEK.

Das kommt dem Buch zugute. Denn genauso direkt und konkret wie die betrieblichen Probleme schildert Lauck seine Erfahrungen mit den übergeordneten Staats- und Parteileitungen. Dafür ein Beispiel. Er sollte im April 1981 als Generaldirektor des Metallurgiekombinats auf dem X. Parteitag der SED sprechen. Lauck schildert, wie der zuständige Minister, der Sektorenleiter für Metallurgie im ZK, der SED-Kreissekretär und der 1. Sekretär der Bezirksleitung der Partei auf den Inhalt des Manuskripts Einfluss nahmen. Immer wieder „wurden Änderungswünsche an mich herangetragen, und das Manuskript ging mehrfach ins Schreibbüro. Vor meinem Auftritt schaffte ich es nicht mehr die allerletzten korrigierten Zeilen zu lesen.“ (152)

Lauck ist stets bestrebt aus dem – teilweise auch amüsanten oder auch mit ironischem Unterton geschilderten – Erlebten verallgemeinernde Schlussfolgerungen über die Funktionsweise der DDR-Wirtschaft zu ziehen. Dadurch nimmt er zu einer Vielzahl von Problemen Stellung, die in der Fachliteratur bisher kaum nachlesbar sind. So schildert er die Schwierigkeiten, die sich aus der „doppelten Unterstellung“ des „Nomenklaturkaders“ Lauck unter Partei- und Staatsorgane für die Kombinateleitung ergaben. Er schreibt über die Probleme mit häufig nicht passgerecht geliefertem Rohstahl aus der Sowjetunion und auch von den technologischen Vorteilen, die sich mit der in den 80er Jahren entwickelnden Kooperation des QEK mit den bundesdeutschen Salzgitterwerken ergaben. Er geht in Zusammenhang mit den Bilanzierungsaufgaben auf die (heimliche)

Bildung von Reserven im Kombinat ein, um sich gegen Zulieferprobleme bzw. zu hohe Planaufgaben zu schützen. Selten wird Lauck in seiner Kritik der zentralen Leitungstätigkeit so deutlich wie im Falle der Kontrollen der Kombinate und Betriebe „von oben“. Es habe zu viele Kontrollinstanzen gegeben. „In der Wirtschaft hätte die Abteilung Betriebliche Rechnungsführung und Statistik sowie die Innenrevision völlig ausgereicht. ... Wir aber bekamen es mit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion sowie der Parteikontrollkommission und anderen Organen zu tun.“ (129)

Der Ärger mit „denen da oben“ verschärft sich für Lauck noch, als er in die Auseinandersetzungen zwischen Gerhard Schürer (Staatliche Plankommission) und Günter Mittag (Wirtschaftssekretär des ZK der SED) darüber, wie die DDR-Wirtschaft unter den immer schwieriger werdenden ökonomischen Bedingungen weiter zu führen sei, gerät. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist er bereits Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau. Als Minister für Maschinenbau erlebt er im 1. Halbjahr 1990 die vom Kabinett Modrow eingeleiteten Wirtschaftsreformen, denen ab Juli die bis ins Detail vom Westen aus diktierte Treuhandprivatisierung der ostdeutschen Unternehmen folgt, deren verheerende Folgen Lauck anhand mehrerer Firmenbeispiele darstellt. Die Deindustrialisierung der keineswegs maroden ostdeutschen Industrie, so sein Urteil, hätte verhindert werden können.

Jörg Roesler

Fortschritt und Wachstum

Helmut Knolle, Die Wachstumsgesellschaft. Aufstieg, Niedergang und Veränderung, PapyRossa Verlag, Köln, 131 S., 12,90 Euro

Wachstumskritische Bücher füllen Bibliotheken. Der vorliegende Text ragt hervor, weil der Autor versucht, bei Kritik am aktuellen wirtschaftlichen Wachstum den Fortschrittsgedanken positiv aufzunehmen. Fortschritt bedeute die Befreiung des Menschen von mühsamer Arbeit, damit „jeder Mensch die Zeit und die Mittel hat, seine besten Fähigkeiten frei zu entfalten.“ (7) Angesichts der Güterfülle in den entwickelten Ländern seien Fortschritt und die weitere „Zunahme des materiellen Wohlstands“ heute zu Gegensätzen geworden. Das sehen auch andere so. Aber: „Was immer noch fehlt, ist ein Konzept, das die drei Elemente verbindet: das Wissen um die ökologischen Grenzen, eine kritische ökonomische Theorie und das Ziel eines allgemeinen geistigen und kulturellen Fortschritts.“ (9) Zu diesem „anspruchsvollen Programm“ möchte der Autor einen Beitrag leisten, indem er die Gedankenlinie des „späten Marx“ über Bortkiewicz bis Sraffa verfolgt.

Das flüssig geschriebene Buch besteht aus drei Teilen: Gedanken über die demografischen und technologischen Voraussetzungen des Wachstums seit dem 18. Jahrhundert („Geschichte“), dessen theoretische Grundlagen („Theorie“) und Überlegungen zur Zukunft der Wachstumsgesellschaft („Perspektiven“).

Dass der Autor sich zunächst mit Demographie beschäftigt ist in gewissem Sinne folgerichtig. Aller-

dings fehlt hier m.E. die Vermittlung mit der im Anschluss behandelten Geschichte der technologischen Veränderungen. Dass die historisch veränderte Haltung zur „Geburtenkontrolle“ (18) zu der raschen Bevölkerungszunahme der späten Neuzeit geführt habe, erscheint jedoch wenig plausibel: So hat z.B. Braudel (am Beispiel des Mittelmeerraums) gezeigt, dass es auch früher immer wieder Zeiten stärkerer Bevölkerungszunahme gegeben hat, die aber an die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion gestoßen sind und in der Folge durch Perioden rückläufiger Bevölkerung abgelöst wurden. Dieser malthusianisch/ökologische Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelproduktion wurde erst im 18. Jahrhundert überwunden. Die gedrängte Darstellung der zentralen technologischen Veränderungen zeigt, dass nicht einzelne technische Neuerungen, sondern das Zusammenspiel von Umwälzungen der Arbeitsteilung, der Antriebsenergien und der Maschinerie Grundlage der wirtschaftlichen Dynamik waren und sind. In diesem Kontext setzt der Autor sich mit jenen Thesen (z.B. Rifkin) auseinander, die davon ausgehen, dass die digitale Ära Wertschöpfung und materielle Produktion/Ressourcenverbrauch entkoppeln würde. Dagegen argumentiert er, dass „unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen ... die Mikroelektronik das Wachstum des Ressourcenverbrauchs nicht aufhalten (kann)“, dass dieser sogar noch angetrieben werde. Das ist nach Ansicht des Autors u.a. deshalb so, weil die Mikroelektronik dazu beiträgt, die arbeitsfreie Zeit mit dem Konsum

von immer mehr Freizeitprodukten auszufüllen.

Der zweite theoretische Teil befasst sich zunächst mit der Entwicklung der ökonomischen Theorien. Die Tatsache, dass der Autor Mathematiker und eben kein Ökonom ist wirkt hier als Vorteil: Wie kann es sein, dass faktisch alle ökonomischen Lehrbücher behaupten, bei der Ökonomie ginge es um die Allokation knapper Güter, während das Problem der hochentwickelten Länder nicht Knappheit sondern Überfluss ist: Überfluss an arbeitsfähigen Menschen, an Produkten aller Art, an Abfällen? Dieser Überfluss, der auf einer hohen und steigenden Produktivität beruht, müsste eigentlich die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitern. „Immer, wenn die Produktivität zunimmt, kann eine freie Gesellschaft wählen zwischen Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität. Wenn sie nicht wählen kann, ist sie nicht wirklich frei.“ (64) Der originäre Beitrag des Autors zur Wachstums- und Umweltdebatte besteht in der Anwendung von Piero Sraffas Theorie der Kuppelproduktion (ein Produktionsprozess erzeugt meistens verschiedene Güter gleichzeitig) auf die Umweltproblematik: Denn auch Abfall ist ein Produkt, das aber – weil dieser keinen Gebrauchswert hat – mit einem negativen Preis ausgestattet werden müsste. Das kann der Markt natürlich nicht. Der aktuelle Emissionshandel ist ein zaghafter Versuch, dem Rechnung zu tragen. An einem kurzen Beispiel zeigt der Autor, dass in einer CO₂-neutralen Wirtschaft die Preisrelationen radikal verändert werden müssten: Die Preise CO₂-

intensiver Waren müssten um bis zu 44 Prozent gegenüber denen bei kostenloser Emission steigen.

Der dritte Teil beschäftigt sich zunächst mit einigen Irrwegen der EU und den Thesen der „degrowth“-Bewegung. Der Autor wirft deren Anhängern eine „Glück-im-Winkel“-Ideologie vor, die sich letzten Endes gegen Arbeitsteilung richtet. Verzicht auf übermäßigen materiellen Konsum sei zwar nötig, das gelte aber nicht für Leistungen des „kulturellen Überbaus“ (die ebenfalls Ergebnis von Arbeitsteilung sind). Seiner Vorstellung zufolge sei ein „sozialer Kulturstaat“ anzustreben, wobei die sozialen und kulturellen Dienstleistungen nicht Gegenstand von Profitstreben sein dürften. „Aber es ist möglich, eine ökologische Wirtschaft mit Nullwachstum und Vollbeschäftigung zu erreichen, wenn der Staat wieder mehr Steuern einnimmt und wenn gesellschaftlich wertvolle Dienstleistungen Vorrang haben vor der Produktion von Konsumgütern.“ (114) Ein Kernpunkt ist dabei die Arbeitszeitverkürzung. Die Frage, ob dies in einem kapitalistischen System möglich sei wirft der Autor auf, beantwortet sie aber bewusst nicht: ohne Eingriffe in dessen Funktionsweise und Logik ginge es aber nicht.

Jörg Goldberg

Heterodoxer Ökonom

Michael Hudson, Der Sektor – Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört, Klett-Cotta, Stuttgart 2016, 670 S., 26,95 Euro

In den USA gibt es eine lange Tradition radikaler heterodoxer Ökono-

men deren Forschungsergebnisse oft den Weg in die *Mainstream*-Presse finden, aber von Deutschlands Marxisten kaum zur Kenntnis genommen werden. Hudson, der im Frühjahr 2006 in einer Titelgeschichte des Magazins „Harper’s“ den baldigen Kollaps der Immobilienpreise und damit den Beginn der Finanzkrise voraussagte, ist ein Beispiel dafür. Ein Grund mag sein, dass sein theoretisches Konzept wie ein Gemischtwarenladen aus Smith, Ricardo, Marx, Keynes und Minsky sowie dem Physiokraten Quesnay anmutet. Ein zweiter mag die Terminologie sein, die oft eher populär-aktivistisch denn wissenschaftlich klingt wie beispielsweise die Unterscheidung in 99 und 1 Prozent. Aber das tut ebenso wie die vielen Wiederholungen, die naturgemäß lesefeindlich sind, der analytischen Qualität dieser brillanten und materialreichen Untersuchung des Finanzsektors keinen Abbruch.

Im Zentrum von Hudsons Argumentation steht das fast vergessene Konzept der Grundrente. Damit sind die Einkünfte des Eigentümers gemeint, die er allein für den Besitz erhält, ohne etwas für die Verbesserung des Grundstücks zu tun. Für die klassische Ökonomie von Smith über Marx bis Mill war die Unterscheidung zwischen Rente, d.h. leistungslosen, und „verdienten“ Einkommen zentral. Während Löhne und Ausgaben für Maschinen und Gebäude für sie notwendige Produktionskosten waren, sahen sie Rentenzahlungen als unnötige Verteuerung der Produktion. Grund- und Monopolrenten spielen heute in der Volkswirtschaftslehre kaum eine Rolle. Auch

die Schulden spielen mit einer scheinbar logischen Begründung bei Neoklassikern und Neokeynesianern keine Rolle: Die Schulden des einen sind das Vermögen des anderen und daher im Aggregat gleich Null. Ein differenzierter Blick ergibt ein grundsätzlich anderes Bild. Die Banken vergeben – so Hudson – Kredite nicht vorrangig für produktive Zwecke an Unternehmen. Die meisten dienen zum Ankauf von Immobilien, Aktien, Anleihen etc. Diese Kredite erhöhen zwar die Schulden (bzw. das Vermögen), nicht oder nur kaum die Produktivität. Was die Immobilien betrifft (aber auch andere Assets) so treiben die Banken durch die Kreditvergabe die Preise nach oben und leiten die Grundrente als Schuldzinsen in ihre eigenen Taschen. Während ein Kredit für produktive Investitionen die Produktions- und damit die Rückzahlkapazität erhöht, wird durch den Eigentümerwechsel bei einer Immobilie (Akte) lediglich das individuelle Einkommen erhöht, aber nicht das der Gesellschaft. Gegenätzliche Interessen verschärfen das Problem: „Die Arbeitnehmer (oder Konsumenten) und die Industrie sehen sich gezwungen, einen steigenden Anteil ihres Einkommens in Form von ökonomischer Rente und Zinsen an den Finanz- und Immobiliensektor zu bezahlen, um deren Eigentum, Ersparnisse und Kredite nutzen zu können. Dadurch bleiben nicht genügend Lohneinkünfte und Profite übrig, um die Marktnachfrage nach Konsumgütern aufrechtzuerhalten und Investitionen in neue Produktionsmittel (Kapitalgüter) zu tätigen. Die Hauptgründe für wirtschaftliche Sparmaßnahmen und Polarisie-

rung sind die Rentendeflation (also die Zahlungen, die an Rentiers und Monopolisten geleistet werden müssen) und die Schuldendeflation (Zahlungen an Banken, Anleihegläubiger und andere Kreditgeber).“ (231) Wenn sich die Produktionskapazitäten aber nicht im Gleichschritt mit der Verschuldung erhöhen, kommt es irgendwann zu einem Überschuldungsproblem. Dagegen hilft in verschuldeten Volkswirtschaften, die unter Sparprogrammen und der steuerlichen Bevorzugung von Finanzkapital und ökonomischen Renten gegenüber Arbeitseinkommen und industriellen Produktion leiden, auch keine Nullzinspolitik. Sie wird vielmehr – so schon Keynes – zur Liquiditätsfalle.

Dass Begriffe wie Renten und Monopol aus der makroökonomischen wie der öffentlichen Diskussion nahezu verschwunden sind, ist ein Ergebnis der jahrzehntelangen Gehirnwäsche durch das Finanzkapital und seine Ideologen, wie Hudson feststellt. (Eine umfassende Untersuchung hat der hierzulande ebenfalls nur marginal zur Kenntnis genommene Ökonom Philip Mirowski¹ vorgelegt.) Dem Finanzsektor ist es gelungen insbesondere durch die entsprechende Ausgestaltung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung alle seine Aktivitäten als produktive Tätigkeit erscheinen zu lassen. Was er an Rente extrahiert wird als Gegenleistung für imaginäre Dienstleistungen erklärt und spiegelt sich so in der Wirtschaftsstatistik wieder, die grundsätzlich jedes Einkommen als Entgelt für eine Leis-

tung behandelt. Die neoliberale Ideologie geht mit der Formel – „Wer eine Gebühr bezahlt, bekommt ein Produkt“ – noch einen Schritt weiter und hat das inzwischen in Alltagssprache und -bewusstsein verankert: Die als Finanzindustrie bezeichneten Banken bieten daher auch kein Sparbuch mehr an, sondern ein Sparprodukt. Hudson resümiert: „Wenn man den Zahlungsverkehr der Banken als Subtrahend oder einfach als Transferkosten für eine Vermögensverschiebung betrachtet, die zur Gesamtproduktion nichts beiträgt, dann entspricht dies nicht dem Denken des derzeitigen Mainstreams. Das Konzept unproduktiver Arbeit oder unverdienten Einkommens, das im Zentrum der klassischen Ökonomie stand, ist heute vollkommen verschwunden... Rentier-Einkommen, ererbter Reichtum und die Summen, die Grund- und Monopolbesitzer auf Kosten der Wirtschaft verdienen, werden dabei als Einkünfte verstanden, die auf Grund von ‚Humankapital‘ entstehen. Dieser Begriff ist das neoliberale Lieblingswort für alles, was nicht als tatsächlicher Arbeitsaufwand oder reale Kostengelten kann.“ (146, 135)

Im zweiten und dritten Teil seiner Studie beleuchtet Hudson die enge Verbindung zwischen Finanzkapital und Staatsmacht: „Für Finanzministerium, Federal Reserve und einen Großteil des Kongresses sind Wirtschaft und Wall Street ein und dasselbe. Aus den Reihen des Finanzsektors werden die finanzpolitischen Regierungsbeamten rekrutiert, und von hier stammt auch der Löwenanteil der Wahlkampfgelder, den die Politiker erhalten.“ (313) Besondere

¹ Untote leben länger, Berlin 2015.

Bedeutung kommt der Investmentbank Goldman Sachs zu, die mit Rubin (1995) und Paulson (2006) zwei Finanzminister stellte und Obamas Finanzminister Geithner sowie in Europa u.a. Draghi, Prodi und Monti zu ihren Mitarbeitern zählte und zählt. Daher erscheint es nur logisch und konsequent, dass angesichts der Finanzkrise „die Regierung unter Obama zu keinem Zeitpunkt versucht hat, in der Frage des Steuerrechts oder eines möglichen Schuldenerlasses ihren Handlungsspielraum auszuloten ... (Geithner) glaubte, wenn die Stabilität des Finanzsektors erst einmal wieder gewährleistet sei, würde der Rest der Wirtschaft schon ganz von allein gesunden.“ (314)

Die Krise von 2008 war mit der Behauptung, die Alternative sei verheerendes Chaos für das Finanzkapital, die günstige Gelegenheit, sich riesige Summen an Geld und staatlichen Subventionen anzueignen. „Dahinter stand jedoch noch ein anderes Ziel: Man wollte erreichen, dass das progressive Steuersystem und die Finanzmarktregulierungen wieder abgeschafft wurden, die seit dem New Deal der dreißiger Jahre für die US-amerikanische Wirtschaft maßgeblich waren.“ (273) Und nicht von der Hand zu weisen ist der Verdacht, dass es sich beim „Coup von 2008“ um einen verdeckten Coup d'état handelte: „Die politische Mission des Finanzsektors besteht in der Entmachtung demokratisch gewählter Regierungen. Stattdessen will man die öffentliche Planung in die Hände von Technokraten legen, die wiederum von den Banken ernannt werden. ... Grob zusammengefasst sieht die

Strategie der Bankster (Banker-Gangster K.U.) folgendermaßen aus: Sie nutzen die wirtschaftliche Krisensituation, um sich die Vermögenswerte der öffentlichen Hand anzueignen, und mit ihnen die Macht über die Steuerpolitik und die staatlichen Geldschöpfungsmaßnahmen.“ (275) Mirowski sieht Finanzminister und Notenbanker als Erben Carl Schmitts, da sie sich die Macht anmaßen über den „Ausnahmestand“ zu befinden. Und Andreas Fisahn hat erst vor kurzem auf den Autoritarismus der EU, das legitime Kind der Austerität hingewiesen.² Das Finanzkapital in den USA und in Europa scheint nun die von ihm angestrebte Verfasstheit der staatlichen Institutionen erreicht zu haben. Und deren Auswirkungen hat ein ehemaliger Syriza-Minister so charakterisiert: „Wenn wir die Wirtschaftspolitik nicht durch Wahlen ändern können, dann haben Wahlen keine Bedeutung, und es ist nutzlos zu wählen.“ (366).

Karl Unger

Moderne Legende

Michael Hartmann, Die Globale Wirtschaftselite. Eine Legende, Frankfurt/New York 2016, Campus Verlag, 246 S., 24, 95 Euro

Die zentrale These des Buchs ist im Titel präzise und knapp zusammengefasst. Im einleitenden ersten Kapitel legt Hartmann, der bis vor kurzem an der TU Darmstadt Prof. für Soziologie mit dem Forschungsschwerpunkt auf „Eliten“ und soziale Un-

² Blätter f. dt. u. int. Pol. 3/17.

gleichheit war, den diesbezüglichen Forschungs- und Diskussionsstand dar und umreißt sein methodisches und empirisches Vorgehen. Sowohl von Journalisten, Zeitdiagnostikern wie auch Sozialwissenschaftlern (unterschiedlicher Couleur: von liberalen bis marxistischen Autoren) wird seit ca. zwei Jahrzehnten – angeregt durch die bis vor Kurzem rasant voranschreitende Globalisierung und weltwirtschaftliche Verflechtung – die These von einer entstehenden oder bereits entstandenen „globalen Wirtschaftselite“ oder einer „transnationalen Kapitalistenklasse“ vertreten. Unter den diese These stützenden Soziologen finden sich so unterschiedliche Vertreter wie R. Dahrendorf, U. Beck, M. Castells, L. Sklair, K. van der Pijl und viele andere. Dabei spielen oft Eindrücke, Einzelbeispiele und verschiedene internationale Treffen von Topmanagern und Superreichen (z.B. Davos, Bilderberg- Konferenzen etc.) eine wichtige Rolle; eine „systematische Analyse der weltweit einflussreichsten Topmanager und Milliardäre“ (8) fehlt bislang. Um dem abzu- helfen, hat Hartmann „Daten von unge- fähr 20 000 Personen“ (28) berück- sichtigt bzw. ausgewertet, die er aus verschiedenen „Index-Berichten“, national und internationalen Nach- schlagewerken, digitalen Überblicks - Datenbanken (z.B. von Reuters, Lin- kedIn etc.) gewonnen hat. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob die jeweilige Führungsperson oder der Su- perreiche eine dauerhafte internatio- nale Mobilität aufweist, die „durch umfangreiche und kontinuierliche Er- fahrungen außerhalb des Heimatlan- des (ihn) einen eigenständigen Habi- tus (hat) ausbilden (lassen), der sich

deutlich von dem ihrer auf nationaler Ebene verbleibenden Pendant unter- scheidet“ (20). Dabei konnte Hart- mann auch auf frühere Datenbanken und eigene Forschungen aus den 1990er Jahren zurückgreifen, um eine eventuelle Entwicklungstendenz in Richtung auf Herausbildung einer „globalen Wirtschaftselite“ überprü- fen zu können.

Im zweiten Kapitel untersucht Hart- mann die Vorstandsvorsitzenden bzw. die CEO (= Chief Executive Officer) der weltweit größten 1000 Unterneh- men sowie im zweiten Schritt die CEO der hundert größten Unterneh- men in Deutschland, Frankreich, in den USA, in China und Japan im Zeitverlauf von 1995 bis 2015. Dabei kann grosso modo in beiden Unters- suchungsschritten ein relativ geringer Internationalisierungsgrad der CEO im Allgemeinen sowie auch geringe Veränderungen im Zeitverlauf der letzten 20 Jahre festgestellt werden. Allerdings sind die Unterschiede zwi- schen den Ländern bzw. Ländergrup- pen recht groß: Von 0 Prozent Aus- länderpräsenz auf CEO-Posten (Chi- na, Südkorea, Indien, Spanien, Tai- wan, Italien, Russland) bis auf 72 Prozent (Schweiz), Irland (60 Pro- zent), Australien (45 Prozent), Groß- britannien (44 Prozent) und Saudi- Arabien (30 Prozent). Der allgemeine Durchschnitt lag bei aktuell 12,6 Pro- zent, bei Eliminierung der bloß scheinbaren Ausländerpräsenz kommt man auf etwas unter 10 Prozent. (47) Allerdings muss – bei einer Gewich- tung dieser Daten – berücksichtigt werden, dass große Ökonomien und Länder mit großen Bevölkerungen überwiegend bei den unterdurch- schnittlichen Prozentanteilen liegen

und nur relativ kleine Ökonomien die höchsten Ränge besetzen. Außer dem Sonderfall Schweiz scheint für die anderen Fälle hoher Ausländerpräsenz eine große Commonwealth-Affinität eine bedeutende Rolle zu spielen, d.h. eine große Nähe zu dem britisch-angelsächsischen Sprach- und Kulturraum. – Auch im zweiten Untersuchungsschritt zeigten sich die großen ländergruppenmäßigen Unterschiede sowie der Nicht-Zusammenhang vom Ausmaß der Ausländerpräsenz in Führungspositionen und gleichzeitigem wirtschaftlichen Erfolg.

Im dritten Kapitel werden die Mitglieder der Aufsichtsräte bzw. der Boards vieler Länder im Hinblick auf Dauer, Formen und Wirksamkeit von Ausländerpräsenz unter die Lupe genommen. Die Befunde sind – modifiziert durch unterschiedliche institutionelle Fixierungen der Unternehmensverfassungen und ihrer Kontrollgremien – ähnlich wie bei der zuerst untersuchten Personengruppe der Vorstandsvorsitzenden. – Auch die Durchleuchtung des Wohn- und Mobilitätsverhaltens der „reichsten Menschen der Welt“ (117), d.h. vorzüglich der Milliardäre, im vierten Kapitel kommt zu dem Ergebnis, dass von 1041 Milliardären „gerade einmal 90... ihren Hauptwohnsitz außerhalb ihres Heimatlandes“ haben (121). Wie in den vorgenannten Fällen gibt es auch in diesem Spektrum eine kosmopolitische Ausnahme: die sprichwörtlichen griechischen Reeder-Milliardäre.¹

¹ In einigen Passagen treibt der Verf. die Empirie in ihrer mikrosoziologischen Dimension und Konkretisierung so weit, dass man gelegentlich sich an die Klatschspalten bestimmter „bunter Blätter“ erinnert fühlt, wenn er z.B. die einzelnen Heirats- und Scheidungsverhältnisse bei den Quandts,

Im fünften Kapitel wird geprüft, ob die berühmten „Business Schools“ und jeweiligen nationalen Elitehochschulen „Brutstätten einer globalen Elite“ sind oder ob sie doch eher oder ganz überwiegend die nationale „wirtschaftliche und politische Topelite“ ausbilden. Dabei ergibt sich, dass von den drei zuvor untersuchten Gruppen im Allgemeinen nur eine kleine Minderheit außerhalb ihres ihnen sprachlich-kulturell vertrauten Heimatlandes studiert hatten.“ Die weltweit bekannten Elitehochschulen bilden keine Keimzellen für eine internationale Business Elite oder Capitalist Class, sie haben vielmehr ganz überwiegend, wie bei den US-amerikanischen Eliteuniversitäten oder Oxford und Cambridge, oder sogar ausschließlich wie bei den französischen und japanischen Pendants, die Funktion, die Reproduktion der jeweiligen nationalen Eliten und herrschenden Klassen zu sichern.“ (169). Insofern könnte gerade in Bezug auf die beiden zuletzt genannten Fälle (aber keineswegs nur bei ihnen) von einem „Hindernis für die Internationalisierung“ gesprochen werden, wenn von diesen Elitehochschulen die Rede ist.

Im letzten Kapitel resümiert der Verfasser die wichtigsten Ergebnisse seiner Studie und versucht – leider recht knapp – wissenschaftliche und politische Schlussfolgerungen aus seinen Befunden zu ziehen. Je größer die international tätigen Unternehmen seien, umso geringer sei der Internationalisierungsgrad des Topmanagements, was nicht ausschließt,

den Oetkers und den Mohns detailliert beschreibt (z.B. 208f.).

dass in manchen Ländern der Anteil desjenigen Führungspersonals mit-temporären Auslandserfahrungen in den letzten Jahren gewachsen ist. Die Unterschiede zwischen bestimmten Ländern bzw. Ländergruppen scheinen sich im Zeitverlauf eher erhöht zu haben (195). Es gibt also nicht die Tendenz zur universalen Homogenisierung, sondern eher den Trend zu multipolaren Blockbildungen. Die Unternehmensbindung an das Land seines Wirkens und des jeweiligen Führungspersonals zu den heimatischen Wohnsitzen ist umso stärker, je mehr die geschäftlichen Aktivitäten von engen Kontakten zum Staatsapparat abhängen. Da diese aber auch gelegentlich von den Zugangsmöglichkeiten zu „fremden“ Staatsapparaten mitbestimmt werden und die vielfältigen, intensiven (häufig wechselseitigen) Kapitalverflechtungen klare „nationale“ Prioritätensetzungen in der Geschäftspolitik nicht immer deutlich erkennen lassen, bleibt – trotz der reichhaltigen Empirie für die angesprochenen Verhaltensmuster – die Frage, in welchem Maße die jeweils entscheidenden Topfiguren der größten Unternehmen – trotz ihrer hohen nationalen Verortung – häufig oder von Fall zu Fall transnationale Handlungsstrategien (z.B. in enger Kooperation mit ausländischem Kapital) verfolgen und im Sinne der von ihnen repräsentierten Kapitalinteressen verfolgen müssen.²

Der globalisierungskritischen Bewegung stellt Hartmann anheim, Vermögens- und Einkommenssteuererhöhungen zu fordern bzw. auch eine Beschränkung der zuletzt explodierten Vorstandgehälter (Boni etc.) zu fordern, ohne dabei eine massive Flucht der Kapital- und Vermögenträger aus dem jeweiligen Land auszulösen, nicht zuletzt infolge der gut belegten relativ hohen Bodenständigkeit dieses Personenkreises. Auch die Möglichkeit Steuern zu erheben, bei Verlagerung des Wohnsitzes (z.B. in die Schweiz), aber Beibehaltung des Unternehmens im Ausgangsland, wird unter Hinweis auf eine entsprechende Praxis unter Obama als politische Möglichkeit genannt. Bemerkenswert ist die scharfe Kritik an der von W. Streeck in dieser Hinsicht vertretenen fatalistisch-deterministischen Position (213ff.), der nach seinem früheren ideologischen Engagement für die Agenda 2010, vor kurzem zum Kapitalismuskritiker mutierte, dabei aber überwiegend „Endzeitszenarien“ verkündet, denen gegenüber politisches oppositionelles Handeln kaum mehr möglich sei.

Weitere nationale Handlungsspielräume, die sich in einem Moment der Stagnation der Globalisierungsexpansion in besonderer Weise eröffnen, bleiben allerdings etwas unterbelichtet, und es bietet sich an, die linken globalisierungskritischen Veränderungsvorschläge auf der Basis der von Hartmann vorgelegten Ergebnisse für eine kurz- und mittelfristige Konkretisierung zu nutzen. Damit könnte die Linke (im weiteren Sinne) von den bislang vorherrschenden sehr abstrakten und unglaubwürdigen Wohlfühlparolen („Globale Soziale Rechte“,

² Vgl. zu dieser Frage auch die entsprechende Diskussion in den Z-Nummern 93, 94 und 95 im Anschluss an einen Beitrag von Kees van der Pijl/Otto Holman zwischen Werner Rügemeier, Jörg Goldberg und André Leisewitz.

Verteilung des Weltreichtums an alle, völlige Öffnung der Grenzen für alle potenziellen „Armutsmigranten“, Abbau nationalstaatlicher Eingriffe in Richtung einer möglichen und früher diskutierten De-Globalisierung etc.) abrücken und in dieser Hinsicht zu politikfähigeren Positionen gelangen. Auch dafür hat die Studie von Hartmann gute Grundlagen geschaffen.

Dieter Boris

Zum inneren Verfall der USA

George Packer, Die Abwicklung – Eine innere Geschichte des neuen Amerika, Fischer Taschenbuch Frankfurt am Main 2015, 509 S., 15,50 Euro

George Packer hat mit „Die Abwicklung“ ein packendes und bewegendes Kapitel zur neuesten Sozial- und Klassengeschichte der USA geschrieben. Es ist bereits 2013 in den USA erschienen und hierzulande erst 2015 einer größeren Leserschaft bekannt geworden. Es zeigt den gesellschaftlichen und moralischen Verfall in den USA im Zuge der Auflösung des Roosevelt'schen Wohlfahrtsstaates in den siebziger Jahren. Mit der Aufkündigung des Bretton Woods-Abkommens in 1973 begann der Aufstieg des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Vertraute Lebens- und Arbeitswelten mit lange sicheren Arbeitsplätzen – durchdrungen vom Durst nach spiritueller Erfüllung und dem Traum des self-made man nach materiellem Erfolg – erodieren. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land stürzen nach und nach ins Bodenlose, die Mittelschichten geraten zunehmend in Bedrängnis, während nur ein kleiner

Teil in die herrschende Klasse aufsteigt und mit immer größerem Reichtum immer mehr an Einfluss gewinnt. Packer zeigt das anhand von detaillierten Portraits einer Reihe von Personen. Familiäre Herkunft und Lebensgeschichte werden ausbreitet, stets verwoben mit den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen und jenen Momenten, wo Bedrängnis, Abstieg oder Aufstieg begann. So der Aufstieg des inzwischen milliardenschweren Investors, PayPal Gründers und Transhumanisten Ulrich Thiel oder der Weg von Jeff Connaughton an der Seite des Politikers Joe Biden im irrwitzigen und atemlosen politischen Betrieb von Washington, mitsamt seinem Drehtüreffekt in die Wirtschafts- und Finanzwelt und zurück. Mit Tammy Thomas wird eine schwarze Frau porträtiert, die, immer am Rande des Abgrunds, ein tapferes Leben führt und mit Tampa – einer Stadt in Florida – kommen die Verlierer der Immobilienkrise zu Wort. Mit Dean Price rückt ein Mann ins Bild, der im niedergehenden Tabakgürtel der USA aufwächst und immer wieder zäh den Kampf für seine Zukunft mit Tankstellen und Biodiesel führt und letztlich scheitert. Atemberaubend auch der Aufstieg des Walmart-Gründers und Gewerkschaftsfeindes Sam Walton, der mit seinen beherrschenden Großmärkten eine Spur der Verwüstung im ländlichen Raum für Klein- und Mittelstand hinterlassen hat. Mit Andrew Breitbart wird ein rabiater rechter, skandalträchtiger und bereits 2012 verstorbener Journalist skizziert, dessen Nachfolger Stephen Bannon nun Chef-Berater von US-Präsident Donald Trump ist.

Newt Gingrich, ein Republikaner am rechten Rand seiner Partei und eng verbandelt mit Donald Trump, wird ebenfalls porträtiert. Kurzum, dieses Buch macht sehr gut nachvollziehbar, wie politische Entscheidungen zu Gunsten der herrschenden Klasse in das konkrete Leben der Menschen eingreifen, es korrumpieren oder dem Elend preisgeben. Spannender als ein Krimi, hilft es mit, zu verstehen, was in den letzten 40 Jahren in den USA geschehen ist und zum Aufstieg von Donald Trump geführt hat.

Detlef Bimboes

Familienideologie in der Kritik

Gisela Notz, Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes (Reihe theorie.org), Schmetterling Verlag, Stuttgart 2015, 222. S., 10 Euro

Die Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Gisela Notz hat ihren zahlreichen Veröffentlichungen einen weiteren sehr lesenswerten Band hinzugefügt. Im Vorwort schreibt sie, dass es ihr am Beispiel der BRD „um die Kritik am Familismus als Überbetonung der familiären Ordnung“ gehe, „die je nach herrschendem Gesellschaftssystemen und sozialer Lage der Individuen Verschiedenes bedeuten kann“. (8) „Familismus“ sei sowohl ein soziologischer Begriff als auch eine Ideologie, die die bürgerliche Kleinfamilie als Leitform einer Sozialstruktur betrachte. Im Familismus gelte die Familie, das heißt die Vater-Mutter-Kind-Familie, als Instanz, die die Existenz des Einzelnen und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sichert. Das System al-

ler Familien bildet demnach das Gemeinwesen, das damit ohne Familie nicht denkbar ist.

Notz gibt in ihrem Buch einen sehr ausführlichen und informativen historischen Rückblick auf Familismen. Sie rekonstruiert historisch exemplarische Theorien und Praktiken, die zu einem ideologisierten Familienverständnis geführt haben, das auf das „Gemeinwohl“ im Nationalstaat ausgerichtet war, aber alle Menschen ausschließt, die nicht Angehörige einer Familie sind. Prononciert stellt Notz heraus, dass ein solches Verständnis die Interessen von Frauen als Individuen in keiner Weise berücksichtigt. Vielmehr schließe es Frauen aus und mache sie durch die Ehe und in der Familie rechtlos sowie ökonomisch und ideologisch abhängig. Bereits die ersten Feministinnen wie Olympe des Gouges (1748-1793), Marie Wollstonecraft (1779-1797), Flora Tristan (1903-1844), dann die Frauenrechtlerinnen Luise Otto (1819-1895) und Clara Zetkin (1857-1933) und viele andere, vor allem auch die Frauenwahlrechtsbewegung, haben die Situation von Frauen problematisiert und öffentlich gemacht. Erst nachdem Frauen das Wahlrecht erstritten hatten, setzte ein Prozess ein, in dem die patriarchale Gesellschaft zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wurde. Frauen erhielten bestimmte Rechte und wurden zu Staatsbürgerinnen, ihre Abhängigkeit vom „Familienoberhaupt“ blieb jedoch erhalten, auch nachdem sie politischen Vereinen und Parteien beitreten (1908), wählen und gewählt werden konnten (1919). Das Postulat der Gleichheit aller Untertanen konstituierte mithin nur eine modernere Vari-

ante der patriarchalen Abhängigkeits- und Herrschaftsbeziehungen ständisch-feudaler Gesellschaften. Selbst noch im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1949 wurde der Familismus als eine konservative Familienideologie festgeschrieben, die Frauen und Männern eindeutige Rollen zuwies und die bis heute wirksam ist. Die angeblich „goldenen“ Zeiten der Familie sind, wie Notz überzeugend herausarbeitet, eine Schimäre. Nie sei die Familie ein Hort der Geborgenheit gewesen. In ihr habe immer auch Auseinandersetzung, Gewalt und Ausgrenzung eine Rolle gespielt. Die Verf. verdeutlicht, dass es in der Geschichte immer wieder Frauen gegeben hat, die die ihnen zugewiesenen Rollen nicht hinnehmen wollten. In ihrem historischen Rückblick befasst sie sich mit früher Kritik am Familismus (genannt werden die Beginen als „freie Frauen“ ohne Familie, die frühsozialistischen, anarchistischen, marxistischen und die frühen feministischen Kritiken der sozialistischen Frauenbewegung). Darüber hinaus analysiert Notz auch die Familismuskritik der zweiten Frauenbewegung in Westdeutschland sowie die Familismen in der DDR, nach der „Wende“ und in der Gegenwart. Die Frauen in der DDR hätten sich, anders als in der damaligen BRD, sowohl in der Berufs- als auch in der Alltagswelt Respekt verschafft und ihre Interessen mehr oder weniger durchgesetzt; allerdings sei auch die real existierende sozialistische Gesellschaft patriarchal und familial geprägt gewesen.

Abschließend hebt Notz nachdrücklich hervor, dass es in Zukunft um die Frage gehe, „wie man eine Viel-

falt von Zusammenlebensformen ermöglichen kann, ohne familistische Konzepte der Ein- und Ausgrenzungen zu perpetuieren“ (223). Wenn die heutige Familienpolitik der Formenvielfalt im menschlichen Zusammenleben nicht gerecht werde, sei nicht die Familie in der Krise, sondern die Familienpolitik selbst.

Rainer Holze

Hat guter Journalismus eine Zukunft?

Michael Steinbrecher und Günther Rager (Hrsg.), Meinung, Macht, Manipulation – Journalismus auf dem Prüfstand, Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2017, 233 S., 13,99 Euro

Journalistinnen und Journalisten stehen unter Druck: die Berufsaussichten und die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, die Zukunftsfähigkeit des Berufs steht infrage und neuerdings wird die Lauterkeit der dort Arbeitenden bestritten. Kein Wunder, dass die Zahl der Bücher und Artikel, in denen sich Journalisten mit Grundsatzfragen ihres Arbeitsfelds befassen, steigt.

In diesem Zusammenhang ist das vorliegende Kompendium entstanden. Die beiden Herausgeber, Professoren an der Technischen Universität Dortmund, beleuchten zusammen mit 14 jungen Journalismus-Absolventen Aspekte des „Vertrauensverlusts“ der Medien. Der Inhalt lässt sich in drei Bereiche gliedern: Selbstverständnis des Journalismus heute, Auseinandersetzung mit pauschaler Kritik und Verurteilung, Perspektiven unter den Bedingungen von Digitalisierung und Internet.

Medienjournalisten sind nicht mehr die einzigen, die das Weltgeschehen sortieren, interpretieren und verbreiten. Es haben sich professionell gemachte Medienportale und Blogs etabliert, die den Verlagsseiten Konkurrenz machen, sie zum Teil auch kontrollieren. Über Sozialnetzwerke und Videoplattformen kann zudem fast Jede/r im Internet Behauptungen, Berichte, Meinungen zu aktuellen Themen veröffentlichen und dafür ein Publikum finden. Was folgt daraus? Braucht man in absehbarer Zeit gar keine Journalisten mehr? Millionenfach verbreitete Halbwahrheiten und Lügen legen es nahe, dass der Bedarf nach kompetenter Aufbereitung eher steigt. Aber gibt es auch eine Nachfrage? Und wie kann sie befriedigt werden? In den Beiträgen geht es oft um den Begriff der „Haltung“, die ein Journalist einnehmen sollte (im Unterschied zu vorgefassten Meinungen) und um die Schwierigkeiten, sie durchzuhalten unter den Bedingungen von Personalabbau und schrumpfenden Budgets.

Seit einiger Zeit wird „den“ Journalisten vorgeworfen, nicht objektiv und sachgerecht, sondern verzerrt und verfälscht zu berichten oder sogar zu lügen. Von Rechtsaußen kommen Angriffe bis zu persönlichen Drohungen und körperlichen Attacken. Bei den Betroffenen bleibt das verständlicherweise nicht folgenlos. Mehrere Einzelbeiträge konzentrieren sich auf den Vorwurf der „Lügenpresse“ und den Umgang damit. Es wird diskutiert, wie beim Publikum verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden könnte, ob es eine Chance gibt, mit Kritikern zu kommunizieren. „Transparenz“ heißt eines der Schlagworte dabei.

Im dritten Themenkomplex geht es um digitalen Wandel, Big Data, Sozialmedien, Falschmeldungen, Bots usw. Kann unter diesen Bedingungen seriöser Journalismus Bestand haben? Es werden strukturelle Probleme des Berufs gezeigt, die zur Verzerrung bis hin zur Desinformation führen können: Skandalisierung, Boulevardisierung, Clickbaiting, Reichweite als alles überragende Maßgabe. Der ökonomische Druck befeuert diesen Trend, der schädlich ist für jeden demokratischen Diskurs.

Vielleicht spielt dergleichen angesichts der technischen Möglichkeiten zur Manipulation im Digitalzeitalter, von Algorithmen, Facebook und Big Data, bald keine so große Rolle mehr. In einem Buchbeitrag (182 ff.) wird ein beängstigendes, aber nicht unrealistisches Szenario bis hin zur umfassenden Kontrolle jedes Einzelnen gezeichnet.

Die Texte sind interessant und engagiert geschrieben und zeugen von Kompetenz und einer tiefen Sorge um den Beruf des Journalismus. Das Anliegen des Buches ist die Auseinandersetzung mit dem eigenen Berufsverständnis und die Frage nach der Zukunftsfähigkeit. Hierbei bleiben einige Aspekte unterbelichtet, die für eine Analyse wichtig wären.

Spätestens seit dem Beginn des Ukraine-Konflikts 2014 wurde deutlich, dass relevante Teile der Bevölkerung – keineswegs nur Pegida & Co. – die Art und Weise, wie solche Themen von der Politik und den traditionellen Medien dargestellt werden, nicht hinnehmen. Der Widerspruch war stark, anhaltend und grundsätzlich, und er kam aus verschiedenen Richtungen.

In den Redaktionen war man verblüfft, nicht selten bestürzt.

Wie lässt sich ein solcher Gleichklang der Berichterstattung in Grundsatzfragen auch ohne zentrale Steuerung erklären? Ein Autor schneidet das Thema an und verweist auf Rudeljournalismus, eingefahrene Routinen, Lobbyismus, die Rolle der Presseagenturen und ähnliches. Das erklärt den Sachverhalt aber nur zum Teil. Es erstaunt, dass die Arbeit von Uwe Krüger (vgl. Rezension in Z 102) nicht bekannt war oder nicht beachtet wurde.

Auch ein Hinweis auf den § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes („Tendenzschutz“), der die Entlassung von Journalisten aus politischen Gründen erlaubt, wäre nicht ehrenrührig gewesen. Solche Drohungen wirken auch unausgesprochen, zumal wenn in den Redaktionen Stellen gestrichen werden. Eigentümer der Pressefreiheit sind nicht die Journalisten, sondern die Verleger bzw. Senderbetreiber; sie wissen das bei Bedarf zu nutzen.

Das führt den Blick zu den wirtschaftlichen Strukturen. Fast alle relevanten Medienmärkte werden von wenigen Konzernen beherrscht, deren Einfluss wächst. Sie bestehen fast immer aus Einzelverlegern oder Familienclans. In Thüringen z. B. kontrolliert ein Verlagskonzern (die Funke-Gruppe) fast alle regionalen Medien (Zeitungen, Anzeigenblätter, Radio, Onlineportale).

Dazu kommt der wachsende wirtschaftliche Druck: Durch sinkende Auflagen und Werbeerböse bröckelt die geschäftliche Grundlage der Printmedien. Jüngere Generationen interessieren sich kaum noch für sie, ein tragfähiges Geschäftsmodell für Journa-

lismus im Internet fehlt aber. Die Folge: ausgedünnte Redaktionen, eingestellte Zeitungen, Zentralredaktionen für Titel von Kiel bis München.

Solche Zusammenhänge gehörten nicht zur Agenda des Projekts, aus dem das Buch entstanden ist; das wird im Vorwort auch geschrieben. Ihre Erwähnung wäre aber doch wertvoll gewesen. Schließlich werden dadurch Grenzen für das, was an Journalismus praktisch möglich ist, gesetzt. Aber unabhängig davon: Das Buch liefert eine Fülle von Informationen und Denkanstößen für jeden, der sich mit der Rolle von Massenmedien im Digitalzeitalter befassen möchte. Es zeigt, welche Themen junge Journalistinnen und Journalisten bewegen, welch bewundernswertes demokratisches Engagement und tiefgehende Einsichten und Ideen vorhanden sind. Da es sich um Leute vom Fach handelt, sind die Beiträge erfrischend geschrieben und auch für Laien gut verständlich.

Wer fertige Antworten auf die Probleme des Journalismus haben will, wird zwar vergebens suchen, denn solche gibt es nicht. Manche aufgeworfene Frage bleibt bewusst unbeantwortet. Nach der Lektüre ist klar: Wenn Qualitätsjournalismus trotz Digitalisierung und Internet eine Zukunft haben soll, dann müssen die Impulse dazu von Leuten wie denen, die hier geschrieben haben, kommen. Ein wichtiges und lesenswertes Buch.

Gert Hautsch

Rückkehr nach Kaiserslautern

Christian Baron, Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten. Verlag Das Neue Berlin/Eulenspiegel Verlag. Berlin 2016, 286 Seiten, 12,99 Euro

Verachten „die Linken“ tatsächlich „die Arbeiter“? Für Christian Baron ist es ausgemachte Sache: Viele Menschen sind gesellschaftlich an den Rand gedrängt worden, und ein Teil von ihnen ist in großer Zahl zur AfD abgewandert. Dass sich die Rechtspopulisten in Gestalt der AfD als Schutzmacht der kleinen Leute aufspielen können, sei „den Linken“ und auch der Linkspartei anzulasten, denn sie pflegten der Arbeiterschaft gegenüber eine arrogante Haltung (130). Warum, so fragt Baron, versteht die „gebildete Mittelschicht“ Linkssein vor allem darin, die Nöte des „globalen Südens“ wichtiger zu finden als die (sozialen) Probleme vor der eigenen Haustür? (48) Wieso machen sich viele emanzipatorisch bewegte Linke so gerne über Angehörige der „Unterschicht“ lustig? (48) Warum ist für die Linken „Identität alles, Ökonomie hingegen nichts“? (203)

Spätestens jetzt müsste der Autor allerdings präzisieren, wer genau denn aus seiner Sicht „die Linken“ sind, die er kritisiert. Er hätte belegen müssen, welche Gruppen und Teile der Linken die Arbeiter verachten. Stattdessen bietet er persönliche Impressionen, die sich nicht verallgemeinern lassen. Er imaginiert Feindbilder, an denen er sich abarbeitet. Zunächst ist die Rede davon, die Linken, das seien alle „vom anarchistischen Haubesetzer bis zu staatstragenden Sozialdemokraten“

(12). Im weiteren Verlauf des Buches ist dann immer mehr die Rede von der „akademischen Linken“, deren Kluft zur Arbeiterschaft sehr groß geworden sei (68). Es begegnen uns „Mittelschichtsinke“ (70), „linke Schickeria“ (144), hochkulturelle Rotweinsinke“ (239). Gelegentlich ist auch die Linkspartei direkt angesprochen. „Ein großes Problem der radikalen Linken ist, dass ihnen der Kampf gegen alltägliches Leid als Reformismus erscheint“ (236), meint Baron. Um sich an anderer Stelle selbst zu widersprechen, wenn er den Linken vorwirft, sie glaubten an die „Reformierbarkeit des Kapitalismus“ (152).

Baron reichert sein Buch mit autobiografischen Zügen an – in kühner Anleihe bei (dem sehr viel älteren) Didier Eribon („Rückkehr nach Reims“). Und übernimmt sich dabei. Er ist Jahrgang 1985 und stammt, wie er selbst schreibt, aus einfachen Verhältnissen, aus einem von Alkoholismus, Drogen und Gewalt geprägten Elternhaus. Er wuchs bei den „Abgehängten“ in Kaiserslautern auf. Diesen Verhältnissen konnte er durch Abitur und Studium entkommen. Und erlebte nach eigenem Bekunden dabei, wie schwer es ein junger Mensch aus solchem sozialen Umfeld in (linken) akademischen Kreisen haben kann.

Was Eribon am Beispiel Frankreichs beschreibt, versucht Baron mit Blick auf deutsche Verhältnisse. Die Schwächen von Eribons Buch (vgl. dazu den Beitrag von Lothar Peter in Z 109, S. 142-152) reproduziert er dabei. Und verfällt der Selbstüberschätzung. Eribon ist nun einmal einer der führenden linken Intellektuellen in Frankreich und schöpft aus einem enorm großen Schatz theoretischen

Wissens und persönlicher Erfahrung. Anders als Eribon tendiert Baron zur Weitschweifigkeit, zu Ungenauigkeiten und Übertreibungen.

Wer genau sind nun diese Arbeiter, um die es Baron geht? Der Autor spricht von einer Mittel- und einer Unterschicht, die beide Teil der Arbeiterklasse seien, sich aber weit voneinander entfernt hätten (11). Die häufig genannte „ominöse Mittelschicht“ (15) gehört demnach „objektiv“ zur Arbeiterklasse. Alle Arbeiter eine ein objektives Interesse: die Überwindung der Ungleichverteilung des Reichtums (16). Mit Marx ließe sich das „objektive Interesse“ der Arbeiterklasse durchaus umfassender definieren und nicht nur an Verteilungsfragen festmachen. Im weiteren Verlauf des Buches meint der Autor mit Arbeitern zumeist „Sozialleistungsbeziehende“ (30), „De-klassierte“ (75), „einfache Leute“ und „Unterprivilegierte“ (272) – und offenbar stets eine leidende soziale Gruppe, der geholfen werden muss.

Jahrzehnte marxistischer Debatten um Klassenstrukturanalysen sind an Baron offenbar vorbeigegangen. Etwas mehr Ernsthaftigkeit hätten die sozialstrukturellen Verwerfungen und Veränderungen der Lohnarbeitsgesellschaft, der Arbeiterklasse, der lohnabhängigen Mittelschichten schon verdient gehabt. Diese unterschiedlichen Interessenlagen zu bearbeiten und aufzunehmen ist doch für Gewerkschaften (ein blinder Fleck bei Baron) und linke Kräfte eine Existenzfrage. Und nicht nur bei den an den Rand gedrängten Gruppen und Schichten, auch zum Beispiel bei den verunsicherten oder den Abstieg fürchtenden qualifizierten Lohnabhängigen gibt es ein nach rechts ten-

dierendes Wählerpotenzial. Bei Baron reduziert sich alles auf das Muster einer im Stich gelassenen, prekarierten Arbeiterschaft und einer arroganten Linken, die sie ihrem Elend und ihrer Opferrolle überlässt.

Durchaus zutreffend skizziert Baron die Arroganz der neoliberalen Eliten gegenüber dem „abgehängten Prekariat“ (30ff), und beschreibt, wie neoliberale Politik und Mainstream-Medien mit sozialer Demagogie die Mittelschichten gegen die Unterschicht in Stellung bringen. Agenda 2010 und Hartz IV (78) werden eher flüchtig erwähnt. Ihr Beitrag zur Prekarisierung großer Teile der Lohnabhängigen wird nicht wirklich erfasst.

Hier wäre Gelegenheit gewesen, die jeweilige Rolle der Sozialdemokratie, der Grünen, der Gewerkschaften und der radikalen Linken zu analysieren. So bleibt es unklar, welche Linke denn mitverantwortlich sei für den Rechtstrend, weil sie es versäumt habe, die Rechten „sozialpolitisch zu stellen“ (147).

Eine Tendenz zur Bevorzugung von Themen der Antidiskriminierungs- und der Identitätspolitik gibt es bei Teilen der Linken durchaus. Diese Einsicht ist auch nicht neu. Ursprünglich war es ein gutes Erbe der 68er Bewegung, die „Sozialkritik“ mit der „Künstlerkritik“ zu kombinieren. „Aber allerdings“, so schreibt Oliver Nachtwey in seinem Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“ zutreffend, „gelang es dem Neoliberalismus“ seit den 1970er Jahren zunehmend, „diese Koppelung zu lösen, die Künstlerkritik in den Vordergrund zu rücken und die auf vertikale Ungleichheiten zielende Sozialkritik der Gewerkschaften zu neutrali-

sieren“ (83). Nancy Fraser nennt das die Integrationskraft des „progressiven Neoliberalismus“.

Was folgt daraus? Sollen die Linken aufhören, gegen Diskriminierung einzutreten? Und stattdessen nur noch soziale Forderungen erheben? Zu diesem Punkt bleibt Baron vage. Eher beiläufig stellt er fest: „So lange die Linken es unterlassen, die soziale Frage mit der Flüchtlingspolitik explizit zu verbinden, so lange werden die verängstigte Mitte und die Unterschicht einen großen Bogen um sie machen.“ (131) Baron plädiert stattdessen für „einen linken Populismus“ (263ff): Den müssten die Linken dem rechten Populismus entgegen stellen. Denn „populistische Botschaften sind die einzige Waffe, mit der die Rechten wieder zurückzudrängen sind“ (270). Er nennt dazu Stichworte wie „hoher Spitzensteuersatz“, „Vermögens- und Erbschaftssteuern“, „Arbeitszeitverkürzung“, „Debatten über ein Bedingungsloses Grundeinkommen“ (271). Die „soziale Frage“ wäre damit aber noch lange nicht abgedeckt.

Warum das ein linker Populismus sein soll und ob es diesen überhaupt geben kann, ob eine massenwirksame linke Politik mit dem Prädikat Populismus angemessen zu beschreiben ist, all das ist derzeit Gegenstand von Debatten, die sich bei Baron aber nur selektiv widerspiegeln – etwa in seinem Bezug auf Chantal Mouffe. (271).

In einer Gesellschaft, in der Klassenbewusstsein erodiert ist, verknüpft der Rechtspopulismus Globalisierungskritik und reale Verunsicherung mit Themen wie Einwanderung, Islam, nationaler Identität. Müssen dann Linke nicht auch die Auseinanderset-

zung mit rassistischen Vorurteilen und Ausgrenzungen verbinden mit einem überzeugenden Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie? Denn der Rassismus sitzt tief in der Gesellschaft, hat reale Ursachen und wird sich durch „soziale Zuwendung“ für die „Abgehängten“ nicht schon irgendwie auflösen. Das Gegeneinander-Ausspielen benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist Teil neoliberaler Herrschaftsstrategien und erfordert ernsthafte Auseinandersetzung.

Und da geht es auch nicht nur um Sozialpolitik. Es geht um Demokratisierung, Mobilisierung, um Aktivierung, denn nur eigene Erfahrungen in sozialen und politischen Konflikten führen dauerhaft zu neuen kritischen Einsichten. Da bleibt Baron undeutlich. Ein merkwürdig nichtssagendes Schlusskapitel nach so weitschweifigen Erörterungen.

Jürgen Reusch

Autorinnen und Autoren

Elisabeth Abendroth – Frankfurt/M., Sozialwissenschaftlerin

Thomas Altmeyer (M.A.) – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Wiss. Leiter d. Studienkreises z. Erforschung u. Vermittlung d. Geschichte d. dt. Widerstandes 1933 - 1945 e.V.

Dr. Alexander Amberger – Berlin, Historiker, wiss. Mitarb. bei Helle Panke e.V.

Prof. Dr. Günter Benser – Berlin, Historiker

Detlef Bimboes – Berlin, Dipl. Biol., von 1979 bis 2008 in der Umweltverwaltung tätig

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. Holger Czitrich-Stahl – Berlin, Historiker und Lehrer

Prof. Reiner Diederich – Frankfurt/M., Sozialwissenschaftler

Dr. Hannes Fellner – Leiden/NL, Ass. Prof., Sprachwissenschaftler und Philosoph

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Politikwissenschaftler

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M. Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Werner Goldschmidt – Hamburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. Gert Hautsch – Frankfurt/M., Medienjournalist und Gewerkschafter

Dr. Wladislaw Hedeler, – Berlin, Philosoph und Historiker

Dr. Hartmut Henicke – Altzeschdorf, Historiker

Dr. Rainer Holze – Berlin, Historiker

Dr. Sabine Kebir – Berlin, Literatur- und Politikwissenschaftlerin

Juri Kilroy – Jena, Student der Politikwissenschaften

Dr. Ralf Krämer – Berlin, Gewerkschaftssekretär ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik

Dr. André Leisewitz – Weilrod/Ts., Dipl. Biologe, Z-Redakteur

Daniel Menning – Jena, Student der Soziologie

Dr. Gisela Notz – Berlin, freiberufliche Sozialwissenschaftlerin

Dr. Jürgen Reusch – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Jonathan Riedl – Göttingen, Student der Geschichte und Politikwissenschaft

Prof. Dr. Jörg Roesler – Berlin, Wirtschaftshistoriker, Z-Beirat

Lea Schneidemesser – Jena/Hangzhou, Studentin der Soziologie

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling – Berlin, Sozialwissenschaftlerin, Z-Beirat

Steffen Stolzenberger (M.A./M.Ed.) – Hannover, Student der Philosophie

Dr. Karl Unger – Wien, Sozialwissenschaftler

Dr. Winfried Schwarz – Frankfurt/M., Sozialwissenschaftler, tätig in der Umweltforschung

Nelli Tügel (M.A.) – Berlin, Doktorandin der Geschichtswissenschaften, Stipendiatin der RLS

Dr. Christa Wichterich – Bonn, Soziologin, Publizistin

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechts-Extremismus/Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Redakteur

Jannik Widon – Jena, Student der Soziologie

Jetzt drei Wochen gratis* lesen:

Zeitung für Malocher, nicht für Millionäre.



*** Und hier das Kleingedruckte:**
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum jW-Kennenlernen!

www.jungewelt.de/probeabo

facebook.com/jungewelt

twitter.com/jungewelt

030/53 63 55-50

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 31. JANUAR 2017 · NR. 26 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · PVST AFD002 · ENTGELT BEZAHLT
Vergnüglich
Lockerer Beitrag zu Geschichtsdebatten
Die Geheimdienstskandale
Kunstschatz des Friedens!

Eiskalt
Bayern: Gewerkschafter nach Afghanistan ausgewiesen – dort droht ihnen der Tod. Von Simon Ziese
5

Alarmiert
Kaum im Amt, löste US-Präsident Trump gleich drei Protestwellen aus. Ein Stimmungsbild
6

Illegale Hungerlöhne

Millionen Minijobber erhalten noch nicht mal den Mindestlohn. Unternehmen trickeln mit der Arbeitszeit geahndet werden.
Von Susan Bonath

Für Millionen Minijobber hat sich seit dem Mindestlohn nichts verändert. Bisher Anwerbestellen sind nicht erkennbar als geringfügig oder als Teilzeit. In Deutschland ist die Beschäftigung in Deutschland mit weniger als 8,5 Euro pro Stunde abgedeckt worden. Jeder Minijobber hat weniger erhalten, als ein Euro Stundenlohn erhält. Die Gewerkschaften haben Forderungen an den Bundestag gestellt, um erst am Montag den kleinsten des Mindestlohns haben dies noch immer 4,4 Prozent von ihnen kassieren. Der überwiegende Teil sei auf maximal 1,50 Euro pro Stunde begrenzt.

„Solche extrem niedrige Stundenlöhne sind zwar verboten, können aber keineswegs verschwinden, solange die Forscher sind, die Unternehmen die Mindestlöhne der Mitarbeiter greifen und sich in die Mäntel der Gewerkschaften bei Mindestlöhnen, insbesondere bei Minijobber, behindern.“

„Die Unternehmen sind bereit, ihren Mitarbeitern höhere Löhne zu zahlen, wenn sie die geringfügige Beschäftigung häufiger einsetzen.“

„Die Unternehmen sind bereit, ihren Mitarbeitern höhere Löhne zu zahlen, wenn sie die geringfügige Beschäftigung häufiger einsetzen.“

hohere: „Ich akzeptiere 8,5 Euro pro Stunde, aber Mindestlöhne noch immer deutlich unter der Mindestlohnregelung.“

„Der Mindestlohn ist ein wichtiger Bestandteil der Lohnpolitik in Deutschland.“

„Die Gewerkschaften sind bereit, ihren Mitarbeitern höhere Löhne zu zahlen, wenn sie die geringfügige Beschäftigung häufiger einsetzen.“

„Die Unternehmen sind bereit, ihren Mitarbeitern höhere Löhne zu zahlen, wenn sie die geringfügige Beschäftigung häufiger einsetzen.“

Frei für Pofalla?

...ing, Bahn-Chef Grube verlä... habe dafür... und auf...

Fora Te
Kämpferische... malocher... Millionäre...

Hartel
M... 15

Neuerscheinungen

Helle Panke
VERLAG



Pankower Vorträge 205

Die Rückkehr der Emigranten nach der Februarrevolution nach Russland

von **Wladislaw Hedeler**, 67 Seiten, Berlin 2017



hefte zur ddr-geschichte 146

Wolfgang Harich – eine philosophische Wiederentdeckung / Walter Janka und die Gruppe Harich

von **Guntolf Herzberg**, 40 Seiten, Berlin 2017



Philosophische Gespräche 42

Von Feuerbach zu Marx

Drei Studien zum revolutionären Umbruch im Denken
des 19. Jahrhunderts

von **Falko Schmieder**, 67 Seiten, Berlin 2016



Philosophische Gespräche 44

„Was verliert Europa, wenn es Russland verliert?“

Anregungen von Fedor Stepun (1884–1965) für eine neue
Ostpolitik; mit Stepun-Text „Christentum und Politik“,
übersetzt von C. Hufen

von **Christian Hufen**, 48 Seiten, Berlin 2017

Unser Gesamtangebot mit diesen und über 425 weiteren Hefen (alle DIN A5) finden Sie auf unserer Homepage www.helle-panke.de. Dort können Sie sich auch in den Newsletter eintragen, um regelmäßig über Neuerscheinungen und Veranstaltungen informiert zu werden. Sie können die Hefte direkt über den Warenkorb, per E-Mail oder telefonisch bestellen. **Jedes Heft kostet 3,00 Euro zzgl. Versandkosten.** Bitte beachten Sie auch unser antiquarisches Angebot.

„Helle Panke“ e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin

Tel: (030) 47 53 87 24

Fax: (030) 47 37 87 75

E-Mail: info@helle-panke.de

VSA: Arbeiten, ohne arm zu werden!



Jörg Meyer (Hrsg.)
Arbeiten & Feminismus
 120 Seiten | € 11.00
 ISBN 978-3-89965-748-7
 Gespräche mit
 Führungskräften aus
 Gewerkschaften
 und Politik
 Mit einem Nachwort
 von Christina Klenner



Thorsten Schulten/
 Heiner Dribbusch/
 Gerd Bäcker/
 Christina Klenner (Hrsg.)
**Tarifpolitik als
 Gesellschaftspolitik**
 Strategische Herausforderungen
 im 21. Jahrhundert
 344 Seiten | € 24,80
 ISBN 978-3-89965-769-2



IG Metall Bayern (Hrsg.)
**Vom Wiederaufbau
 zur Arbeit 4.0**
 IG Metall Bayern: 70 Jahre Fortschritt
 durch Tarifpolitik
 IG Metall Bayern (Hrsg.)
**Vom Wiederaufbau
 zur Arbeit 4.0**
 IG Metall Bayern:
 70 Jahre Fortschritt
 durch Tarifpolitik
 Mit einem Vorwort von
 Jörg Hofmann und einer
 Einleitung von Jürgen
 Wechsler. 304 Seiten |
 Großformat | Halbleinen
 | Fotos und Dokumente
 | € 19,80 | ISBN 978-3-
 89965-761-6

Der Sozialismus
 kommt



kritisch
 links

Analysen
 Positionen
 Berichte

monatlich
 gedruckt
Jahresabo € 70,-
 (€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz
www.sozialismus.de



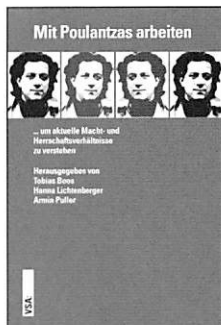
Andreas Fisahn
**Hinter verschlossenen
 Türen: Halbierte
 Demokratie?**
 Autoritären Staat verhindern | Beteiligung erweitern
 AttacBasisTexte 51
 128 Seiten | € 9,00
 ISBN 978-3-89965-756-2



Hartmut Reiners
Privat oder Kasse?
 Politische Ökonomie des
 Gesundheitswesens
 144 Seiten | € 11,80
 ISBN 978-3-89965-760-9
 Welche Reformen
 müssen von der Gesund-
 heitspolitik vorrangig
 angegangen werden?



Joachim Rock
Störfaktor Armut
 Ausgrenzung und
 Ungleichheit im neuen
 Sozialstaat
 Mit einem Vorwort
 von Ulrich Schneider
 200 Seiten | € 16,80
 ISBN 978-3-89965-719-7
 Ein komprimierter ak-
 tueller Überblick über
 Armut & Ungleichheit.



Tobias Boos/
 Hanna Lichtenberger/
 Poul Puller (Hrsg.)
**Mit Poulantzas
 arbeiten**
 ... um aktuelle Macht-
 und Herrschaftsverhält-
 nisse zu verstehen
 256 Seiten | € 18,80
 ISBN 978-3-89965-
 653-4

Postvertriebsstück D 2841 F

Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„Von den 419590 Fabrikarbeitern des britischen Reichs (1839) waren 192887, also beinahe die Hälfte, unter 18 Jahren, und 242296 weiblichen Geschlechts, von denen 112192 unter 18 Jahren waren. Sonach bleiben 80695 männliche Arbeiter unter 18 Jahren und 96599 männliche erwachsene Arbeiter oder 23 Prozent, also *kein volles Viertel* der ganzen Zahl. In den Baumwollfabriken waren 56¼, in den Wollenfabriken 69½, Seidenfabriken 70½, Flachsspinnereien 70½ Prozent sämtlicher Arbeiter weiblichen Geschlechts. Die Zahlen reichen hin, um die Verdrängung männlicher erwachsener Arbeiter nachzuweisen. Man braucht aber nur in die erste beste Fabrik zu gehen, um dies bestätigt zu sehen.“

Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen (1845), in: MEW 21, S. 367

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648